Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

10. September 1979
Jg. 7 Nr. 37

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21903 C

Tarifkampf der US-Automobilarbeiter an kritischem Punkt

z.gek. Die Führung der Automobilarbeitergewerkschaft UAW hat die für Ende August in 7 Betrieben von General Motors angesetzten Streiks für betriebliche Tarifforderungen ebenso wie die zentralen Streikvorbereitungen ausgesetzt. Anfang August hatten die GM-Arbeiter mit Mehrheiten bis über 90% der UAW-Führung für den 14. September Streikvollmacht gegeben. GM hat in den Verhandlungen nur die Fortführung der bisherigen Lohnklauseln, d.h. 3% im Jahr plus Teuerungsausgleich von 1 Ct./pro Std./je 0,3% Steigerung des Lebenshaltungskostenindex ,,angeboten''. Chrysler verlangt sogar einen zweijährigen Lohnstopp, d.h. eine Senkung der effektiven Löhne um mehr als 20%. Dazu weitere Unverschämtheiten. Die UAW-Führung hat das ablehnen müssen. Die Widersprüche sind scharf. Viele Gewerkschaftsbezirke rüsten weiter auf Streik.

Zunahme der Streiktätigkeit der Arbeiterklasse in den USA

z.joh. Im 2. Vierteljahr 1979 hat die Arbeiterklasse in den USA ihre Streiktätigkeit gegenüber dem 1. Vierteljahr mehr als verdoppelt. Von April bis Juni haben 800000 Arbeiter und Angestellte an 1600 Streiks teilgenommen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es ca. 400000. Eine Reihe wichtiger Tarifverträge laufen erst im 2. Halbjahr aus. Charakteristisch sind einzelne, lang andauernde Streiks, wie seit 11 Wochen bei Kraco, Kalif., einer Fabrik für Autostereos, um Lohnerhöhung, betriebliche Rentenzahlungen und Anerkennung des Koalitionsrechtes. Bei Phoenix Closure, einer Konservenbüchsenfabrik in Chicago, wurde viele Wochen für die Sicherung der betrieblichen Rentenzahlung gestreikt. Die Streikbewegung erfaßt erneut die Staatsbediensteten. In Oklahoma sind 1000 Lehrer trotz Verbot in den Streik getreten.

Indianervölker der USA kämpfen um ihre Souveränitätsrechte

z.gek. Die Indianervölker der USA stehen in schweren Kämpfen zur Verteidigung der wenigen ihnen verbliebenen Souveränitätsrechte auf ihren Territorien. Mehrere hundert Mohawks haben sich im Akwesasne-Reservat im Staat New York aneinandergekettet und werden trotz Polizeibelagerung von außen versorgt, um die Verhaftung einzelner von ihnen zu verhindern, die an einer bewaffneten Besetzung des ,,Büros für indianische Angelegenheiten'' (BIA) im Reservat teilgenommen haben. – Im Red Lake-Reservat in Nord-Minnesota hat eine Gruppe junger Indianer im Frühjahr das BIA-Büro sowie das Haus des korrupten Vorsitzenden des Stammesrates in die Luft gejagt. Harry Hanson wurde von einer weißen Jury zu 26 Jahren Haft verurteilt, weil er, so der Urteilsspruch, ,,eine Revolution von eklatanter Gesetzlosigkeit'' angeführt habe.

Kanada: Teilerfolg nach Streik von Hüttenarbeitern

z.rül. 7500 Hüttenarbeiter in Quebec (Kanada) beendeten Anfang September ihren dreimonatigen Streik gegen den Aluminiumkonzern ALCAN mit nur einem Teilerfolg. Sie hatten einen zweijährigen Tarifvertrag mit Lohnerhöhungen von sofort 400 DM und weiteren 400 DM im Laufe der zwei Jahre gefordert, die Fünftagewoche anstelle der bisher sieben aufeinanderfolgenden Tagesschichten und im Krankheitsfall 15 Wochen Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten. Die Gewerkschaftsführung ließ die letzten Forderungen fallen und schloß einen *drei*jährigen Tarifvertrag ab, mit Lohnerhöhungen von umgerechnet 340 DM sofort. Im Laufe der drei Jahre soll dann der Lohn in insgesamt fünf Stufen um weitere durchschnittlich 494 DM steigen. Zur Zeit beträgt der Durchschnittslohn bei ALCAN 2060 DM. 40% der Arbeiter lehnten den Abschluß ab.

Ehrenberg versucht die Flucht nach vorn

Noch diese Legislaturperiode soll das Krankenhausfinanzierungsgesetz verabschiedet werden

z.frb. Über längere Zeit hat sich Herbert Ehrenberg etwas im Hintergrund gehalten, jetzt ist er polternd wieder aufgetreten. Laut klagte er über angeblich gestiegene Kosten der Krankenkassen im ersten Halbjahr 79. Arg gerupft von der politischen Bewegung gegen seine Renten- und Krankenversicherungsgesetze, will er mit neuen Gesetzen voranschreiten. Dazu war etwas Theaterdonner nötig. Hat er doch die feste Absicht, die Besteuerung der Renten zum ,,Gesprächsthema'' zu machen und derweil die Novellierung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, an der sich die Regierung seit Jahren versucht, sowie die Änderung der Gebührenordnung für Ärzte noch diese Legislaturperiode durch die Gesetzgebung zu bringen.

Seit ihm auf der Großveranstaltung des VdK – mit 1,2 Mio. Mitgliedern der gewichtigste Zusammenschluß von Rentnern – Ende April des vorigen Jahres der Redefluß abgebrochen worden war, war der Minister zurückhaltend geworden. Ehrenberg arbeitete im Stillen, bzw. ließ für sich arbeiten: Staatsanwälte und Staatsschutzrichter. Eine Flut von Prozessen setzte er in Gang, kräftige Gefängnisstrafen sollten ihm den Weg freiräumen.

Unterdessen hat sich die politische Bewegung gegen das Ehrenberg-Programm und insbesondere gegen die ,,Kostendämpfung'' im Gesundheitswesen ausgeweitet. Als direkte Antwort auf das Kostendämpfungsgesetz hatte der Hauptvorstand der ÖTV im September 1977 die ,,Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik'' beschlossen. Darin heißt es: ,,Die Gesundheit ist die wichtigste Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Es ist deshalb Aufgabe der *Gesellschaft*, den Schutz, die Erhaltung und die Wiederherstellung der Gesundheit aller Bürger zu gewährleisten, und die Voraussetzungen für gesundheitsgerechte Lebensbedingungen zu schaffen.'' In zahlreichen Aktionen wurde die Durchführung des Gesetzes an den Krankenhäusern bekämpft. Vom 11. bis 15. Juni dieses Jahres schließlich führte die Gewerkschaft ÖTV im ganzen Land eine Aktionswoche gegen die Gesundheitspolitik der Bundes- und Länderregierungen durch.

Bevor Ehrenberg jetzt wieder ans Werk ging – und die Kapitalisten ließen eine weitere Verzögerung nicht zu –, hatte er sich ausdrücklich über die EG-Kommission Rückenstärkung geholt. In ihrem zweiten Europäischen Sozialbudget wird zusammengefaßt, neben Dänemark würde in der BRD ,,mit einer beträchtlichen Verlangsamung des Wachstums der Ausgaben für Gesundheit gerechnet''.

Das Gesetz, um dessen Novellierung es geht, das Krankenhausfinanzierungsgesetz, stammt aus dem Jahre 1972. Ab da mußten sämtliche laufenden Kosten der Krankenhäuser, bis dahin zum Teil von den öffentlichen Haushalten getragen, ganz über die Pflegesätze gedeckt und von den Kassen bezahlt werden. Folge war, was mit Kosten- und Beitragsexplosion umschrieben wurde. Für Ehrenberg einer der Hauptvorwände, die ihn nach Kostendämpfung schreien ließen. Nachdem seine Parteifreunde also zunächst den Kassen die Kosten für die Krankenhäuser aufgehalst (und den staatlichen Haushalten durch Beitragserhöhungen bei den Versicherungen Spielraum verschafft) hatten, Ehrenberg dann mit dem Argument der gestiegenen Kosten der Kassen Leistungskürzungen verlangte, geht er jetzt mit dem Argument, nur so könnten die Kosten der Kassen gedämpft werden, an die Reduzierung der Krankenhäuser und ihrer medizinischen Leistungen.

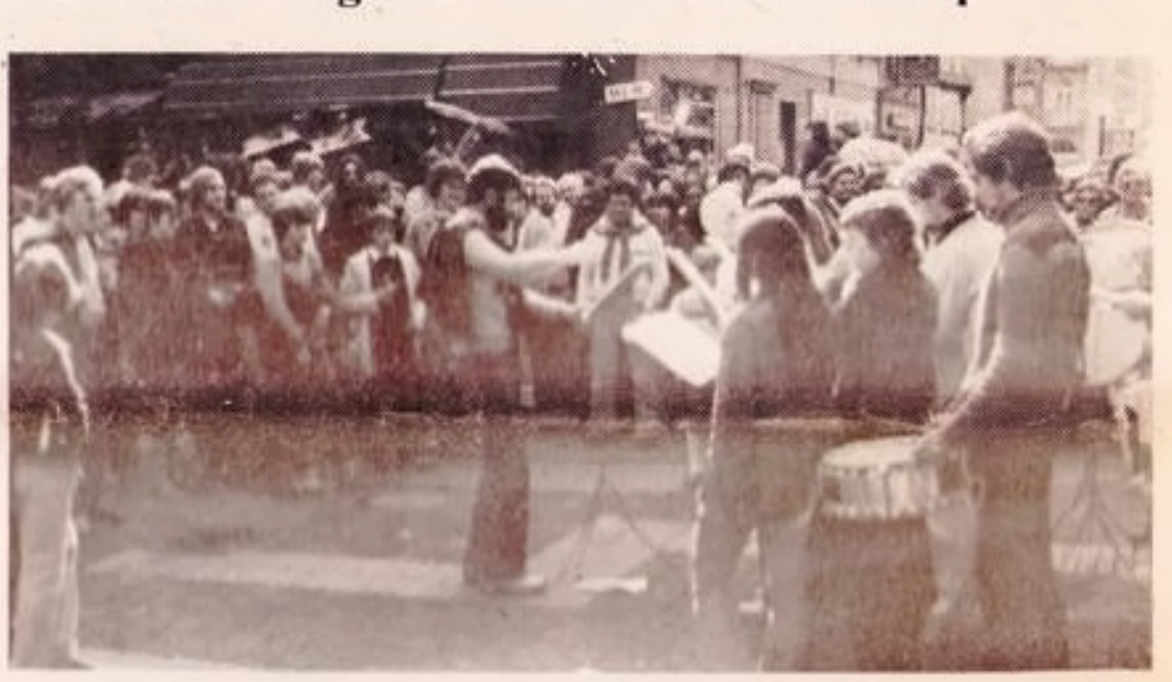
Ziel der Novelle soll sein: ,,Bessere Krankenhausbedarfsplanung; zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen frei zu vereinbarende Pflegesätze; Unterstützung der Krankenhäuser beim Bemühen um wirtschaftliche Betriebsführung.'' – Absichten, mit denen es bereits Erfahrung gibt.

Schon jetzt haben alle Bundesländer, gleich welche der bürgerlichen Parteien die Regierungsgeschäfte führt, ihre Pläne zur Streichung der Krankenhausbetten beschlossen. Von rund 723000 Betten sollen in den nächsten drei Jahren 50000 (7%) beseitigt werden. Quer durchs Land werden Krankenhäuser geschlossen oder Teile von Krankenhäusern stillgelegt. Medikamentenlisten werden angelegt und Medikamente, die darauf nicht stehen, gibt es nur auf Antrag und mit Unterschrift des Stations- und des zuständigen Oberarztes. Alles Projekte, bei denen Tote als Geschäftserfolg zählen, und deren Ausbau und Verschärfung – wie von Ehrenberg gefordert – bloß ein ausgekochter Geldbeutel als ,,wirtschaftlich'' bezeichnen kann.

,,Frei zu verhandelnde Pflegesätze'' denkt sich Ehrenberg als den Hebel, mit dem er sein Ziel erreicht und sich doch im unschuldigen Hintergrund halten kann. Entsprechend war er beim Kostendämpfungsgesetz – nicht ganz erfolglos – verfahren. So legte dieser Tage der Bundesverband der Ortskrankenkassen eine ,,Konzeptskizze'' vor, die die Ärzte für jedes Arzneimittel, das sie angeblich zuviel verschrieben haben, zum Regreß fordert. Jedes Rezept soll auf Computer genommen und nach Zulässigkeit durchleuchtet werden. Erklärtes Ziel ist ,,eine gezielte Einzelüberprüfung der Verordnungsweise der Ärzte''. Ab Januar soll das Projekt anlaufen.

,,... die gleiche Selbstverwaltung, die vor dem Kostendämpfungsgesetz uns gesagt hat, daß sie es kann, und wir haben das Gesetz so ausgelegt, daß die Selbstverwaltung in der Verantwortung bleibt, die stehen jetzt vor der Aufgabe, zu zeigen, daß sie es wirklich können.'' So Ehrenberg in seinem jüngsten ZDF-Interview. ,,Selbstverwaltung'', die in Wirklichkeit den Polizeihund für den Minister spielt. In den ,,Perspektiven'' hat der ÖTV-Hauptvorstand die Forderung aufgestellt: ,,Die Versicherten sollen deshalb die Selbstverwaltung der Sozialversicherungsträger allein übernehmen.'' Solange sie allerdings nicht ergänzt wird durch die Forderung nach Bezahlung der gesamten Versicherungskosten durch die Kapitalisten, bleibt sie offen gegen Ehrenbergs hinterlistige Manöver, statt Leitlinie für den wirksamen Kampf gegen sein Programm zu sein.

Unterstützung des Demokratischen Kampuchea



Über 12000 Unterschriften und über 74000 DM zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea sind bereits gesammelt worden. Erste Beschlüsse aus Gewerkschaften wurden bekannt. Das zentrale Treffen in Frankfurt hat beschlossen, am 2./3.11. in Frankfurt neben Arbeitsgruppen 2 Veranstaltungen durchzuführen: ,,Der Aufbau des Demokratischen Kampuchea und die Lage im Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea'' und ,,Das Vordringen der Sowjetunion in Südostasien. Die internationale Bedeutung des Kampfes des Demokratischen Kampuchea''. Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind eingeladen. Bild: Der Spielmannszug der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten Südostniedersachsen führt auf dem Göttinger Altstadtfest einen Sprechgesang zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea auf.

Zunahme der Streiktätigkeit der Arbeiterklasse in den USA

z.joh. Im 2. Vierteljahr 1979 hat die Arbeiterklasse in den USA ihre Streiktätigkeit gegenüber dem 1. Vierteljahr mehr als verdoppelt. Von April bis Juni haben 800000 Arbeiter und Angestellte an 1600 Streiks teilgenommen. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es ca. 400000. Eine Reihe wichtiger Tarifverträge laufen erst im 2. Halbjahr aus. Charakteristisch sind einzelne, lang andauernde Streiks, wie seit 11 Wochen bei Kraco, Kalif., einer Fabrik für Autostereos, um Lohnerhöhung, betriebliche Rentenzahlungen und Anerkennung des Koalitionsrechtes. Bei Phoenix Closure, einer Konservenbüchsenfabrik in Chicago, wurde viele Wochen für die Sicherung der betrieblichen Rentenzahlung gestreikt. Die Streikbewegung erfaßt erneut die Staatsbediensteten. In Oklahoma sind 1000 Lehrer trotz Verbot in den Streik getreten.

Indianervölker der USA kämpfen um ihre Souveränitätsrechte

z.gek. Die Indianervölker der USA stehen in schweren Kämpfen zur Verteidigung der wenigen ihnen verbliebenen Souveränitätsrechte auf ihren Territorien. Mehrere hundert Mohawks haben sich im Akwesasne-Reservat im Staat New York aneinandergekettet und werden trotz Polizeibelagerung von außen versorgt, um die Verhaf-

gebung zu bringen.

Seit ihm auf der Großveranstaltung des VdK – mit 1,2 Mio. Mitgliedern der gewichtigste Zusammenschluß von Rentnern – Ende April des vorigen Jahres der Redefluß abgebrochen worden war, war der Minister zurückhaltend geworden. Ehrenberg arbeitete im Stillen, bzw. ließ für sich arbeiten: Staatsanwälte und Staatsschutzrichter. Eine Flut von Prozessen setzte er in Gang, kräftige Gefängnisstrafen sollten ihm den Weg freiräumen.

Unterdessen hat sich die politische Bewegung gegen das Ehrenberg-Programm und insbesondere gegen die ,,Kostendämpfung'' im Gesundheitswesen ausgeweitet. Als direkte Antwort auf das Kostendämpfungsgesetz hatte der Hauptvorstand der ÖTV im September 1977 die ,,Perspektiven der Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik'' beschlossen. Darin heißt es: ,,Die Gesundheit ist die wichtigste Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Es ist deshalb Aufgabe der Gesellschaft, den Schutz, die Erhaltung und die Wiederherstellung der Gesundheit aller Bürger zu gewährleisten, und die Voraussetzungen für gesundheitsgerechte Lebensbedingungen zu schaffen.'' In zahlreichen Aktionen wurde die Durchführung des Gesetzes an den Krankenhäusern bekämpft. Vom 11. bis 15. Juni dieses Jahres schließlich führte die Gewerkschaft ÖTV im ganzen Land eine Aktionswoche gegen die Gesundheitspolitik der Bundes- und Länderregierungen durch.

sen bezahlt werden. Folge war, was mit Kosten- und Beitragsexplosion umschrieben wurde. Für Ehrenberg einer der Hauptvorwände, die ihn nach Kostendämpfung schreien ließen. Nachdem seine Parteifreunde also zunächst den Kassen die Kosten für die Krankenhäuser aufgehalst (und den staatlichen Haushalten durch Beitragserhöhungen bei den Versicherungen Spielraum verschafft) hatten, Ehrenberg dann mit dem Argument der gestiegenen Kosten der Kassen Leistungskürzungen verlangte, geht er jetzt mit dem Argument, nur so könnten die Kosten der Kassen gedämpft werden, an die Reduzierung der Krankenhäuser und ihrer medizinischen Leistungen.

Ziel der Novelle soll sein: ,,Bessere Krankenhausbedarfsplanung; zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen frei zu vereinbarende Pflegesätze; Unterstützung der Krankenhäuser beim Bemühen um wirtschaftliche Betriebsführung.'' – Absichten, mit denen es bereits Erfahrung gibt.

Schon jetzt haben alle Bundesländer, gleich welche der bürgerlichen Parteien die Regierungsgeschäfte führt, ihre Pläne zur Streichung der Krankenhausbetten beschlossen. Von rund 723000 Betten sollen in den nächsten drei Jahren 50000 (7%) beseitigt werden. Quer durchs Land werden Krankenhäuser geschlossen oder Teile von Krankenhäusern stillgelegt. Medikamentenlisten werden angelegt und Medikamente, die darauf nicht stehen,

Arzneimittel, das sie angeblich zuviel verschrieben haben, zum Regreß fordert. Jedes Rezept soll auf Computer genommen und nach Zulässigkeit durchleuchtet werden. Erklärtes Ziel ist ,,eine gezielte Einzelüberprüfung

durch die Forderung nach Bezahlung der gesamten Versicherungskosten durch die Kapitalisten, bleibt sie offen gegen Ehrenbergs hinterlistige Manöver, statt Leitlinie für den wirksamen Kampf gegen sein Programm zu sein.

Unterstützung des Demokratischen Kampuchea



Über 12000 Unterschriften und über 74000 DM zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea sind bereits gesammelt worden. Erste Beschlüsse aus Gewerkschaften wurden bekannt. Das zentrale Treffen in Frankfurt hat beschlossen, am 2./3.11. in Frankfurt neben Arbeitsgruppen 2 Veranstaltungen durchzuführen: ,,Der Aufbau des Demokratischen Kampuchea und die Lage im Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea'' und ,,Das Vordringen der Sowjetunion in Südostasien. Die internationale Bedeutung des Kampfes des Demokratischen Kampuchea''. Vertreter der Regierung des Demokratischen Kampuchea sind eingeladen. Bild: Der Spielmannszug der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten Südostniedersachsen führt auf dem Göttinger Altstadtfest einen Sprechgesang zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea auf.

Kuba und andere unterhöhlen Prinzipien der Blockfreiheit

Verhinderung der Teilnahme des Demokratischen Kampuchea / Zahlreiche Länder protestieren

z.lup. Die Gipfelkonferenz der Blockfreien hat am 3. September die Aufnahme des Iran, Pakistans, Surinams, Grenadas, Nicaraguas und der Patriotischen Front als Vollmitglieder beschlossen. Die darin zum Ausdruck kommenden Fortschritte der Blockfreienbewegung werden jedoch durch die Tatsache geschmälert, daß der Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea die Einnahme ihres rechtmäßigen Sitzes verwehrt wurde und daß der Koordinationsausschuß der Außenminister einen Beschluß gefaßt hat, der die Nichtbesetzung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea beantragt. Daß dem Demokratischen Kampuchea die Teilnahme an der Konferenz verwehrt wurde, steht nicht nur in Widerspruch zu grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit. Es war auch ein Bruch ausdrücklicher Beschlüsse der vorherigen Konferenzen in Colombo und Maputo, die, wenn überhaupt, nur durch einen ausdrücklichen Beschluß der Gipfelkonferenz hätten aufgehoben werden können.

Aber Kuba hat mit äußerster Skrupellosigkeit seine Funktion als Vorsitzender der Konferenz ausgenutzt, um die Delegation der Regierung des Demokratischen Kampuchea faktisch unter Polizeiarrest zu stellen, sie dadurch physisch an der Teilnahme an der Konferenz zu hindern und sich gegenüber der Gipfelkonferenz als Hausherr aufzuspielen. Nachdem auf diese Weise die ,,Vertretung Kampucheas'' zu einer ,,Frage'' gemacht worden war, bedurfte es eines ausdrücklichen Beschlusses, um die Rechte des Demokratischen Kampuchea gegenüber den kubanischen Anmaßungen wiederherzustellen. Dem zu diesem Zweck tagenden Koordinationsausschuß der Außenminister hat Kuba sodann einen Antrag vorgelegt, in dem festgestellt wurde, daß in dieser Frage kein Konsens bestehe und deshalb der Sitz Kampucheas vakant bleibe. – Zur Beschlußfassung in den Körperschaften der Blockfreien ist Konsens erforderlich und es reicht eine Sperrminorität, diesen zu verhindern. – Dies wurde von 16 Sprechern zurückgewiesen, die die Wiederherstellung der Rechte des Demokratischen Kampuchea forderten. Zu den das Demokratische Kampuchea ausdrücklich unterstützenden Ländern gehören u.a. Malaysia, Jugoslawien, Singapur, Nigeria, Marokko, Uganda, Komoren, Argentinien und Peru. – Der kubanische Außenminister erklärte dessen ungeachtet, über seinen Antrag bestünde Eimmütigkeit und er werde ihn so den Staatschefs vorlegen, was zu energischem Widerspruch führte. Mit solchen Methoden ist es Kuba aber dann gelungen, einen Beschluß des Koordinationsausschusses herbeizuführen, der die Nichtbesetzung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea beantragt.

Dieser Antrag, der nur schwer von dem Gipfel selber wird geändert werden können, bedeutet eine Schwächung der Blockfreienbewegung – auch wenn er dem Demokratischen Kampuchea nicht die Mitgliedschaft in der Bewegung nehmen, sondern nur die Teilnahme an ihren Konferenzen verwehren kann. Um so wichtiger ist die Verstärkung der Unterstützung des Widerstandskrieges des Demokratischen Kampuchea und die Forderung nach Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesregierung, um den Spielraum für weitere Intrigen gegen das Demokratische Kampuchea einzuengen.

Kapitalisten nutzen Urlaubszeit für profitbringende Produktionsumstellungen



VW führte neue Pausenregelung und Neueintaktung an den Bändern ein. BMW setzte 500-Mio.-Investitionsprogramm um. Audi NSU plant neue Transportbänder. *Bild:* VW Emden, vom Fließband zu umlaufenden Plattformwagen.

z.haj. **Als „überflüssige Debatte“ hat Apel kurzangebunden den von 2 Militärexperten des französischen Imperialismus geäußerten Vorschlag** einer deutsch-französischen Force de Frappe“ abgetan. „Die Europäer brauchen den Schutz der nuklearen Abschreckung durch die Vereinigten Staaten, der durch nichts zu ersetzen ist.“ Das „Weißbuch“, vom Verteidigungsministerium jetzt vorgelegt, malt die „drohende Lage im Osten“ breit aus: dem sowjetischen Mittelstrecken-Raketensystem“, mit dem die sozialimperialistische Supermacht in 600facher Ausführung Westeuropa umstellt habe, stehe nichts Gleichwertiges an Abwehr- oder Angriffsmitteln gegenüber, und bei den Panzern sei mit 6000 im Westen gegen 30000 im Osten die Lage auch nicht besser. – Klar, daß für die Absichten der BRD-Imperialisten, mit der sozialimperialistischen Supermacht im Osten in engere Geschäftsverbindungen zu kommen, eine teure und militärisch zusehends an Bedeutung verlierende „Force de Frappe“ nicht die benötigte Geschäftsgrundlage abgeben kann. Um die Ostambitionen in Bares verwandeln zu können und nicht am Ende selber der Geschnittene zu sein, muß man schon mit Größerem aufwarten können, und das kann vorderhand für die BRD-Imperialisten bloß das Potential der US-imperialistischen Supermacht sein. Daher Apels Kürze. – Andererseits: die BRD-Imperialisten wissen, daß gerade aufgrund der „drohenden Lage im Osten“ und der wirtschaftlichen Basis des BRD-Imperialismus inmitten Europas die Stellung und Politik des BRD-Imperialismus an Bedeutung für die „westlichen Verbündeten“ gewinnen muß. Deswegen nehmen sie sich mehr heraus: Apel kündigte an, ein neuerlicher „Dialog“ zwischen den beiden Supermächten müsse das „Problem der Mittelstrecken“ und die „europäischen Interessen“ berücksichtigen. Daher sei am besten die direkte westdeutsche Beteiligung an den ins Auge gefaßten „SALT III“-Verhandlungen am Platze. Der französische Versuch, die Ost-Ambitionen der BRD-Imperialisten durch „Annäherung“ und „Integration“ zu zügeln, liefert für solche Forderungen passende Begleitmusik. Während sich die Regierung daher weise in Zurückhaltung übt, verhandelt denn auch die westdeutsche imperialistische Presse lautstark mit Frankreich weiter und stellt die passenden Bedingungen für die „Annäherung“. Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ versucht sich als Dirigent: „Deutsch-französische Force de Frappe hieße für uns auch: Einsatz der taktisch-atomar gerüsteten Divisionen der 1. Armee an der Front der Vorneverteidigung“.

z.rev. **Es gibt kaum noch Militärflugplätze in Westdeutschland, wo nicht Bürgerinitiativen die Einstellung der Tiefflüge fordern.** Apel hat jetzt angekündigt, daß er dem Tieffluglärm zu

mus inmitten Europas die Stellung und Politik des BRD-Imperialismus an Bedeutung für die „westlichen Verbündeten“ gewinnen muß. Deswegen nehmen sie sich mehr heraus: Apel kündigte an, ein neuerlicher „Dialog“ zwischen den beiden Supermächten müsse das „Problem der Mittelstrecken“ und die „europäischen Interessen“ berücksichtigen. Daher sei am besten die direkte westdeutsche Beteiligung an den ins Auge gefaßten „SALT III“-Verhandlungen am Platze. Der französische Versuch, die Ost-Ambitionen der BRD-Imperialisten durch „Annäherung“ und „Integration“ zu zügeln, liefert für solche Forderungen passende Begleitmusik. Während sich die Regierung daher weise in Zurückhaltung übt, verhandelt denn auch die westdeutsche imperialistische Presse lautstark mit Frankreich weiter und stellt die passenden Bedingungen für die „Annäherung“. Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ versucht sich als Dirigent: „Deutsch-französische Force de Frappe hieße für uns auch: Einsatz der taktisch-atomar gerüsteten Divisionen der 1. Armee an der Front der Vorneverteidigung“.

z.rev. **Es gibt kaum noch Militärflugplätze in Westdeutschland, wo nicht Bürgerinitiativen die Einstellung der Tiefflüge fordern.** Apel hat jetzt angekündigt, daß er dem Tieffluglärm zu Leibe rücken will, ohne dabei auch nur einen Tiefflug zu streichen: „Es geht nur, die Lärmbelästigung gerechter zu verteilen.“ – Auf der Karte sind in den Kreisen die bis 1978 vom Bundestag beschlossenen „Lärmschutzzonen“ eingezeichnet, in denen jeweils ein Militärflugplatz liegt. In diesen Lärmschutzzonen übersteigt der Dauerschallpegel 75 dB(A). Die Kreuze markieren die Absturzstellen von Tieffliegern seit Ende Juni nach Meldungen der „Bild-Zeitung“. Zum Teil weit ab von ihren Lärmschutzzonen überfliegen die Tiefflieger nicht nur der Bundesluftwaffe, sondern aller Besatzermächte, mit jährlich 110000 Flügen das gesamte Bundesgebiet. Apels „gerechte“ Verteilungskünste können danach nur auf weitere Militärflugplätze sowohl der westdeutschen Imperialisten wie der Besatzermächte hinauslaufen.



z.rem. **„Die Bundesrepublik Deutschland ist der Staat aller Bürger und aller Schichten der Bevölkerung.** Er ist das gemeinsame Werk und die gemeinsame Heimat der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber, der arbeitenden und lernenden Menschen, der Hausfrauen, der Rentner, aber auch all derer, die ohne Arbeit sind, und derer, die in Bedrängnis leben.“ Dies schrieb Franz-Joseph Strauß in einem länglichen Grußwort an den 35. Landesparteitag der CDU Westfalen Lippe. „Den vollen Einsatz“ fordert Strauß für die anstehenden „großen Aufgaben“, die u.a. sind: „Sicherung eines gesunden Wirtschaftswachstums“, „Sicherung unserer Zukunft durch ausreichende Versorgung mit bezahlbarer Energie und lebenswichtigen Rohstoffen“, „Bewahrung unserer natürlichen Umwelt“, „Befreiung unserer Bürger von bürokratischer Bevormundung und finanzieller Überbeanspruchung“, „Stärkung der Familien“. Strauß, der in der jüngsten Ausgabe des Bayernkurier seitenlang über die Ursachen der beiden Weltkriege nachdenkt, feilt an der Version der Volksgemeinschaft, wohl ahnend, daß die Konkurrenz unter den Imperialisten zwangsläufig Kriege hervorbringt. Das Ganze zielt auf die Arbeiterbewegung. Was haben die Arbeiter mit den Kapitalisten gemeinsam? Der Reichtum in der Hand der Kapitalisten stammt aus der Aneignung unbezahlter Arbeit, aus der Ausbeutung der Arbeitskraft. Diesen Reichtum zu vermehren, ist das ureigenste Interesse der Kapitalisten, und dazu ist ihnen auch das Mittel des Krieges recht. Aber ohne die Arbeiter geht das nicht, also muß die „gemeinsame Heimat“ her, die zu verteidigen man schon in den Krieg ziehen kann. Die westdeutsche Bourgeoisie setzt auf den derben Metzgersohn aus München-Schwabing, daß es ihr unter seiner Führung gelingen möge, Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu nehmen.

z.güv. **Forschungsminister Hauff brütet an einer Energieverbrauchsordnung „nach dem Vorbild der Straßenverkehrsordnung“.**



ges recht. Aber ohne die Arbeiter geht das nicht, also muß die „gemeinsame Heimat“ her, die zu verteidigen man schon in den Krieg ziehen kann. Die westdeutsche Bourgeoisie setzt auf den derben Metzgersohn aus München-Schwabing, daß es ihr unter seiner Führung gelingen möge, Einfluß auf die Arbeiterbewegung zu nehmen.

z.güv. **Forschungsminister Hauff brütet an einer Energieverbrauchsordnung „nach dem Vorbild der Straßenverkehrsordnung“.**



z.jöd. **Jetzt gibt es schon zwei Aufrufe für eine Demonstration nach Bonn am 14. Oktober.** Der Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat den ersten Aufruf fallengelassen, den auch er unterstützte, hat auch die wenigen richtigen Teile dieses Aufrufs gegenüber der Bundesregierung fallengelassen und profiliert sich jetzt als linke Regierungsmannschaft in Sachen Kernkraft. Der Bundesverband der Bürgerinitiativen wirft der Bundesregierung vor: „Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff (unternehmen) alle Anstrengungen, damit sinnvolle und wirksame Energiesparmaßnahmen nicht beschlossen werden.“ Dies sind zwar ganz neue Feststellungen, aber ob diese Äußerungen für den Posten eines Staatssekretärs reichen, ist zu bezweifeln. Auf der anderen Seite muß sich der Leser des Aufrufs des BBU fragen, wo denn noch eigentliche Alternativen zu sehen sind. „Heimische Kohle steht bisher nur auf dem Papier“, ist die Kritik an der Bundesregierung. Also in entscheidenden Grundsätzen mit der Bundesregierung keine Differenzen mehr, sondern schnell anzustrebende Gemeinsamkeiten. Deshalb also das „große Kulturprogramm“ nach der Demonstration am 14. Oktober in Bonn? Der neue Aufruf ist eine Anbiederung an die SPD-Jusos und ähnliche Vertreter. Nachdem sich der BBU bei den ersten Verhandlungen nicht mit den Jusos auf die „Kohleverflüssigung“ einigen konnte, weil viele Bürgerinitiativen diese imperialistische Politik ablehnten, wird diese Spaltung sicher auf dem Bundeskongreß der Bürgerinitiativen am 22./23.9. in Bochum zur Sprache kommen.

Schuljahresbeginn: Kalkuliertes Chaos

Stundenausfall, Schulschließungen, übergroße Klassen / Aktionen der Lehrer

z.elf. Neues Schuljahr: An den Berufsschulen in Kassel fallen zwischen 50 und 30% des Unterrichts aus, in Dortmund erhalten die Lehrlinge im Fach Elektrotechnik einen Unterrichtstag gestrichen, an der Mayener Realschule stehen für 34 Klassen nur 24 Unterrichtsräume zur Verfügung. In Rheinland-Pfalz gehen jedem Realschüler wöchentlich durchschnittlich drei Unterrichtsstunden verloren, an der Gesamtschule Hadamar strich die Schulaufsicht von 150 Lehraufträgen die Hälfte, am Conrad von Soest-Gymnasium in Soest sollen sich die Schüler „bis zur Auswirkung des Pillenknicks“ in umgebauten Pausenräumen herumdrücken, an der neu eröffneten Gesamtschule gibt es nur 2 Klassen unter 25 Schülern, wohl aber 9 mit über 30 Schülern.

Verträgt sich dies mit Minister Schmudes Äußerungen auf dem bildungspolitischen Forum der SPD im Mai 79: „Sie (die Kinder) sollen lernen lernen. Daß der erste Arbeitsplatz nicht der letzte sein wird ..., ist Allgemeingut, ebenso, daß es in Schulen und Ausbildung ... darum geht, Voraussetzungen für lebenslanges Lernen zu schaffen.“

Nützliches lernen die Schüler wenig. Aber das ist auch nicht der Sinn der Sache. Von 115 auf 41 Klassen hat der Bremer Senat die Schüler der Klassen 5 und 6 zusammengepfercht, Folge des Bremer Schulgesetzes, das die fabrikmäßige Kasernierung der Schüler in wenigen großen Schulzentren zum Inhalt hat. Zahlreich sind die Proteste von Eltern, die ihre Kinder schon im ersten Schuljahr weit weg in Schulen karren lassen müssen, weil viele Grundschulen auf Beschluß der Länderregierungen geschlossen worden sind. Räumlich und zeitlich getrennt von den Eltern und deren Erfahrungen tagtäglich am Arbeitsplatz sind so die Bedingungen, Kadavergehorsam einzutrichtern, erheblich verbessert. Der Staatsapparat kann das stumpfsinnige Einpauken von Unterrichtsinhalten direkter kontrollieren, und die Eltern können weniger leicht gegen die Gefügigmachung ihrer Kinder zu mobilen Lohnarbeitern Einspruch erheben. So lernen die Schüler tatsächlich besser „Lernen“, und das genau ist der Inhalt der Aussage Schmudes.

Undurchschaubar für Lehrer, Schüler und Eltern wird dieser Plan, weil er z.Zt. chaotische Formen annimmt. Durchsetzbar ist er nur, wenn Schüler, Lehrer und Eltern gefügig gemacht werden. Daran arbeiten die Länderregierungen gegenwärtig fieberhaft: In Baden-Württemberg wurde kein einziger Grund- und Hauptschullehrer mit vollem Deputat eingestellt. Ende des letzten Schuljahres wurden 1800 Lehrer dort mit Teilzeitverträgen entlassen. In Rheinland-Pfalz sind 585 Lehrer arbeitslos. Die GEW schätzt insgesamt 20000 Lehrer mit Teilzeitverträgen. Ein kleiner Beamtenstamm, in scharfer Konkurrenz hochgezüchtet, soll geschaffen werden und eine große Zahl von Teilzeitkräften, die jederzeit ihren Arbeitsplatz verlieren können und sich daher für alles hergeben. Der Staatsapparat läßt sich das etwas kosten: in Bremen wurde die Zahl der Aufsichtsbeamten von 4 auf 24 erhöht.

Genutzt hat das bisher wenig. In der gesamten BRD organisieren die Lehrer in der GEW Kampfaktionen unter den Forderungen: Einstellung aller Lehrer, eine Stunde weniger, höchstens 25 Unterrichtsstunden, 40-Stundenwoche auch für Lehrer! Der Beschluß der GEW-Landesversammlung Niedersachsen im Juli 79: „Keine Teilnahme an Zeugniskonferenzen im Februar 80, keine Ausstellung von Zeugnissen, ggf. Urabstimmung und Streik!“ ist eine gute Grundlage für weitere Kampfaktionen, mit denen die Lehrer jetzt z.T. beginnen.

Die Bundesregierung knüpft weiter am Netz der „innerdeutschen“ Verträge



Golf gegen Reifen und Rücklichter. Die Kompensationsgeschäfte verwandeln die DDR zunehmend in Zulieferer für die westdeutschen Kapitalisten.

z.hku. „Politik hat die kleinen Schritte des Möglichen anzustreben und dabei immer die Interessen des anderen einzukalkulieren. Im innerdeutschen Verhältnis braucht die BRD keine Angst zu haben.“ Das war die Lagebeurteilung der „Süddeutschen Zeitung“ zur Leipziger Herbstmesse in Sachen Ostexpansion. Zur Frühjahrsmesse hatte Wehner die Idee einer „deutschen Föderation“ aufgetischt. Die

auf die sich die Politik der westdeutschen Bourgeoisie stützt? Der Anteil des RGW am Außenhandel der DDR ist 1978 auf 70% gewachsen, derjenige der Sowjetunion auf 36%, davon allein 35%, die sich aus Abkommen über Produktionsspezialisierung ergeben. Der Handel mit der BRD macht dagegen nur 7% aus. Durch starke Importreduzierung der DDR ist er im ersten Halbjahr 1979 zum ersten Mal ausge-

den Fünfjahrplan wieder Bestellungen im Wert von 2 Mrd. DM angekündigt. Dafür liefert die DDR Verbrauchsgüter; Möbel, Textilien, vieles von dem, was die westdeutschen Versandhäuser füllt.

Beide Seiten haben auf der Herbstmesse wieder davon gesprochen, daß die Kooperation verstärkt werden müsse. Tatsächlich hat die DDR von allen RGW-Staaten mit 2,6% den absolut geringsten Anteil an Kooperationsabkommen. Die neue Bourgeoisie der DDR denkt vor allem an gemeinsames Auftreten auf Drittmärkten. Gern, sagen die westdeutschen Imperialisten, aber vorher müsse dafür noch einiges getan werden; denn so etwas setze ein „Mindestmaß an Intimität zwischen den Partnern voraus“ (Staatssekretär Würzen).

Vorerst ist in Leipzig ein Fünfjahresvertrag über gegenseitige Energielieferungen geschlossen worden. Jährlich 700000 t Steinkohle und 950000 t Rohöl aus der BRD gegen 1,8 Mio. t Mineralölprodukte aus der DDR. Mit diesen Lieferungen aus der DDR wird der Bedarf Westberlins dann zur Hälf-

Die Bundesregierung knüpft weiter am Netz der „innerdeutschen“ Verträge



Golf gegen Reifen und Rücklichter. Die Kompensationsgeschäfte verwandeln die DDR zunehmend in Zulieferer für die westdeutschen Kapitalisten.

z.hku. „Politik hat die kleinen Schritte des Möglichen anzustreben und dabei immer die Interessen des anderen einzukalkulieren. Im innerdeutschen Verhältnis braucht die BRD keine Angst zu haben.“ Das war die Lagebeurteilung der „Süddeutschen Zeitung“ zur Leipziger Herbstmesse in Sachen Ostexpansion. Zur Frühjahrsmesse hatte Wehner die Idee einer „deutschen Föderation“ aufgetischt. Die Sozialimperialisten antworteten mit dem Gegenschlag, der D-Mark ein weiteres Vordringen in der DDR zu erschweren; die seither erlassenen Strafrechtsänderungen der DDR zielen auch auf Sicherung des sowjetischen Besatzerregimes und Störung der Verbindungen zu Westdeutschland. Aber nach diesem Rückschlag soll es jetzt wieder aufwärts gehen.

Was sind die ökonomischen Daten, auf die sich die Politik der westdeutschen Bourgeoisie stützt? Der Anteil des RGW am Außenhandel der DDR ist 1978 auf 70% gewachsen, derjenige der Sowjetunion auf 36%, davon allein 35%, die sich aus Abkommen über Produktionsspezialisierung ergeben. Der Handel mit der BRD macht dagegen nur 7% aus. Durch starke Importreduzierung der DDR ist er im ersten Halbjahr 1979 zum ersten Mal ausge-glichen gewesen. Wenn auch so die „Integration‘ im RGW gewachsen ist, so hat doch der Handel mit der BRD für die DDR besondere Bedeutung: hier bezieht sie zum großen Teil und unter relativ günstigen Bedingungen die Maschinerie und Anlagen, die die neue Bourgeoisie zur Umwälzung des Produktionsapparates dringend braucht. Auf der Messe in Leipzig hat DDR-Minister Sölle für den kommen-

den Fünfjahrplan wieder Bestellungen im Wert von 2 Mrd. DM angekündigt. Dafür liefert die DDR Verbrauchsgüter; Möbel, Textilien, vieles von dem, was die westdeutschen Versandhäuser füllt.

Beide Seiten haben auf der Herbstmesse wieder davon gesprochen, daß die Kooperation verstärkt werden müsse. Tatsächlich hat die DDR von allen RGW-Staaten mit 2,6% den absolut geringsten Anteil an Kooperationsabkommen. Die neue Bourgeoisie der DDR denkt vor allem an gemeinsames Auftreten auf Drittmärkten. Gern, sagen die westdeutschen Imperialisten, aber vorher müsse dafür noch einiges getan werden; denn so etwas setze ein „Mindestmaß an Intimität zwischen den Partnern voraus“ (Staatssekretär Würzen).

Vorerst ist in Leipzig ein Fünfjahresvertrag über gegenseitige Energielieferungen geschlossen worden. Jährlich 700000 t Steinkohle und 950000 t Rohöl aus der BRD gegen 1,8 Mio. t Mineralölprodukte aus der DDR. Mit diesen Lieferungen aus der DDR wird der Bedarf Westberlins dann zur Hälf-te gedeckt sein. Die DDR wird in ein Netz von Wirtschaftsbeziehungen hineingezogen, die es selbst zum Garanten des westdeutschen Brückenkopfes Westberlin machen sollen. Stobbe hat schon den Katalog weiterer Verhandlungsgegenstände vorgelegt: Ausbau der Wasserstraßen, Stichstraße von der neuen Transitautobahn nach Lüchow-Dannenberg, Abnahme des Westberliner Mülls, Energieverbund.

z.ebk. **„Streit Brandt – Lambsdorff“ überschreibt die „Frankfurter Rundschau“ ihre Berichterstattung über die Konferenz der SPD-„Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ (AfA) vom Wochenende.** Brandt hat damit erreicht, was er wollte: Er griff das von den Kapitalisten in die Welt gesetzte und von der SPD-Linken liebgewonnene Schlagwort von den Multis auf und bezeichnete Lambsdorff als Freund der „Union der mächtigen öligen Hände“ und als Feind aller Kernkraftwerksgegner. Er hielt es überhaupt für richtig, daß auf dieser Konferenz „linke“ Thesen erörtert und aufgestellt werden sollen. Die Forderungen nach 35-Stunden-Woche und Abbau von Überstunden mußten aufgenommen werden. Der wachsenden Unzufriedenheit der Arbeiterbewegung mit der Politik Schmidts und der Bundesregierung setzt die SPD unter Führung des für solche Übungen erfahrenen Brandt ein zweifaches Manöver entgegen. Richtige Forderungen der Arbeiterbewegung werden reformistisch in Forderungen nach mehr Staatskapitalismus umgebogen, und Schmidt soll durch einen verstärkten Angriff auf die FDP und Lambsdorff entlastet werden. In dieser Richtung tat sich auch DGB-Vetter hervor. Um der Forderung nach Senkung der Lohnsteuer entgegenzutreten, forderte er „humanere Arbeitsbedingungen“. „Darüber würde der Streit mehr lohnen als über die Steuerdiskussion.“

z.koh. **Der DGB-Bezirk Nordmark fordert das Verbot der Leiharbeit.** Das Vorstandsmitglied Wilhelm Musa, zuständig für Sozialpolitik, hält das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz für unzureichend, den Zwischenhandel mit der menschlichen Arbeitskraft in Grenzen zu halten. Er weist die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts von 1967 zurück, daß die „Arbeitnehmerüberlassung“ den Arbeitsmarkt nicht negativ beeinflusse. Die Tatsache, daß ganze Branchen Leiharbeiter holen, beweise das Gegenteil. Der DGB-Bezirk spreche sich für ein generelles Verbot aus, da auch verschärfte Strafbestimmungen „die Verfolgung des modernen illegalen Sklavenhandels“ lediglich erleichtern. Im Hamburger Hafen beträgt die Zahl der „unständigen Arbeiter“ über Tausend von 12000 fest beschäftigten Arbeitern.

z.guw. **Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß Überstunden grundsätzlich nicht bei der Bemessung des Arbeitslosengeldes berücksichtigt werden.** Grundlage dafür ist der § 112 (2) des Arbeitsförderungsgesetzes, der seit der Verabschiedung des Gesetzes durch die SPD 1969 besteht. Er bestimmt, daß nur die Arbeitsstunden gerechnet werden, die sich aus dem „Durchschnitt der tariflichen regelmäßigen Arbeitszeit ergeben“. „Einmalige Zuweisungen bleiben außer Betracht.“ Ein Arbeiter, der im März 1975 arbeitslos wurde und jahrelang gezwungen war, Überstunden zu arbeiten, hatte dagegen geklagt. Im Februar kam er bei einer 50-Stunden-Woche auf 1650 DM netto. Das Arbeitsamt zahlte ihm auf Grundlage der tariflichen 41-Stunden-Woche 900 DM Arbeitslosengeld, rund 200 DM weniger als 68% seines Nettolohns. Das Bundesverfassungsgericht führte aus, daß der „Gesetzgeber“ nicht verpflichtet sei, dem Versicherten eine „annähernde Aufrechterhaltung seines bisherigen Lebensstandards“ zu ermöglichen. Ein „angemessener Ersatz für den Aus-

Haushalt 1980: Barre plant großen Raubzug

Hohe Staatsschuld soll kapitalistische Profite sichern / Der Zins wird aus Lohn gepreßt

z.pel.Paris. Wochenlang haben die bürgerlichen Politiker aller Schattierungen die Seiten ihrer Presseorgane mit düsteren Prognosen über „Frankreichs Zukunft" gefüllt. Die Industrieproduktion vom Mai '79 stagniere auf dem Stand von November '78, in der Automobilbranche und in der Elektroindustrie sei sie gar bis zu 3% gegenüber 1978 gefallen, die Investitionen bewegten sich auf dem Tiefstand, gleichzeitig seien 1,3 Millionen Franzosen, 6,2%, arbeitslos.

Die Revisionisten der KPF sehen die Ursache in der „Politik des nationalen Ausverkaufs" der Regierung, die z.B. nichts unternommen habe, um der französischen Industrie den Reparaturauftrag der „France" zu sichern. Eine gute Gelegenheit für den Chef des Kapitalistenverbandes Ceyrac nachzustoßen: „Die Unternehmer wollen investieren, doch bei dem Nebel in der Weltwirtschaft wissen wir nicht, *wo*." Die Sozialisten forderten den Rücktritt des Premierministers Barre, die Gaullisten trumpften in einem Parteirundbrief auf: „Die neue Ölpest, die Frankreich in diesem Sommer getroffen hat, heißt Raymond Barre."

Tatsächlich hat das Finanzkapital die Ablösung der Regierung Barre nie ernsthaft erwogen. Das ganze Theater hatte nur einen Zweck: der Regierung Dampf zu machen und gleichzeitig ideologischen Spielraum für die Vorbereitung eines großen Angriffes auf die Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen zu schaffen. Ein „mutiger Plan und erhebliche Opfer aller", auf diesen Weg zur Lösung der Krise wollte die Bourgeoisie die Arbeiter und Angestellten einschwören.

Barre hat diesen Plan am 5.9. präsentiert: den Staatshaushalt für 1980. Seine entscheidenden Bestandteile: eine hohe Staatsverschuldung, ein scharfes Anziehen der Steuerschraube und die weitere Senkung der Löhne der Facharbeiter und mittleren Angestellten mit dem demagogischen Verweis auf die Hilfe für die Ärmsten. Mit der Verdoppelung des Defizits auf 30 Mrd. FF entspricht die Regierung dem Verlangen der Kapitalisten, ihre Profite in dieser Zeit unsicherer Konjunktur über Staatsanleihen kräftig zu verzinsen. Für die Begleichung der Zinsschuld werden die Volksmassen geschröpft. Etwa 10 Mrd. FF sollen mit Hilfe von Steuererhöhungen in den Kassen der Finanzbourgeoisie klingeln. 4 Mrd. will Barre den Lohnabhängigen über die Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer abpressen, wobei er nicht versäumt, darauf hinzuweisen, damit der Bekämpfung der Alkohol- und Tabaksucht zu dienen. Der früheren Ministerin für Soziales und Gesundheit, Simone Veil, werden in Straßburg die Augen leuchten. 2 Mrd. zusätzlich an Lohnsteuer plündert die Regierung, indem sie die Steuertabelle nur zum Teil der Inflation anpaßt und etliche so auf einen höheren Steuersatz rutschen. Die Autosteuer wird um 16 – 33% erhöht. Mit den seit 1.8. um ein Prozent höheren Sozialversicherungsbeiträgen sollen in 18 Monaten weitere 13 Mrd. FF in den Taschen der Kapitalisten verschwinden. Was sie nicht direkt als Zins einkassieren, fließt ihnen als 8 Mrd.-Kredit zur nahezu kostenlosen Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft oder in Form von 2 Mrd. Wohnungsbausubventionen zu.

Seit Beginn seiner Amtszeit hat Raymond Barre hartnäckig an der Umwandlung von Lohn in Profit gearbeitet.

Lohnsteuer und Sozialversicherung in % des Lohns einer Sekretärin S1

	1976	1977	1978	1979
Steuer	10,8	11,2	11,4	14,0
Sozialv.	9,9	11,4	11,5	12,8
Gesamt	20,7	22,6	22,9	26,8

Meister in der Mehrwertsteuerplünderung – der Durchschnittssatz liegt bei 17%, die Mehrwertsteuer macht 1979 genau 50% der Steuereinnahmen aus – soll er die französische Finanzbourgeoisie jetzt auch bei der Lohnsteuer an die europäische Spitze bringen. Seit einiger Zeit wird er nicht müde, unter rührseligem Verweis auf die „Ärmsten" Lohnsteuererhöhungen für „hohe Löhne" zu fordern: „Die Regierung kann nicht mehr das Lebensniveau aller Schichten garantieren." Im Klartext: Die Löhne sollen auf niedrigem Niveau weiter zusammengedrückt werden. Tabelle unten enthüllt, wie weit es die französische Bourgeoisie schon gebracht hat. Es ist ihr nicht nur gelungen, die Lohnsteigerung insgesamt unter der Inflationsrate zu halten, sondern sie hat bei fallender Kaufkraft der Mindestlöhner den Reallohn der Fach- und Hilfsarbeiter noch stärker senken können.

Das große Trompete, das gegenwärtig bezüglich der „Hilfen" für die niedrigen Lohngruppen veranstaltet wird, soll genau diesen Angriff verhüllen. Tatsächlich zahlt die Staatsmacht eine *einmalige* erhöhte „Familienhilfe" sowie „Schulanfangsbeihilfe" von 1000 FF statt 600 FF pro Kind – insgesamt 2 Mrd. Das reicht soeben für die anfallenden Kosten zu Schulanfang. Wenn aber die Gewerkschaften einmütig jetzt die Erhöhung dieser „Hilfen" und des Mindestlohns in den Vordergrund ihrer Propaganda rücken – wobei die einzelnen Forderungen noch verschieden sind – hat Barre sein Ziel fast schon erreicht. Nur mit einer hohen Lohnforderung und dem politischen Zusammenschluß gegen die Steuer-und Plünderungspolitik der Regierung wird die französische Arbeiterklasse den schweren Kampf bestehen können. Während Generalsekretär Seguy auf der Großkundgebung der Gewerkschaft CGT zum Kampf gegen den „nationalen Ausverkauf" aufrief, forderten dort Postarbeiter 400 FF für alle, 35-Stundenwoche, keine Steuererhöhungen.

Preisentwicklung in notwendiger Arbeitszeit von Stahlarbeitern, Region Paris

	Okt. '76	Okt. '77	Okt. '78	Juni '79*
Stahlfacharbeiter P1				
1 kg Tomaten	0,242	0,325	0,255	0,277
1 Hose	11,591	11,743	11,548	11,956
1 l Superbenzin	0,148	0,159	0,149	0,163
Stahlhilfsarbeiter M				
1 kg Tomaten	0,298	0,359	0,329	0,358
1 Hose	14,270	13,945	14,902	15,341
1 l Superbenzin	0,178	0,176	0,193	0,211
Mindestlöhner				
1 kg Tomaten	0,374	0,482	0,372	0,386
1 Hose	17,901	17,368	16,866	16,552
1 l Superbenzin	0,223	0,235	0,218	0,228

* Die Löhne von P1 und M sind anhand der vorhandenen Daten geschätzt.





„Wir lassen uns unser Familienleben nicht kaputtmachen". Tausende Kaufhausangestellte streikten am 5.9. gegen die Einführung von Sonntagsarbeit.



Der verstorbene Präsident Houari Boumedienne übergibt Kleinbauern ihr neues Land. Bisher wurden rund 1 Mio. ha an 100000 Bauern verteilt.

Agrarrevolution in Algerien: Produktionsgenossenschaften von Kleinbauern und Landarbeitern

z.ulg. Von allen nordafrikanischen Ländern haben die Kolonialisten die Landwirtschaft am gründlichsten in Algerien verwüstet. Am Ende der Kolonialzeit hatten 9000 französische Großgrundbesitzer 2,5 Mio. ha von insgesamt rund 10 Mio. ha landwirtschaftlicher Nutzfläche an sich gerissen, den fruchtbarsten Boden. Auf riesigen Plantagen ließen sie von zu Hungerlöhnen ausgebeuteten algerischen Landarbeitern vor allem Wein und Südfrüchte für den Export anbauen. Die algerischen Hirten, die die Küstenebenen vorher als Winterweide genutzt hatten, wurden immer tiefer ins Atlasgebirge getrieben, ständiges Vordringen der Wüste war die Folge der dadurch verursachten Überweidung.

Als nach der Befreiung 1962 die Siedler fluchtartig das Land verließen, übernahmen die Landarbeiter die kolonialen Plantagen. Im März 1963 bestätigte die Regierung, daß dieser „sozialistische Sektor" künftig von den ehemaligen Landarbeitern in Selbstverwaltung bewirtschaftet werden sollte. Tatsächlich aber riß der Staatsapparat bald immer mehr Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane an sich, und die Lage der Bauern unterschied sich schließlich kaum mehr von der gewöhnlicher Lohnarbeiter. Heute gehört ein knappes Drittel der Nutzfläche zu diesem Sektor. Mit modernen Produktionsmitteln wird hier fast die gesamte Exportproduktion, nach wie vor im wesentlichen Wein und Südfrüchte, produziert.

Der einheimische Großgrundbesitz blieb zunächst völlig unangetastet. 2,8% der Grundbesitzer mit über 50 ha besaßen noch 1971 mehr als ein Viertel der privaten Nutzfläche, die 424000 Kleinbetriebe mit weniger als 10 ha (71,9%) dagegen nur ein knappes Viertel. Immer ungeduldiger drängten Kleinbauern und Landarbeiter auf die fällige Agrarrevolution.

Anfang der 70er Jahre begann die versäumte Umwälzung der Grundbesitzverhältnisse direkt die Anstrengungen zu gefährden, mit forcierter Industrialisierung eine unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen. Die französischen Imperialisten schränkten die Weinimporte aus Algerien drastisch ein, gleichzeitig mußte das Land immer größere Mengen Getreide einführen.

In dieser Lage leitete die Regierung im November 1971 die Agrarrevolution ein. In einer ersten Phase wurden 680000 ha staatliches und Gemeindeland in den Nationalfonds für Agrarrevolution eingebracht. In der zweiten Phase, die bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden soll, waren bis Anfang 1978 weitere gut 300000 ha privater Großgrundbesitz enteignet worden, was aber nicht einmal ein Drittel der vor der Agrarreform ausgewiesenen Fläche der Betriebe mit über 50 ha ist.

Diese rund 1 Mio. ha wurden an etwa 100000 arme Bauern und Landarbeiter verteilt, die sich verpflichten mußten, den Boden in Produktionsgenossenschaften zu bewirtschaften. Bisher gibt es rund 5000 solcher Genossenschaften. Auf Gemeindeebene wurden landwirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaften gegründet, über die Saatgut und Dünger gemeinsam eingekauft werden, die Ernte abgesetzt und der gemeinschaftliche Maschinenpark verwaltet wird.

Seit 1975 ist auch die staatskapitalistische Zentralisierung des „selbstverwalteten Sektors" schrittweise eingeschränkt worden. Die Leitung der ehemaligen Plantagen durch staatlich ernannte Direktoren wurde beseitigt. Statt wie früher über staatliche Handelsgesellschaften betreiben jetzt auch diese Betriebe den Kauf ihrer Produktionsmittel und den Absatz ihrer Produkte über tatsächlich selbstverwaltete Genossenschaften.

Anfang dieses Jahres hat die Nationale Befreiungsfront FLN eine „landwirtschaftliche Berichtigung" eingeleitet, um den Kampf gegen die alten Grundbesitzer erfolgreich abzuschließen und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zu verringern. Noch steht die genossenschaftliche Organisierung der nicht von der Agrarrevolution begünstigten Kleinbauern, der großen Masse der Bauernschaft also, in den ersten Anfängen. Zwar sind schon seit einigen Jahren die Erzeugerpreise erheblich stärker als die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel angehoben worden, aber bisher ist nur ein Bruchteil der staatlichen Investitionsmittel in die Landwirtschaft geflossen. Hauptmittel zur Fortführung der Agrarrevolution soll jetzt eine weitere Stärkung der örtlichen Genossenschaften und Selbstverwaltungsorgane sein.

ideologischen Spielraum für die Vorbereitung eines großen Angriffes auf die Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen zu schaffen. Ein „mutiger Plan und erhebliche Opfer aller", auf diesen Weg zur Lösung der Krise wollte die Bourgeoisie die Arbeiter und Angestellten einschwören.

Barre hat diesen Plan am 5.9. präsentiert: den Staatshaushalt für 1980. Seine entscheidenden Bestandteile: eine hohe Staatsverschuldung, ein scharfes Anziehen der Steuerschraube und die weitere Senkung der Löhne der Facharbeiter und mittleren Angestellten mit dem demagogischen Verweis auf die Hilfe für die Ärmsten. Mit der Verdoppelung des Defizits auf 30 Mrd. FF entspricht die Regierung dem Verlangen der Kapitalisten, ihre Profite in dieser Zeit unsicherer Konjunktur über Staatsanleihen kräftig zu verzinsen. Für die Begleichung der Zinsschuld werden die Volksmassen geschröpft. Etwa 10 Mrd. FF sollen mit Hilfe von Steuererhöhungen in den Kassen der Finanzbourgeoisie klingeln. 4 Mrd. will Barre den Lohnabhängigen über die Erhöhung der Alkohol- und Tabaksteuer abpressen, wobei er nicht versäumt, darauf hinzuweisen, damit der Bekämpfung der Alkohol- und Tabaksucht zu dienen. Der früheren Ministerin für Soziales und Gesundheit, Simone Veil, werden in Straßburg die Augen leuchten. 2 Mrd. zusätzlich an Lohnsteuer plündert die Regierung, indem sie die Steuertabelle nur zum Teil

enthüllt, wie weit es die französische | höhungen.

Preisentwicklung in notwendiger Arbeitszeit von Stahlarbeitern, Region Paris

	Okt. '76	Okt. '77	Okt. '78	Juni '79*
Stahlfacharbeiter P1				
1 kg Tomaten	0,242	0,325	0,255	0,277
1 Hose	11,591	11,743	11,548	11,956
1 l Superbenzin	0,148	0,159	0,149	0,163
Stahlhilfsarbeiter M				
1 kg Tomaten	0,298	0,359	0,329	0,358
1 Hose	14,270	13,945	14,902	15,341
1 l Superbenzin	0,178	0,176	0,193	0,211
Mindestlöhner				
1 kg Tomaten	0,374	0,482	0,372	0,386
1 Hose	17,901	17,368	16,866	16,552
1 l Superbenzin	0,223	0,235	0,218	0,228

* Die Löhne von P1 und M sind anhand der vorhandenen Daten geschätzt.

gen der Wüste war die Folge der dadurch verursachten Überweidung.

Als nach der Befreiung 1962 die Siedler fluchtartig das Land verließen, übernahmen die Landarbeiter die kolonialen Plantagen. Im März 1963 bestätigte die Regierung, daß dieser „sozialistische Sektor" künftig von den ehemaligen Landarbeitern in Selbstverwaltung bewirtschaftet werden sollte. Tatsächlich aber riß der Staatsapparat bald immer mehr Befugnisse der Selbstverwaltungsorgane an sich, und die Lage der Bauern unterschied sich schließlich kaum mehr von der gewöhnlicher Lohnarbeiter. Heute gehört ein knappes Drittel der Nutzfläche zu diesem Sektor. Mit modernen Produktionsmitteln wird hier fast die gesamte Exportproduktion, nach wie vor im wesentlichen Wein und Südfrüchte, produziert.

Der einheimische Großgrundbesitz blieb zunächst völlig unangetastet. 2,8% der Grundbesitzer mit über 50 ha besaßen noch 1971 mehr als ein Viertel der privaten Nutzfläche, die 424000 Kleinbetriebe mit weniger als 10 ha (71,9%) dagegen nur ein knappes Viertel. Immer ungeduldiger drängten Kleinbauern und Landarbeiter auf die fällige Agrarrevolution.

Anfang der 70er Jahre begann die versäumte Umwälzung der Grundbesitzverhältnisse direkt die Anstrengun-

nossenschaften zu bewirtschaften. Bisher gibt es rund 5000 solcher Genossenschaften. Auf Gemeindeebene wurden landwirtschaftliche Dienstleistungsgenossenschaften gegründet, über die Saatgut und Dünger gemeinsam eingekauft werden, die Ernte abgesetzt und der gemeinschaftliche Maschinenpark verwaltet wird.

Seit 1975 ist auch die staatskapitalistische Zentralisierung des „selbstverwalteten Sektors" schrittweise eingeschränkt worden. Die Leitung der ehemaligen Plantagen durch staatlich ernannte Direktoren wurde beseitigt. Statt wie früher über staatliche Handelsgesellschaften betreiben jetzt auch diese Betriebe den Kauf ihrer Produktionsmittel und den Absatz ihrer Produkte über tatsächlich selbstverwaltete Genossenschaften.

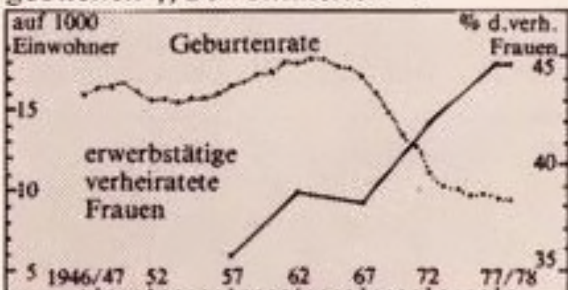
Anfang dieses Jahres hat die Nationale Befreiungsfront FLN eine „landwirtschaftliche Berichtigung" eingeleitet, um den Kampf gegen die alten Grundbesitzer erfolgreich abzuschließen und die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten zu verringern. Noch steht die genossenschaftliche Organisierung der nicht von der Agrarrevolution begünstigten Kleinbauern, der großen Masse der Bauernschaft also, in den ersten Anfängen. Zwar sind schon seit einigen Jahren die Erzeugerpreise erheblich stärker als die Preise für landwirtschaftliche Produktionsmittel angehoben worden, aber bisher

fall" genüge den Anforderungen. Bei dem Beitrag die Überstunden einzuberechnen (wodurch er sich um 22,2% erhöhte) scheuen sich die bürgerlichen Politiker nicht.

z.gab. **Seit 1977 hat Ehrenberg das 3. Sonderprogramm für Schwerbehinderte laufen.** Rund 20000 Arbeiter wurden bisher danach „arbeitsvermittelt". Die Kapitalisten erhalten zusätzlich zu den im Schwerbehindertengesetz verbrieften Zuschüssen 8000 DM bis 18000 DM Förderung je eingestelltem Schwerbehindertem. Unverblümt präsentierte Matthöfer die Gier der Kapitalisten: „Das gleiche gilt für die Sorge um die Behinderten, ... wo auch noch unausgeschöpfte Reserven an Beiträgen für das Wirtschaftswachstum liegen." (Presseauszüge der Deutschen Bundesbank 8/79) Kapitalisten wie Opel, Adler, VW usw. vergeben an Ehrenbergs „beschützende Werkstätten" Aufträge. Die erfahrenen, in den Fabriken frühzeitig verschlissenen Arbeiter lassen sie dort zur Zwangsarbeit pressen. Einfache Montagearbeiten, Metall- und Holzarbeiten bei einem Lohn von 0,60 bis 2,00 DM in der Stunde. Gezahlt wird nach Prämie je nach Leistung. Auf 50 bis 120 DM kommt ein Arbeiter dort im Monat. Einmal in einer solchen Zwangsanstalt, ist er völlig entrechtet. Er erhält keinen Tariflohn und hat kein Recht auf gewerkschaftliche Organisierung. Weigert er sich, kommt er zurück in die „geschlossene Anstalt". – Ausbau der „beschützenden Werkstätten" auf 1 Werkstattplatz pro 1000 Einwohner ist Ehrenbergs Plan.

z.ine. **Die niedersächsische Wirtschaftsministerin B. Breuel spricht sich in der Frauenzeitschrift „Brigitte" für einen Modellversuch zur Verlängerung der Ladenschlußzeiten mit Teilzeit-und Schichtarbeit für die Beschäftigten und Preiserhöhungen aus.** Sie „möchte jetzt das Gespräch" mit Verbrauchern auf der einen Seite und Gewerkschaften und Unternehmern auf der anderen Seite suchen. – Unter der Überschrift „Kaufen ohne Streß!" ruft der Deutsche Verbraucherschutzverband e.V. mit einer Flugblattaktion und Unterschriftensammlung zur Verlängerung der Ladenschlußzeiten im Einzelhandel auf, ausgegeben als im Interesse der Beschäftigten: „Nur flexible Öffnungs- und Arbeitszeiten zwingen die Geschäfte zur Einstellung von mehr Personal, zum Abbau unbezahlter Überstunden und würden dem bisherigen Verkaufspersonal endlich auch die Fünftagewoche mit 40 Arbeitsstunden ermöglichen."

z.guw. **Das Statistische Bundesamt hat die Geburtenstatistik 1978 der BRD veröffentlicht.** Danach ist die Zahl der Geburten um insgesamt 1% gesunken, die der Kinder deutscher Nationalität um 0,5%, die der ausländischen Kinder um 4,2%. „Offensichtlich passen sich die Ausländer mit der Beschränkung auf 1 – 2 Kinder den ‚Gewohnheiten' der Deutschen an", schreibt zynisch „Die Welt" (31.8.79). Ständige Presseergüsse von Antje Huber und Co. im „Jahr des Kindes" propagieren, daß „Kinderfeindlichkeit" und „Bequemlichkeit" die Ursachen des Geburtenrückgangs seien. Das Forschungsinstitut der Bundesanstalt für Arbeit schreibt, daß 1978 bei einem Haushaltseinkommen unter 1250 DM netto 71% der verheirateten Frauen, 65% der Mütter mit einem Kind unter 6 Jahren arbeiten gehen mußten, bei über 2000 DM waren 25% der Frauen und 16% der Mütter erwerbstätig. Dies zeigt die wirklichen Gründe für die angeblichen „Gewohnheiten".



Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM
Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hej. Hamburg. **Mit „Pressevielfalt" und „Erhaltung der Meinungsfreiheit" versucht die SPD, ihre Zeitung „Hamburger Morgenpost" zu retten.** Seit den sechziger Jahren ist die Auflagenentwicklung der letzten SPD-eigenen Tageszeitung beständig zurückgegangen. Von ehemals 400000 auf 235000 für mehrere Städte. Mit einer groß angelegten Kampagne versucht die SPD jetzt, neue Kapitalgeber zu finden. Springer ist im Gespräch, noch lieber wäre der SPD aber direkte Unterstützung durch den Senat aus Steuermitteln. Eine Leserbriefaktion ist inszeniert worden, die den Anschein erwecken soll, als ob es den Hamburgern unbedingt um das Weitererscheinen geht; und die „Pressevielfalt" notfalls auch mit Steuermitteln gewährt bleiben muß. Die Morgenpost als Lichtblick und Gegenpol zur Bild-Zeitung? Da muß die SPD schon mächtig die Werbetrommel rühren, bevor ihr das ein Arbeiter abnimmt. Um das Weitererscheinen der Morgenpost wird noch gepokert. Daß die Druckerei, der Auerdruck, dichtmachen soll, ist schon sicher. Damit sitzen dann 240 Arbeiter auf der Straße. In der Kampagne „Rettet die Morgenpost" schweigt man darüber lieber. In den Auerdruck traut sich die SPD mit „Pressevielfalt" sowieso nicht rein.

b.brb. **Mit einer Wahlrechtsänderung, die die CDU-Regierung in Schleswig-Holstein erhalten soll, steigt die CDU in die Bundestagswahlen ein.** Von den bisher 73 Parlamentssitzen (37 CDU, 35 SPD/FDP, 1 SSW) soll einer gestrichen werden. Die CDU heuchelt, dem SSW die „belastende" Rolle abnehmen zu wollen, evt. die Entscheidung für den Ministerpräsidenten treffen zu müssen. Wenn Strauß Stoltenberg als Sockel seiner Regierungsmannschaft in Bonn engagiert, muß dieser eine gesicherte Hausmacht hinterlassen. Denn Sturz der Regierung ist bei Stimmengleichheit nicht möglich. Haben die „Nordlichter" der CDU jetzt gerade eine Saubermanninitiative für Strauß gestartet, so tobt die SPD, die CDU wolle das Parlament handlungsunfähig machen. Im Gegenteil. Die SPD wird sich anbiedern, wenn es um die Unterdrückung der Volksmassen geht.

Das Durchwachsene unserer Natur gerade ist es, welches den Menschen vom Engel, den wir zu Recht als ein Wesen anderer Art empfinden, unterscheidet.
E. Albrecht



Auszubildende, allgemeine Preissteigerungen sowie die Bauinvestition zum Wohle des Hamburger Bahnfahrers. Für mehr Leistungen mehr Geld – klarer Fall. So die „Welt" am 29.8. Offen traut sie sich noch nicht, von neuerlichen Preiserhöhungen zu sprechen. Zunächst will man um Verständnis buhlen. Unser Lohn-Preis-Konto, dem die jeweils gültigen Tarife, sowie der Durchschnittsbruttolohn der Industriearbeiter laut Stat. Landesamt zugrunde liegen, zeigt, wie wenig Verständnis man ernten wird.

b.wik.Leck. **Seit dem 3.9.79 werden in der neu errichteten Ausbildungswerkstatt des Aufklärungsgeschwaders 52 in Leck Jugendliche zum Nachrichtengerätemechaniker und Funkelektroniker ausgebildet.** Bereits seit 1976 bildet das Lufwaffenversorgungsregiment 7 in Husum Jugendliche zum Kfz-Mechaniker bzw. Flugzeugmechaniker aus. 100 Jugendliche haben sich dieses Jahr beworben, 12 wurden eingestellt. Die Jugendarbeitslosigkeit in Nordfriesland nutzt die Bundeswehrführung, um sich ein Kontingent spezialisierter Arbeitskräfte zu schaffen, das den militärischen Drill gewohnt ist.

r.clm. **In einer Anfrage im Bundestag an die Bundesregierung will die FDP geklärt haben, welche Maßnahmen gegen die Arbeiter der Fährlinie Römö-Sylt ergriffen werden können.** Dafür „sollen die EG und die betroffenen Botschaften eingeschaltet werden." Das teilte der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolf-Dieter Zumfort der Flensburger Presse nach einem Gespräch mit der Fördereederei mit. „Der Boykott der Fährlinie kann sich zu einer Belastung für die gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzraum entwickeln. Er verstößt eindeutig gegen internationale Gepflogenheiten, berührt deutsche Interessen und droht, das deutsch-dänische Verhältnis zu trüben." Über vier Monate Streik, Blockade und Boykott gegen die Flensburger Fördereederei für einen kollektiven Tarifvertrag haben der Reederei, die die ganze Zeit von der Industrie- und Handelskammer Flensburg, der Landesbank Schleswig-Holstein, Stoltenbergs Landesregierung und der Bundesbahn unterstützt wurde, einen Verlust von bisher 12 Millionen Kronen beigebracht. Eines der beiden Fährschiffe der Linie, die „Westerland", ist von Römö abgezogen worden und liegt jetzt beschäftigungslos im Flensburger Hafen. FDP Zumfort will „den nationalen und internationalen Gewerkschaften sehr dringend raten, die Unterstützung für die Seeleute-Gewerkschaft zu überdenken." Das Manöver der Kleinen Anfrage dient direkt dazu, Druck auf die ÖTV auszuüben, die wiederholt ihre Unterstützung des Kampfes der dänischen Fährarbeiter unterstrichen hat. Die Organisierung von Solidaritätsveranstaltungen durch die ÖTV in Hamburg und Schleswig-Holstein ist die richtige Antwort darauf.

Immer rascherer Verschleiß der Arbeitskraft bei der Post

r.kob. Nach dem Postamt Wiesbaden wird das Münsteraner Postamt am Bahnhof das zweite in der BRD sein, das eine automatische Briefverteilungsanlage erhält. Die Anlage wird vom Bundespostministerium als „die modernste der Welt" bezeichnet und soll einschließlich Baumaßnahmen rund 11 Millionen DM kosten. Sie kann 60000 Sendungen pro Stunde bearbeiten, sofern sie maschinell beschriftet sind. Handschriftlich adressierte Sendungen müssen nach wie vor von Hand verteilt werden. Im wesentlichen ergibt sich also ein schnellerer Umschlag der Geschäftspost der Kapitalisten; wer nicht über eine Schreib- oder Adressiermaschine verfügt, dessen Post wird wohl kaum schneller umgeschlagen werden.

Die Briefverteilung erfolgt im Wechselschichtdienst, großenteils mit Teilzeitkräften in 3-Stunden-Schicht. Die Tätigkeit erfordert eine derart hohe Konzentration, daß man sich nach drei Stunden fühlt, als hätte man schon sechs hinter sich. Daß dieses Gefühl nicht trügt, beweisen die Zahlen über die frühzeitige Verrentung im Postbereich. Die Hälfte aller Beamten und Arbeiter des einfachen Postdienstes muß wegen *Dienstunfähigkeit* mit ungefähr 57 Jahren im Durchschnitt in den Ruhestand versetzt werden. Mit 59 Jahren im Durchschnitt folgen die Wechselschichtdienstler im mittleren Dienst (28,5% aller Postbeschäftigten arbeiten in Wechselschicht, fast 90% sind in den Laufbahnen des einfachen und mittleren Dienstes).

Dieser ungeheure Verschleiß der Arbeitskraft durch Nacht- und Schichtarbeit wird sich ohne Zweifel noch verschärfen, wenn durch Einführung neuer Techniken wie in der Briefverteilung die Intensität der Arbeit weiter erhöht wird. So ist z.B. für die Bearbeitung der handschriftlichen Sendungen in zunehmendem Maße die Einführung von halbautomatischen Codierplätzen geplant. Bildschirmarbeit tritt dann anstelle der jetzigen Handverteilung.

Wer an diesen Plätzen jahrelang in Wechselschicht arbeitet, zahlt außer mit früherem Tod auch noch mit Lohnverlust im Alter. Wer als Beamter beispielsweise mit 57 dienstunfähig wird, dem entgeht – sofern er überhaupt 65 wird – acht Jahre lang die Differenz zwischen seiner Beamtenpension und seinem Dienstgehalt, das sind 25%. Diesen Betrag kann er höchstens dadurch ausgleichen, daß er in seinen ersten Dienstjahren als Arbeiter oder Angestellter Beiträge an die VAP (Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost) bezahlt hat. Dann bekommt er eine Betriebsrente. Berufsunfähigkeitsrente bekommt er nur, wenn er mindestens 5 Jahre lang Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung entrichtet hat.

Das Postministerium hat jetzt selber zugeben müssen, daß die „Deutsche Bundespost überwiegend Betriebsaufgaben wahrzunehmen hat, die bei gleichem Gesundheitszustand und normaler Auslastung an die körperliche Rüstigkeit der Beamten höhere Anforderungen stellen..." (Staatssekretär Wrede auf Anfrage eines Abgeordneten). Wechselschicht, Nachtarbeit, Bildschirmarbeit sind die Ursachen dafür. Im höheren Dienst, also bei der Dienstaufsicht, die großenteils ihren geregelten 8-Stundentag hat, tritt Dienstunfähigkeit vor Erreichen der Altersgrenze nur in 2,7% der Fälle ein. Wrede kann also seinesgleichen nicht gemeint haben mit seiner Äußerung.

Der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) will die „Probleme der Schichtarbeit" mit der Forderung nach zusätzlichem Freizeitausgleich (Zusatzurlaub) angehen. Damit wird dem immer schnelleren Verschleiß der Arbeitskraft der Nacht- und Schichtarbeiter, sowie aller anderen Beschäftigten kaum Einhalt geboten werden können. Das gesetzliche Verbot der Nacht- und Schichtarbeit muß durchgesetzt werden. Die Gewerkschaft muß sodann regeln, wo überhaupt noch Nachtarbeit stattfinden darf.

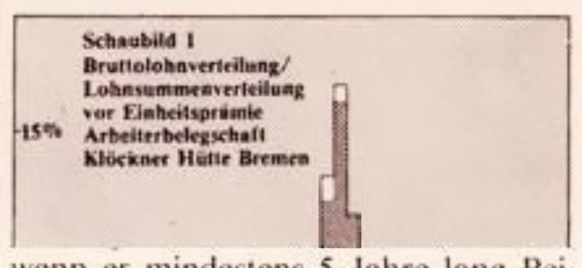
Klöckner Bremen: Einheitsprämie kann die Lohnspaltung nicht beseitigen

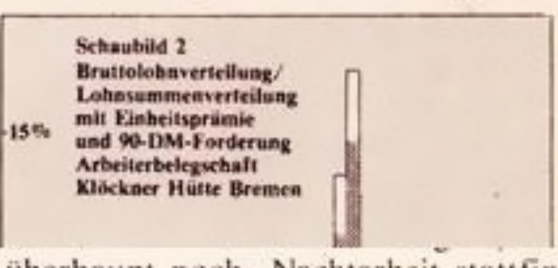
r.bäo. Im Juni hatte der Betriebsrat der Klöckner Hütte Bremen die Forderung nach einer Erhöhung der Prämie für alle einheitlich auf 2,20 DM beschlossen. Für die verschiedenen Werksteile hätte das eine Erhöhung zwischen 60 Pf. und 1 DM die Stunde bedeutet. Zur Durchsetzung der Forderung hat der Betriebsrat dann sämtliche Zusatzproduktionsschichten abgelehnt und sich als weiteres Mittel die Ablehnung aller Überstunden vorbehalten. Im Betriebsrat gab es jedoch Bedenken, daß die Klöcknerkapitalisten dann den gesamten Urlaubsplan umstoßen würden. Da durch die Ablehnung der Zusatzschichten nur Teile des Warmwalzwerkes betroffen waren, konnte die Ablehnung nur beschränkte Wirkung entfalten. Die Kapitalisten konnten ausweichen, haben auf Zeit gespielt und darauf gesetzt, daß aufgrund des niedrigen Lohnes und der beschleunigten Teuerung viele Arbeiter die Ablehnung der Zusatzschichten nicht durchhalten würden. Am 16. August wurde dann eine neue Prämienregelung abgeschlossen, in der die bisher 12 Bereiche zu einer Einheitsprämie zusammengelegt wurden, die maximal 1,55 DM erreichen kann. Die Angestellten gehen leer aus.

Für den Monat August bedeutet das eine Prämie von 1,49 DM pro Stunde für alle einheitlich ausgenommen das Kaltwalzwerk, wo die Prämie im Juli bereits bei 1,57 DM lag. Dort wurde für die Dauer der Vereinbarung, bis September 80, die Prämie auf 1,57 DM festgelegt. Für die anderen Bereiche kommt für August eine Erhöhung zwischen 9 und 18 Pfennig auf die Stunde heraus. Der Betriebsrat hat dann auf seiner nächsten Sitzung die Forderung nach 90 DM Teuerungsausgleich erhoben.

Das Ziel der Einheitsprämie wurde zwar im Grundsatz erreicht, aber die Absicht der Klöcknerkapitalisten war es, mit wenig Geld möglichst viel zu spalten. Für gut ein Drittel der Belegschaft kommen ohne die Schichtzuschläge zwischen 28 und 31 DM im Monat mehr heraus. Knapp die Hälfte erhält zwischen 15 und 19 DM mehr, wobei sich der Betrag je nach Schichtweise und Wochenendarbeit (die Sonntagszuschläge werden auf den betrieblichen Grundlohn plus der Prämie berechnet und erhöhen sich entsprechend, während die anderen Zuschläge auf den Ecklohn berechnet werden) noch um 10 bis 15 DM erhöhen kann. Die 785 Arbeiter des KW, das sind 15% der Belegschaft, erhalten keinen Pfennig mehr.

Die Spaltungswirkung durch die unterschiedliche Erhöhung in den einzelnen Bereichen treibt bei den unteren Lohnklassen bei ca. 2200 DM einen Keil in die Belegschaft, der auch durch die 90 DM auf den Tariflohn nicht ausgeglichen werden kann. Die höheren Lohnklassen, in denen sich im wesentlichen die etwas besser verdienenden Facharbeiter befinden, die, da sie in einem Prämienbereich zusammengefaßt waren, die gleiche Erhöhung pro Stunde erhalten, werden enger zusammengeschlossen. Für den kommenden Lohnkampf stellt sich jetzt die Aufgabe durch eine hohe Festgeldforderung diese Spaltung wieder zu beseitigen.





bisher 73 Parlamentssitzen (37 CDU, 35 SPD/FDP, 1 SSW) soll einer gestrichen werden. Die CDU heuchelt, dem SSW die „belastende" Rolle abnehmen zu wollen, evt. die Entscheidung für den Ministerpräsidenten treffen zu müssen. Wenn Strauß Stoltenberg als Sockel seiner Regierungsmannschaft in Bonn engagiert, muß dieser eine gesicherte Hausmacht hinterlassen. Denn Sturz der Regierung ist bei Stimmengleichheit nicht möglich. Haben die „Nordlichter" der CDU jetzt gerade eine Saubermanninitiative für Strauß gestartet, so tobt die SPD, die CDU wolle das Parlament handlungsunfähig machen. Im Gegenteil. Die SPD wird sich anbiedern, wenn es um die Unterdrückung der Volksmassen geht.

Das Durchwachsene unserer Natur gerade ist es, welches den Menschen vom Engel, den wir zu Recht als ein Wesen anderer Art empfinden, unterscheidet.
E. Albrecht



Das teilte der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolf-Dieter Zumfort der Flensburger Presse nach einem Gespräch mit der Fördereederei mit. „Der Boykott der Fährlinie kann sich zu einer Belastung für die gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzraum entwickeln. Er verstößt eindeutig gegen internationale Gepflogenheiten, berührt deutsche Interessen und droht, das deutsch-dänische Verhältnis zu trüben." Über vier Monate Streik, Blockade und Boykott gegen die Flensburger Fördereederei für einen kollektiven Tarifvertrag haben der Reederei, die die ganze Zeit von der Industrie- und Handelskammer Flensburg, der Landesbank Schleswig-Holstein, Stoltenbergs Landesregierung und der Bundesbahn unterstützt wurde, einen Verlust von bisher 12 Millionen Kronen beigebracht. Eines der beiden Fährschiffe der Linie, die „Westerland", ist von Römö abgezogen worden und liegt jetzt beschäftigungslos im Flensburger Hafen. FDP Zumfort will „den nationalen und internationalen Gewerkschaften sehr dringend raten, die Unterstützung für die Seeleute-Gewerkschaft zu überdenken." Das Manöver der Kleinen Anfrage dient direkt dazu, Druck auf die ÖTV auszuüben, die wiederholt ihre Unterstützung des Kampfes der dänischen Fährarbeiter unterstrichen hat. Die Organisierung von Solidaritätsveranstaltungen durch die ÖTV in Hamburg und Schleswig-Holstein ist die richtige Ant-

Jahren im Durchschnitt folgen die Wechselschichtdienstler im mittleren

wenn er mindestens 5 Jahre lang Beiträge an die gesetzliche Rentenversi-

überhaupt noch Nachtarbeit stattfinden darf.

Klöckner Bremen: Einheitsprämie kann die Lohnspaltung nicht beseitigen

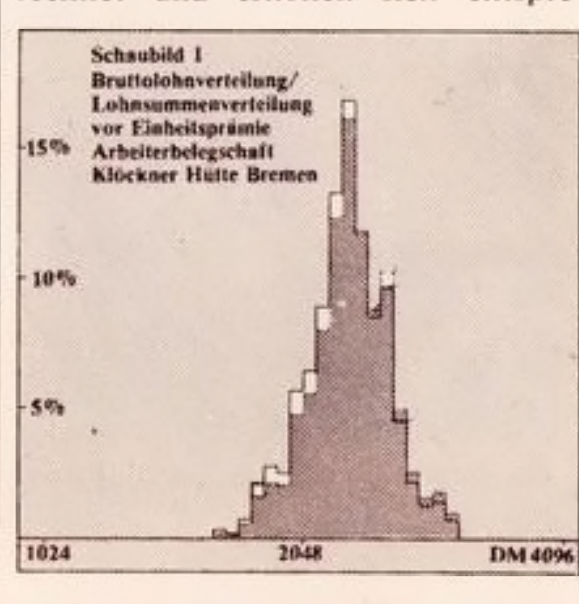
r.bäo. Im Juni hatte der Betriebsrat der Klöckner Hütte Bremen die Forderung nach einer Erhöhung der Prämie für alle einheitlich auf 2,20 DM beschlossen. Für die verschiedenen Werksteile hätte das eine Erhöhung zwischen 60 Pf. und 1 DM die Stunde bedeutet. Zur Durchsetzung der Forderung hat der Betriebsrat dann sämtliche Zusatzproduktionsschichten abgelehnt und sich als weiteres Mittel die Ablehnung aller Überstunden vorbehalten. Im Betriebsrat gab es jedoch Bedenken, daß die Klöcknerkapitalisten dann den gesamten Urlaubsplan umstoßen würden. Da durch die Ablehnung der Zusatzschichten nur Teile des Warmwalzwerkes betroffen waren, konnte die Ablehnung nur beschränkte Wirkung entfalten. Die Kapitalisten konnten ausweichen, haben auf Zeit gespielt und darauf gesetzt, daß aufgrund des niedrigen Lohnes und der beschleunigten Teuerung viele Arbeiter die Ablehnung der Zusatzschichten nicht durchhalten würden. Am 16. August wurde dann eine neue Prämienregelung abgeschlossen, in der die bisher 12 Bereiche zu einer Einheitsprämie zusammengelegt wurden, die maximal

September 80, die Prämie auf 1,57 DM festgelegt. Für die anderen Bereiche kommt für August eine Erhöhung zwischen 9 und 18 Pfennig auf die Stunde heraus. Der Betriebsrat hat dann auf seiner nächsten Sitzung die Forderung nach 90 DM Teuerungsausgleich erhoben.

Das Ziel der Einheitsprämie wurde zwar im Grundsatz erreicht, aber die Absicht der Klöcknerkapitalisten war es, mit wenig Geld möglichst viel zu spalten. Für gut ein Drittel der Belegschaft kommen ohne die Schichtzuschläge zwischen 28 und 31 DM im Monat mehr heraus. Knapp die Hälfte erhält zwischen 15 und 19 DM mehr, wobei sich der Betrag je nach Schichtweise und Wochenendarbeit (die Sonntagszuschläge werden auf den betrieblichen Grundlohn plus der Prämie berechnet und erhöhen sich entspre-

chend, während die anderen Zuschläge auf den Ecklohn berechnet werden) noch um 10 bis 15 DM erhöhen kann. Die 785 Arbeiter des KW, das sind 15% der Belegschaft, erhalten keinen Pfennig mehr.

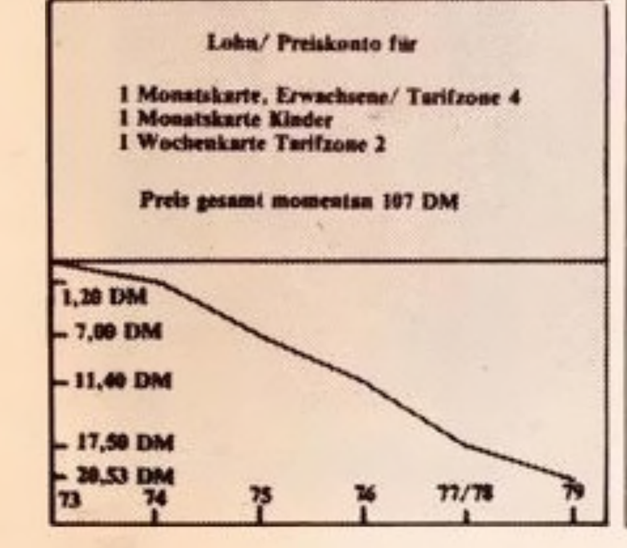
Die Spaltungswirkung durch die unterschiedliche Erhöhung in den einzelnen Bereichen treibt bei den unteren Lohnklassen bei ca. 2200 DM einen Keil in die Belegschaft, der auch durch die 90 DM auf den Tariflohn nicht ausgeglichen werden kann. Die höheren Lohnklassen, in denen sich im wesentlichen die etwas besser verdienenden Facharbeiter befinden, die, da sie in einem Prämienbereich zusammengefaßt waren, die gleiche Erhöhung pro Stunde erhalten, werden enger zusammengeschlossen. Für den kommenden Lohnkampf stellt sich jetzt die Aufgabe durch eine hohe Festgeldforderung diese Spaltung wieder zu beseitigen.





b.Hamburg. **Phoenix-Arbeiter unterstützen Kampuchea-Aufruf.** Bisher haben 10 Arbeiter von Phoenix-Harburg, Abteilung Profilfertigung, den Aufruf zur Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes unterschrieben. Vor zwei Wochen haben die Phoenix-Kapitalisten bekanntgegeben, vietnamesische Flüchtlinge einzustellen.

b.uwh. **Steil ansteigende Zahlen soll die mittelfristige Finanzplanung Hamburgs für die Staatszuschüsse an die HVV ergeben.** 210,4 Mio. dieses Jahr. 1980 wird mit 301 Mio. gerechnet. Schuld seien die gesetzlichen Regelungen für Sozialtarife für Behinderte und



b.uls. **Die Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm macht der SPD noch arg zu schaffen.** Um noch als „linke" Antikernenergieminderheit und damit als Alternative im Bundestagswahlkampf dazustehen, schlägt der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jansen ein 7-Punkte-„Aktionsprogramm Energiewende" vor. Sein Programm: 1. Verzicht auf neue KKW, 2. schrittweise Einstellung vorhandener KKWs, 3. Verbots des Exports nuklearer Anlagen, 4. Zwischenlager nur für bereits angefallenen Atommüll, 5. alternatives Konzept für die WAA Gorleben, 6. Verbot der Betriebsgenehmigungen für KKWs, die jetzt im Bau sind, 7. kein „Schneller Brüter" in Kalkar, auch nicht als Forschungsreaktor. Dieses Programm glaubt Jansen niemand, wo doch das Verwaltungsgericht Schleswig vom 1.-5.10.79 über die Rechtmäßigkeit der ersten Teilerrichtungsgenehmigung ein Hauptsacheverfahren über den bis heute bestehenden Baustop für Brokdorf durchführt und Matthiessen mit „Preisgabe der energiepolitischen Regierungsfähigkeit" kontert.

b.ulh.Hamburg. **Mit dem Modell „Kommunales Kino" will der Hamburger Senat den ideologischen Druck insbesondere auf die Jugend verstärken.** Einen jährlichen Zuschuß von 226000 DM ist ihm diese Sache wert. Geöffnet ist täglich von 16 bis 24 Uhr, für Schulen und sonstige Einrichtungen auch vormittags. Erweitert werden soll das Projekt durch Stadtteilarbeit unter staatlicher Förderung, wie z.B. die „Honigfabrik" in Wilhelmsburg.

– Für die 6. Hamburger Kinotage hat der Senat ebenfalls den Zuschuß erhöht, und erstmalig findet das Filmfest der Filmemacher statt. Unter senatlicher Bezuschussung und mit einem Kinozelt auf dem Rathausmarkt. Gezeigt wird noch einmal das ganze Spektrum der bewährten Nebelwerfer des „jungen deutschen Films" von „Das Brot der frühen Jahre" über „Mord und Totschlag" bis „Liebe Mutter, es geht mir gut". Neu ist „Kino für Kollegen", wo Filme von Vertrauensleuten im DGB gezeigt werden.

b.maj.Lübeck. **„Überkommene Traditionen gemeinsam zu pflegen", dazu ruft der Lübecker Senat auf, zum Gelingen des Altstadtfestes.** Gelder zur Erhaltung dieser „historischen Stadt" sollen den Massen aus der Tasche gezogen werden. Die Kapitalisten füllen die Innenstadt zwei Tage lang mit Verkaufsständen und machen ihren Schnitt. Bei den ersten Altstadtfesten kamen bei 700000 Besuchern gerade 380000 DM für den Denkmalschutz zusammen. Wenn die Kapitalisten mit der Erhaltung der Altstadt ihre verbrecherische Vergangenheit verdunkeln und ihre expansionistischen Ziele, „Lübeck – Tor zum Norden und Osten", an den Mann bringen wollen, dann sollen sie es eben selbst bezahlen.

Während des Altstadtfestrummels wurden für die Unterstützung des Demokratischen Kampucheas 56,33 DM und 35 Unterschriften für die Solidaritätskonferenz gesammelt.

b.Eutin. **In der Rettbergkaserne in Eutin haben in der 1./6 die Vertrauensmännerwahlen auf einer guten Grundlage stattgefunden.** Das Programm, das vorher in Teilen der Kompanie diskutiert worden ist und auf dem der Vertrauensmann gewählt worden ist, lautet: Erstattung der Benzinkosten! Dienstausgleich für alle Zusatzdienste! Besseres Essen! Kontrolle der Vertrauensmänner über die Zusammensetzung des Essensplans! Rheinländerwochenende; Freitag, 12 Uhr Feierabend! Von 70 abgegebenen Stimmen erhielt der Vertrauensmann mit diesem Programm 34 Stimmen. Ein Kandidat, der auf der Ebene „ich habe gute Verbindungen, da ich dem Stab angehöre" kandidierte, bekam für die Wahl zum Vertrauensmann 12 Stimmen.

b.Hamburg. **Gegen die Beschäftigten des AK Bergedorf hat die Gesundheitsbehörde Hamburg ein Ermittlungsverfahren wegen „Bruch der Schweigepflicht" eingeleitet.** Nachdem die Ärzte und Schwestern im Operationstrakt die weitere heimliche Entnahme von Fettgewebsproben bei Patienten verhindert hatten, soll jetzt herausgefunden werden, wer angeblich dem „Stern" Namen und Adressen der Patienten genannt hat. Fragebögen werden verteilt. Die OP-Schwestern haben sich bis auf die Oberschwester zusammengesetzt und alle Fragen mit Nein beantwortet. Andere Abteilungen beraten noch, ob man die Fragebögen zurückweist. Einheit besteht: die Untersuchungen müssen scheitern.

r.wal.Hamburg. **Nach Ablehnung der Haftbeschwerde bleiben die 4 irani-**

„Landwirtschaft und Energie“

Die Bauern wollen die Produktivkräfte entwickeln, aber sie schaffen Reichtum nur für die Kapitalisten

r.kaq. Landwirtschaftliche Großmaschinen und Energie sind die Schwerpunkte der diesjährigen NORLA in Rendsburg. Die Aussteller von landwirtschaftlichen Maschinen hoffen auf gute Umsätze. Ist doch der Ackerschlepper-Umsatz von Januar bis März diesen Jahres bereits um 7,0% gestiegen und der Gesamtumsatz landwirtschaftlicher Maschinen sogar um 10,8%. Für den überwiegenden Teil der Bauern wird diese NORLA zur Ausstellung der weiterentwickelten Landmaschinentechnik, die nur den Fortschritt in ihrer weiteren Ruinierung darstellt. Landmaschinen mit Arbeitsbreiten von 10 m sind keine Seltenheit mehr, Schlepper mit 150 bis 240 PS und Preisen von 100000 DM werden dargestellt werden. Für die Bauern sind diese Maschinen nicht einsetzbar auf Grund ihrer kleinen Felder und auch nicht bezahlbar. Die Agrarkapitalisten werden sie kaufen und die Konkurrenz verschärfen. Aber die Industrie hat auch eine Menge mittlerer Maschinen entwickelt, die zwar immer noch nicht auf den Höfen ausgelastet werden können, aber doch zum Kaufen verlocken. Die Bauern wollen ihre Produktivkräfte entwickeln, das fördert auch ihr Interesse an Maschinerie. Der einzelne Bauer ist aber an seinen Boden gefesselt, sein Eigentum, das zur Fessel seiner Produktivkraft wird. Um die Maschinerie wirtschaftlich einsetzen zu können, müßte neues Land hinzugekauft oder -gepachtet werden, wobei die Land- und Pachtpreise in schwindelnde Höhen gestiegen sind. Sind Dünger, Futtermittel und Maschinen erst einmal gekauft, so müssen Agrarprodukte, die auf einem niedrigen Stand der Produktivkräfte produziert sind, gegen Industrieprodukte getauscht werden. Das eigene Kapital reicht da nicht aus, Verschuldung ist erforderlich, und hier sahnt dann das Finanzkapital nach dem Verkauf der Maschinen noch einmal über die Banken ab. Die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiter gestiegen, und sie steigt bei kleiner Betriebsgröße mehr als bei den großen. Bis 20 ha Betriebsgröße sind es fast 5000 DM/ha gegenüber 2800 DM/ha bei Betriebsgrößen über 100 ha.

Über die Einführung weiterer Maschinerie wird der Bauer weiter enteignet. Mit den Investitionen und Zinsen zahlt er die Rente für den Boden und meist auch noch seinen Profit und einen Teil seines Lohns an die Kapitalisten. Was ihm bleibt, ist, daß er von seiner Arbeit lebt, zu einem Lohn, der unter dem eines Arbeiters liegt. Die Landwirtschaftskammer lockt noch mit weiteren Methoden der Ruinierung. „Energiesparen – Energieproduzieren“ ist ihr Thema. Die steigenden Energiekosten sollen den Bauern zum Umdenken bringen. Unterstützt wird sie dabei von einer Reihe von Ausstellern, die mit Biogas, Wärmepumpen, Halmfeuerungsanlagen auftreten.

Die Investitionen würden sich bei den jetzigen Energiepreisen in 5 bis 6 Jahren amortisieren. Damit ist dem Bauern nicht geholfen, sondern die erhöhten Energiekosten sind für die nächsten Jahre festgeschrieben. Daß die steigenden Energiepreise mit zum Kostpreis der Bauern gehören und sich somit in den Erzeugerpreisen widerspiegeln müssen, darauf kommen die bürgerlichen „Interessenvertreter“ nicht. Die Fischer des Landes haben eine Bezuschussung ihrer Energiekosten durch die Bundesregierung erkämpft.

Von 1970 bis 1978 sind die Betriebe in Schleswig-Holstein der Größe 2 bis 30 ha weiter von 26047 auf 15794 herunter ruiniert worden. Die Landesregierung hat fleißig mit Maßnahmen der Flurbereinigung, der Wassergesetze und Unterstützung der Agrarkapitalisten mitgeholfen. Mit der Steuerreform Matthöfers sollen noch einmal jährlich 21 Mio. DM mehr Steuern den schleswig-holsteinischen Bauern abgepreßt werden. Landwirtschaftsminister Fleßner zeigt sich bestürzt über das faktische Einfrieren der Erzeugerpreise in Brüssel. Er selbst und Stoltenberg werden auf dem Bauerntag während der NORLA auftreten. Beileid heuchelnd werden sie ihr Geseiche von der Erhaltung des Privateigentums ausschütten und damit die Aneignung des von den Bauern geschaffenen Reichtums durch die Kapitalisten sichern. Die Bauern müssen ihre Interessen selbst vertreten gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat und die Erzeugerpreispolitik. In der Arbeiterklasse werden sie dabei Unterstützung und einen Bündnispartner finden.



zur Fessel seiner Produktivkraft wird. Um die Maschinerie wirtschaftlich einsetzen zu können, müßte neues Land hinzugekauft oder -gepachtet werden, wobei die Land- und Pachtpreise in schwindelnde Höhen gestiegen sind. Sind Dünger, Futtermittel und Maschinen erst einmal gekauft, so müssen Agrarprodukte, die auf einem niedrigen Stand der Produktivkräfte produziert sind, gegen Industrieprodukte getauscht werden. Das eigene Kapital reicht da nicht aus, Verschuldung ist erforderlich, und hier sahnt dann das Finanzkapital nach dem Verkauf der Maschinen noch einmal über die Banken ab. Die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe ist weiter gestiegen, und sie steigt bei kleiner Betriebsgröße mehr als bei den großen. Bis 20 ha Betriebsgröße sind es fast 5000 DM/ha gegenüber 2800 DM/ha bei Betriebsgrößen über 100 ha.

Über die Einführung weiterer Maschinerie wird der Bauer weiter enteignet. Mit den Investitionen und Zinsen

unter ruiniert worden. Die Landesregierung hat fleißig mit Maßnahmen der Flurbereinigung, der Wassergesetze und Unterstützung der Agrarkapitalisten mitgeholfen. Mit der Steuerreform Matthöfers sollen noch einmal jährlich 21 Mio. DM mehr Steuern den schleswig-holsteinischen Bauern abgepreßt werden. Landwirtschaftsminister Fleßner zeigt sich bestürzt über das faktische Einfrieren der Erzeugerpreise in Brüssel. Er selbst und Stoltenberg werden auf dem Bauerntag während der NORLA auftreten. Beileid heuchelnd werden sie ihr Geseiche von der Erhaltung des Privateigentums ausschütten und damit die Aneignung des von den Bauern geschaffenen Reichtums durch die Kapitalisten sichern. Die Bauern müssen ihre Interessen selbst vertreten gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat und die Erzeugerpreispolitik. In der Arbeiterklasse werden sie dabei Unterstützung und einen Bündnispartner finden.



Schaum schlagen und einseifen

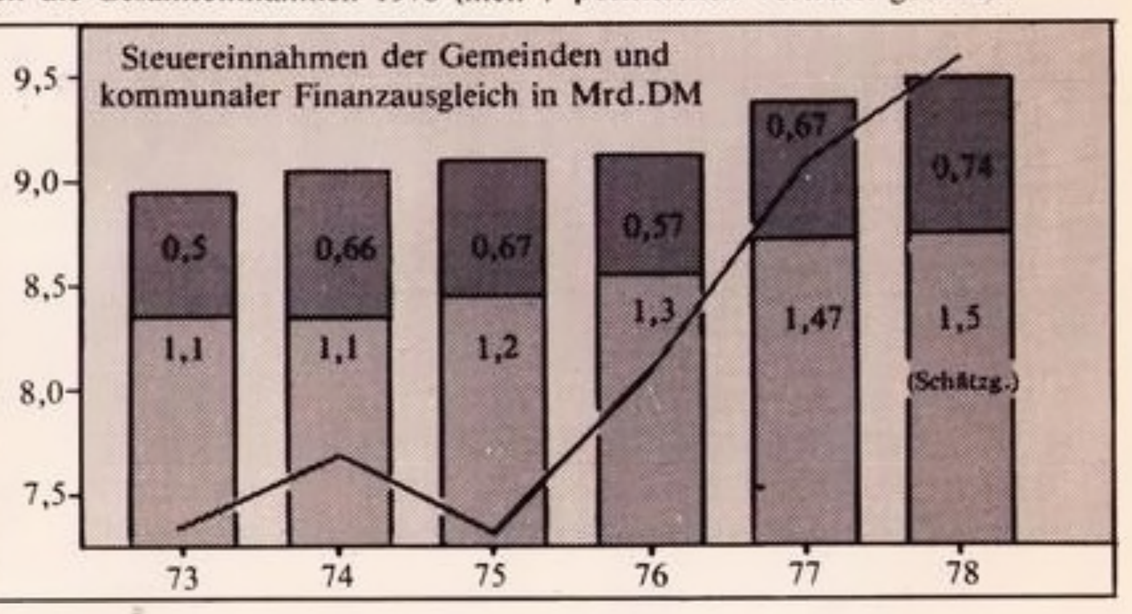
Scheingefechte um die kommunale Selbstverwaltung

b.ulw. Bodo Richter, OB von Flensburg und Vorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik ist unter dem Schlachtruf „Stärkung der kommunalen Eigenverantwortlichkeit“ gegen die schleswig-holsteinische Landesregierung angetreten. Aufs Korn genommen hat er den Entwurf zur Finanzausgleichsnovelle. Er fordert Ausgleich für die Fremdenverkehrsgemeinden, um den Wegfall der Kurtaxe zu ermöglichen, pauschalierte Investitionszuweisungen statt Einzelobjektförderung oder wenigstens Verzicht auf Verwendungsnachweise und Rückzahlungen wegen zuviel „Abrechnungsbürokratie“ und beklagt den zu geringen Ausgleich für den Wegfall der Lohnsummensteuer.

In unserem Schaubild ist in Umrissen die Lage der kommunalen Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein dargestellt: Die Säulen geben die Einnahmen der Gemeinden an, wobei der Sockel die Einnahmen aus Steuern darstellt, der dunkel gerasterte Teil den „kommunalen Finanzausgleich“, der sich aus etwa 75% allgemeinen sog. Schlüsselzuweisungen und 25% Mitteln für Einzelobjektförderung zusammensetzt. Dieser Finanzausgleich wird vom Land an die Kommunen gezahlt. Er ist nur deswegen nötig, weil die Gemeinden nicht über die in ihrem Bereich erhobenen Steuern selbst verfügen können. Sie können nur einen Teil der Gewerbesteuern erheben (die zudem dauernd gesenkt werden), erhalten 14% der Lohn- und Einkommenssteuern und die Grundsteuer A und B. Die sonstigen Steuern, die sie erheben können, machen etwa 3% ihrer Einnahmen aus. Um einen Teil dieser Steuern wird jetzt das große Gebrüll angestimmt: Die Gemeindevergnügungssteuer und Gemeindegetränkesteuer, die zusammen 1973 – seitdem werden sie nicht mehr gesondert ausgewiesen (Quelle: Stat. Berichte des Stat. Landesamtes S.-H.) – ca 12 Mio. DM ausmachten (1960: 13 Mio. DM). Die Summe ist lächerlich gegenüber dem Finanzbedarf der Gemeinden. Betrugen die Gesamteinnahmen 1978 (incl. Finanzausgleich) 2,24 Mrd. DM, so war Neuverschuldung in Höhe von 2,2 Mrd. DM beim Finanzkapital vonnöten, das damit die Gemeinden sehr gut „selbst verwalten“ kann.

Zum Vergleich haben wir im Schaubild das Gesamtsteueraufkommen von Schleswig-Holstein 1978: 9,1 Mrd. DM aufgetragen, das eine andere Bewegung zeigt, als die Einnahmen der Gemeinden.

Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kann nur darin bestehen, daß die Gemeinden über ihr Steueraufkommen demokratisch selbst verfügen, wozu allerdings auch die elementarsten demokratischen Rechte auf Wahl und Abwahl aller Beamten und polititschen Vertreter gehören.



Klose soll links löschen helfen

Neue Variante in Steuerdiskussion: „Gerechtere“ Nutznießung

b.brp. Am letzten Sonnabend hielt Klose eine vielbeachtete Rede in Nürnberg zum Thema Steuern. Er lieferte eine neue Variante der derzeitigen Steuerdiskussion unter den bürgerlichen Politikern. Für „linke“ Vorschläge scheint er der Bundesregierung und dem SPD-Bundesvorstand der rechte Mann zu sein. Er mischt sich ein über den „Diskussionsvorschlag“, ungerechtfertigt sei die hohe Subventionierung der Kapitalisten durch den Staatsapparat. Die Verteilung aus den aufgebrachten Steuern müsse gerechter zugehen.

Seit Monaten steigt die Preissteigerungsrate, im August erreichte sie 4,9%. Die Institute, die für die Kapitalisten diese Zahlen errechnen lassen, gehen davon aus, daß die offizielle Preissteigerung in diesem Jahr noch über 5% erreichen wird. Hamburg liegt bei den Lebenshaltungskosten hinter Stuttgart an zweiter Stelle, die Teuerungswelle ist damit hier noch einschneidender für die Arbeiterhaushalte. Bereits frühzeitig begannen die Arbeiter mit der Beratung und dem Aufstellen von Forderungen für die kommende Lohnauseinandersetzung. Bei AEG in Hamburg beschloß der Vertrauensleutekörper eine Forderung für die Tarifauseinandersetzung, die vom

Geschäftsleitung. Bei NRI in Buxtehude beschloß der Vertrauensleutekörper ebenfalls vor einer Woche 170 DM/8% mindestens. Der Vertrauensleutekörper von Haller-Meurer erhob diese Forderung jetzt einstimmig.

In der bereits erlahmenden Konjunktur wollen die Kapitalisten einen möglichst hohen Profit realisieren, um gewappnet zu sein, wenn auch sie in die Krise der Überproduktion hineingerissen werden. Alles gilt es zu unternehmen, damit diese Profiterwartungen nicht durch hohe Lohnforderungen der Arbeiterklasse zunichte gemacht werden, ist ihr eindeutiger Befehl an die Politiker.

Steuersenkungen kommen, nur die Frage ist, wann; diese Meinung wollen sie unter den Arbeitern erzeugen, um eine wirkungsvolle Lohnerhöhung zu verhindern.

Bereits im Juli wurde Hamburgs Finanzminister Nölling in dieser Richtung aktiv. Vor der Steuerberaterkammer Hamburg erklärte er: „Steuerentlastprogramme ... kann es in absehbarer Zeit nicht mehr geben ... Detailverbesserungen und Vereinfachung des Steuerrechts müssen von uns allen als eine langfristige Aufgabe angesehen werden“ (Hamburger Wirtschaft

gen sein konnten“ (Pressemitteilung, 27.7.79). Im August „lenkte“ er in der bekannten Weise anderer SPD-Politiker ein: „Ich stimme mit dem Bundesfinanzminister überein, daß Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuer – und nur darum kann es gehen – von drei Voraussetzungen abhängig sind, nämlich:

– von einem im Vergleich zu anderen Steuerarten überproportionalen Anstieg des Lohnsteueraufkommens,

– von der öffentlichen Finanzlage. Steuersenkungen dürfen nicht zu unvertretbar hohen Haushaltsdefiziten führen und schließlich

– von der konjunkturellen Entwicklung.

Die erste Bedingung scheint erfüllt. ... Ob die beiden anderen Voraussetzungen 1981 gegeben sein werden ..., läßt sich zur Zeit nicht übersehen“ (Pressemitteilung, 31.8.79).

In der Hamburger SPD sind im letzten Jahr 1400 Mitglieder ausgetreten, der Mitgliederstand liegt bei 29000, so niedrig wie noch nie. Die Senatspolitik, unter der Parole „Sicherung von Arbeitsplätzen“ den Kapitalisten Milliardenbeträge für Industrieansiedlung zu schenken, hat auch unter den einfachen SPD-Mitgliedern zu heftiger Kri-

reich erhobenen Steuern selbst verfü-

73 74 75 76 77 78

Klose soll links löschen helfen

Neue Variante in Steuerdiskussion: „Gerechtere“ Nutznießung

b.brp. Am letzten Sonnabend hielt Klose eine vielbeachtete Rede in Nürnberg zum Thema Steuern. Er lieferte eine neue Variante der derzeitigen Steuerdiskussion unter den bürgerlichen Politikern. Für „linke“ Vorschläge scheint er der Bundesregierung und dem SPD-Bundesvorstand der rechte Mann zu sein. Er mischt sich ein über den „Diskussionsvorschlag“, ungerechtfertigt sei die hohe Subventionierung der Kapitalisten durch den Staatsapparat. Die Verteilung aus den aufgebrachten Steuern müsse gerechter zugehen.

Seit Monaten steigt die Preissteigerungsrate, im August erreichte sie 4,9%. Die Institute, die für die Kapitalisten diese Zahlen errechnen lassen, gehen davon aus, daß die offizielle Preissteigerung in diesem Jahr noch über 5% erreichen wird. Hamburg liegt bei den Lebenshaltungskosten hinter Stuttgart an zweiter Stelle, die Teuerungswelle ist damit hier noch einschneidender für die Arbeiterhaushalte. Bereits frühzeitig begannen die Arbeiter mit der Beratung und dem Aufstellen von Forderungen für die kommende Lohnauseinandersetzung. Bei AEG in Hamburg beschloß der Vertrauensleutekörper eine Forderung für die Tarifauseinandersetzung, die vom
Charakter her eine Festgeldforderung ist, 175 bis 200 DM/8% mindestens. Auf den Betriebsversammlungen bei AEG N4 verteidigten der stellvertretende Sekretär der IGM für AEG und Betriebsräte unter starkem Beifall die Forderung gegenüber Angriffen der

Geschäftsleitung. Bei NRI in Buxtehude beschloß der Vertrauensleutekörper ebenfalls vor einer Woche 170 DM/8% mindestens. Der Vertrauensleutekörper von Haller-Meurer erhob diese Forderung jetzt einstimmig.

In der bereits erlahmenden Konjunktur wollen die Kapitalisten einen möglichst hohen Profit realisieren, um gewappnet zu sein, wenn auch sie in die Krise der Überproduktion hineingerissen werden. Alles gilt es zu unternehmen, damit diese Profiterwartungen nicht durch hohe Lohnforderungen der Arbeiterklasse zunichte gemacht werden, ist ihr eindeutiger Befehl an die Politiker.

Steuersenkungen kommen, nur die Frage ist, wann; diese Meinung wollen sie unter den Arbeitern erzeugen, um eine wirkungsvolle Lohnerhöhung zu verhindern.

Bereits im Juli wurde Hamburgs Finanzminister Nölling in dieser Richtung aktiv. Vor der Steuerberaterkammer Hamburg erklärte er: „Steuerentlastprogramme ... kann es in absehbarer Zeit nicht mehr geben ... Detailverbesserungen und Vereinfachung des Steuerrechts müssen von uns allen als eine langfristige Aufgabe angesehen werden“ (Hamburger Wirtschaft
7/79). Während der Debatte in der Hamburger Bürgerschaft um den Haushaltsplan für 1980 und die Finanzplanung bis 1983, „machte der Senator deutlich, daß günstigere Steuerschätzungen kein Grund für zusätzliche Ausgaben oder gar Steuersenkun-

gen sein konnten“ (Pressemitteilung, 27.7.79). Im August „lenkte“ er in der bekannten Weise anderer SPD-Politiker ein: „Ich stimme mit dem Bundesfinanzminister überein, daß Senkungen der Lohn- und Einkommenssteuer – und nur darum kann es gehen – von drei Voraussetzungen abhängig sind, nämlich:

– von einem im Vergleich zu anderen Steuerarten überproportionalen Anstieg des Lohnsteueraufkommens,

– von der öffentlichen Finanzlage. Steuersenkungen dürfen nicht zu unvertretbar hohen Haushaltsdefiziten führen und schließlich

– von der konjunkturellen Entwicklung.

Die erste Bedingung scheint erfüllt. ... Ob die beiden anderen Voraussetzungen 1981 gegeben sein werden ..., läßt sich zur Zeit nicht übersehen“ (Pressemitteilung, 31.8.79).

In der Hamburger SPD sind im letzten Jahr 1400 Mitglieder ausgetreten, der Mitgliederstand liegt bei 29000, so niedrig wie noch nie. Die Senatspolitik, unter der Parole „Sicherung von Arbeitsplätzen“ den Kapitalisten Milliardenbeträge für Industrieansiedlung zu schenken, hat auch unter den einfachen SPD-Mitgliedern zu heftiger Kri-
tik geführt. Diese berechtigte Kritik scheint Klose aufzugreifen. Mit diesem Coup kann die SPD dann auch leicht weitere und höhere Besteuerung begründen, auf den „Rückfluß“ kommt es ja an! Und vor allem, die Steuerfrage wird weiter im Schweben gehalten.

---

schen Studenten weiter inhaftiert. Der einzige Zeuge, SAVAK-Agent Yussufbeyk, sei nach wie vor „glaubwürdig“ – obwohl schon 4 von diesem gleichsam beschuldigte Studenten freigelassen werden mußten. Die zuständigen Teheraner Stellen haben über die iranische Botschaft mitteilen lassen, daß Yussufbeyk „gegen festgelegte Entlohnung“ mit Bespitzelung iranischer Studenten beauftragt war. Die 4 inhaftierten Studenten haben sich jetzt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit gewandt, mit der Aufforderung, mit Erklärungen und Beschlüssen für ihre sofortige Freilassung einzutreten. Sie erklären, daß ihre Inhaftierung ein Angriff der Bundesregierung und des Klose-Senats auf die nationale Regierung des Iran ist, und daß die Pressehetze gegen die iranische Revolution – wie die Hetze gegen das demokratische Kampuchea – der Vorbereitung imperialistischer Intervention dient.

b.ulh.Hamburg. **Der Hamburger Senat zieht Sozialarbeiter zur polizeilichen Überwachung von U-Häftlingen heran.** Seit Mai 78 läuft ein Modellversuch, der „Straffällige vor unnötiger Haft bewahren soll“. Sozialarbeiter kundschaften die Familien aus und schaffen Einmischungsmöglichkeiten auf lange Sicht. Trotzdem ist im Versuchszeitraum die Zahl der U-Haften gestiegen. Die Richter verfügen über „gerechtere Entscheidungshilfen“.

b.mak.Hamburg. **Gleich zum Schuljahresbeginn am 27.8.79 streikten Eltern und Schüler der Klasse 7b an der Sonderschule An der Twiete in Bergedorf.** Die Eltern verlangen, daß die Versetzung eines Lehrers zurückgenommen wird. Bereits vor den Ferien mußte die Schulbehörde nachgeben, nachdem am 10. und 11.7. an der Schule Fabriciusstraße und der Nachbarschule gegen die Entlassung von je zwei Lehrern gestreikt worden war.



Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Das Christentum
Flensburg, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Kolonisierung des amerikanischen Kontinents
Itzehoe, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Zum Kulmbacher, Große Paaschburg
Eutin, 17. bis 21. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Ort im Büro des KBW zu erfragen

Das russische Reich ist von den Zaren zusammengeraubt worden. Die neuen Zaren sitzen auf einem Pulverfaß
Kiel-West, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Holstengaststätte, Waitzstraße

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft
Preetz, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Schellhorner Berg, Plöner Landstraße

Mao Zedong: „Fünf philosophische Monographien“
Bad Oldesloe, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Holsteneck, Rümpeler Weg 60

Marx: „Bürgerkrieg in Frankreich“
Lübeck, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Zur Tonne, Marliring

Lenin: „Was tun“
Husum, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Lenin: „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“
Neumünster, 10. bis 14. September, 20.00 bis 22.00 Uhr, Hotel Stadt Rendsburg, Rendsburger Straße
Hamburg-Harburg, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Union-Kate Eddelbütteler Straße 24a
Hamburg-Wandsbek, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Studentenwohnheim Ölmühlenweg 14
Hamburg-Altona, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gymnasium Neu-Altona, Billrothstraße
Lüneburg, 10. bis 14. September, 19.30 bis 21.30 Uhr, Stucksaal, An der Münze

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Sportkurs
Flensburg, Sonntag, 16.9. 10 Uhr, Bushaltestelle Lachsbach
Kiel, Sonntag, 16.9. 10 Uhr, Raisdorf, Schwimmbad, Treffpunkt 9.30 Uhr, Kiel-Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 16.9. 10 Uhr, Stadtparkwiesen

Probe des Musikzuges
Hamburg, Mittwoch, 12.9. 19 Uhr, Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer

Mitgliederversammlung der Vereinigung Flensburg/Schleswig
Flensburg, Donnerstag, 13.9. 19 Uhr, Büro des KBW Harrisleerstr. 46

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Montag, 10.9. 9.15 Uhr, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilens der Volksmiliz

Prozeß gegen Teilnehmer der Irandemonstrationen
Hamburg, Berufungsverhandlung gegen Genossen F., Mittwoch, 12.9. 9 Uhr, Jänkelhaus, Max Brauer Allee 134, Raum 118

Demonstration und Kundgebung der Feuerwehrleute
Hamburg, Dienstag, 11.9. ab 15.30 Uhr, Abmarsch Berliner Tor zum Rathaus, die ÖTV ruft dazu auf unter Forderungen nach Verkürzung der Arbeitszeit, gegen Nacht- und Schichtarbeit und gegen die schlechte Bezahlung

Gscheidle zieht über die „Verkehrssünderkartei" Gebührenschraube an

b.chg. „Neue Tilgungsregelung für Verkehrssünder", trommelt Verkehrsminister Gscheidle und will damit eine großangelegte Gebührenanschraubung für Autofahrer einleiten. Die bisherige Regelung, daß nach fünf Jahren „unauffälligen" Verkehrsverhaltens die Punkte in der Kartei im Kraftfahrtbundesamt (KBA) in Flensburg gelöscht wurden, soll durch die Gscheidle'sche „Reform" aufgehoben werden zugunsten einer Löschung der „Delikte", auch wenn man sich in den fünf Jahren Punkte eingefangen hat.

Für die Angestellten im KBA wird die „Reform" zunächst durch die Umstellung der Karteien eine riesige Mehrarbeit bedeuten. Ist sie dann erfolgt, sollen statt der bisherigen 5 Mio. „Sünder" nur noch 3,3 Mio. erfaßt werden, also weniger Arbeitsanfall – Rationalisierung! Gleichzeitig will Gscheidle tief in die Geldtaschen der Lohnabhängigen greifen: die Mindestgrenze der Eintragungen wird von 40 auf 100 DM erhöht. Ein schwacher Trost, wenn man bedenkt, daß er die Bußgelder für „gravierende Verkehrsverstöße" von 50 auf 100 DM erhöhen will. Darunter fallen: falsches Verhalten beim Abbiegen, zu hohe Geschwindigkeit usw.

Die Länder, die diese Gelder eintreiben, wittern Riesenneinnahmen in ihre Kassen. Sie wollen die Bußgelder über 100 DM nicht nur auf die „gravierenden Verstöße" beschränkt sehen, sondern auf 17 weitere „Delikte" wie Fahren ohne Licht, Überschreiten der TÜV-Anmeldefrist usw. ausgeweitet haben. Im Fahrwasser der Reformpläne haben in den Kreisen Nordfriesland, Ostholstein und Pinneberg Anfang September „Modellversuche zur Abtragung von Punkten in der Flensburger Verkehrssünderkartei" begonnen. Die Husumer Verkehrsaufsicht z.B. bietet für Verkehrs„sünder" vier Abende lang ein Nachschulungsseminar an. „Die bei den im Straßenverkehr auffällig gewordenen Kraftfahrern vorhandenen Defizite im Wissensbereich und in der Bedienung ihres Kraftfahrzeuges sowie sozial unangepaßte Einstellungen und Verhaltensweisen (sollen)...abgebaut werden." Wer erfolgreich daran teilnimmt, bekommt jedoch nicht im KBA seine drei Punkte abgezogen, sondern nur bei der örtlichen Verwaltung und darf dafür auch noch 200 DM bezahlen. Für Alkoholsünder ist ein Sonderkurs unter psychologischer Aufsicht geplant.

ÖTV- Kreisjugendkonferenz gegen Lohnsenkung und politische Entrechtung

b.chb. Die Beschlüsse der ÖTV-Kreisjugendkonferenz für die Kreise Steinburg und Pinneberg am 25.8.79 bedeuten einen Schritt voran im Kampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegen Lohnsenkung, politische Unterdrückung und Bespitzelung.

Um der billigen Vernutzung der Arbeitskraft der Auszubildenden im Öffentlichen Dienst Schranken zu ziehen, beschloß die Kreisjugendkonferenz einstimmig die Forderungen der ÖTV zum Manteltarifvertrag für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A). Übernahmepflicht aller Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht, Einbeziehung aller Auszubildenden der Krankenpflege in den Geltungsbereich des MTV-A, Verkürzung der Probezeit auf einen Monat, Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung, Übernahme aller Ausbildungskosten. Neben der Durchführung des Berufsschulunterrichts an zwei arbeitsfreien Tagen (zu je 6 Stunden) in der Woche, wird für Schüler und Studenten die Anhebung des Bafög-Höchstförderungssatzes auf 750 DM, sowie des Elternfreibetrages auf 1600 DM monatlich gefordert.

In den letzten im Kreis Pinneberg zähe Kämpfe gegen die Entlassung von fortschrittlichen und revolutionären Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst gegeben. Die Kreisjugendkonferenz fordert jetzt in einem Antrag an den Gewerkschaftstag der ÖTV 1980, den Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28.1.1972 (Radikalenerlaß) und die infolge dieser Beschlüsse erlassenen diversen Verfahrensrichtlinien ersatzlos zu streichen. Neben einem Antrag an den Gewerkschaftstag, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzuheben, fordern die Jugendlichen den Hauptvorstand auf, sich gegen den Weiterbau von Kernkraftwerken und für die Stillegung in Betrieb befindlicher Reaktoren einzusetzen. Mit diesen Beschlüssen im Kreuz sind Erfolge im Kampf gegen Lohnsenkung und für politische Rechte möglich.

Gebührenausplünderung durch die VVK für Zins an das Finanzkapital

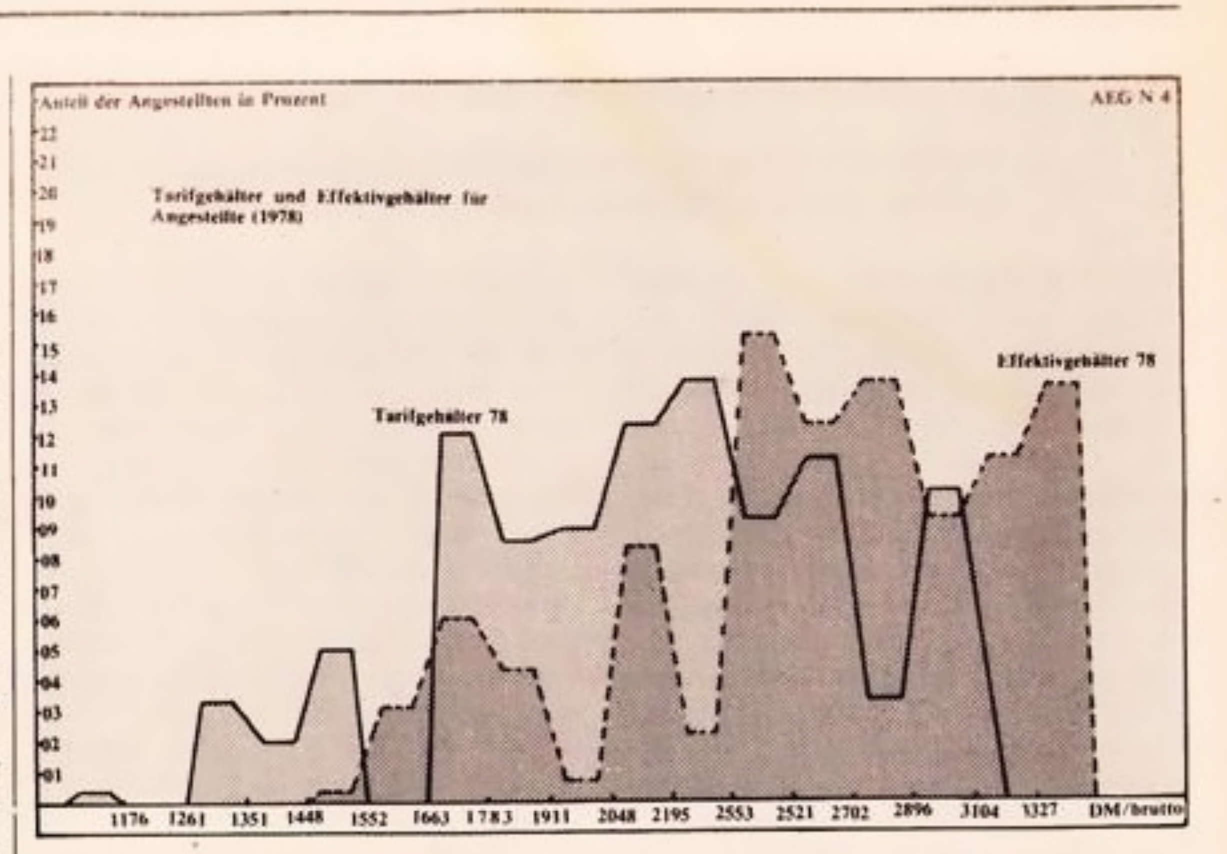
b.kas. Zum 1.1.1980 will die VVK (Versorgung und Verkehr Kiel GmbH) im Bereich der Stadtwerke Gas und Fernwärme um 15% (Strom ab Juli 1980) und im Bereich der KVAG den Einzelfahrschein auf 1,60 DM, die

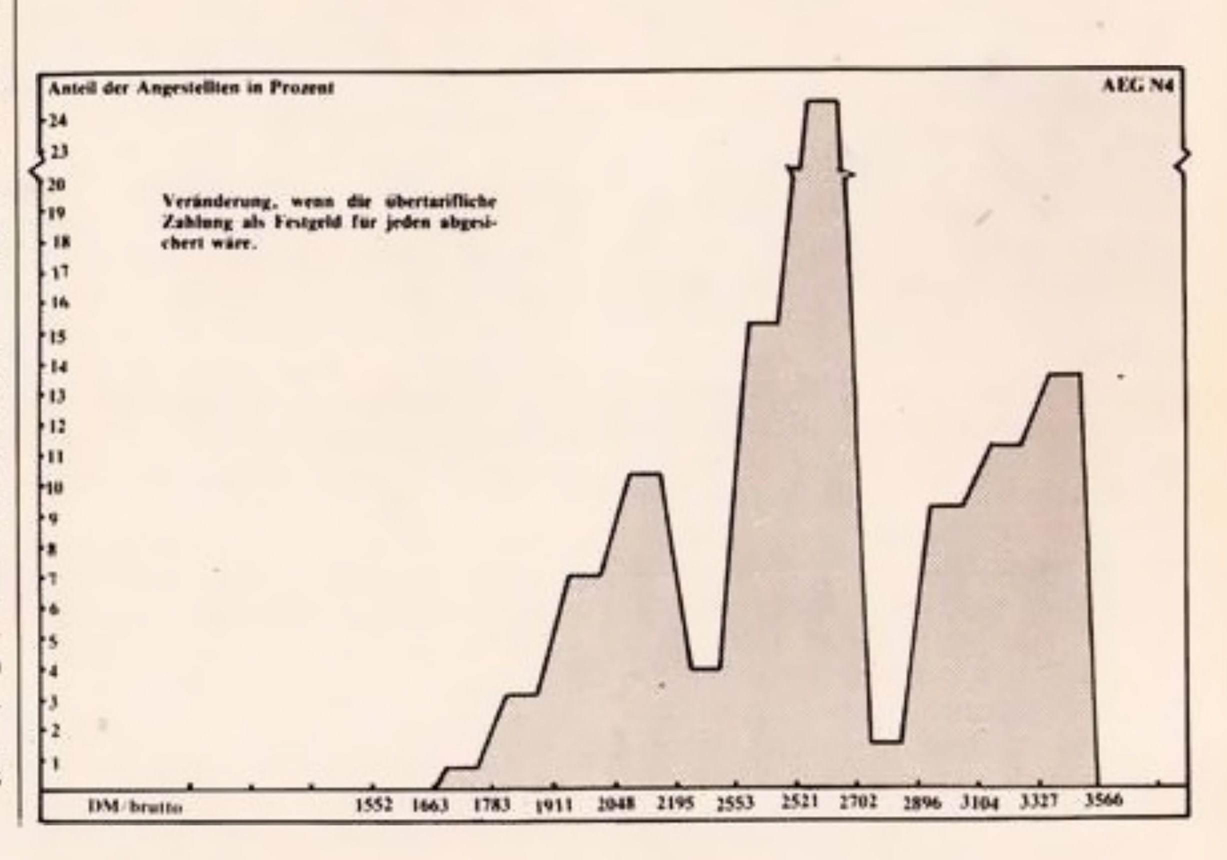
Mio. DM beträgt, eine überragende Bedeutung zu. ... Rückschläge bei der Konzessionsabgabe und darüber hinaus von den Stadtwerken erwirtschaftete Gewinnablieferungen an die VKK GmbH würden die Investitionsfähig-

10% auf jede Gehaltsgruppe tariflich sicher ist nützlich – 170 DM/8% mindestens notwendig

b.hat. In diesen Tagen wurden die Ergebnisse der Leistungsbeurteilung „zwecks Festsetzung von Leistungszulagen für Tarifangestellte" vom Betriebsrat bekanntgegeben... Ans Licht getreten ist jedenfalls, was viele schon gespürt haben: Je höher die Tarifgruppe, um so höher die durchschnittlichen Beurteilungspunkte... Spätestens jetzt ist aber klar, daß die Betriebsvereinbarung überhaupt nicht in der Lage ist, ... die riesige umherschwappende Geldmasse, die tariflich nicht abgesichert ist und als Spaltmasse eingesetzt wird, zumindest teilweise für jeden tariflich sicher zu machen. Man erkennt (oberes Schaubild), daß die Kapitalisten der IGM eine Gehaltsstruktur aufgenötigt haben, die das Angebot an Angestellten in die bekannten 5 ziemlich strikt voneinander getrennten Preisklassen aufsplittet. Das im Durchschnitt an Angestellte gezahlte Geld lag 1978 um ca. 21% über dem tariflich sicheren Grundlohn.

Schon ein tariflich abgesicherter Betrag von 10% auf *jede* Tarifgruppe würde erheblich dazu beitragen, der Spaltfreudigkeit der Kapitalisten einen Dämpfer zu versetzen. Aber selbst dann würde die übertarifliche Spaltmasse noch ausreichen, durch „geeignete Umverteilung" die unteren Gehaltsgruppen abzuspalten. Eine kräftige Anhebung der Tarifgehälter um 170 DM/8% mindestens wird den Kapitalisten den Spielraum einschränken. (Nachdruck aus der Flugschrift des KBW bei AEG)



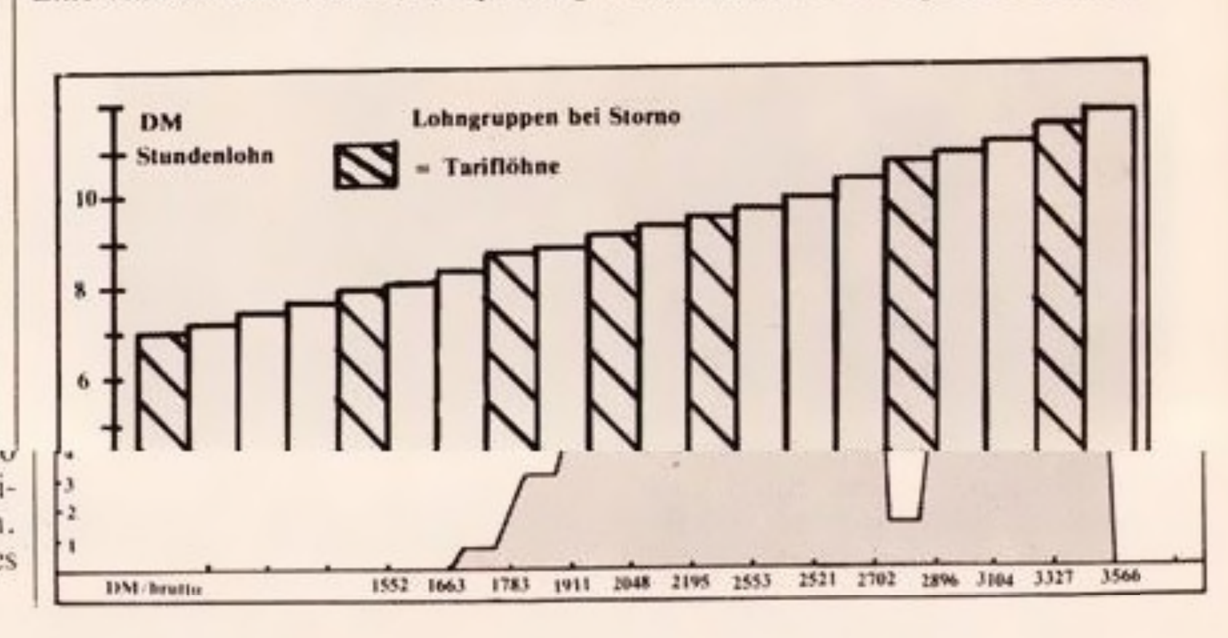


Spaltung der Belegschaft in 20 verschiedene Lohngruppen

b.wik. zum 1. Januar hat Storno (zu 70% im Besitz von General Electric) in Flensburg eine Betriebsvereinbarung über die Lohngruppenaufteilung der Arbeiter abgeschlossen. Laufzeit bis 31. Januar 1980. Statt der tarifvertraglich vereinbarten 9 Lohngruppen unterteilt das Stornokapital die Lohngruppen 2 bis 8 in insgesamt 20 Untergruppen, mit verschiedenen Tätigkeitsmerkmalen, die bei gleichem Tariflohn unterschiedliche Zulagen erhalten. Die Lohngruppe 9, die bei 11,64 DM liegt, gibt es bei Storno nicht.

Unter dem Vorwand, die Akkordarbeit – „weil schädlich" – zu „beseitigen" will die Betriebsführung bis zum Januar 1980 alle Abteilungen auf Zeitlohn umstellen. Im Mai wurden bereits 2 Abteilungen auf Zeitlohn umgestellt. Für die Arbeiterinnen, besonders die mit hohen Stückzahlen, bedeutet diese Umstellung ein Minus bis zu 200 DM, während die Intensität der Arbeit gleichgeblieben ist, da die unterschiedlichen Akkordstückzahlen von der Betriebsführung als Kriterium dafür ge-

der ungelernten Arbeiter fällt, gibt es 6 verschiedene Einstufungsmöglichkeiten. Die Differenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Einstufung (LG2a und 3b) beträgt auf den monatlichen Bruttolohn umgerechnet 191 DM. Die innerbetriebliche Zulage schwankt dabei zwischen 0 und 80 Pfennig. Obgleich die Einstufung in Lohngruppe 3 eine Erhöhung des Tariflohns um 40 Pfennig bedeuten würde, steigt der Effektivlohn von Lohngruppe 2c auf 3a lediglich von 7,84 auf 7,94 DM, weil die innerbetriebliche Zulage um 30 Pfennig sinkt. Eine ähnlich umfassende Aufspaltung mit insgesamt 6 Lohngruppen gibt es bei den Facharbeitern. Auch hier fällt die innerbetriebliche Zulage, wenn der Tariflohn steigt, während sie innerhalb der Tariflohngruppe 6 von 0,75 auf 1,55 DM steigt. Damit soll jegliches Interesse der Arbeiter am Tarifkampf genommen werden, wobei zugleich jede Erhöhung des Tariflohns auf die innerbetrieblichen Zulagen angerechnet werden kann, wobei die Spaltung dort am größten ist, wo die meisten Arbeiter beschäftigt sind. Tarifliche Absicherung der innerbetrieblichen Zulagen und 170 DM / 8% mindestens wird die Einheit der Belegschaft stärken.



Lohnsenkung und politische Entrechtung

b.chb. Die Beschlüsse der ÖTV-Kreisjugendkonferenz für die Kreise Steinburg und Pinneberg am 25.8.79 bedeuten einen Schritt voran im Kampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegen Lohnsenkung, politische Unterdrückung und Bespitzelung.

Um der billigen Vernutzung der Arbeitskraft der Auszubildenden im Öffentlichen Dienst Schranken zu ziehen, beschloß die Kreisjugendkonferenz einstimmig die Forderungen der ÖTV zum Manteltarifvertrag für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A). Übernahmepflicht aller Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht, Einbeziehung aller Auszubildenden der Krankenpflege in den Geltungsbereich des MTV-A, Verkürzung der Probezeit auf einen Monat, Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung, Übernahme aller Ausbildungskosten. Neben der Durchführung des Berufsschulunterrichts an zwei arbeitsfreien Tagen (zu je 6 Stunden) in der Woche, wird für Schüler und Studenten die Anhebung des Bafög-Höchstförderungssatzes auf 750 DM, sowie des Elternfreibetrages auf 1600 DM monatlich gefordert.

In den letzten im Kreis Pinneberg zähe Kämpfe gegen die Entlassung von fortschrittlichen und revolutionären Kollegen aus dem Öffentlichen Dienst gegeben. Die Kreisjugendkonferenz fordert jetzt in einem Antrag an den Gewerkschaftstag der ÖTV 1980, den Beschluß der Ministerpräsidenten vom 28.1.1972 (Radikalenerlaß) und die infolge dieser Beschlüsse erlassenen diversen Verfahrensrichtlinien ersatzlos zu streichen. Neben einem Antrag an den Gewerkschaftstag, die Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufzuheben, fordern die Jugendlichen den Hauptvorstand auf, sich gegen den Weiterbau von Kernkraftwerken und für die Stillegung in Betrieb befindlicher Reaktoren einzusetzen. Mit diesen Beschlüssen im Kreuz sind Erfolge im Kampf gegen Lohnsenkung und für politische Rechte möglich.

Gebührenausplünderung durch die VVK für Zins an das Finanzkapital

b.kas. Zum 1.1.1980 will die VVK (Versorgung und Verkehr Kiel GmbH) im Bereich der Stadtwerke Gas und Fernwärme um 15% (Strom ab Juli 1980) und im Bereich der KVAG den Einzelfahrschein auf 1,60 DM, die
Streifenkarte auf 1,20 DM erhöhen.

Den Zwang der Volksmassen, Strom, Gas und Wasser zu verbrauchen, hat die Bourgeoisie in eine fette Einnahmequelle verwandelt, die ihr 1978 einen Jahresüberschuß von 5,5 Mio. DM gebracht hat. Die Schulden der VVK wurden von 16,6 auf 15,5 Mio. DM verringert.

Die Stadt Kiel läßt sich von der Aktiengesellschaft VVK, die 100% in ihrem Besitz ist, Konzessionsabgaben zahlen. Welche Rolle diese Gelder im Haushalt spielen, liest sich bei Stadtkämmerer Barow so: „Mit insgesamt 19,9 Mio. DM decken sie zwar nur 4,2% des Haushaltsvolumens. Dennoch kommt ihnen im Vergleich zur freien Finanzspitze, die ... nur 5,1
Mio. DM beträgt, eine überragende Bedeutung zu. ... Rückschläge bei der Konzessionsabgabe und darüber hinaus von den Stadtwerken erwirtschaftete Gewinnablieferungen an die VKK GmbH würden die Investitionsfähig-
keit des Haushaltes in seiner Gesamtheit gefährden." Rechnerisch ließen sich damit noch nicht einmal die 21 Mio. DM Zinsen zahlen für 373 Mio. DM, mit denen die Stadt Kiel beim Finanzkapital in der Kreide steht.

Auf Anweisung des Innenministeriums sollen Neuverschuldungen nur bei einer „freien Finanzspitze", d.h. nicht von vornherein festgelegtem Geld, von 10% der Höhe des Gesamthaushaltes getätigt werden können. Da die Gesetzesänderungen und Änderungen des Verteilerschlüssels zu Mindereinnahmen von 8,4 und 8,7 Mio. DM geführt haben, bilden also weitere Ausplünderungen der Volksmassen für den Magistrat die Voraussetzung für eine weitere Neuverschuldung beim Finanzkapital.



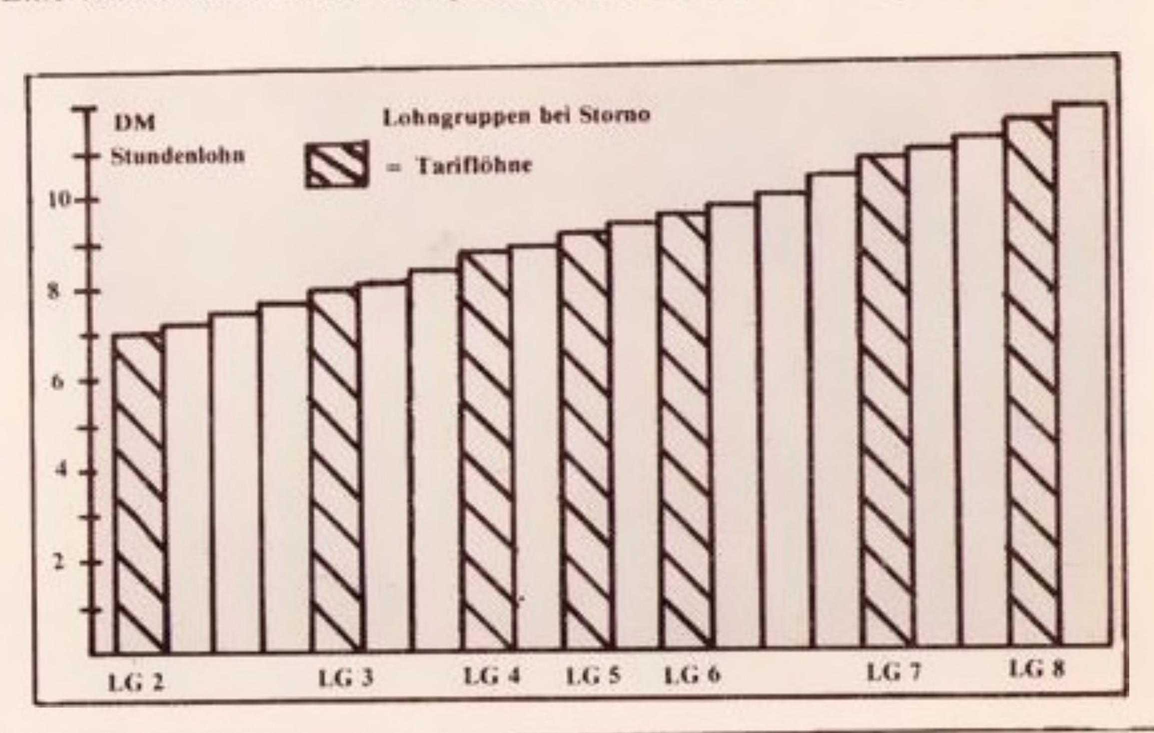
Kiel: Heizkraftwerk an der Humboldtstraße. Dargestellt ist die Preisentwicklung beim Einzelfahrschein der KVAG (gepunktete Linie) und der Durchschnittspreis für eine KWh (eingerechneter Grundpreis)

ge Anhebung der Tarifgehälter um 170 DM/8% mindestens wird den Kapitalisten den Spielraum einschränken. (Nachdruck aus der Flugschrift des KBW bei AEG)

Spaltung der Belegschaft in 20 verschiedene Lohngruppen

b.wik. zum 1. Januar hat Storno (zu 70% im Besitz von General Electric) in Flensburg eine Betriebsvereinbarung über die Lohngruppenaufteilung der Arbeiter abgeschlossen. Laufzeit bis 31. Januar 1980. Statt der tarifvertraglich vereinbarten 9 Lohngruppen unterteilt das Stornokapital die Lohngruppen 2 bis 8 in insgesamt 20 Untergruppen, mit verschiedenen Tätigkeitsmerkmalen, die bei gleichem Tariflohn unterschiedliche Zulagen erhalten. Die Lohngruppe 9, die bei 11,64 DM liegt, gibt es bei Storno nicht.

Unter dem Vorwand, die Akkordarbeit – „weil schädlich" – zu „beseitigen" will die Betriebsführung bis zum Januar 1980 alle Abteilungen auf Zeitlohn umstellen. Im Mai wurden bereits 2 Abteilungen auf Zeitlohn umgestellt. Für die Arbeiterinnen, besonders die mit hohen Stückzahlen, bedeutet diese Umstellung ein Minus bis zu 200 DM, während die Intensität der Arbeit gleichgeblieben ist, da die unterschiedlichen Akkordstückzahlen von der Betriebsführung als Kriterium dafür ge-
nommen wurden, wer in welcher Lohngruppe eingestuft wird. Mit der betrieblichen Vereinbarung hat sie sich dazu ein vielfältiges Spaltungsinstrument geschaffen, das durch die „persönliche Bewertung" der Meister noch erweitert wird. Allein für die Montage- und Prüfarbeiter, worunter die Masse
der ungelernten Arbeiter fällt, gibt es 6 verschiedene Einstufungsmöglichkeiten. Die Differenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Einstufung (LG2a und 3b) beträgt auf den monatlichen Bruttolohn umgerechnet 191 DM. Die innerbetriebliche Zulage schwankt dabei zwischen 0 und 80 Pfennig. Obgleich die Einstufung in Lohngruppe 3 eine Erhöhung des Tariflohns um 40 Pfennig bedeuten würde, steigt der Effektivlohn von Lohngruppe 2c auf 3a lediglich von 7,84 auf 7,94 DM, weil die innerbetriebliche Zulage um 30 Pfennig sinkt. Eine ähnlich umfassende Aufspaltung mit insgesamt 6 Lohngruppen gibt es bei den Facharbeitern. Auch hier fällt die innerbetriebliche Zulage, wenn der Tariflohn steigt, während sie innerhalb der Tariflohngruppe 6 von 0,75 auf 1,55 DM steigt. Damit soll jegliches Interesse der Arbeiter am Tarifkampf genommen werden, wobei zugleich jede Erhöhung des Tariflohns auf die innerbetrieblichen Zulagen angerechnet werden kann, wobei die Spaltung dort am größten ist, wo die meisten Arbeiter beschäftigt sind. Tarifliche Absicherung der innerbetrieblichen Zulagen und 170 DM / 8% mindestens wird die Einheit der Belegschaft stärken.



Trotz schlechter Ernte – Bauern in Gorleben lassen sich von Albrecht nicht erpressen

b.thr. Die Bundes- und Landesregierung sind entschlossen, höchstwahrscheinlich am 10.9. mit den Vorbereitungen für die Tiefbohrungen in Gorleben zu beginnen. Offen und frech erklärte die Albrecht-Regierung, keine Änderung der Paragraphen des Atomgesetzes, welches den Bau der Wiederaufbereitungsanlage vorschreibt, beantragen zu wollen. (EJZ) Mit der ständigen Polizeischikane und insbesondere mit den Nötigungsanklagen gegen 7 Landwirte und den Schadensersatzforderungen von 13000 DM hofft die Landesregierung, daß die Landwirte keine Aktionen, wie die Blockade der Bohrfahrzeuge im Mai, unternehmen. Die Schadensersatzansprüche sollen die Landwirte durch die Androhung des Ruins spalten. Dies besonders, da die kleinen und mittleren Bauern des Wendlandes bei der schlechten Ernte ohnehin vielfach vor dem Ruin stehen. Die Ernte im Wendland ist noch schlechter ausgefallen als im Durchschnitt. Die LBAG (Landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft) schätzt den Mengenertrag bei Getreide auf höchstens drei Viertel des Vorjahres (EJZ), während „Das Landvolk" für Niedersachsen ein Minus von 10% schätzte und Ertl 5% angab.

Bei gestiegenen Kosten für die Landwirte konnten die Erzeugerpreise auf das Vorjahresniveau gedrückt werden, während Ertl ein Ansteigen der Verbraucherpreise ankündigte. (EJZ) Bei 18 bis 22% Feuchtigkeit gab es hohe Feuchtigkeitsabzüge und um 25% gestiegene Trocknungskosten (LBAG), da nur weniger als 5% der Landwirte eigene Trocknungsanlagen haben. Die Qualität ist mittelmäßig. 30% der Gerste konnte nicht gedroschen werden, da die Ähren abgeknickt waren. Auf den Sandböden ist der Hafer, vereinzelt auch der Roggen „notgereift", d.h. nicht zur vollen Größe gereift. Laut „Das Landvolk" wird es auf Grund der Nässe in Norddeutschland „kaum Brotroggen geben". Zudem kommen hohe Frachtbelastungen für die niedersächsischen Grenzgebiete. („Das Landvolk")

Die Landwirte sollen gegenüber den Tiefbohrungen auf eine Linie gezwungen werden, diese als Mittel zur Untersuchung der Eignung des Salzstockes anzusehen. Als ob ein Endlager in einem noch so stabilen Salzstock nicht trotzdem Grundwasserabsenkung und Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche, also weitere Ruinierung zur Folge hätte. Zwecks solcher Spaltung wurden gerade Vertreter des Forschungsministeriums durch den Kreis geschickt. Auf der Kreislandvolkversammlung wurden sie scharf angegriffen. Die Landwirte beraten, wie sie die Einheit herstellen und welche Maßnahmen sie gegen die Tiefbohrungen unternehmen.

Die vereinigten Opportunisten bedrängten bei Mißachtung der Interessen, Probleme und Vorschläge der Landwirte die BI Lüchow-Dannenberg, sie endlich „gegen Atomtod" blockieren zu lassen. Die BI gab dem nach. Im Aufruf werden noch nicht einmal die Nötigungsprozesse angegriffen. Ohne die Landwirte und ohne sie zu unterstützen, geht es nicht.

Morgenpost-Pleite: Mit Erhaltung der Pressevielfalt kann die SPD bei den Arbeitern nicht mehr landen

b.hej. ,,Wir brauchen also heute Freunde, die mit uns den Karren weiterziehen. Auf uns warten schließlich jeden Morgen rund 236000 Käufer, die sich mit ihrer Morgenpost verbunden fühlen. Es werden so viele schöne Worte zum Sonntag über die ,,notwendige Meinungsvielfalt der Presse als Grundlage der demokratischen Volksbildung" gesprochen, aber wenn's zum Schwur kommt, scheint die Hand zu lahmen." Zitate von Heinrich Braune, Herausgeber der Morgenpost. Die Morgenpost steht vor der Pleite, und die SPD muß sich schon einiges einfallen lassen, damit ihre einzige Tageszeitung weiter erscheint.

Da wird eine Leserbriefaktion angeleiert, in der die alten SPDler es beweinen, daß ,,ihre" Zeitung so schmählich eingehen soll. Man könne doch nicht so einfach Springer das Feld überlassen ...

Die Morgenpost als Lichtblick in der Hamburger Presse? Da muß die SPD schon mächtig die Werbetrommel rühren, bevor ihr das einer abkauft. Z.T. wird die Morgenpost einfach deshalb gekauft, weil sie handlicher in der U-Bahn zu lesen ist.

Seit Mitte der sechziger Jahre ging es ständig bergab. Waren die Auflagenzahlen zu dem Zeitpunkt noch 400000 Exemplare, so werden heute noch 235000 Exemplare für Hamburg, Hannover, Kiel und Bremen zusammen gedruckt. Das ist noch nicht einmal die Hälfte der ,,Bild"-Auflage. Ursache dieser Talfahrt sei vor allem, so läßt es die SPD in der Presse verlautbaren, die seit langem wirtschaftlich unrentabel arbeitende Druckerei, der Auerdruck. Druckerei und Verlag sind getrennte Betriebe. Die Gerüchte von Verkauf der Morgenpost und Schließung des Auerdrucks oder sogar Einstellung von beidem sind nicht neu. Seit Mitte der sechziger Jahre der Auerdruck den einträglichen ,,Spiegel"-Druckauftrag an Springer verloren hat, weil es an entsprechenden Druckmaschinen fehlte, gibt es das. Die später gekauften Offsetmaschinen für 20 Mio. DM konnten nie voll ausgelastet werden. Auch neue Druckaufträge sind kaum reingekommen.

Mit dem Druckmittel der gesamten Schließung des Auerdrucks wird seitdem kräftig rationalisiert. Einige hundert Kollegen sind in den letzten Jahren schon entlassen worden. Unter dem Tenor ,,Lieber 100 Kollegen weniger, dafür aber den Betrieb erhalten", so der damalige Betriebsratsvorsitzende Uli Heinemann (auch heute noch Betriebsratsmitglied und Mitglied des Konzernbetriebsrats aller SPD-Betriebe), wurde damals versucht, die Kollegen dafür zu gewinnen.

Seitdem gibt es alle Vierteljahr wieder neue Gerüchte, fast immer verbunden mit Rationalisierungen und Arbeitsintensivierung. Mal Schließung der Druckerei, dann wieder eventueller Neubau und Erweiterung der Druckerei, dann wieder Gesundschrumpfen, Verkauf der Morgenpost, kein Verkauf, Einstellung der Morgenpost, Auflagensteigerung, Gründung einer Auffanggesellschaft ... Man könnte die Liste endlos weiterführen. Alles sind offizielle Stellungnahmen der SPD in den letzten Monaten gewesen. Zur Zeit ist mal wieder alles offen. Hinhaltetaktik nennen die Kollegen bei Auerdruck das. Der SPD geht es nur noch um die Morgenpost, und wo man die nötigen Kapitalgeber hernimmt. Da ist ihnen sogar Springer recht, aber am liebsten, wenn's über den Senat direkt aus den Steuergeldern käme. Dafür auch die ganze Kampagne ,,Rettet die Morgenpost und die Pressevielfalt in Hamburg", ,,Springer darf nicht alles haben". Bereits Ende 1976 hatte SPD-Schatzmeister Dröscher, gleichzeitig verantwortlich für die SPD-Presse-Holding Konzentration GmbH, (Vorstand Leonhard Mahlein, Druck u. Papier) den Vorschlag gemacht, sich vom Hauptverlustträger, der Auerdruck GmbH, zu trennen. Die Morgenpost sollte unter Mithilfe von Springer saniert werden, und Springer sollte dann die Druckerei betreiben.

Als im Frühjahr 1977 das Pressehaus, in dem sowohl Auerdruck als auch die Morgenpost untergebracht sind, von der ,,Konzentration" an die Allianz-Versicherung verkauft wurde, sprach man immer noch von einem Druckerei-Neubau. Die Auerdruck-Kollegen sollten zum Teil übernommen werden. Erst Dröschers Nachfolger Halstenberg gab dann bekannt, daß an einen Neubau überhaupt nicht zu denken sei. Im Mai diesen Jahres gab dann der Aufsichtsrat der ,,Konzentration" bekannt, Auerdruck müsse aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden. Gleichzeitig habe der Aufsichtsrat zur Kenntnis genommen, daß eine Fortführung der Morgenpost ohne Aufnahme neuer Partner nicht möglich sein werde.

Daß der Auerdruck dichtgemacht wird, ist keine Frage mehr. Darüber verliert man in der SPD-Presse auch möglichst keine Worte mehr. 240 Kollegen sind von der Stillegung betroffen. Länger als bis zum Frühjahr rechnet keiner der Kollegen mehr. Aber nach dem Sozialplan kann keiner eher gehen, es sei denn, er verzichtet auf seine Abfindung. Nach dem Sozialplan bekommt ein 42 Jahre alter Kollege mit einem Kind und 14 Jahre Betriebszugehörigkeit ca 30000 DM. Das Geld wird meist auch dringend gebraucht. Das Durchschnittsalter der Kollegen liegt bei 35 bis 40 Jahren. Ob man da gleich wieder Arbeit bekommt, ist ungewiß. Die Arbeitshetze und Intensität ist gerade in den letzten Monaten noch gestiegen. Mit dem Argument, daß vielleicht doch noch nicht alles zu spät sei, wird versucht, noch einmal möglichst viel aus den Kollegen herauszuholen. Gab es früher noch einen Schichtrhythmus 1 Woche Früh, 2 oder 3 Wochen Spät, wird jetzt von den meisten Kollegen nur Spätschicht gearbeitet. Dazu kommt dann noch der Sonntag. Die Wut und die Empörung der Kollegen über die SPD Machenschaften sind groß. Mit ,,Rettung der Morgenpost" und ,,Pressevielfalt" wagt die SPD sich dort nicht hinein.



Verliebter Soldat drehte durch:
Hamburger Morgenpost
Amok-Fahrt im Panzer
HSV: Nur ein 2:2 in Kiel
James Bond auf der Flucht vor der Steuer
250000 DM Schaden: 5 Autos und 2 Häuser!

Bürgerliche Medienpolitik – Gerangel der Parteien um größeren Einfluß auf die Massen

b.hör. Die CDU, von der schon bekannt ist, daß sie ,,1980 den Wahlkampf im Fernsehen gewinnen will" (Günter Jansen, sozialdemokratischer Pressedienst, 9.6.78) fordert in bezug auf neue Programme, die durch Nachrichtensatelliten und Kabelfernsehen geschaffen werden könnten, die Beteiligung privater Träger und die Abschaffung des derzeitigen Rundfunkmonopols der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Nach dem neuen Staatsvertragsentwurf der CDU für den NDR soll dieser lediglich auf die jetzigen Programme und Frequenzen begrenzt werden, und es werden Befugnisse zur Programmkontrolle durch die einzelnen Landesregierungen vorgeschlagen. Sollten die Verhandlungen über einen neuen Staatsvertrag zum NDR zwischen Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen scheitern, ist die CDU auch nicht erschüttert, denn eine stärkere Regionalisierung der Programme, in denen sich der kleinbürgerliche Provinzialismus austoben soll, ist ihr gerade lieb. Insgesamt verkörpern die medienpolitischen Forderungen der CDU die Interessen der Kapitalisten der elektrotechnischen Industrie, der Zeitungsverleger und jener, die mit Hilfe des privatwirtschaftlich genutzten Kabelfernsehens z.B. beim Abrufen von Daten aus einer Zentrale, mit aktuellen Wirtschaftsnachrichten oder durch lokale Werbeangebote ungeahnte Profitquellen erschließen wollen.

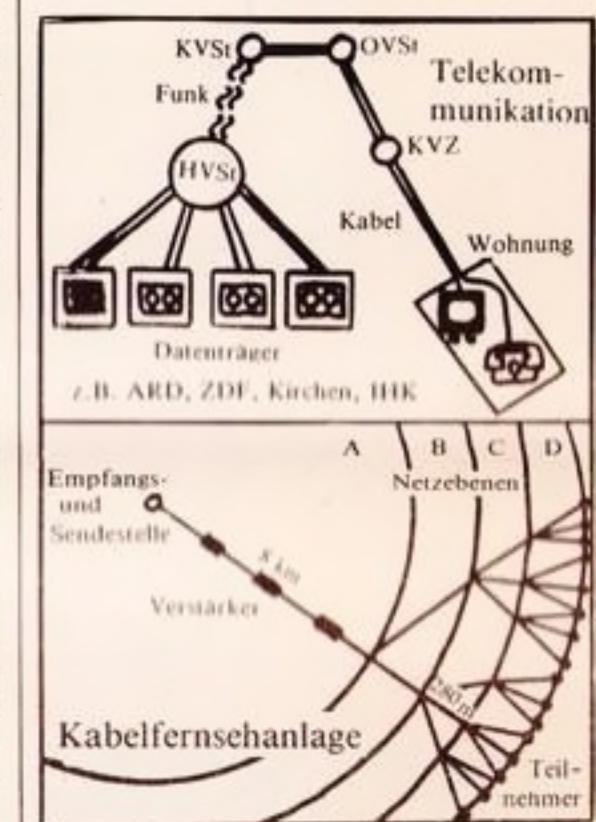
Die SPD fordert für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Staatsunabhängigkeit (Landesparteitag der SPD in Neumünster am 10./11.6.78), sprich CDU-Unabhängigkeit. Säße sie in allen drei Bundesländern in der Regierung, würde sie sich auch mit dieser Forderung etwas zähmen. Bei der Netzträgerschaft ist die Sache dann auch schon wieder klar: die soll einzig und allein der Bundespost zufallen.

Während der Schneekatastrophe hat sich das auch schon bewährt, daß der Staat Träger des Netzes ist: es wurde die Einwegschaltung der Telefone geprobt, und zwar so, daß die Teilnehmer nur angerufen werden konnten.

,,Die SPD will die Prinzipien der Inneren Pressefreiheit durchsetzen und die Unabhängigkeit der Redaktionen gegen Verlegerallmacht, politischen Druck und die ökonomischen Folgen der Konzentration verteidigen. Wir fordern die Abschaffung des Tendenzschutzes und die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Presseunternehmen." Wie diese Mitbestimmung die inneren Strukturen des Rundfunks reformieren soll, machen die folgenden Forderungen deutlich: Einschränkung des Weisungsrechts des Intendanten zwecks Stärkung der Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung der Journalisten, Ersetzung des hierarchischen Aufbaus im Redaktionsbereich durch Formen des Kollegialprinzips und durch neue gesetzliche Regelung, Sitz und Stimme für mindestens zwei Vertreter der Arbeitnehmer der Rundfunkanstalten im Verwaltungsrat.

Zum Kabelfernsehen und anderen modernen Technologien sagt die Schleswig-Holsteiner SPD: ,,Elektronische Medien werden wir ... ausschließlich in öffentlich-rechtlicher Struktur zulassen ... Rundfunkgebühren dürfen ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Programmträgern in Anspruch genommen werden ... Neue Medien sollen nur verwirklicht werden, wenn der gesellschaftliche und kommunikative Bedarf nach ihnen erwiesen ist, kommerzielle Ausbeutung verhindert und die Chancen der Bürger zu mehr Mitbeteiligung erweitert werden ... Aus Rücksicht auf die Existenzbedingungen der Presse und aus Gründen der Unabhängigkeit der Medien lehnen wir Werbung in den neuen Medien ab." (Aus dem Programm der SPD zu den Landtagswahlen 1979) Und im ,,Vorwärts" vom 19.10.78 schreibt Gert Börnsen, SPD-MdL und Mitglied des NDR-Rundfunkrates: ,,... Genutzt werden sollen in erster Linie vorhandene Infrastrukturen, so die terrestrischen Frequenzen (im Gegensatz zu Satellitenfrequenzen, d.Verf.) und das Telefonnetz ... Sinnvoll erscheint die Technologie nur, wenn sie als ein Jedermann-Dienst nachgefragt wird ..."

Die SPD hat vor, ihren Einfluß auf die Medien und damit auf die Volksmassen nicht über viele Einzelkapitalisten und deren Fernsehkabel, sondern über eine stärkere Zentralisierung in öffentlich-rechtlichen Anstalten und über deren Mitbestimmung in den Griff zu bekommen.



Die Skizzen zeigen, wie ein Telekommunikations- und ein Kabelfernsehsystem funktionieren. Mit dem Telefon kann der Teilnehmer einen bestimmten Datenträger anrufen, einen öffentlich-rechtlichen oder einen privaten. Dieser sendet über längere Entfernungen (z.B. von Hamburg nach Kiel) über Funk von der Hauptvermittlungsstelle (HVSt) zur Knotenvermittlungsstelle (KVSt). Von dort geht es über kürzere Entfernungen per Kabel weiter über die Ortsvermittlungsstelle (OVSt) zum Kabelverzweigerkasten (KVZ) in die Wohnung des Teilnehmers, wo die Impulse auf dem Bildschirm als Schrift erscheinen.

öffentlich-rechtlichen Anstalten und über deren Mitbestimmung in den Griff zu bekommen.

Seit Mitte der sechziger Jahre ging es ständig bergab. Waren die Auflagenzahlen zu dem Zeitpunkt noch 400000 Exemplare, so werden heute noch 235000 Exemplare für Hamburg, Hannover, Kiel und Bremen zusammen gedruckt. Das ist noch nicht einmal die Hälfte der ,,Bild"-Auflage. Ursache dieser Talfahrt sei vor allem, so läßt es die SPD in der Presse verlautbaren, die seit langem wirtschaftlich unrentabel arbeitende Druckerei, der Auerdruck. Druckerei und Verlag sind getrennte Betriebe. Die Gerüchte von Verkauf der Morgenpost und Schließung des Auerdrucks oder sogar Einstellung von beidem sind nicht neu. Seit Mitte der sechziger Jahre der Auerdruck den einträglichen ,,Spiegel"-Druckauftrag an Springer verloren hat, weil es an entsprechenden Druckmaschinen fehlte,

SPD in den letzten Monaten gewesen. Zur Zeit ist mal wieder alles offen. Hinhaltetaktik nennen die Kollegen bei Auerdruck das. Der SPD geht es nur noch um die Morgenpost, und wo man die nötigen Kapitalgeber hernimmt. Da ist ihnen sogar Springer recht, aber am liebsten, wenn's über den Senat direkt aus den Steuergeldern käme. Dafür auch die ganze Kampagne ,,Rettet die Morgenpost und die Pressevielfalt in Hamburg", ,,Springer darf nicht alles haben". Bereits Ende 1976 hatte SPD-Schatzmeister Dröscher, gleichzeitig verantwortlich für die SPD-Presse-Holding Konzentration GmbH, (Vorstand Leonhard Mahlein, Druck u. Papier) den Vorschlag gemacht, sich vom Hauptverlustträger, der Auerdruck GmbH, zu trennen. Die Morgenpost sollte unter Mithilfe von Springer saniert werden, und Springer sollte dann

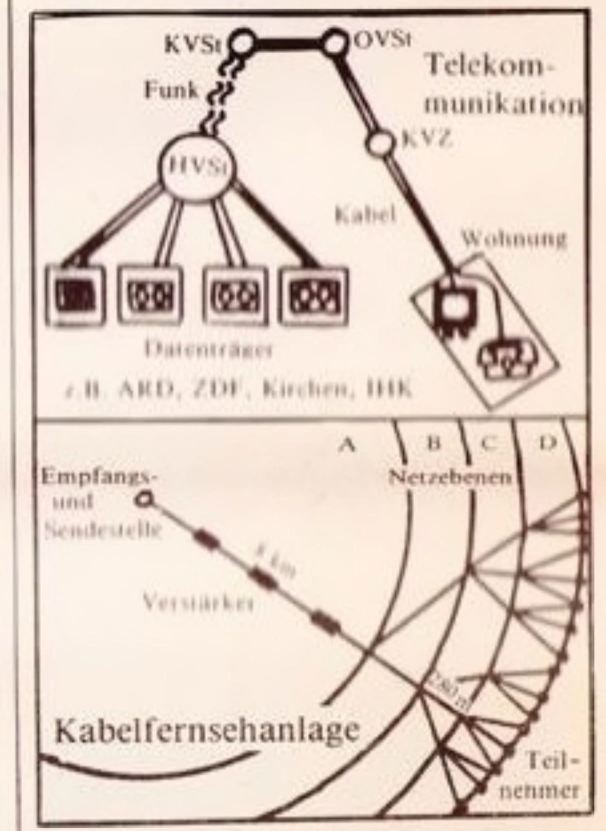
einem Kind und 14 Jahre Betriebszugehörigkeit ca 30000 DM. Das Geld wird meist auch dringend gebraucht. Das Durchschnittsalter der Kollegen liegt bei 35 bis 40 Jahren. Ob man da gleich wieder Arbeit bekommt, ist ungewiß. Die Arbeitshetze und Intensität ist gerade in den letzten Monaten noch gestiegen. Mit dem Argument, daß vielleicht doch noch nicht alles zu spät sei, wird versucht, noch einmal möglichst viel aus den Kollegen herauszuholen. Gab es früher noch einen Schichtrhythmus 1 Woche Früh, 2 oder 3 Wochen Spät, wird jetzt von den meisten Kollegen nur Spätschicht gearbeitet. Dazu kommt dann noch der Sonntag. Die Wut und die Empörung der Kollegen über die SPD Machenschaften sind groß. Mit ,,Rettung der Morgenpost" und ,,Pressevielfalt" wagt die SPD sich dort nicht hinein.

te Profitquellen erschließen wollen.

Die SPD fordert für einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk mehr Staatsunabhängigkeit (Landesparteitag der SPD in Neumünster am 10./11.6.78), sprich CDU-Unabhängigkeit. Säße sie in allen drei Bundesländern in der Regierung, würde sie sich auch mit dieser Forderung etwas zähmen. Bei der Netzträgerschaft ist die Sache dann auch schon wieder klar: die soll einzig und allein der Bundespost zufallen.

Während der Schneekatastrophe hat sich das auch schon bewährt, daß der Staat Träger des Netzes ist: es wurde die Einwegschaltung der Telefone geprobt, und zwar so, daß die Teilnehmer nur angerufen werden konnten.

,,Die SPD will die Prinzipien der Inneren Pressefreiheit durchsetzen und die Unabhängigkeit der Redaktionen gegen Verlegerallmacht, politischen Druck und die ökonomischen Folgen der Konzentration verteidigen. Wir fordern die Abschaffung des Tendenzschutzes und die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Presseunternehmen." Wie diese Mitbestimmung die inneren Strukturen des Rundfunks reformieren soll, machen die folgenden Forderungen deutlich: Einschränkung des Weisungsrechts des Intendanten zwecks Stärkung der Entscheidungsfreiheit und Eigenverantwortung der Journalisten, Ersetzung des hierarchischen



NATO-Manöver in Stade: Bauern fordern die Bezahlung aller Manöverschäden

b.deb. Vom 18. bis 30.8. fand in Buxtehude und Bremervörde das Bundeswehrmanöver ,,Springendes Roß" mit 600 Panzern, 1500 Fahrzeugen und 10000 Soldaten statt.

Über die Presse wurden die Bauern frech aufgefordert, das Vieh von der Weide zu treiben und die Felder mit wertvollem Saatgut zu kennzeichnen. Große Teile von Feldern wurden verwüstet, Hecken und Lichtmasten umgefahren. Der Berufsverkehr wurde durch die Straße sperrende Panzer und Fahrzeuge behindert und nachts wurde geschossen, daß man kein Auge zutun konnte. Gegen diese Behinderungen und Unterdrückung durch die imperialistische Armee gab es auf Seiten der Volksmassen heftigen Widerstand. ,,Der Fahrer eines Golf stellte sich vor die Einfahrt einer Weide und versperrte zwei Panzern den Weg." (Stader Tageblatt 31.8.) Klar, daß die Bauern, wo sie es können, verhindern, daß ihre Ländereien von Panzern umgepflügt werden. Das tun sie selbst, wenn es Zeit dazu ist.

In den Betrieben wurde heftig über das Manöver diskutiert und die Arbeiter waren empört: ,,Wenn die Bauern überhaupt etwas wiederkriegen, wird es doch von unseren Steuergeldern bezahlt," hieß es. ,,Manch einer wird den Hof aufgeben müssen."

Bislang ist nicht klar, in welchem Umfang die Bourgeoisie den Bauern Entschädigung zahlt. Man kann es nur ahnen. Die örtliche Presse reagierte auf die spürbare Empörung der Bevölkerung schon am Freitag, den 31. beschwichtigend. Den Soldaten mache angeblich das ,,Kriegsspielen" Spaß und solche Manöver seien ja auch notwendig. Daß es den Soldaten Spaß machen soll, die wenigen Stunden Schlaf während des Manövers auf Panzern und Lastwagen zu verbringen und von den Offizieren angetrieben, über die Äcker fahren zu müssen, kann auch nur einem bürgerlichen Schreiberling einfallen.

Auf die Empörung der Volksmassen reagierte die Bourgeoisie durch einen Leserbrief von MdB Dr. Schwenk (SPD): Das sei ja alles nicht so schlimm. es seien nur ,,die Spuren einer diszipliniert übenden Truppe. Mehr nicht." ,,Aber auch diese Schäden werden bald behoben und vergessen sein."



Die Bauern fordern sofortige und vollständige Beseitigung aller Manöverschäden.

Krabbenerzeugerpreis auf 2 DM/kg gesunken

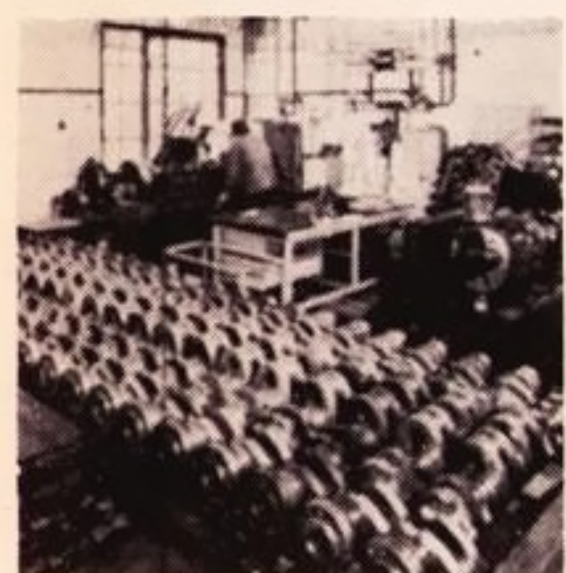
b.sal. Die Krabbenfischer an der Westküste – in Husum, Tönning, Büsum und Friedrichskoog – mußten ab 31.8. den Erzeugerpreis senken. In den Wochen davor konnten sie ihn nur dadurch bei 3 DM/kg halten, indem sie sich selber Fangbeschränkungen auferlegt hatten. So sind sie im August nur an drei Tagen zum Fischen ausgelaufen und haben so weniger Krabben an ihre Erzeugergemeinschaften, die Fischereigenossenschaften, verkauft. Weil augenblicklich die holländischen Fischer mehr Krabben anlanden und auf Auktionen nur 1,40 Gulden (etwa entsprechend in DM) erhalten, konnten die Westküstenfischer trotz ihrer Maßnahmen ihren Preis nicht mehr halten. Die Fischereigenossenschaften hätten die Krabben nicht absetzen können. Die daraus folgenden Verluste können die Fischer durch größere Fänge nicht mehr wettmachen.

Durch die von der Bundesregierung auf 45 DM je 100 l hochgetriebenen Gasölpreise (1978 waren es noch 26 DM je 100 l) haben sie ohnehin steigende Unkosten, während der durchschnittliche Krabbenerzeugerpreis – wenn auch mit Schwankungen – gesunken ist. Berücksichtigt man die Inflationsrate und die gestiegenen Bruttolohnkosten, so ist der aus der Tabelle ersichtlich gestiegene Gesamtumsatz nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die EG-Politik der Bundesregierung hat ihren Teil zur verschlechterten Lage der Kutterfischer beigetragen. Die Fischer können dem nur mit der Forderung für höhere kostendeckende Erzeugerpreise der Bundesregierung entgegentreten.

Jahr	Tonnen	Mio.DM	DM/kg
1972	4285	10,9	2,54
1973	3669	10,6	2,88
1974	5183	11,1	2,15
1975	5126	16,0	3,13
1976	7961	16,5	2,07
1977	4725	17,7	3,74
Aug.1979	–	–	3,00
Sept.1979	–	–	2,00

Unfall während der Überstundenarbeit

b.dam. Maßnahmen der Betriebssicherheit sind für die Kapitalisten immer unnötige Kosten und alle Sicherheitseinrichtungen, die es in den Betrieben gibt, sind von den Arbeitern erkämpft. Bei den Fahrzeugwerken Nord (FWN), die zu 40% der Flensburger Werft und zu 60% der MAN gehören, haben die Arbeiter vor einigen Jahren zwei Sanitäter durchgesetzt, die bei der normalen Produktion ständig anwesend sind. Nicht jedoch während der Samstagsüberstundenproduktion, wo meist nur einer und auch nicht immer da ist. Am 25.8. wurden einem Maschinenarbeiter in der Abteilung II drei Finger abgerissen, die er verlor, da die Telefonzentrale nicht besetzt war und er zu spät ins Krankenhaus eingeliefert wurde.



Kein Zufall, daß der Unfall gerade während der Samstagsüberstunden passiert ist. In den „Normalstunden" in der Woche ist die Intensität der Arbeit inzwischen ungeheuer gesteigert worden, im wesentlichen durch ein Arbeitswertsystem, dessen neue Zeiteinheiten erst vor kurzem festgelegt wurden. Jede Reparatur wird nach Arbeitswerten akkordmäßig ausgeführt. Gezahlt werden dafür Leistungszuschläge von 10% bis zu 30%. Die jeweiligen Zeiteinheiten werden von der Endabnahme und der Bauaufsicht ermittelt und festgelegt. Wird die verdichtete Arbeit länger als 40 Stunden notwendig, muß sich einfach die Gefahr von Unfällen erhöhen. Teilweise ist die Produktion in der FWN und der Ketten-KFZ, die ebenfalls der Werft gehört, äußerst gefährlich wie die Montage unter Panzerfahrzeugen (siehe Bild).

Indische Arbeiter bei AEG setzen Lohnerhöhung durch

Erfolgreicher Schritt gegen besondere Versklavung ausländischer Arbeiter

r.anp. Im August haben die indischen Facharbeiter in der AEG-Kleinmaschinenfabrik in Westberlin eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Die AEG-Kapitalisten hatten sie mit fünfjährigen Arbeitsverträgen aus Indien geholt und die meisten von ihnen zu elend niedrigen Löhnen beschäftigt. Vor Ablauf der fünf Jahre gab es für sie keine Möglichkeit, sich der niedrigen Lohnzahlung zu widersetzen. Noch vor zwei Monaten sind Forderungen von ihnen nach Lohnerhöhung von der Betriebsführung abgelehnt worden. Dann haben nach Ablauf der Verträge zwei der indischen Arbeiter gekündigt, um woanders mit 2,- DM mehr die Stunde anzufangen. Um den Weggang der Fachkräfte zu verhindern, bot die Betriebsführung eine Lohnerhöhung an. Das hat sich unter den indischen Arbeitern schnell herumgesprochen. Weitere sind mit ihrer Kündigung zur Betriebsführung gegangen. Daraufhin hat die Betriebsführung für alle indischen Arbeiter in der Kleinmaschinenfabrik Höhergruppierungen bzw. Erhöhung der Zulagen angeordnet.

Kämpfe solcherart – von der gesamten bürgerlichen Presse verschwiegen –, haben eine nicht unwesentliche Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Gerade jetzt im Vorfeld der kommenden Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie müssen vor allem die gewerkschaftlichen Organisationen die Lage der ausländischen Arbeiter in die zu wählende Taktik mit einbeziehen. Insbesondere bei betrieblichen Vereinbarungen, wo in so manchem Betrieb ein nicht unerheblicher Anteil von Ausländern beschäftigt ist, muß daß seine Berücksichtigung finden. Von einiger Bedeutung werden Untersuchungen über das Lohnniveau, über den gesamten Bereich der Reproduktion und überhaupt der umfassende Komplex, wie die ausländischen Arbeiter agitatorisch zu erreichen sind, sein. Die Sprache ist hier grundlegend.

In Westberlin waren am 31.12.78 insgesamt 196272 Einwohner ausländischer Nationalität. Die stärksten Gruppen unter ihnen bilden die Türken, die Griechen und Jugoslawen. Von diesen standen 82711 in Arbeit, davon weit über ein Viertel (26760) in der Metallindustrie. Das Lohnniveau in der Metallindustrie ist bei den ausländischen Arbeitern überdurchschnittlich gering. Für Westberlin soll darüber in der nächsten Zeit eine Untersuchung von der IG Metall durchgeführt werden. Auf Anfrage bei der IG Metall wird ein ähnliches Ergebnis wie in Baden-Württemberg erwartet: 86,5% der ausländischen Arbeiter haben einen Bruttolohn von unter 1800,- DM, davon 13% von bis zu 1000,- DM.

Wesentliche Fessel, sich an den Kämpfen der Westberliner Arbeiter zu beteiligen, bilden die Ausländergesetze. Im September 1977 hatten lediglich 29000 Ausländer eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, was eine gewisse Lockerung des Ausländergesetzes bedeutet. Die Ausländer sind nicht mehr direkt von den Entscheidungen der Ausländerbehörde abhängig. Ganze 273 hatten eine Aufenthaltsberechtigung und 229 wurden eingebürgert.

Ein weiteres Hindernis ist eine relativ schlechte Ausbildung in der deutschen Sprache. Der DGB und die Einzelgewerkschaften in Westberlin bieten keine Sprachkurse für Ausländer; Geld sei keines da und außerdem gäbe es ja die Volkshochschulen. Von irgendwelchen betrieblichen Vereinbarungen über Sprachkurse ist uns nichts bekannt. Wenn überhaupt, dann werden sie von Staats wegen oder den Trägern der freien Wohlfahrt organisiert.

Die schwierigen Bedingungen im Erlernen der Sprache finden ihre Entsprechung in der besonderen Lage der ausländischen Jugendlichen. Erhebungen an den Berufsschulen ergaben, daß am 15.10.77 von insgesamt 2281 ausländischen Jugendlichen 1045 arbeitslos waren. Das entspricht einem Arbeitslosenanteil der ausländischen Jugendlichen von 45,8%. Im Bericht zur Lage der Ausländer in Berlin vom Westberliner Senat heißt es: „Die ab 1. Januar 1977 eingereisten ausländischen Jugendlichen können dagegen gegenwärtig in aller Regel keine Arbeitserlaubnis erhalten und somit auch keine Berufsausbildung beginnen."

Um der schrankenlosen Ausbeutung und der rechtlosen Lage entgegenzuwirken, organisieren sich die ausländischen Arbeiter verstärkt in politischen Organisationen und insbesondere in den Gewerkschaften, wo sie den Zusammenschluß mit den deutschen Arbeitern suchen. Der Geschäftsbericht der IG Metall für die Jahre 75-78 weist für 1978 knapp ein Drittel der in der Metallindustrie beschäftigten Ausländer als Gewerkschaftsmitglieder aus. Das sind 8172. Der Anteil der ausländischen IGM-Vertrauensleute stieg von 263 (1973) auf 277 im Jahre 1976. Bei ausländischen Betriebsräten hat sich die Zahl von 1972 nach 1975 fast verdoppelt: von 83 auf 149.

VK-Versammlung bei NRI beauftragt Tarifkommission: 170 DM/8% mindestens

r.mis.Buxtehude. In der Elektroindustrie ist die Belegung der unteren Lohngruppen von den Kapitalisten besonders stark vorangetrieben worden. Bei NRI in Buxtehude liegen z.B. 18% der Belegschaft, vorwiegend Arbeiterinnen, im Tariflohn unter 1287,12 (LG 3). 52% liegen unter 1363,24 DM (LG 4). Im Effektivlohn heißt das: rund 26% der Belegschaft haben weniger als 1500 DM Brutto, über 60% liegen unter 1800 DM.

Gegen diese Hungerlöhne gibt es Kampf, der sich seit der Erkämpfung von Tarifverträgen und einem gewerkschaftlichen Betriebsrat verstärkt hat. Schon in der letzten Lohnrunde hat der VK von NRI an die Tarifkommission geschrieben, als Mindestbetrag die 100 DM von Hessen zu übernehmen, um wenigstens so nach unten eine gewisse Schranke zu ziehen. Der Abschluß hat das nicht gebracht. Er hat den Kapitalisten Spielraum gegeben, die unteren Lohngruppen weiter zu drücken, und gleichzeitig für Teile der Facharbeiter ein wenig auszuspucken. So haben die NRI-Kapitalisten die Spitzenlöhne im Juni etwas angehoben, nachdem die Einrichter geschlossen hochgezogen waren und mehr Geld gefordert hatten. Von den Vertrauensleuten der Maschinenhalle wurde im Sommer eine Unterschriftensammlung in der Halle durchgeführt für 50 Pf. mehr die Stunde für alle gleich. Es hätte den untersten Löhnen etwas mehr Luft verschafft und hätte der Spaltung entgegengearbeitet. 32 haben unterschrieben. In den Verhandlungen zwischen Geschäftsleitung und den Vertrauensleuten der Maschinenhalle, unter Anwesenheit des Betriebsrates, blieb die Geschäftsleitung stur. Sie würden es zwischen den Tarifrunden ablehnen, die Löhne für alle gleich anzuheben.

Die VK-Versammlung im Juli hatte die Tarifkommission aufgefordert, sich mit den Kapitalisten über einen Nachschlag in Verhandlungen zu begeben. Gleichzeitig wurde betont, daß das keine Anrechnung auf die kommende Lohnrunde hervorrufen dürfe, und daß für die kommende Lohnrunde unbedingt ein Festgeldbetrag gefordert werden muß, wie dies auch schon von der Hamburger Vertreterversammlung der IGM festgehalten war.

Die VK-Versammlung hat dazu weiter beschlossen, auch die Streichung der beiden unteren Lohn/ Gehaltsgruppen LG 2 und 3, T/K 1 und 2 zu fordern, sowie für die Lehrlinge einen Mindestbetrag von 85 DM einheitlich für alle Lehrjahre zu erheben.

Einig waren sich alle Kollegen, daß 170 DM/8% mindestens der Zielpunkt für diesen Lohnkampf sei, unter dem keinesfalls abgeschlossen werden dürfe. Es wurde allerdings noch die Meinung vertreten, daß die Forderung, mit der die IGM in den Lohnkampf einsteigt, ruhig etwas höher sein kann.

170 DM/8% mindestens durchgesetzt nützen im Kampf gegen die unteren Lohngruppen



HAW-Kapitalisten wollen Teil der Belegschaft auffrischen

r,güt. Anfang dieses Jahres haben die HAW-Kapitalisten mit einem Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkassen eine Beratung durchgeführt. Thema war der hohe Krankenstand bei HAW. Im Jahresdurchschnitt sind 20% der Arbeiter und Angestellten krank. In den Sommermonaten stieg die Zahl auf 25%. Ziel der Beratung war, die Orts-

Die Kapitalisten können die Kündigung von kranken Arbeitern nur durchsetzen, wenn sie die Arbeiter spalten. Sie haben das versucht, indem sie eine Anwesenheitsprämie angeboten haben, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Der Betriebsrat hat das abgelehnt und gefordert, sie sollen die Prämie als Erhöhung des

einer Kündigungsfrist von 3 Tagen gelöst werden. Das Arbeitsverhältnis endet, ohne daß es einer Kündigung bedarf, mit dem Ablauf des Monats, in dem der Mitarbeiter das 65. Lebensjahr beendet hat oder Erwerbs-oder Berufsunfähigkeitsrente bezieht.

Bisherige Fassung von Punkt 4.

Die ersten 12 Wochen gelten als Probezeit. Während der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis beiderseits mit dreitägiger Kündigungsfrist gelöst werden. Wird das Arbeitsverhältnis über den Ablauf der Probezeit hinaus fortgesetzt, so beträgt die Kündigung 14 Tage. Die Kündigung hat beiderseits schriftlich zu erfolgen.

Kein Zufall, daß der Unfall gerade während der Samstagsüberstunden passiert ist. In den „Normalstunden" in der Woche ist die Intensität der Arbeit inzwischen ungeheuer gesteigert worden, im wesentlichen durch ein Arbeitswertsystem, dessen neue Zeiteinheiten erst vor kurzem festgelegt wurden. Jede Reparatur wird nach Arbeitswerten akkordmäßig ausgeführt. Gezahlt werden dafür Leistungszuschläge von 10% bis zu 30%. Die jeweiligen Zeiteinheiten werden von der Endabnahme und der Bauaufsicht ermittelt und festgelegt. Wird die verdichtete Arbeit länger als 40 Stunden notwendig, muß sich einfach die Gefahr von Unfällen erhöhen. Teilweise ist die Produktion in der FWN und der Ketten-KFZ, die ebenfalls der Werft gehört, äußerst gefährlich wie die Montage unter Panzerfahrzeugen (siehe Bild).

Gerade jetzt im Vorfeld der kommenden Lohnauseinandersetzungen in der Metallindustrie müssen vor allem die gewerkschaftlichen Organisationen die Lage der ausländischen Arbeiter in die zu wählende Taktik mit einbeziehen. Insbesondere bei betrieblichen Vereinbarungen, wo in so manchem Betrieb ein nicht unerheblicher Anteil von Ausländern beschäftigt ist, muß daß seine Berücksichtigung finden. Von einiger Bedeutung werden Untersuchungen über das Lohnniveau, über den gesamten Bereich der Reproduktion und überhaupt der umfassende Komplex, wie die ausländischen Arbeiter agitatorisch zu erreichen sind, sein. Die Sprache ist hier grundlegend.

In Westberlin waren am 31.12.78 insgesamt 196272 Einwohner ausländischer Nationalität. Die stärksten Gruppen unter ihnen bilden die Türken, die Griechen und Jugoslawen. Von diesen

sei keines da und außerdem gäbe es ja die Volkshochschulen. Von irgendwelchen betrieblichen Vereinbarungen über Sprachkurse ist uns nichts bekannt. Wenn überhaupt, dann werden sie von Staats wegen oder den Trägern der freien Wohlfahrt organisiert.

Die schwierigen Bedingungen im Erlernen der Sprache finden ihre Entsprechung in der besonderen Lage der ausländischen Jugendlichen. Erhebungen an den Berufsschulen ergaben, daß am 15.10.77 von insgesamt 2281 ausländischen Jugendlichen 1045 arbeitslos waren. Das entspricht einem Arbeitslosenanteil der ausländischen Jugendlichen von 45,8%. Im Bericht zur Lage der Ausländer in Berlin vom Westberliner Senat heißt es: „Die ab 1. Januar 1977 eingereisten ausländischen Jugendlichen können dagegen gegenwärtig in aller Regel keine Arbeitserlaubnis erhalten und somit auch keine Berufsausbildung beginnen."

Schon in der letzten Lohnrunde hat der VK von NRI an die Tarifkommission geschrieben, als Mindestbetrag die 100 DM von Hessen zu übernehmen, um wenigstens so nach unten eine gewisse Schranke zu ziehen. Der Abschluß hat das nicht gebracht. Er hat den Kapitalisten Spielraum gegeben, die unteren Lohngruppen weiter zu drücken, und gleichzeitig für Teile der Facharbeiter ein wenig auszuspucken. So haben die NRI-Kapitalisten die Spitzenlöhne im Juni etwas angehoben, nachdem die Einrichter geschlossen hochgezogen waren und mehr Geld gefordert hatten. Von den Vertrauensleuten der Maschinenhalle wurde im Sommer eine Unterschriftensammlung in der Halle durchgeführt für 50 Pf. mehr die Stunde für alle gleich. Es hätte den untersten Löhnen etwas mehr Luft verschafft und hätte der Spaltung entgegengearbeitet. 32 haben unterschrieben. In den Verhandlungen zwischen

werden muß, wie dies auch schon von der Hamburger Vertreterversammlung der IGM festgehalten war.

Die VK-Versammlung hat dazu weiter beschlossen, auch die Streichung der beiden unteren Lohn/ Gehaltsgruppen LG 2 und 3, T/K 1 und 2 zu fordern, sowie für die Lehrlinge einen Mindestbetrag von 85 DM einheitlich für alle Lehrjahre zu erheben.

Einig waren sich alle Kollegen, daß 170 DM/8% mindestens der Zielpunkt für diesen Lohnkampf sei, unter dem keinesfalls abgeschlossen werden dürfe. Es wurde allerdings noch die Meinung vertreten, daß die Forderung, mit der die IGM in den Lohnkampf einsteigt, ruhig etwas höher sein kann.

170 DM/8% mindestens durchgesetzt nützen im Kampf gegen die unteren Lohngruppen



Die Spaltung der Belegschaft durch die Einführung des Arbeitswertsystems ist größer geworden. Der Effektivlohn, den ein Arbeiter der Lohngruppe V z.B. gezahlt bekommen kann, kann mit 10% Zuschlag DM 9,24 oder eben mit 30% Zuschlag, was jedoch kaum jemand erreicht, DM 10,92 betragen. In der Ecklohngruppe VI kann er entweder DM 9,62 mit 10% Zuschlag oder DM 11,38 mit 30% Zuschlag bedeuten.

Gleichzeitig ist insgesamt der Lohn gesenkt worden. Die 20 bis 30 Arbeiter, die aus der FSG in die FWN übernommen wurden, sind durchschnittlich in niedrigere Lohngruppen eingestellt worden. Die Lohnsumme, die die FSG-Kapitalisten 1978 gezahlt haben, ist um 14% gesenkt worden, die Belegschaft aber „nur" um 10% rausrationalisiert worden. Im wesentlichen sind aber Arbeiter aus der Werft entlassen worden, die Beschäftigtenzahl bei den Fahrzeugwerken ist ständig gestiegen. Auftraggeber für Lastwagen ist die Bundeswehr. Im Geschäftsbericht heißt es über die FWN; sie hätten „ein zufriedenstellendes Ergebnis erwirtschaftet".

Die Höhe des Lohns zwingt viele Arbeiter zu Überstunden. Gerade die in den letzten Wochen neueingestellten Arbeiter verdienen DM 9,20 und sind gezwungen, samstags oder teilweise eine Stunde länger zu arbeiten. Von den 300 Arbeitern arbeiten in der letzten Zeit regelmäßig 50 bis 60 Arbeiter den Samstag durch.

HAW-Kapitalisten wollen Teil der Belegschaft auffrischen

r,güt. Anfang dieses Jahres haben die HAW-Kapitalisten mit einem Vertreter der Allgemeinen Ortskrankenkassen eine Beratung durchgeführt. Thema war der hohe Krankenstand bei HAW. Im Jahresdurchschnitt sind 20% der Arbeiter und Angestellten krank. In den Sommermonaten stieg die Zahl auf 25%. Ziel der Beratung war, die Ortskrankenkasse dazu zu bewegen, einige Ärzte, bei denen sich häufiger Arbeiter von HAW untersuchen lassen, unter Druck zu setzen. Dieser Beratung folgten dann Besuche des Personalchefs bei den Ärzten und Krankheitskündigungen von bisher 2 Arbeitern.

Die HAW-Betriebsleitung sucht nach Maßnahmen, die verbrauchte Arbeitskraft aus dem Betrieb zu drängen. Schon im letzten Jahr hatte sie kranken Arbeitern gekündigt und etwa 80 Arbeiter in einem Brief aufgefordert, sich vom Betriebsarzt untersuchen zu lassen. All dies hat nichts genützt. Der Krankenstand ist weiterhin hoch und die HAW-Arbeiter haben eine feste Einheit geschlossen, daß sie sich auch krank schreiben lassen, wenn sie krank sind, statt sich aus Angst vor der Entlassung zur Arbeit zu schleppen.

Ursache des hohen Krankenstandes ist zweifellos die Contischicht (60% der Arbeiter) und die bei der Aluminiumproduktion entstehenden Schadstoffe. Der Betriebsrat hat im letzten Jahr durchgesetzt, daß Schadstoffmessungen durchgeführt werden und ihm alle einzelnen Werte vorgelegt werden. Die Betriebsleitung hat sich bisher geweigert, überhaupt Messwerte vorzulegen. Sie hat aber bereits eine Kündigung mit den Ergebnissen der Messung begründet: ein Zusammenhang von Bronchitis und den Arbeitsbedingungen auf der Hütte könne nicht festgestellt werden, hat sie im Kündigungsschreiben ausgeführt. Ein Arbeiter hat bei der Berufsgenossenschaft seine Krankheit (Asthma) als Berufskrankheit angezeigt. Er wird dabei von Ärzten unterstützt.

Die Kapitalisten können die Kündigung von kranken Arbeitern nur durchsetzen, wenn sie die Arbeiter spalten. Sie haben das versucht, indem sie eine Anwesenheitsprämie angeboten haben, um die Arbeiter gegeneinander auszuspielen. Der Betriebsrat hat das abgelehnt und gefordert, sie sollen die Prämie als Erhöhung des Stundenlohns festschreiben. Die Kapitalisten haben jetzt die Taktik geändert. Seit einem viertel Jahr haben sie die Arbeitsverträge geändert (siehe unten), um die neueingestellten Arbeiter als Spaltkeil einzusetzen. Auf der Hütte sollen 15 Arbeiter eingestellt werden. Vorübergehend wollen sie keine Überschichten mehr fahren lassen und spekulieren darauf, daß der niedrige Lohn die Arbeiter willfährig macht. Im Betriebsrat wird beraten, wie eine Untersuchung des Gesundheitszustands der Belegschaft durchgeführt werden kann.

Änderungen der Arbeitsverträge

3. Der Firma bleibt vorbehalten, dem Mitarbeiter vorübergehend oder auf Dauer auch andere Arbeiten zuzuweisen und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen andere Arbeitszeiten als die üblichen festzulegen.

Der Mitarbeiter wird je nach den betrieblichen Erfordernissen in Tagschicht, 2-Schicht oder kontinuierlichen Wechselschichtbetrieb eingesetzt.

Bisherige Fassung von Punkt 3.

Bei betrieblichen Notwendigkeiten ist der Mitarbeiter verpflichtet auch andere zumutbare Arbeiten zu verrichten, als diejenigen, die der Mitarbeiter verrichtet hat und zu anderen als zu den üblichen Zeiten.

4. Das Arbeitsverhältnis wird auf 3 Monate befristet (Probezeit). Es endet mit Ablauf der Probezeit, sofern es nicht vor Ablauf durch schriftliche Erklärung der Firma verlängert wird. Innerhalb der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis beiderseits unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Tagen gelöst werden. Das Arbeitsverhältnis endet, ohne daß es einer Kündigung bedarf, mit dem Ablauf des Monats, in dem der Mitarbeiter das 65. Lebensjahr beendet hat oder Erwerbs-oder Berufsunfähigkeitsrente bezieht.

Bisherige Fassung von Punkt 4.

Die ersten 12 Wochen gelten als Probezeit. Während der Probezeit kann das Arbeitsverhältnis beiderseits mit dreitägiger Kündigungsfrist gelöst werden. Wird das Arbeitsverhältnis über den Ablauf der Probezeit hinaus fortgesetzt, so beträgt die Kündigung 14 Tage. Die Kündigung hat beiderseits schriftlich zu erfolgen.

Lärmschwerhörigkeit – es sind nicht die Webmaschinen

r.boj. Nordhorn. 106 dB (A) beträgt der Lärm in einem Websaal, der mit Schützenwebmaschinen ausgestattet ist. Dies haben Untersuchungen einer textilen Fachzeitschrift ergeben. Bereits ab einem Geräuschpegel von 65 dB (A) bleiben Gesundheitsschäden. Die NINO-Kapitalisten schreiben dazu in ihrer Hauspostille: „Da Arbeitslärm gefährlich und Lärmschwerhörigkeit unheilbar ist, bemüht und bemühte sich die Berufsgenossenschaft darum, lärmgefährdete Arbeitnehmer zu regelmäßiger Benutzung persönlicher Schallschutzmittel anzuregen". Die Textilkapitalisten versuchen so, von den Ursachen des Lärms abzulenken, daß sie nämlich an Lärmschutzeinrichtungen an den Maschinen und Hallen sparen. Tatsache ist – und das zeigt eine Kosten-Nutzen-Analyse in „Textilbetrieb" – Fachjournal für angewandte Textiltechnik – vom März 79, daß die Arten von Webmaschinen am günstigsten für die Textilkapitalisten sind, die bei den Kosten u.a. für Anschaffung, Bedienungsaufwand, Platzbedarf am niedrigsten liegen. Die Textilkapitalisten in der „Textilbetrieb" dazu: „Möglichkeiten der primären Schallreduktion sind wegen der extremen Anforderungen der Textilmaschinen im 3-Schicht-Betrieb nur beschränkt durchführbar. Kapselungen sind nicht ohne weiteres realisierbar, da von der Praxis nur Lösungen mit relativ niedrigen Investitionen akzeptiert werden können".

Betriebsärzte – jetzt mobil

r.scm. Die Bau-Berufsgenossenschaft Hamburg hat jetzt eine fahrbare Arztpraxis in Dienst gestellt, die zu Routineuntersuchungen in Schleswig-Holstein eingesetzt werden soll. Der schleswig-holsteinische Sozialminister Braun, der zur Einweihung gekommen war, nannte den Wagen „vorbildlich" und erklärte, damit sei nunmehr „die letzte Lücke in der betriebsärztlichen Versorgung Schleswig-Holsteins geschlossen". Worum es geht ist: Nach dem Betriebsärztegesetz besteht für die Kapitalisten die Alternative, entweder einen Betriebsarzt einzustellen, oder einen niedergelassenen Arzt nebenberuflich mit der Tätigkeit zu betrauen, oder aber die betriebsärztliche Versorgung durch Institutionen wie die Berufsgenossenschaft durchführen zu lassen. Der letzte Weg ist für die Kapitalisten besonders vorteilhaft, weil zum einen die Kosten gering sind, wenn die gesamte Branche durch wenige Zentren und – wie jetzt – durch einen fahrenden Arzt mit zwei Helfern versorgt wird. Zum anderen haben sie die Berufsgenossenschaft unter Kontrolle und damit auch die Betriebsärzte. Zwölf Zentren und drei Nebenstellen sind zu diesem Zweck eingerichtet. Für Braun ist damit die Versorgung flächendeckend sichergestellt, d. h. nach den Richtlinien der Berufsgenossenschaft 0,4 Std., die ein Arzt im Durchschnitt im Jahr pro Arbeiter aufwendet.

75-Stundenwoche in der Erntezeit, Tag- und Nachtarbeit

Gewerkschaft GLF fordert 40-Stunden-Woche an 5 Tagen / Keine Sondergesetzgebung für Landarbeiter

z.bil. Jetzt in der Erntezeit können die Agrarkapitalisten ihren Bedarf an billiger Arbeitskraft kaum decken. 255000 nichtständige Landarbeiter wurden 1978 gegenüber 106000 ständigen Landarbeitern zusätzlich in der Erntezeit angeheuert. Die Agrarkapitalisten fordern eine *saisonale* Lockerung des Anwerbestopps für Arbeiter aus Ländern der Dritten Welt.

75 Stunden und mehr ist die Arbeitszeit während der Ernte. Ohne Unterschied ob Tag- oder Nachtzeit, Sonn- oder Feiertag wird die Arbeitskraft vernutzt. Der Nachrichtendienst der Kommunistischen Volkszeitung berichtet, daß ein Landarbeiter in Buchholz auf einem 135-ha-Hof monatlich unterschiedlich mal 400 oder 600 DM Lohn ausgezahlt erhält, zuzüglich Kost und Logis; letzteres bezeichnet einen Verschlag, der mehr einem Stall gleicht. Der zweite Landarbeiter auf dem Hof, ein Rentner (76 Jahre alt), muß einen Teil seiner Rente für Kost und Unterkunft abgeben. Das „Taschengeld" von 100 Mark wird für ihn „verwahrt". Der Lehrling erhielt 180 Mark monatlich.

Der Manteltarif legt als Mindestausstattung für die Wohnung fest: „Die Ausstattung umfaßt mindestens Bett, Tisch, Stuhl, verschließbaren Schrank, Waschgelegenheit und ausreichende Beleuchtung. Es muß die Möglichkeit bestehen, die Freizeit in einem geheizten Raum zu verbringen." (Hessen) Die Arbeitszeit darf nach diesem Tarif auf die einzelnen Wochen im Jahr zwischen 42 Stunden mindestens und 48 Stunden höchstens in der Woche aufgeteilt werden. „Sie verlängert sich um die üblichen auch sonntags durchzuführenden Vor- und Abschlußzeiten. Erst wenn diese vereinbarte Arbeitszeit 10 Stunden überschreitet, ist sie zu vergüten." (Manteltarif Hessen; ähnlich Manteltarif Baden-Württemberg). Jeder 4. Sonntag im Monat ist ganz freizugeben. Die Zulagen – wenn sie überhaupt ausgezahlt werden – für schmutzige Arbeiten oder Umgang mit gefährlichen Stoffen, wie Pflanzenschutzmitteln, Gelbspritzmitteln usw., für Nachtarbeit zwischen 22 und 6 Uhr betragen nach dem Manteltarif 15% auf den Stundenlohn.

Der Unterschied zum durchschnittlichen Lohn der Industriearbeiter betrug 1978 in der höchsten Altersstufe 3,17 DM; in den unteren Lohngruppen ist die Schere zum Industriearbeiterlohn bis zu 50%.

Jahr	Lohn je Stunde in DM: Durchschn. Industriearbeiter	Landarbeiter höchste Altersstufe	Differenz
1953	1,79	0,97	0,82
1959	2,60	1,60	1,00
1960	2,90	1,75	1,15
1973	8,50	5,81	2,69
1975	10,00	7,07	2,93
1977	11,44	8,25	3,19
1978	12,05	8,88	3,17

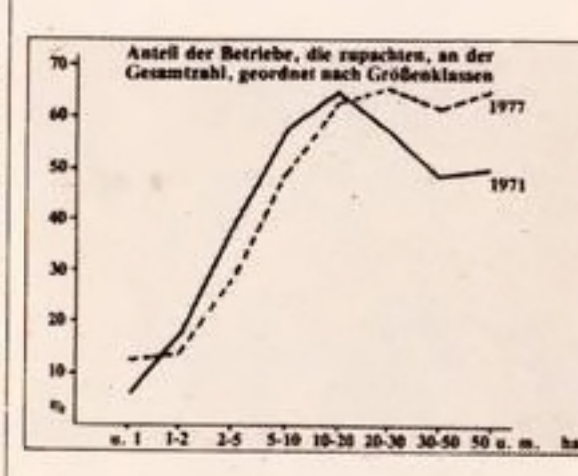
1951 streikten 20000 Landarbeiter, nachdem die Agrarkapitalisten ihre Forderung einer 25%igen Lohnerhöhung nur teilweise erfüllt hatten (Lohnerhöhung 15%). Die Regierung verabschiedete daraufhin das Gesetz über die Mindestarbeitsbedingungen, das unter Aufhebung von tarifvertraglicher Vereinbarung „Mindestarbeitsbedingungen festsetzen konnte, wenn es zur Befriedigung der notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse erforderlich erscheint."

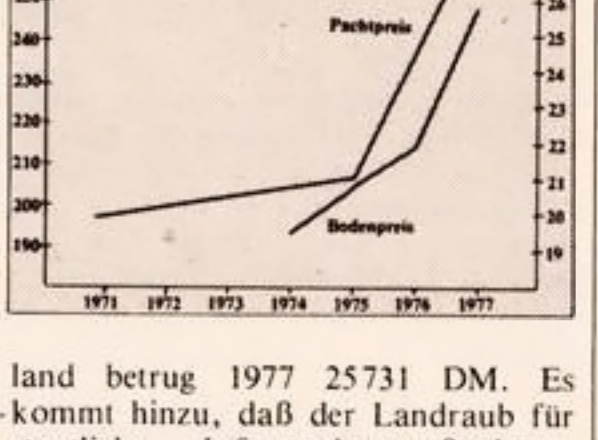
Die Agrarkapitalisten verbreiten schon immer die Mär, daß die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln nur gesichert werden könne, wenn die Lohnkosten gering gehalten werden. Mit dieser Begründung war bis 1919 der Streik und die Bildung von Koalitionen für die Landarbeiter verboten. Erst 1956 wurde von den Landarbeitern der Zugang zur Arbeitslosenversicherung vollständig erkämpft. Das Betriebsverfassungsgesetz 1952 ließ die Wahl eines Betriebsrates nur bei 10 ständigen Landarbeitern im Betrieb zu (in der Industrie 5 Arbeiter). Bei der Rentenberechnung wurden die „Sachbezüge" so niedrig bewertet, daß sie zusammen mit dem niedrigen Lohn als Berechnungsgrundlage weit unter dem Durchschnitt der Industriearbeiter lag. Die „Härtenovelle" 1972/73 regelte Sonderzuschläge für die Bewertung der Sachbezüge und „Ausgleichszahlungen" für Landarbeiter, die keine Gelder aus der Zusatzversorgungskasse erhalten.

Das Mutterschutzgesetz bestimmt nach wie vor, daß schwangere oder stillende Landarbeiterinnen noch bis zu 51 Stunden wöchentlich arbeiten müssen und ab 5 Uhr morgens zum Melken herangezogen werden können. Das Jugendarbeitsschutzgesetz gestattet in der Zeit von April bis November Arbeitszeiten für Jugendliche bis zu 46 Stunden wöchentlich. Die Arbeitszeitordnung ist für den gesamten Bereich der Landwirtschaft außer Kraft gesetzt.

Die Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten fordert die Streichung all dieser Sonderbestimmungen für die Landarbeiter. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche an 5 Tagen (montags bis freitags) bei vollem Lohnausgleich war Bestandteil der letzten Tarifbewegung und wird weiter erhoben. In den letzten Jahren ist die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder gestiegen. 1977 waren 40519 in der GLF organisiert.

Für die kleinen Bauern wird Pachtland zu teuer





z.kec. Das linke Schaubild zeigt das Ausmaß, in dem die Bauern mittlerweile auf Pachtland angewiesen sind. 60 bis 70 % aller Bauern mit einer Hofgröße zwischen 10 und 50 Hektar müssen zupachten. (Quelle: Bayerisches Stat. Landesamt) Die Notwendigkeit, die bewirtschaftete Fläche auszudehnen, ergibt sich daraus, daß die Fläche auf der das Land überhaupt noch rationell bearbeitet werden kann, in den letzten Jahren mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ständig größer geworden ist. Land zuzukaufen, ist inzwischen nicht nur für die kleinen (bis 20 ha), sondern auch für die mittleren Bauern (20 – 50 ha) unmöglich geworden – der Durchschnittspreis für einen Hektar Ackerland betrug 1977 25731 DM. Es kommt hinzu, daß der Landraub für staatliche Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, durch Flurbereinigung und Ausdehnung der Profitproduktion der Kapitalisten in der BRD im Durchschnitt täglich 171 Hektar Acker- und Waldland verschlingt. Der steigende Bodenpreis treibt den Pachtpreis in die Höhe. Da die kleinen Bauern auf ihrem Stück Land trotz enormer Überarbeit die Grundrente nicht mehr bekommen, sondern an die Banken und an die Düngemittel- und Landmaschinenkapitalisten zahlen, können sie sich das Zupachten immer weniger leisten. In der Zeit von 1971 bis 1977 stieg der durchschnittliche Pachtpreis pro ha von 198 auf 267 DM.

Erste wichtige Erfolge der streikenden Landarbeiter in USA
Streik- und Organisierungsbewegung weitet sich aus, die Front der Agrarkapitalisten bröckelt
z.zik. Seit über sieben Monaten, seit dem 22. Januar, streiken in Kalifornien 5000 Landarbeiter der Gewerkschaft UFW gegen 28 der größten kalifornischen Gemüsekonzerne für höheren Lohn und gewerkschaftliche Freiheiten. Mitte Januar waren die alten Tarifverträge ausgelaufen und die Kapitalisten wollten nicht über die 7%-
nopole, haben die Chicano-Landarbeiter den Streik durchgehalten und im August erste wichtige Erfolge durchsetzen können.
Anfang August wurde für die 325 UFW-organisierten Arbeiter bei Meyer Tomato Co. ein neuer Tarifvertrag unterzeichnet, der weit über Carters Lohnleitlinie liegt und in dem die wich-
Meyer Tomato konnte aus der Front der Agrarkapitalisten herausgebrochen werden, nachdem bekannt wurde, daß Anfang August die Tomatenpflücker in Florida und Texas einen Streik gegen die dortigen Monopole Campbell und Libbys aufgenommen hatten, was Meyer jetzt, in der beginnenden Tomatenerntesaison, ausnut-
glieder sind nicht denselben Arbeitsbedingungen wie die Chicano-Arbeiter unterworfen) und die Streiks der Chicano-Arbeiter zu zerschlagen. Anders in diesem Jahr: Die bei der Teamster-Gewerkschaft organisierten Farmarbeiter haben in ihrem bis jetzt ersten Abschluß mit Antle, einem der größten Salatkonzerne in Kalifornien, für Sa-
Ausstattung umfaßt mindestens Bett, Tisch, Stuhl, verschließbaren Schrank, Waschgelegenheit und ausreichende Beleuchtung. Es muß die Möglichkeit bestehen, die Freizeit in einem geheizten Raum zu verbringen." (Hessen) Die Arbeitszeit darf nach diesem Tarif auf die einzelnen Wochen im Jahr zwischen 42 Stunden mindestens und 48 Stunden höchstens in der Woche aufgeteilt werden. „Sie verlängert sich um die üblichen auch sonntags durchzuführenden Vor- und Abschlußzeiten. Erst wenn diese vereinbarte Arbeitszeit 10 Stunden überschreitet, ist sie zu vergüten." (Manteltarif Hessen; ähnlich Manteltarif Baden-Württemberg). Jeder 4. Sonntag im Monat ist ganz freizugeben. Die Zulagen – wenn sie überhaupt ausgezahlt werden – für schmutzige Arbeiten oder Umgang mit gefährlichen Stoffen, wie Pflanzenschutzmitteln, Gelbspritzmitteln usw.,
bedingungen festsetzen konnte, wenn es zur Befriedigung der notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse erforderlich erscheint."
Die Agrarkapitalisten verbreiten schon immer die Mär, daß die Versorgung der Bevölkerung mit billigen Nahrungsmitteln nur gesichert werden könne, wenn die Lohnkosten gering gehalten werden. Mit dieser Begründung war bis 1919 der Streik und die Bildung von Koalitionen für die Landarbeiter verboten. Erst 1956 wurde von den Landarbeitern der Zugang zur Arbeitslosenversicherung vollständig erkämpft. Das Betriebsverfassungsgesetz 1952 ließ die Wahl eines Betriebsrates nur bei 10 ständigen Landarbeitern im Betrieb zu (in der Industrie 5 Arbeiter). Bei der Rentenberechnung wurden die „Sachbezüge" so niedrig bewertet, daß sie zusammen mit dem niedrigen Lohn als Berechnungsgrundlage weit
z.kec. Das linke Schaubild zeigt das Ausmaß, in dem die Bauern mittlerweile auf Pachtland angewiesen sind. 60 bis 70 % aller Bauern mit einer Hofgröße zwischen 10 und 50 Hektar müssen zupachten. (Quelle: Bayerisches Stat. Landesamt) Die Notwendigkeit, die bewirtschaftete Fläche auszudehnen, ergibt sich daraus, daß die Fläche auf der das Land überhaupt noch rationell bearbeitet werden kann, in den letzten Jahren mit der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft ständig größer geworden ist. Land zuzukaufen, ist inzwischen nicht nur für die kleinen (bis 20 ha), sondern auch für die mittleren Bauern (20 – 50 ha) unmöglich geworden – der Durchschnittspreis für einen Hektar Ackerland betrug 1977 25731 DM. Es kommt hinzu, daß der Landraub für staatliche Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, durch Flurbereinigung und Ausdehnung der Profitproduktion der Kapitalisten in der BRD im Durchschnitt täglich 171 Hektar Acker- und Waldland verschlingt. Der steigende Bodenpreis treibt den Pachtpreis in die Höhe. Da die kleinen Bauern auf ihrem Stück Land trotz enormer Überarbeit die Grundrente nicht mehr bekommen, sondern an die Banken und an die Düngemittel- und Landmaschinenkapitalisten zahlen, können sie sich das Zupachten immer weniger leisten. In der Zeit von 1971 bis 1977 stieg der durchschnittliche Pachtpreis pro ha von 198 auf 267 DM.

Erste wichtige Erfolge der streikenden Landarbeiter in USA

Streik- und Organisierungsbewegung weitet sich aus, die Front der Agrarkapitalisten bröckelt

z.zik. Seit über sieben Monaten, seit dem 22. Januar, streiken in Kalifornien 5000 Landarbeiter der Gewerkschaft UFW gegen 28 der größten kalifornischen Gemüsekonzerne für höheren Lohn und gewerkschaftliche Freiheiten. Mitte Januar waren die alten Tarifverträge ausgelaufen und die Kapitalisten wollten nicht über die 7%-Leitlinie Carters hinausgehen. Später hatten sie bis zu 34% geboten, was aber immer noch – bei Hungerlöhnen von durchschnittlich 3,70 $ pro Stunde wäre das 1,25 $ mehr – über 2 $ unter dem derzeitigen Durchschnittslohn eines Industriearbeiters bei General Electric gelegen hätte mit 7 $ die Stunde. Allein 1100 der Streikenden sind bei einem einzigen Monopol, der United Brands-Tochter Sun Harvest, beschäftigt, die größter Salatproduzent der USA ist. Unter unsäglichen Entbehrungen, bei einem Streikgeld von 25 $ die Woche, gegen die ständigen Provokationen der bewaffneten Staatsmacht und bewaffneter Banden der Agrarmonopole, haben die Chicano-Landarbeiter den Streik durchgehalten und im August erste wichtige Erfolge durchsetzen können.

Anfang August wurde für die 325 UFW-organisierten Arbeiter bei Meyer Tomato Co. ein neuer Tarifvertrag unterzeichnet, der weit über Carters Lohnleitlinie liegt und in dem die wichtigsten Forderungen der UFW durchgesetzt sind: 5 $ Stundenlohn rückwirkend ab 9. August, ab 1980 5,55 $, ab 1981 5,95 $; Erhöhung der Zahlung des Kapitalisten zur Kranken- und Altersversicherung der Gewerkschaft; Lohnangleichungsklausel bei steigenden Lebenshaltungskosten; Anerkennung und Bezahlung von gewerkschaftlichen Vertretern durch die Kapitalisten; Anerkennung der Vermittlung der Wander- und Saisonarbeiter nur über die Gewerkschaft. Dieses Recht der Gewerkschaft auf eine selbstverwaltete Arbeitsvermittlung war bereits nach den großen Streiks 1972 erstmals durchgesetzt worden.



300 Landarbeiter, Männer, Frauen und Kinder demonstrieren am 25. August vor Libby's Konservenfabrik in Leipsic, Ohio, um vom Konzern den Abschluß eines Tarifvertrages mit der Landarbeitergewerkschaft FLOC zu verlangen.

Meyer Tomato konnte aus der Front der Agrarkapitalisten herausgebrochen werden, nachdem bekannt wurde, daß Anfang August die Tomatenpflücker in Florida und Texas einen Streik gegen die dortigen Monopole Campbell und Libbys aufgenommen hatten, was Meyer jetzt, in der beginnenden Tomatenerntesaison, ausnutzen will.

Am 6. August begann in Kalifornien die Erntesaison für Salat. Die Salatpflücker hatten den Streik über die Zeit des sogenannten kleinen Winters zwischen den Erntezeiten durchgehalten. Ob die Salatkonzerne die begonnene Erntezeit durchhalten, ist nicht so sicher. Am 27. August jedenfalls ist auch einer der größten Salatproduzenten Kaliforniens, West Coast Farms, aus der Front der Gemüsekonzerne ausgeschert. 350 bei der UFW organisierte Landarbeiter arbeiten bei ihm, für sie wurde ein Abschluß ähnlich dem bei Meyer Tomato durchgesetzt: 5 $ Stundenlohn für 1979, Steigerung bis 1981 auf 5,71 $, insgesamt um 57%; Erhöhung der Stücklöhne für die 24-Kopf-Kiste Salat von 57 cts. auf 75 cts. für 1979 und 83 cts. 1981; eine Klausel zur Lohnangleichung bei über 5% Inflation pro Jahr, höchstens jedoch 25 cts. pro Jahr; erhöhte Zahlungen der Kapitalisten an den Kranken- und Altersfonds und, wie bei Meyer, Bezahlung eines gewerkschaftlichen Vertreters durch die Kapitalisten.

Diese Tarifverträge sind erste Erfolge im Kampf der kalifornischen Landarbeiter gegen die Elendslöhne und für die Anerkennung gewerkschaftlicher Freiheiten. Sie sind hart erkämpft gegen einen Vernichtungsfeldzug der Agrarmonopole gegen die United Farm Workers nach den Erfolgen des Kampfs der Chicano-Landarbeiter Anfang der 70er Jahre. 1973 war es den Agrarkonzernen gelungen, die Führer der Teamster-Gewerkschaft zum Abschluß von Lohnraubverträgen für die Landarbeiter einzusetzen (die Teamster-Gewerkschaften haben selbst nur wenige Pflücker organisiert, ihre Mitglieder sind nicht denselben Arbeitsbedingungen wie die Chicano-Arbeiter unterworfen) und die Streiks der Chicano-Arbeiter zu zerschlagen. Anders in diesem Jahr: Die bei der Teamster-Gewerkschaft organisierten Farmarbeiter haben in ihrem bis jetzt ersten Abschluß mit Antle, einem der größten Salatkonzerne in Kalifornien, für Salatpflücker 5 $ die Stunde noch 1979 durchgesetzt. Und anders als 1973 ist die gewerkschaftliche Organisierungsbewegung in anderen Teilen der USA weiter fortgeschritten unter den Landarbeitern, von wo die kalifornischen Agrarkapitalisten immer wieder Streikbrecher organisieren konnten, z.B. Philipinos oder Puertoricaner.

Im Nordosten der USA, wo 60000 bis jetzt kaum gewerkschaftlich organisierte Landarbeiter puertoricanischer Nationalität leben, wurde am 22. Juli eine erste Versammlung über Fragen der gewerkschaftlichen Organisierung und der Arbeitsbedingungen abgehalten unter Leitung des „Komitees zur Unterstützung der Landarbeiter" (CATA).

In Holgate, Ohio, im Mittelwesten der USA, wurde am 4. August der erste Gewerkschaftskongreß von Chicano-Landarbeitern abgehalten unter Leitung des Farm Labour Organizing Comittee (FLOC). Diese Organisation hatte bereits im letzten Jahr einen Streik von über 2000 Farmarbeitern gegen Campbell und Libbys organisiert und führt auch den in diesem August begonnenen Streik gegen dieselben Monopole an unter den Forderungen: Erhöhung der Stücklöhne für den 33-Pfundkorb Tomaten von 24 cts. auf 45 cts. und Mindestlohn von 3,50 $ die Stunde. Der Vorsitzende der UFW, Cesar Chavez, hat auf dem Kongreß der FLOC über den Kampf der UFW berichtet.

In Kalifornien hat die UFW angekündigt, den Streik so lange fortzusetzen, bis alle 28 Agrarkapitalisten ihre Forderungen erfüllt haben.

Steuerpläne treffen die Nebenerwerbslandwirte besonders hart

z.doj. Nach der am 15. August von der Ministerrunde beschlossenen Steueränderung, die im Oktober durch den Bundestag gehen soll, werden die Bauern mit bis zu 20 ha Hofgröße nach Durchschnittssätzen, bis 30 ha nach einfacher und über 30 ha nach vollständiger Buchführung besteuert. Damit werden etwa 70% Bauern zusätzlich erfaßt und höher besteuert. Bei der Durchschnittsbesteuerung wird der Grundbetrag sowie der Steueransatz für die Arbeitsleistung und Betriebsleitung – der Hauptteil der Steueransätze – bis auf das Doppelte erhöht. Beide Wertansätze können in Zukunft per Verordnung weiter hochgeschraubt werden. Das trifft die Betriebe bis 20 ha, deren Produktivität im Vergleich zu Industrie und Agrarkapitalisten sinkt, besonders hart. Viele von ihnen müssen Land verpachten und auf Nebenerwerb gehen. In einer Stellungnahme gegen die Steuerpläne der Regierung erklärte ein Vertreter des Bauernverbandes in Passau, daß auch von diesem verpachteten Teil, der oft nur wenige Mark bringt, noch „Entnahmegewinn" weggesteuert wird. Auch der Kreisbauernverband Wetzlar hat gegen die Steuerpläne Stellung genommen und betont, daß die Nebenerwerbsbauern zusätzlich über die Lohnsteuer ausgenommen werden. Der bayrische Bauernverband lehnt ebenfalls die Steuerpläne der Regierung ab.

Bauern blockieren Rübenlieferungen an Zuckerfabriken

z.ulg.Rom. Zwei Wochen vor Ende der Ernte sind die italienischen Zuckerrübenbauern noch immer ohne Kollektivvertrag über die Aufkaufbedingungen. Ein Fünftel der Ernte ist schon an die Zuckerfabriken geliefert, ohne daß die Bauern wissen, welchen Preis sie dafür kriegen werden. Am 1. und 3.9. haben Bauern und Lkw-Fahrer – auch der Transporttarif ist im Kollektivvertrag geregelt – die Rübenlieferungen an die Zuckerfabriken im Hauptanbaugebiet Emilia blockiert, gleichzeitig streikten die Arbeiter der Fabriken. Die Bauern fordern eine Preiserhöhung um 10%. Die Zuckermonopole wollen nur zahlen, wenn vorher der Zuckerpreis nach einer Erhöhung um 12% im Juli erneut um 3,3% heraufgesetzt wird. Die Bauern lehnen die Preiserhöhung ab, u.a. weil damit für die Süßwarenindustrie Maiszucker billiger als Rübenzucker würde. Die Zuckerkapitalisten, die längst in die Maiszuckerproduktion investiert haben, könnten das zum weiteren Drücken des Rübenpreises nutzen. Zudem wollen die Zuckermonopole im neuen Kollektivvertrag den Anspruch der Bauern auf Trockenschnitzel senken. Die Trockenschnitzel bleiben übrig, wenn aus den Rüben nach dem Zerhacken der zuckerhaltige Rohsaft

die Steuerpläne der Regierung ab.
Bauern blockieren Rübenlieferungen an Zuckerfabriken
z.ulg.Rom. Zwei Wochen vor Ende der Ernte sind die italienischen Zuckerrübenbauern noch immer ohne Kollektivvertrag über die Aufkaufbedingungen. Ein Fünftel der Ernte ist schon an die Zuckerfabriken geliefert, ohne daß die Bauern wissen, welchen Preis sie dafür kriegen werden. Am 1. und 3.9. haben Bauern und Lkw-Fahrer – auch der Transporttarif ist im Kollektivvertrag geregelt – die Rübenlieferungen an die Zuckerfabriken im Hauptanbaugebiet Emilia blockiert, gleichzeitig streikten die Arbeiter der Fabriken. Die Bauern fordern eine Preiserhöhung um 10%. Die Zuckermonopole wollen nur zahlen, wenn vorher der Zuckerpreis nach einer Erhöhung um 12% im Juli erneut um 3,3% heraufgesetzt wird. Die Bauern lehnen die Preiserhöhung ab, u.a. weil damit für die Süßwarenindustrie Maiszucker billiger als Rübenzucker würde. Die Zuckerkapitalisten, die längst in die Maiszuckerproduktion investiert haben, könnten das zum weiteren Drücken des Rübenpreises nutzen. Zudem wollen die Zuckermonopole im neuen Kollektivvertrag den Anspruch der Bauern auf Trockenschnitzel senken. Die Trockenschnitzel bleiben übrig, wenn aus den Rüben nach dem Zerhacken der zuckerhaltige Rohsaft

ausgekocht ist, und sind ein wertvolles Futtermittel. – An diesem Montag führen die Bauern in Süditalien Kundgebungen durch.

Nestle-Milchkonzern in Venezuela verstaatlicht

z.pek. Die venezolanische Regierung hat Ende August die vollständige Verstaatlichung der Indulac-Milchpulverfabriken bekanntgegeben. 40% der Aktien sowie die Geschäftsführung und technische Verwaltung befanden sich bisher noch in den Händen des schweizerischen Nestle-Konzerns. Die restlichen 60% wurden bereits 1976 verstaatlicht. Indulac ist mit 1500 Arbeitern der größte Milchverarbeitungsbetrieb Venezuelas. Die Nestle-Kapitalisten hatten diese Monopolstellung hauptsächlich zur profitträchtigen Aufbereitung von importiertem Magermilchpulver genutzt. Die Milchsubventionen der venezolanischen Regierung hat Nestle weitgehend als Extraprofit eingesteckt. Immerhin kostet ein Liter Milch für die Massen noch 1,65 Bolivar (0,71 DM), was dem halben Stundenlohn eines Arbeiters entspricht. Bei seiner Geschäftemacherei hat sich der Nestle-Konzern die einseitige Entwicklung der venezolanischen Landwirtschaft zunutzegemacht. Nur 10% des insgesamt sehr großen Viehbestandes sind Milchkühe, der Rest, eine Hinterlassenschaft kolonialer Monokultur, ist Schlachtvieh für den Export. Die jährliche Milchproduktion von 100 Litern je Kopf der Bevölkerung ist nicht ausreichend. Die venezolanische Regierung hat erklärt, daß die Verstaatlichung ein Schritt zur Verbesserung der Versorgung des Volkes mit Frischmilchprodukten ist.



Schluß mit der zusätzlichen Lohnsenkung durch Steuern!

Frühstückspause:

Franz und die erneuten Steueränderungen

Du Franz!
Hmm?
Es geht schon wieder los!
Wer, was geht los?
Na, das jährliche Theater um angeblich notwendige Steuersenkungen.
So!

Nach geltendem Recht steigt die Abzugslast auf den Löhnen mit der Inflation überproportional und verursacht harte Reallohnverluste. Je steiler die Steuerprogression und je geschwinder die Inflation, um so härter diese Verluste. Die letzte Reform hat die Steuerprogression erheblich steiler gemacht und die Inflation hat sich beschleunigt.

Du Franz!
Hmm?
Der Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß möchte bereits 1980 für Arbeitnehmer und Unternehmer,

Strauß will eine gezielte Entlastung der besseren Einkommen und der Profite im *Verbund* mit Anhebung der indirekten Steuern. „Bei weitergehender Entlastung auf dem Gebiet der direkten Steuer ist ein Ausgleich notwendig, für den sich vor allem die Besteuerung des Verbrauchs, besonders des gehobenen Verbrauchs anbietet.“ – ¼ des Einkommens macht der sogenannte „gehobene Verbrauch“ gerade bei den *niedrigsten* Einkommen aus!

der Finanzminister Hans Matthöfer frühestens 1981 nur für Arbeitnehmer Steuerentlastung gewähren.
So!
Du Franz!
Hmm?
Warum will der Finanzminister Steuererleichterungen erst 1981?

Daß Matthöfer irgendetwas „wolle“, außer kassieren, ist falsch. Er spricht ganz anders, z.B. so: „Daß ab 1981 mit großer Wahrscheinlichkeit etwas geschehen muß, ist richtig.“ Auf deutsch: Er meint, daß man ihn bis dann gezwungen haben wird. Matthöfer ist ein Fortsetzer der Politik der Großen Koalition, der sich sehen lassen kann:

Durchschnittslohn und Steuerabzüge der Steuerklasse IV 1974 – 1979

Jahr	Lohnsteuer Summe	Durchschnitts-Lohn	St.Kl.IV/ 2 Kinder	in % Durchschnittslohn
1974	71,96 Mrd.	1698,42	247,60	14,58%
1975	71,19 Mrd.	1817,33	278,80	15,34%
1976	80,61 Mrd.	1944,58	317,50	16,33%
1977	90,77 Mrd.	2078,75	360,50	17,34%
1978	92,01 Mrd.	2182,67	361,10	15,87%
1979	(95,54 Mrd.)*	(2276,87)*	353,40	15,53%

* Schätzung des BMF ** Durchschnittslohn 1978 × 1,043

Würde eine Lohnforderung von 170 DM / 8% mindestens 1980 durchgesetzt, so würde der Durchschnittslohn vielleicht um 255 DM steigen. Davon gingen 42 DM an Ehrenberg, 77 DM an Matthöfer (St.Kl. IV/2 Kinder). 47% der Lohnerhöhung wären also weg.

Du Karl, das ist so: Der Finanzminister sagt, die 1978 beschlossenen Steueränderungen wirken sich erst nach Ablauf des Jahres 1979 voll aus, und bestimmte Änderungen treten sogar erst 1980 in Kraft.

1980 in Kraft tritt für die Arbeiter eine neue Bereicherung des an Schikanen sowieso schon reichen Steuerrechts: Man kann ab dann 1 200 DM per Jahr für „nachgewiesene Betreuungskosten“ pro Kind „absetzen“. – Für die Kapitalisten wird die Entlastung von der Lohnsummensteuer fällig, die diesen immerhin 3,3 Milliarden in den Profitkrallen lassen wird.

Der Finanzminister will außerdem 1980 mit den steigenden Steuereinnahmen vorrangig die hohe Staatsverschuldung abbauen. Bisher hat gerade der Kanzlerkandidat den Schuldenberg kritisiert und sowohl den Kanzler als auch den Finanzminister mehrfach als Bankrotteur bezeichnet.

Niemals ging es zwischen Regierung und Opposition um den Umfang der Staatsverschuldung. Strauß hatte der Regierung vorgeworfen, daß das von den Kapitalisten geliehene Geld nicht restlos in Profithilfsprogramme gesteckt würde, die Banken weigerten sich damals, Herbst 1975, weitere Staatspapiere auf den Markt zu bringen, eine Hebung der Zinsen wurde durchgesetzt,

So!
Du Franz!
Hmm?
Warum will der Finanzminister Steuererleichterungen erst 1981?

deutsch: Er meint, daß man ihn bis dann gezwungen haben wird. Matthöfer ist ein Fortsetzer der Politik der Großen Koalition, der sich sehen lassen kann:

Durchschnittslohn und Steuerabzüge der Steuerklasse IV 1974 – 1979

Jahr	Lohnsteuer Summe	Durchschnitts-Lohn	St.Kl.IV/ 2 Kinder	in % Durchschnittslohn
1974	71,96 Mrd.	1698,42	247,60	14,58%
1975	71,19 Mrd.	1817,33	278,80	15,34%
1976	80,61 Mrd.	1944,58	317,50	16,33%
1977	90,77 Mrd.	2078,75	360,50	17,34%
1978	92,01 Mrd.	2182,67	361,10	15,87%
1979	(95,54 Mrd.)*	(2276,87)*	353,40	15,53%

* Schätzung des BMF ** Durchschnittslohn 1978 × 1,043

Würde eine Lohnforderung von 170 DM / 8% mindestens 1980 durchgesetzt, so würde der Durchschnittslohn vielleicht um 255 DM steigen. Davon gingen 42 DM an Ehrenberg, 77 DM an Matthöfer (St.Kl. IV/2 Kinder). 47% der Lohnerhöhung wären also weg.

Du Karl, das ist so: Der Finanzminister sagt, die 1978 beschlossenen Steueränderungen wirken sich erst nach Ablauf des Jahres 1979 voll aus, und bestimmte Änderungen treten sogar erst 1980 in Kraft.

1980 in Kraft tritt für die Arbeiter eine neue Bereicherung des an Schikanen sowieso schon reichen Steuerrechts: Man kann ab dann 1 200 DM per Jahr für „nachgewiesene Betreuungskosten“ pro Kind „absetzen“. – Für die Kapitalisten wird die Entlastung von der Lohnsummensteuer fällig, die diesen immerhin 3,3 Milliarden in den Profitkrallen lassen wird.

Der Finanzminister will außerdem 1980 mit den steigenden Steuereinnahmen vorrangig die hohe Staatsverschuldung abbauen. Bisher hat gerade der Kanzlerkandidat den Schuldenberg kritisiert und sowohl den Kanzler als auch den Finanzminister mehrfach als Bankrotteur bezeichnet.

Niemals ging es zwischen Regierung und Opposition um den Umfang der Staatsverschuldung. Strauß hatte der Regierung vorgeworfen, daß das von den Kapitalisten geliehene Geld nicht restlos in Profithilfsprogramme gesteckt würde, die Banken weigerten sich damals, Herbst 1975, weitere Staatspapiere auf den Markt zu bringen, eine Hebung der Zinsen wurde durchgesetzt, mit den bekannten „Sparprogrammen“ wie dem Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und dem Betrug an den Rentnern wurde für „solidere“ Verhältnisse gesorgt, die Zinsen auf die Staatsschuld sind gestiegen. Die Regierung will keineswegs die „Staatsschuld abbauen“, es geht um die Befriedigung der Zinsgier der Kapitalistenklasse. Dafür krakeelt die Opposition, dafür wirkt die Regierung.

Du Franz!
Hmm?
Dann sollte doch der Kanzlerkandidat froh sein, wenn erst die Schulden abgebaut werden, das ist doch ein Vorteil für uns alle, und danach Steuersenkungen fordern.

Jahr	1975	1976	1977	1978	
Schuldenstand öff. Haushalte …	256,4	296,7	328,5	371,6	Mrd. DM
Jährliche Zinszahlungen ………	14,5	17,9	20,9	23,0	Mrd. DM

Ja, Karl, so ist es! Aber der Kanzlerkandidat ist nach einem Zeitungsinterview der Meinung, eine vorgezogene Steuersenkung würde den Gewerkschaften die Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Mäßigung erleichtern. Außerdem darfst du nicht vergessen, 1980 sind Bundestagswahlen, und da braucht der Kandidat viele Stimmen.

Eugen Loderer hat vor wenigen Wochen vorgerechnet, wie die „Steuerentlastungen“ des Vorjahres zur Verbesserung der realen Einkommen trotz dem niedrigen Abschluß beigetragen hätten. Wer so einen Haufen in die Landschaft setzt, soll nicht erstaunt tun, wenn die Fliegen kommen. Strauß hat sich nicht lange bitten lassen.

Du Franz!
Hmm?
Seit 1975 haben wir schon bisher dreimal Steuererleichterungen, Steuerentlastungen, Steuersenkungen im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer, der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer gehabt, und immer haben die Politiker diese Steueränderungen gelobt. Warum sollen nun schon wieder Steueränderungen vorgenommen werden. Man muß ja annehmen, alles, was bisher gemacht wurde, war nicht ausreichend. Warum kann man nicht einmal die Steuern so ändern, daß für längere Zeit Ruhe herrscht?

Tatsächliche Steuerentlastungen gab es „seit 1975“ praktisch nur für die Kapitalisten. – Ab 1. Januar 1977 wird die Doppelbesteuerung ausgeschütteter Gewinne durch Einkommens- und Körperschaftssteuer aufgehoben. – Ab 1. Januar 1978 werden die Freibeträge der Vermögenssteuer erhöht und der Steuersatz bei „natürlichen Personen“ von 0,7 auf 0,5 und bei Eigentumsgesellschaften von 1,0 auf 0,7 Prozent gesenkt. – Ab 1. Januar 1980 Abschaffung der Lohnsummensteuer – um nur einiges Wichtige zu nennen. – Bei der Lohnsteuer wurde Jahr für Jahr mehr herausgepreßt. Und die Mehrwertsteuer, mit der Rentner, Unfallversicherungsempfänger, Sozialhilfeempfänger, kurzum jeder, und sei er noch so arm, ausgepreßt wird, schlägt alle Rekorde.

Also, Karl, paß mal auf: Das Steuerrecht ist sehr kompliziert. Wir haben in der Bundesrepublik knapp 50 verschiedene Steuerarten. Nichts ist schlechter als überhastete, unausgewogene Veränderungen, die laufend korrigiert werden müssen. Was wir brauchen ist eine grundlegende Neuordnung des Steuerrechts mit einkommensorientierter Entlastung und einer längeren Lebensdauer, deren Verwirklichung Zeit kostet. Aber das ist nur möglich, wenn verantwortungsbewußte Politiker sachliche und persönliche Unabhängigkeit zeigen. Allein die Probleme bei der Lohn- und Einkommensteuer reichen unter Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit von der Freibetragsgestaltung und Vereinfachungsmöglichkeit über Vergünstigungs- und Subventionsabbau zur Splittingüberprüfung und Tarifänderung. Sie werden uns noch manche Frühstückspause beschäftigen.
Ja Franz, darauf freue ich mich!

Eine beliebige Komplizierung des tatsächlich komplizierten „Steuerrechts“ ist selbstverständlich nicht nur denkbar, sondern zu Gange. Aber, immer wenn man das Dickicht durchspäht hat, kommt heraus: Die Kapitalisten setzen ihren Staat ein, um Lohngelder in Profite zurückzuverwandeln. Der Schmutztrick, der es der jeweiligen Regierung ermöglicht, in Folge der Progression gleichzeitig „Steuererleichterungen“ durchzuführen und mehr zu kassieren, wäre jedoch durch eine einfache Reform, die Anbindung der Steuersätze an den Durchschnittslohn nämlich, kaputtzukriegen. – Das wäre etwas wert, vor allem, weil es den Kampf um tatsächliche, haltbare Steuererleichterungen erleichtern würde. – Nach dem jetzt geltenden Steuerrecht wird jedes Ergebnis des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung durch einfachen Fortgang der Inflation zunichte gemacht. Wohin diese Politik führt, zeigt die folgende Tabelle, die das Finanzministerium selbst veröffentlicht hat. Bleibt die Lohnsteuer für 1980, wie sie jetzt ist, wird man auf der Börse Freudentänze aufführen.

Steuereinn. Mrd. DM	1976	1977	1978	1979
Lohnsteuer	80,6 (+13,2%)	90,8 (+12,6%)	91,0 (+ 0,2%)	95,0 (+ 4,4%)
Mehrwertsteuer	36,6 (+ 3,2%)	39,4 (+ 7,7%)	46,6 (+18,4%)	51,6 (+10,6%)
Veranl. Eink.st.	30,9 (+10,2%)	35,5 (+15,1%)	37,5 (+ 5,6%)	36,0 (– 4,1%)
Körperschaftsst.	11,8 (+17,8%)	16,8 (+42,1%)	18,9 (+12,3%)	19,5 (+ 3,2%)
Vermögensst.	3,9 (+17,3%)	5,0 (+27,5%)	4,4 (– 11,9%)	3,6 (– 18,2%)
Gewerbesteuer	20,1 (+12,4%)	23,0 (+14,5%)	24,0 (+ 5,0%)	24,8 (+ 4,6%)

in Klammern: Veränderung gegenüber dem Vorjahr

Was hatte die Redaktion der Zeitung „Metall“ im Auge, als sie in Ausgabe Nr. 16/79 diesen Karlfranzigen Schmarren unkommentiert auf der Seite 20 abdruckte? Vielleicht sieht man es am besten so: Der unangenehme Besserwisser Franz

Wir haben in der Bundesrepublik knapp 50 verschiedene Steuerarten. Nichts ist schlechter als überhastete, unausgewogene Veränderungen, die laufend korrigiert werden müssen. Was wir brauchen ist eine grundlegende Neuordnung des Steuerrechts mit einkommensorientierter Entlastung und einer längeren Lebensdauer, deren Verwirklichung Zeit kostet. Aber das ist nur möglich, wenn verantwortungsbewußte Politiker sachliche und persönliche Unabhängigkeit zeigen. Allein die Probleme bei der Lohn- und Einkommensteuer reichen unter Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit von der Freibetragsgestaltung und Vereinfachungsmöglichkeit über Vergünstigungs- und Subventionsabbau zur Splittingüberprüfung und Tarifänderung. Sie werden uns noch manche Frühstückspause beschäftigen.
Ja Franz, darauf freue ich mich!

komplizierten „Steuerrechts“ ist selbstverständlich nicht nur denkbar, sondern zu Gange. Aber, immer wenn man das Dickicht durchspäht hat, kommt heraus: Die Kapitalisten setzen ihren Staat ein, um Lohngelder in Profite zurückzuverwandeln. Der Schmutztrick, der es der jeweiligen Regierung ermöglicht, in Folge der Progression gleichzeitig „Steuererleichterungen“ durchzuführen und mehr zu kassieren, wäre jedoch durch eine einfache Reform, die Anbindung der Steuersätze an den Durchschnittslohn nämlich, kaputtzukriegen. – Das wäre etwas wert, vor allem, weil es den Kampf um tatsächliche, haltbare Steuererleichterungen erleichtern würde. – Nach dem jetzt geltenden Steuerrecht wird jedes Ergebnis des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung durch einfachen Fortgang der Inflation zunichte gemacht. Wohin diese Politik führt, zeigt die folgende Tabelle, die das Finanzministerium selbst veröffentlicht hat. Bleibt die Lohnsteuer für 1980, wie sie jetzt ist, wird man auf der Börse Freudentänze aufführen.

Steuereinn. Mrd. DM	1976	1977	1978	1979
Lohnsteuer	80,6 (+13,2%)	90,8 (+12,6%)	91,0 (+ 0,2%)	95,0 (+ 4,4%)
Mehrwertsteuer	36,6 (+ 3,2%)	39,4 (+ 7,7%)	46,6 (+18,4%)	51,6 (+10,6%)
Veranl. Eink.st.	30,9 (+10,2%)	35,5 (+15,1%)	37,5 (+ 5,6%)	36,0 (– 4,1%)
Körperschaftsst.	11,8 (+17,8%)	16,8 (+42,1%)	18,9 (+12,3%)	19,5 (+ 3,2%)
Vermögensst.	3,9 (+17,3%)	5,0 (+27,5%)	4,4 (– 11,9%)	3,6 (– 18,2%)
Gewerbesteuer	20,1 (+12,4%)	23,0 (+14,5%)	24,0 (+ 5,0%)	24,8 (+ 4,6%)

in Klammern: Veränderung gegenüber dem Vorjahr

Was hatte die Redaktion der Zeitung „Metall“ im Auge, als sie in Ausgabe Nr. 16/79 diesen Karlfranzigen Schmarren unkommentiert auf der Seite 20 abdruckte? Vielleicht sieht man es am besten so: Der unangenehme Besserwisser Franz stellt nicht eine Karikatur eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes bei der politischen Aufklärung dar. Der nette Depp Karl stellt nicht eine beleidigende Karikatur eines Arbeiters dar. Vielmehr stellen beide zusammen ein Gespräch zwischen Schmidt und Matthöfer dar, die aushandeln, wie man vielleicht die Steuerplünderung fortsetzen und die SPD-Funktionäre bei der Stange halten kann. – Jedenfalls, die Forderung der Anhebung des Grundfreibetrages auf 6825 DM, das heißt 25% des Durchschnittslohns wird sich durchsetzen, da hilft der Kapitalistenklasse kein Karl und kein Franz und auch kein Schmidt und kein Strauß.

z.maf. **Die Beurteilung von Preisbewegungen ist schwierig** und mit Unsicherheiten behaftet. Man kann sich irren. Eugen Loderer irrte sich im Monat Mai in der Zeitung „Metall“ Nr. 10/79:

„Die jüngsten Daten zur Preisentwicklung überraschen uns nicht. Von Anbeginn der Tarifbewegung hatten wir allen Sirenengesängen widerstanden und fest mit einer größeren Preisrate gerechnet; und zwar mit 3,5% im Durchschnitt 1979. Kürzlich erst hat die Arbeitsgemeinschaft bundesdeutscher Wirtschaftsforschungsinstitute unsere Schätzung für 1979 bestätigt.“

Und was bitte nützt die „Bestätigung“ durch kapitalistische Wirtschaftsforschungsinstitute? Die Preisrate steht inzwischen über 5%, keinesfalls werden im Jahresdurchschnitt 3,5% herauskommen. Es wird erheblich mehr. Was nützt es schon, wenn sich Eugen Loderer in Gemeinschaft mit der bürgerlichen Wissenschaft täuscht? – Die Kapitalisten haben das Geld und die Arbeiter das Nachsehen.

Die Lohnstatistik der Kapitalisten arbeitet nicht schnell. Genaue Daten gibt es gegenwärtig erst für den April 1979. Trotzdem sind Lohnprognosen möglich. Gut ist es, wenn sie stimmen.

„Durch die Tarifvereinbarungen, durch die Verbesserung bei Lohnsteuer und Kindergeld verdienen die Beschäftigten dieses Jahr im Schnitt netto rund 6% mehr.“

Das sagt also die Gewerkschaft. Was sagen die Kapitalisten selbst? Kirchner am 3.9.79 im „Handelsblatt“:

„Wenn die Stundenlöhne nur um 4,3% gestiegen seien, dann resultiere die Differenz zu den Bruttoverdiensten zum einen auf Mehrarbeit, vor allem infolge des Abbaus der Kurzarbeit, zum anderen aus der Erhöhung des Urlaubsgeldes.“

Der niedrige Abschluß hat unserer Ansicht nach erheblich Überstundenleistungen, einen verstärkten Zwang zur Arbeit im Akkord und bei Nacht ausgelöst. Davon findet man bei Kirchner immerhin noch eine Spur, bei Eugen Loderer nichts. Außerdem: „Im Durchschnitt“ ist gut gesagt! Die „WAZ“ meldet am 29.8.79:

„Schneller als die Löhne der Arbeiter stiegen die Gehälter der Angestellten im Jahre 1978. Während der Jahresverdienst männlicher Industriearbeiter in NRW um 5,3 v.H. auf 30382 DM gestiegen ist, erhöhte sich das Gehalt männlicher Angestellter mit 41 221 DM um 6,3 v.H. Bei den Frauen nahm das Jahresgehalt um 6,4 v.H. auf 25929 DM zu, Industriearbeiterinnen verdienten mit 20391 DM 5,6 v.H. mehr als 1977.“

Dies war also schon 78, man kann Gift darauf nehmen, daß die Entwicklung 1979 noch krasser sein wird. So muß es kommen, wenn die Tarife prozentig und zu niedrig abgeschlossen werden! – In der „Rheinischen Post“ vom 31.8. wird folgendes von Eugen Loderer zitiert:

am 3.9.79 im „Handelsblatt“:

„Wenn die Stundenlöhne nur um 4,3% gestiegen seien, dann resultiere die Differenz zu den Bruttoverdiensten zum einen auf Mehrarbeit, vor allem infolge des Abbaus der Kurzarbeit, zum anderen aus der Erhöhung des Urlaubsgeldes.“

Der niedrige Abschluß hat unserer Ansicht nach erheblich Überstundenleistungen, einen verstärkten Zwang zur Arbeit im Akkord und bei Nacht ausgelöst. Davon findet man bei Kirchner immerhin noch eine Spur, bei Eugen Loderer nichts. Außerdem: „Im Durchschnitt“ ist gut gesagt! Die „WAZ“ meldet am 29.8.79:

„Schneller als die Löhne der Arbeiter stiegen die Gehälter der Angestellten im Jahre 1978. Während der Jahresverdienst männlicher Industriearbeiter in NRW um 5,3 v.H. auf 30382 DM gestiegen ist, erhöhte sich das Gehalt männlicher Angestellter mit 41 221 DM um 6,3 v.H. Bei den Frauen nahm das Jahresgehalt um 6,4 v.H. auf 25929 DM zu, Industriearbeiterinnen verdienten mit 20391 DM 5,6 v.H. mehr als 1977.“

Dies war also schon 78, man kann Gift darauf nehmen, daß die Entwicklung 1979 noch krasser sein wird. So muß es kommen, wenn die Tarife prozentig und zu niedrig abgeschlossen werden! – In der „Rheinischen Post“ vom 31.8. wird folgendes von Eugen Loderer zitiert:

„Falls die Arbeitgeber bei ihrer Preispolitik blieben, ‚wird ans Eingemachte gegangen‘ …“

Jetzt fühlt er sich also als Lausbub, aber wen interessiert das. Wichtiger wär' zu erfahren, was der Vorstand der IG Metall zur notwendigen Forderung denkt.



Die Arbeiterbewegung unter dauerndem Kriegsrecht. Bogotá, August '75

z.evh. **Mehr als 13000 Arbeiter und Angestellte der Finanzabteilungen der kolumbianischen Regierung streiken seit dem 19. August für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen.** Der Streik, den die vier größten Gewerkschaften Kolumbiens ausgerufen haben, weitete sich zu einem Generalstreik aus, nachdem er anfänglich nur stundenweise und in den großen Städten geführt wurde. Der kolumbianische Arbeitsminister hat bisher Lohnerhöhungen abgelehnt. Bereits vor zwei Jahren waren die Beschäftigten des Finanzministeriums für 40 Tage in einen nationalen Streik getreten, um die Lohnleitlinie der Regierung von 18% zu durchbrechen. Während sich die Preise seit 1974 verdoppelten, stiegen die Löhne nur um 56%. Die derzeitige Inflationsrate Kolumbiens beträgt 30%. Die Verschuldung des Landes an die Imperialisten ist von 9 Mrd. col. Pesos 1977 auf 15 Mrd. Pesos 1979 angestiegen. Gegen die zunehmende Ausplünderung und Verelendung hatten erst im Frühjahr große Streiks der Stahlarbeiter für mehr Lohn und Kampfaktionen gegen die Erhöhung von Fahr- und Lebensmittelpreisen stattgefunden.

z.zik. **„Für jeden Führer, der verhaftet wird, steht sofort ein neuer bereit, um ihn zu vertreten.“** Auch nach der Verhaftung von über 1700 Funktionären der Lehrergewerkschaft SUTEP konnte die peruanische Regierung den Streik der Lehrer nicht brechen, der nunmehr seit dem 4. Juni andauert. Sie fordern: Freilassung der bei dem 81tägigen Streik '78 inhaftierten Lehrer; Zurücknahme der seither 5000 Entlassungen; Wiedereröffnung der seit zwei Jahren geschlossenen Nationalen Lehreruniversität; Lohnerhöhungen von 100%. – Umgerechnet 172 DM verdient ein peruanischer Lehrer im Monat. Die jährliche Inflation in Peru beträgt derzeit 70%, der IWF nötigt die Regierung zu immer neuen Preissteigerungen bei wichtigen Konsumgütern der Massen. Die jüngsten Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Benzin Anfang Juli führten zu Streiks und Demonstrationen im ganzen Land, bei denen die Unterstützung der streikenden Lehrer mit im Zentrum stand.

z.acr. **Die indischen Polizisten haben ihre Streikaktionen abgebrochen** (siehe KVZ 31/79). Seit Anfang August zieht die Zentralregierung die Armeeinheiten und ihre Central Reserve Police – von der ein großer Teil jedoch selber den Streik unterstützte – wieder in die Kasernen zurück. Mit diesen Kräften hatte sie Überfälle auf die streikenden Polizisten durchgeführt und die vielen verlassenen Polizeistationen besetzt. Die einzelnen Staatsregierungen machten bei den Lohnforderungen teilweise große Zugeständnisse, und nach drei Monaten Streik beteiligten sich immer weniger Polizisten an den Aktionen. Die Forderung nach Anerkennung ihrer Gewerkschaften konnten die Polizisten nicht durchsetzen.

z.anb. **Thailand. 5000 Dockarbeiter im Hafen von Bangkok haben durch Streik eine 15%ige Lohnerhöhung durchgesetzt.** Der Streik war die Antwort auf die von den imperialistischen Ölkonzernen Esso und Shell durch Preissteigerungen bei Erdölprodukten eingeläutete Teuerungswelle. Die thailändische Regierung erhöhte die Preise für Elektrizität, Gas und Erdölprodukte, die Bauindustrie kündigte ebenfalls Preiserhöhungen an, was für 1979 jetzt schon eine mindestens 15%ige Erhöhung der Lebenshaltung bedeutet. Über Weltbank und IDA versuchen die Imperialisten, das trotz wachsendem Exportvolumen an Reis hohe Handelsdefizit von 1,2 Mrd. $ (plus 9%) mittels Krediten zur Einmischung in das Regierungsprogramm der Landverteilung zu benutzen. Über das Programm sollen Tausende von Bauern Land erhalten und Kreditgenossenschaften aufgebaut werden.

z.pek. **Mit zahlreichen Streikkämpfen setzen sich die türkischen Arbeiter gegen das vom Internationalen Währungsfonds und der OECD diktierte Lohnsenkungsprogramm zur Wehr.** 7000 Beschäftigte der städtischen Verwaltung in Ankara, darunter die Angestellten der Krankenhäuser, die Müll- und Bauarbeiter haben Mitte Juli und Anfang August mit mehrtägigen Streiks die volle Auszahlung ihrer Löhne durchgesetzt. In Izmir war Anfang August durch einen Streik der Arbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe das gesamte Personen- und Postverkehrsnetz lahmgelegt. Nachdem die Verhandlungen um Lohnerhöhungen für die 2000 Arbeiter der imperialistischen Erdölgesellschaften ergebnislos geblieben waren, hatte die Gewerkschaft Petrol-Is für den 22. August zum Streik aufgerufen. Der britische BP-Konzern hat daraufhin bei der türkischen Regierung ein Streikverbot für die Dauer von 90 Tagen erwirkt. Bereits im letzten Jahr hatten die imperialistischen Erdölgesellschaften versucht, auf diese Weise die Streikkämpfe der Arbeiter zu brechen und hatten am Ende doch zahlen müssen.

z.ulg.Rom. **Im Kampf um den neuen Tarifvertrag für die 60000 Beschäftigten der italienischen Holz- und Möbelindustrie hat die Bauarbeitergewerkschaft FLC zu acht Stunden Streik aufgerufen.** Nach den Abschlüssen vor der Sommerpause ist in der Industrie nur noch dieser Tarif offen. Die Kapitalisten haben die Zersplitterung der Holzarbeiter – nur 7000 arbeiten in

ÖTV-Mitglieder fordern: Schluß mit ABM und deren Bezahlung aus der Arbeitslosenversicherung

z.her. Große Einheit herrscht unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst über die Forderung nach Abschaffung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesregierung und Übernahme der derzeit auf ABM Beschäftigten auf unbefristete Planstellen. Direkt verbunden wird damit auch die Forderung nach Selbstverwaltung der Sozialversicherungskassen ausschließlich durch die Versicherten und Bezahlung der Beiträge ausschließlich durch die Kapitalisten bzw. die öffentlichen Dienstherren. Das ergibt die Auswertung der letzten Nummern des KVZ-Spezialnachrichtendienstes. Von 23 Versammlungen auf Mitglieder- und Funktionärsebene der ÖTV zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages im Juni nächsten Jahres befassen sich allein acht mit diesem Problem.

20 bis 30% unter Tarif gezahlt, ohne Vertretungsrechte, mit befristeten Verträgen sollen diese Beschäftigten als Lohndrücker die Belegschaften spalten und obendrein die Versicherungskassen der Ausplünderung freigeben. 90% des Lohnes erhalten die Kapitalisten und Dienstherren ausgezahlt. Dagegen wendet sich ein Antragsentwurf der ÖTV ABM-Initiative Westberlin, der auf allen anstehenden Mitgliederversammlungen beraten werden soll: Damit die Arbeitslosen nicht in diese Maßnahmen weiter gezwungen werden können, wird die Forderung nach 80% Arbeitslosengeld entwickelt.

Aus 1535 ABM 1973 sind 1977 schon 37754 geworden, und April 1978 sind es schon 51500, davon 17300 im öffentlichen Dienst, stellt die ÖTV-Versammlung der AWO Kreis Hagen-Enneppe-Ruhr in der Begründung ihres Antrages fest: „Man kann sich aus diesen Zahlen eine ungefähre Vorstellung davon machen, in welchem zunehmenden Ausmaß öffentliche und private Arbeitgeber ihre Lohnkosten zu Lasten der Arbeitslosenversicherungskassen eingespart haben.“ Diese Mitgliederversammlung stützt sich bei ihrem Antrag für die Kreisdelegiertenkonferenz auf entsprechende Beschlüsse von Betriebs- und Personalrat von AWO und Stadtverwaltung Hagen.

Insgesamt sind diese Beschlüsse Ausdruck einer breiten Bewegung unter den Beschäftigten im öffentlichen Dienst. So z.B. auch in Dortmund. Dort hat die Personalversammlung der Universität die Ablehnung aller AB-Maßnahmen gefordert, und der Personalrat der Stadtverwaltung Dortmund hat sich in einem offenen Brief an Ehrenberg gegen weitere Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ausgesprochen.

Diese Einmischung der Beschäftigten in die Ausgabenpolitik der Versicherungskasse, positiv (80% Arbeitslosenunterstützung für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit) wie negativ (kein Geld aus der Kasse für ABM), sind wichtige konkrete Schritte im Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherungskassen und gegen die Beitragserhöhungsabsichten des Ehrenbergministeriums.

Manteltarifverhandlung Güter und Möbelfernverkehr – Zuschläge und Arbeitszeitverkürzung nötig

z.fum. Die Arbeitsbedingungen im Güter- und Möbelfernverkehr, zuletzt festgelegt im Bundesmanteltarif vom 18.6.1974, sind seit Januar 1978 nicht mehr Gegenstand eines bundeseinheitlichen Vertrages. Sie werden seitdem in regionalen Manteltarifverträgen zwischen den Transportkapitalisten und den zuständigen Gewerkschaftsbezirken ausgehandelt. Die Gewerkschaft ÖTV hat bundeseinheitliche Verhandlungen forciert und unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 120 auf 116 Stunden in einer Doppelwoche; Bezahlung der Wartezeiten wie andere Arbeitszeiten; Nachtarbeitszuschläge; Mehrarbeitszuschläge ab der 41. Wochenstunde; Erhöhung der Spesen; Laufzeit des Vertrages bis 31.12.1981.

Die 3. Verhandlung darüber ist am 4.9.1979 ergebnislos abgebrochen worden. Aufgeschreckt durch die Veröffentlichung einer Untersuchung der Gewerkschaft ÖTV über die Arbeitsbedingungen im Transportgewerbe, ist im Landtag NRW eine Anfrage gestartet worden, wie die Gesetzesverstöße, – zu lange Arbeitszeiten, Verstöße ge-

km gibt es Lohnabzüge. Die 15 Fahrer der „Ton-Möbel Werke Rosita“ in Paderborn müssen die 12 t Sattelzüge 12-14 Stunden ohne 2. Fahrer lenken und Möbel ausliefern.

Grundlage für die ruinösen Arbeitszeiten ist der §7 der Arbeitszeitordnung. Dort ist vorgesehen, daß die gesetzliche Arbeitszeit durch Tarifverträge verlängert werden kann. Für die Fahrer in Güter- und Möbel-Fernverkehr bedeutet die Regelung des zwar ausgelaufenen, aber in den regionalen Verträgen übernommenen Teils des alten Bundesmanteltarifs: in der Doppelwoche bis zu 92 Stunden Lenkzeit, Wartezeiten beim Güterumschlag und andere Arbeitsbereitschaften bis auf eine Summe von 120 Stunden.

Schachtelregelungen machen es möglich, daß z.B. 2 Fahrer eines LKW mit Schlafkabine bis zu 18 Stunden fahren und 4 Stunden mit Be- und Entladen beschäftigt sind. Dann folgen 8 Stunden Ruhezeit bei Fahrzeugstillstand in der Kabine und am folgenden Tag oder Nacht geht es weiter.

Die Fahrer, die z.B. in NRW 470.- DM Wochenlohn bei 55-60 Stunden er-

können, wird die Forderung nach 80% Arbeitslosengeld entwickelt.

Aus 1535 ABM 1973 sind 1977 schon 37754 geworden, und April 1978

Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherungskassen und gegen die Beitragserhöhungsabsichten des Ehrenbergministeriums.

Manteltarifverhandlung Güter und Möbelfernverkehr – Zuschläge und Arbeitszeitverkürzung nötig

z.fum. Die Arbeitsbedingungen im Güter- und Möbelfernverkehr, zuletzt festgelegt im Bundesmanteltarif vom 18.6.1974, sind seit Januar 1978 nicht mehr Gegenstand eines bundeseinheitlichen Vertrages. Sie werden seitdem in regionalen Manteltarifverträgen zwischen den Transportkapitalisten und den zuständigen Gewerkschaftsbezirken ausgehandelt. Die Gewerkschaft ÖTV hat bundeseinheitliche Verhandlungen forciert und unter anderem folgende Forderungen aufgestellt: Verkürzung der Arbeitszeit von 120 auf 116 Stunden in einer Doppelwoche; Bezahlung der Wartezeiten wie andere Arbeitszeiten; Nachtarbeitszuschläge; Mehrarbeitszuschläge ab der 41. Wochenstunde; Erhöhung der Spesen; Laufzeit des Vertrages bis 31.12.1981.

Die 3. Verhandlung darüber ist am 4.9.1979 ergebnislos abgebrochen worden. Aufgeschreckt durch die Veröffentlichung einer Untersuchung der Gewerkschaft ÖTV über die Arbeitsbedingungen im Transportgewerbe, ist im Landtag NRW eine Anfrage gestartet worden, wie die Gesetzesverstöße, – zu lange Arbeitszeiten, Verstöße gegen Verkehrsgesetze, – geahndet oder verhindert werden könnten. Die Gewerkschaft hat in ein Wespennest gestoßen: Bei dem Zeitungszulieferbetrieb „Foreign Press Service“ in Hockenheim müssen die Fahrer bis zu 15 Stunden arbeiten, knappe Zeitplanung zwingt zum Schnellfahren – für den Benzinverbrauch über 15 Ltr/100 km gibt es Lohnabzüge. Die 15 Fahrer der „Ton-Möbel Werke Rosita“ in Paderborn müssen die 12 t Sattelzüge 12-14 Stunden ohne 2. Fahrer lenken und Möbel ausliefern.

Grundlage für die ruinösen Arbeitszeiten ist der §7 der Arbeitszeitordnung. Dort ist vorgesehen, daß die gesetzliche Arbeitszeit durch Tarifverträge verlängert werden kann. Für die Fahrer in Güter- und Möbel-Fernverkehr bedeutet die Regelung des zwar ausgelaufenen, aber in den regionalen Verträgen übernommenen Teils des alten Bundesmanteltarifs: in der Doppelwoche bis zu 92 Stunden Lenkzeit, Wartezeiten beim Güterumschlag und andere Arbeitsbereitschaften bis auf eine Summe von 120 Stunden.

Schachtelregelungen machen es möglich, daß z.B. 2 Fahrer eines LKW mit Schlafkabine bis zu 18 Stunden fahren und 4 Stunden mit Be- und Entladen beschäftigt sind. Dann folgen 8 Stunden Ruhezeit bei Fahrzeugstillstand in der Kabine und am folgenden Tag oder Nacht geht es weiter.

Die Fahrer, die z.B. in NRW 470.- DM Wochenlohn bei 55-60 Stunden erhalten, sind auf die Mehrarbeitszuschläge angewiesen. Gezielt auf eine einheitliche Senkung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Tarifzuschläge sind die Forderungen der ÖTV zum Bundesmanteltarif eine Möglichkeit, den Gesetzesbestimmungen die Spitze zu brechen.

Rotterdamer Hafenarbeiter streiken: 30 hfl netto!

Acht Monate ohne Tarifvertrag / Schon 600 Schiffe umgeleitet / Antwerpen solidarisch

z.scc. „Wir können nicht anders. Sie gehen uns ans Brot.“ Die Männer, die am Dienstag morgen am Rotterdamer Maashafen warten, um sich der Demonstration der Hafenarbeiter anzuschließen, die sich wenige hundert Meter weiter in Bewegung gesetzt hat, sind verbittert. „Acht Monate arbeiten wir schon ohne Tarifvertrag.“ „360 Gulden netto verdiene ich die Woche.“ Rund 1500 Gulden im Monat, nicht einmal 1380 DM umgerechnet. Die Schichtarbeiter, es sind viele, kommen auf nicht viel mehr. Sie schaffen eine Woche Normalschicht, die nächste Woche sechs Tage, die dritte Woche Spätschicht. Lohn: kaum mehr als 1600 hfl netto im Monat. „Jahrelang hat es geheißen: Lohnmäßigung. Jetzt ist Schluß damit.“

Seit dem 27. August streiken die Rotterdamer Hafenarbeiter. 30 hfl pro Woche, völliger Inflationsausgleich, Rente ab 60 Jahren, 25 Tage Urlaub, 35-Stundenwoche für Schichtarbeiter fordern sie. Der Streik mache sich kaum bemerkbar, lassen die Kapitalisten in den ersten Tagen noch verbreiten. Aber der Streik trifft sie. Der Stückgutbereich, Kern des größten Hafens der Welt, liegt vollständig lahm. Anfangs ist der Streik weitgehend auf diesen Bereich beschränkt, aber schon bald schließen sich die Arbeiter im Erzhafen an, dann die 1200 Arbeiter von Graan Elevator, für die ein eigener, ebenfalls noch nicht abgeschlossener Tarifvertrag gilt; immer mehr Arbeiter kleinerer, abseits gelegener Betriebe stoßen hinzu und schließlich, Mitte der zweiten Streikwoche, auch die Arbeiter des größten europäischen Containerbetriebes ECT. Rund 10000 Hafenarbeiter stehen inzwischen in Rotterdam im Streik. Bis zum 12. Streiktag werden an die 600 Schiffe umgeleitet.

Wohin? Nur zum geringsten Teil jedenfalls in andere niederländische Häfen: In Amsterdam, dem zweitgrößten, hatten sich die Arbeiter bereits in der vergangenen Woche für 24 Stunden und erneut von Mittwoch bis Freitag dieser Woche dem Streik angeschlossen. Die Hafenarbeiter aus Antwerpen, dem nahe gelegenen belgischen Hafen, schicken eine Delegation auf eine der allmorgendlichen Streikversammlungen, um ihre Solidarität zu bekunden. Ist bekannt, wieviele und welche Schiffe in die westdeutschen Nordseehäfen umgeleitet werden? Genaues weiß uns keiner zu sagen, aber immer wieder werden wir aufgefordert: „Schreib, daß keiner an Schiffen für Rotterdam arbeiten soll.“ Am 6.9. berichtet die Presse von zunehmenden Umleitungen nach *Hamburg*. In *Bremerhaven*, besorgt sich das Kapitalistenorgan NRC Handelsblad, sei das Containergelände bereits überfüllt, und zitiert einen Sprecher der *Bremer Lagerhaus Gesellschaft*, der den niederländischen Konkurrenten Salz in die Wunden streut: „Die zusätzlichen Container ... greifen in unseren gewöhnlichen Geschäftsgang ein. Wir haben bereits Probleme mit dem Aufstellen der Ladekisten.“

Anfang 1978 hatten die Rotterdamer Hafenkapitalisten aus dem Streik der westdeutschen Hafenarbeiter ihren Nutzen ziehen wollen. Die Rotterdamer Hafenarbeiter hatten damals diese Rechnung durchkreuzt, die umgeleiteten Schiffe boykottiert und so zum Erfolg ihrer westdeutschen Klassengenossen beigetragen. Jedes Schiff, das die westdeutschen Hafenkapitalisten jetzt zusätzlich entladen lassen können, trifft die streikenden niederländischen Hafenarbeiter hart.

Schwierig genug sind die Bedingungen, unter denen sie sich gegen die jahrelangen Lohnsenkungen zur Wehr setzen. Die sozialdemokratische Führung der Transportgewerkschaft FNV unterstützt den Streik nicht. Ende letzten Jahres hatte sie die von den Rotterdamer Hafenarbeitern beschlossenen und von ihren Delegierten vertretenen Forderungen – dieselben, unter denen heute der Streik organisiert wird – vom Tisch gefegt und war stattdessen mit den Forderungen nach 20 hfl brutto/Monat, Rente ab 62 Jahren, 35-Stundenwoche für Schichtarbeiter und 23 Tage Urlaub (bisher: 22) in die Verhandlungen mit den Kapitalisten gezogen. Die dankten. Bis April hatten sie die Sozialdemokraten soweit, die Forderung nach 35-Stundenwoche „zugunsten“ der früheren Verrentung ab 62 fallenzulassen. Kaum hatten sie die Verzichtserklärung, verzichteten sie ihrerseits: Rente ab 62 sei unbezahlbar und komme nicht in Frage. Den nach weiteren langen Wochen ausgehandelten Tarifvertrag – keine Arbeitszeitverkürzung, Rente ab 63, Lohn„erhöhung“ von 20 hfl brutto/Monat oder 12 Cent/Stunde – lehnen 55% der Gewerkschaftsmitglieder ab, wobei die Ablehnung im Rotterdamer Stückgutbereich weit höher ausfällt.

Als die Masse der Hafenarbeiter im August aus dem Urlaub zurückkommt – die Ersparnisse sind aufgebraucht, die Lebenshaltungskosten sprunghaft gestiegen –, ist immer noch kein annehmbarer Tarifvertrag abgeschlossen. Die Gewerkschaftsführung hat ihren Forderungskatalog um die Forderung nach Anrechnung der Zulagen auf den Tariflohn erweitert, was richtig ist, unmittelbar aber keine Lohnerhöhung bringt. Eine deutliche Lohnerhöhung aber wollen die Arbeiter jetzt sehen. Erst unter dem Druck des Streiks bequemen sich die Kapitalisten zu neuen Verhandlungen, jetzt haben sie es eilig. Nach mehrtägigen Verhandlungen an geheimem Ort stimmen sie den Forderungen des FNV, der die 35-Stundenwoche längst fallengelassen hat, zu. Das war Mitte der zweiten Streikwoche.

Die streikenden Hafenarbeiter lehnen auch diesen Vertrag ab. Vor fast allen größeren Betrieben stehen jetzt Streikposten, unterstützt durch die Frauen der Hafenarbeiter. Mehrere Hafenkontore sind besetzt. Die gewerkschaftliche Tarifkommission selbst ist gespalten. Die Mehrheit verlangt die ausgehandelte Erhöhung der Bruttotariflöhne um 28,5 hfl/Woche – de facto bleibt es für die meisten Arbeiter bei einer Erhöhung von 12 Cent/Stunde – wenigstens rückwirkend zum 1.1. anstatt, wie von den Kapitalisten vorgesehen und der Gewerkschaftsführung angenommen, zum 1.7.79. In der zweiten Kammer des Parlaments setzen die bürgerlichen Parteien, zutiefst beunruhigt durch die erstarkende Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen – gerad erst haben die Arbeiter der Fleischindustrie eine zusätzliche, einheitliche Lohnerhöhung erkämpft – die „Änderung des Lohngefüges“ auf die Tagesordnung. Die weitere Differenzierung des Lohnniveaus wird angekündigt, Kreuz- und Quer-Spaltung der Arbeiterklasse geplant. Das ist die Lage am 8. September, am Ende der zweiten Streikwoche. Am Montag, den 11., beraten die Rotterdamer Hafenarbeiter über die Fortsetzung ihres Kampfes.



hafen an, dann die 1200 Arbeiter von Graan Elevator, für die ein eigener, ebenfalls noch nicht abgeschlossener Tarifvertrag gilt; immer mehr Arbeiter kleinerer, abseits gelegener Betriebe stoßen hinzu und schließlich, Mitte der zweiten Streikwoche, auch die Arbeiter des größten europäischen Containerbetriebes ECT. Rund 10000 Hafenarbeiter stehen inzwischen in Rotterdam im Streik. Bis zum 12. Streiktag werden an die 600 Schiffe umgeleitet.

Wohin? Nur zum geringsten Teil jedenfalls in andere niederländische Häfen: In Amsterdam, dem zweitgrößten, hatten sich die Arbeiter bereits in der vergangenen Woche für 24 Stunden und erneut von Mittwoch bis Freitag dieser Woche dem Streik angeschlossen. Die Hafenarbeiter aus Antwerpen, dem nahe gelegenen belgischen Hafen, schicken eine Delegation auf eine der allmorgendlichen Streikversammlungen, um ihre Solidarität zu bekunden. Ist bekannt, wieviele und welche Schiffe in die westdeutschen Nordseehäfen umgeleitet werden? Genaues weiß uns keiner zu sagen, aber immer wieder werden wir aufgefordert: „Schreib, daß keiner an Schiffen für Rotterdam arbeiten soll.“ Am 6.9. berichtet die Presse von zunehmenden Umleitungen nach *Hamburg*. In *Bremerhaven*, besorgt sich das Kapitalistenorgan NRC Handelsblad, sei das Containergelände bereits überfüllt, und zitiert einen Sprecher der *Bremer Lagerhaus Gesell-*

Verzichtserklärung, verzichteten sie ihrerseits: Rente ab 62 sei unbezahlbar und komme nicht in Frage. Den nach weiteren langen Wochen ausgehandelten Tarifvertrag – keine Arbeitszeitverkürzung, Rente ab 63, Lohn„erhöhung“ von 20 hfl brutto/Monat oder 12 Cent/Stunde – lehnen 55% der Gewerkschaftsmitglieder ab, wobei die Ablehnung im Rotterdamer Stückgutbereich weit höher ausfällt.

Als die Masse der Hafenarbeiter im August aus dem Urlaub zurückkommt – die Ersparnisse sind aufgebraucht, die Lebenshaltungskosten sprunghaft gestiegen –, ist immer noch kein an-

1.7.79. In der zweiten Kammer des Parlaments setzen die bürgerlichen Parteien, zutiefst beunruhigt durch die erstarkende Bewegung gegen die dauernden Lohnsenkungen – gerad erst haben die Arbeiter der Fleischindustrie eine zusätzliche, einheitliche Lohnerhöhung erkämpft – die „Änderung des Lohngefüges“ auf die Tagesordnung. Die weitere Differenzierung des Lohnniveaus wird angekündigt, Kreuz- und Quer-Spaltung der Arbeiterklasse geplant. Das ist die Lage am 8. September, am Ende der zweiten Streikwoche. Am Montag, den 11., beraten die Rotterdamer Hafenarbeiter über die Fortsetzung ihres Kampfes.



Seit dem 23.8. streiken die 480 Matrosen und Maschinisten von Smit, Rotterdam, für 50 hfl netto die Woche. 4,48 hfl/Woche hatte ihre letzte Tariferhöhung betragen. Als die Kapitalisten 16 von ihnen zur Arbeitsaufnahme verurteilen lassen, entschließen sich die Hafenarbeiter ebenfalls zum Streik.

Betrieben mit über 250 Beschäftigten – genutzt, den Lohn noch weiter unter den Standard zu drücken. Mit rund 360000 Lire (820 DM) netto liegt der durchschnittliche Holzarbeiterlohn 65000 Lire (150 DM) unter dem Durchschnittslohn in der Industrie. Die Forderung der Gewerkschaft nach mindestens 25000 Lire (57 DM) mehr wird weitere Lohnsenkung kaum aufhalten können. Erst recht nicht kann damit der Rückstand zu den anderen Branchen aufgeholt werden. Weiter fordert die FLC Arbeitszeitverkürzungen und gewerkschaftliche Rechte für die Heimarbeiter.

z.hef.London. **Seit dem 4. September streiken mehr als 7000 Vauxhall-Arbeiter im Werk Ellesmore Port.** Vauxhall gehört wie Opel in Westdeutschland dem US-Monopol General Motors. Die Gewerkschaften fordern für die 26000 Vauxhall-Arbeiter in den Tarifverhandlungen (den ersten in der Automobilindustrie) 25%. Die Kapitalisten wollen höchstens 17% zahlen, und auch das nur, wenn die Gewerkschaften folgenden Bedingungen zustimmen: Recht der Kapitalisten, täglich die Arbeit neu zuzuteilen, ganz nach den Erfordernissen der gefahrenen Modelle; Abschaffung der Möglichkeit für die Arbeiter, nach abgeleistetem Akkordpensum sich waschen bzw. nach Hause zu gehen; Zustimmung der Gewerkschaften zur Einteilung der Mitglieder in andere Abteilungen, wenn eine Abteilung durch Streiks in den Zulieferabteilungen lahmgelegt wird, und schließlich eine „gerechte Tagesleistung auf einem realistischen Standard“. Sofort nach Bekanntgabe dieses Angebots streikten am 29. August mehr als 7000 Arbeiter einen Tag gegen das Angebot. Am 4. September beschlossen die AUEW-Mitglieder auf einer Massenversammlung, das Angebot abzulehnen und den Vollstreik zu beginnen. Am nächsten Tag folgte die TGWU. – Die ca. 6000 streikenden *Chrysler*-Arbeiter führen ihren Kampf für höheren Lohn geschlossen fort. 3000 Arbeiter im Werk Coventry von *British-Leyland* streikten am 5.9. gegen die zu niedrige Besetzung der Montagebänder für den Rover-PKW.

z.jon.Paris. **Verteidigungsminister Bourges persönlich verfügte die Entlassung von Gewerkschaftern in Brest und anderen Städten wegen Beteiligung am Streik der Arsenalarbeiter Mai bis Juli.** Einem Arbeiter aus Cherbourg werden auf Dauer 3% vom Lohn abgezogen. In den Atom-U-Boot-Werften sollen Streikende durch Militär und Streikbrecher ersetzt werden. Streikbrecher erhielten Prämien von 2000 bis 4000 FF. Die Arsenalarbeiter hatten in 1,1 Mio. Streiktagen erkämpft, daß ihre Löhne wieder an die Löhne in der Pariser Metallindustrie angepaßt werden.

z.scc. **Am Montag und Dienstag beraten die 15000 Lohnabhängigen in der Petrochemie Rheinmündung (Rotterdam) über Maßnahmen zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen.** Seit Wochen zögern die Kapitalisten den Abschluß eines Tarifvertrages hinaus. Die Industriegewerkschaft FNV fordert Fünf- statt Vier-Schicht-Betrieb, die Ausweitung der Schichtarbeit also, die Verkürzung der Arbeitszeit und Senkung des Rentenalters. Lohnforderungen wolle man, betont der Gewerkschaftsvorsitzende, auch jetzt nicht erheben, obwohl beispielsweise Shell im ersten Halbjahr einen Nettoprofit von 6 Mrd. hfl verzeichne. Ob die Kapitalisten allerdings ohne Lohnerhöhungen davonkommen, ist fraglich. Beunruhigt registriert die bürgerliche Presse eine „angespannte Atmosphäre“ und warnt vor einer Ausweitung der Lohnbewegung, ausgehend von den Arbeitern der Fleischindustrie und den Rotterdamer Hafenarbeitern, auf die Arbeiter der Petrochemie. Am Donnerstag hatte jeweils die Nachtschicht zweier Betriebe die Arbeit niedergelegt.

z.bag.Aarhus. **Mit Warnstreiks und Gewerkschaftssitzungen während der Arbeitszeit haben die Belegschaften mehrerer dänischer Betriebe, vor allem der Metallbranche, in den letzten Wochen versucht, den Lohnstandard durch die Erkämpfung von innerbetrieblichen Zulagen zu halten.** Ende August streikten 85 Schlossereiarbeiter des Fleischkonzerns Tulip in Horsens für 2% Lohnerhöhung. 300 Arbeiter in verschiedenen Zweigwerken des Elektronikkonzerns DISA streikten für eine Zulage von 1,25 Kr./Stunde. 200 Monteure der Wachgesellschaft ISS Securitas legten Anfang September die Arbeit nieder für eine Lohnerhöhnung von 10%. Seit 4 Wochen halten die Schlosser des Danfoss-Konzerns, Zweigwerk Viby, Versammlungen ab oder gehen früher nach Hause, um 1,10 Kr. mehr durchzusetzen.

z.bag.Aarhus. **Seit mehreren Wochen stockt der Bau einer Kläranlage in Kopenhagen, weil die Arbeiter sich weigern, das Isoliermaterial Epoxy zu benutzen.** Der Stoff führt zu schweren Allergien und gilt als krebserzeugend. Nach ersten spontanen Arbeitsniederlegungen der betroffenen Maler haben die 25000 Arbeiter des Baugewerbes in Kopenhagen auf Versammlungen beschlossen, daß sie „kein Epoxy anfassen werden“. Seit Freitag, dem 31.8., blockieren mehrere hundert Bauarbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre die Zufahrt zur Baustelle, um zu verhin-



dern, daß die Bauleitung nicht organisierte Maler zur Durchführung der Arbeit zwingt. Inzwischen haben sich rund 200 Kopenhagener Ärzte mit dem Kampf solidarisiert.

HAW: Lohndrückender Einsatz von Studenten wird nicht geduldet

r.güt. Nahezu das ganze Jahr über stellen die Kapitalisten der Hamburger Aluminiumwerke (HAW) Studenten als Aushilfe oder Praktikanten ein. Sie begründen die Aushilfen mit ,,Urlaubs- und Krankheitsvertretungen.'' Das klingt plausibel. Fehlt ein Arbeiter oder Angestellter wegen Krankheit oder Urlaub, werden Aushilfen eingestellt. Doch so einfach ist die Sache nicht.

Die Arbeiter und Angestellten machen die Erfahrung, daß die Betriebsleitung erstmal bei Krankheit oder Urlaub überhaupt keine Aushilfen einstellt, sondern versucht, den anwesenden Arbeitern Mehrarbeit aufzudrücken. Erst der Kampf der Arbeiter gegen Überstunden und Verdichtung des Arbeitstages zwingt die Betriebsleitung, Einstellungen vorzunehmen. Vielfach versucht die Betriebsleitung dann, feste Einstellungen zu umgehen und Studenten einzustellen.

In der Gruppe Umweltschutz des Labors hat die Betriebsleitung, nachdem ein Arbeiter gekündigt hatte und kein neuer Arbeiter wegen des niedrigen Gehalts anfangen wollte, eine Studentin eingestellt, die ein halbjähriges Praktikum absolvieren muß. Bezahlen wollten sie der Studentin 5 DM/Std. Das hat der Betriebsrat verhindert und durchgesetzt, daß die Studentin für das halbe Jahr zum Einstellungslohn bezahlt wird. Dennoch hat dabei die Betriebsleitung den Vorteil, in der Abteilung von 3 Angestellten eine Studentin mit einem jederzeit kündbaren Arbeitsverhältnis zu beschäftigen. Das schwächt die Einheit der Abteilung und die beiden anderen Angestellten, die derzeit um eine Angleichung ihrer Löhne kämpfen.

Studenten als Spaltkeil gegen den Kampf der Arbeiter und Angestellten – daß die Betriebsleitung diese Absicht vor allem verfolgt, wird noch an einem anderen Beispiel deutlich. Die Arbeiter der Hütte haben im Juli einen Überstundenstreik durchgeführt für 50 Pf. Lohnerhöhung und Erhöhung der Schichtstärken. In den Sommermonaten war das ein wirksames Mittel gegen die Kapitalisten, weil in dieser Zeit pro Arbeiter durchschnittlich 20 Überstunden gefahren werden und die Produktion durch Verweigerung der Überstunden nahezu lahmgelegt werden kann. Durch Einstellung von Studenten – vor allem ausländische – ist es den Kapitalisten gelungen, den Boykott zu brechen.

Die Kapitalisten nutzen die elende Lage der Studenten. Viele müssen von dem Geld, das sie in 2 Monaten bei HAW im Contischichtbetrieb verdienen, das ganze Wintersemester über leben. Das sind dann 400 DM pro Monat.

Der Betriebsrat hat bisher gegen die Kapitalisten immer durchgesetzt, daß die Studenten für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten wie die Arbeiter.

England: Weniger Universitätsstudenten, gesteigerte Auslese und Konkurrenz

z.hef.London. Die britische Regierung hat den 45 Universitäten mitgeteilt, sie sollten die Aufnahme von neuen Studenten aus dem Inland für Herbst 1980 so regeln, daß, ,,wenn notwendig, die geplante Neuaufnahme auf 94% der Neuaufnahmen dieses Jahres (1979) beschränkt werden kann.'' Endgültige Zahlen gibt die Regierung im November bekannt. Die Kürzung der Studienanfängerzahl um 6% für 1980 ist sehr wahrscheinlich, ,,zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Universitäten'', schreibt der Guardian. Damit würde die Gesamtzahl der Universitätsstudenten von 226000 (Herbst 1979) auf 221500 (Herbst 1980) sinken.

Diese Maßnahme bedeutet eine wesentliche Verschärfung der Auslese, des Notendrucks und der Konkurrenz in den Schulen. Sie ist einer wesentlichen Verschärfung des NC vergleichbar.

Der Zugang zu den Universitäten wird von diesen selber entschieden. Diese vordergründige ,,Autonomie'' eröffnet der britischen Bourgeoisie viele Wege einer wirkungsvollen Auslese. Ob eine Universität einen Studenten aufnimmt oder nicht, nach welchen Kriterien, ob sie eine Eingangsprüfung durchführt oder nicht – das alles ist ihre Sache. Lehnt eine Universität einen Bewerber ab, reicht die Zentrale Bewerbungsstelle ihn an die nächste weiter, bis er aufgenommen oder abgelehnt wird. 1978 wurden von 157506 Bewerbern 80530 nicht aufgenommen. Diese Zahl steigt jetzt drastisch.

Auch wieviele Studenten die Universität aufnimmt, ist ihre Sache – im Rahmen der Finanzen. Zum Teil finanziert die Bourgeoisie ihre Hochschulen aus Profiten. Die Colleges in Oxford und Cambridge z.B. besitzen dicke Aktienpakete und große Ländereien. Hauptsächlich jedoch regelt die Bourgeoisie über die Regierungszuschüsse die Tätigkeit der einzelnen Hochschulen, Zahl der Studenten, Fächer usw.

Die Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten ist der Boden, auf dem die Bourgeoisie sich die Arbeitskraft der besitzlosen Studenten noch billiger aneignen will. Die besitzlosen Studenten erhalten nur während der Semestermonate die sogenannten ,,Grants'' (Zuschüsse) von ihrer Heimatgemeinde. Für die Semesterferien müssen sie Arbeitslosengeld oder die noch niedrigere Sozialhilfe beantragen. Nach neuen Vorschriften bekommen die meisten kein Arbeitslosengeld mehr. Die Regierung plant die vollständige Abschaffung von Arbeitslosengeldzahlungen an Studenten. Stattdessen sollen sie vollständig den Sozialämtern ausgeliefert werden, die ,,je nach Einzelfall'' Almosen auszahlen.

wollten sie der Studentin 5 DM/Std. Das hat der Betriebsrat verhindert und durchgesetzt, daß die Studentin für das halbe Jahr zum Einstellungslohn bezahlt wird. Dennoch hat dabei die Betriebsleitung den Vorteil, in der Abtei- nat. Der Betriebsrat hat bisher gegen die Kapitalisten immer durchgesetzt, daß die Studenten für gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn erhalten wie die Arbeiter.

England: Weniger Universitätsstudenten, gesteigerte Auslese und Konkurrenz

z.hef.London. Die britische Regierung hat den 45 Universitäten mitgeteilt, sie sollten die Aufnahme von neuen Studenten aus dem Inland für Herbst 1980 so regeln, daß, ,,wenn notwendig, die geplante Neuaufnahme auf 94% der Neuaufnahmen dieses Jahres (1979) beschränkt werden kann.'' Endgültige Zahlen gibt die Regierung im November bekannt. Die Kürzung der Studienanfängerzahl um 6% für 1980 ist sehr wahrscheinlich, ,,zum ersten Mal in der Geschichte der britischen Universitäten'', schreibt der Guardian. Damit würde die Gesamtzahl der Universitätsstudenten von 226000 (Herbst 1979) auf 221500 (Herbst 1980) sinken.

Diese Maßnahme bedeutet eine wesentliche Verschärfung der Auslese, des Notendrucks und der Konkurrenz in den Schulen. Sie ist einer wesentlichen Verschärfung des NC vergleichbar.

Der Zugang zu den Universitäten wird von diesen selber entschieden. Diese vordergründige ,,Autonomie'' eröffnet der britischen Bourgeoisie viele Wege einer wirkungsvollen Auslese. Ob eine Universität einen Studenten aufnimmt oder nicht, nach welchen Kriterien, ob sie eine Eingangsprüfung durchführt oder nicht – das alles ist ihre Sache. Lehnt eine Universität ei-

Bewerbungsstelle ihn an die nächste weiter, bis er aufgenommen oder abgelehnt wird. 1978 wurden von 157506 Bewerbern 80530 nicht aufgenommen. Diese Zahl steigt jetzt drastisch.

Auch wieviele Studenten die Universität aufnimmt, ist ihre Sache – im Rahmen der Finanzen. Zum Teil finanziert die Bourgeoisie ihre Hochschulen aus Profiten. Die Colleges in Oxford und Cambridge z.B. besitzen dicke Aktienpakete und große Ländereien. Hauptsächlich jedoch regelt die Bourgeoisie über die Regierungszuschüsse die Tätigkeit der einzelnen Hochschulen, Zahl der Studenten, Fächer usw.

Die Verschärfung der Konkurrenz unter den Studenten ist der Boden, auf dem die Bourgeoisie sich die Arbeitskraft der besitzlosen Studenten noch billiger aneignen will. Die besitzlosen Studenten erhalten nur während der Semestermonate die sogenannten ,,Grants'' (Zuschüsse) von ihrer Heimatgemeinde. Für die Semesterferien müssen sie Arbeitslosengeld oder die noch niedrigere Sozialhilfe beantragen. Nach neuen Vorschriften bekommen die meisten kein Arbeitslosengeld mehr. Die Regierung plant die vollständige Abschaffung von Arbeitslosengeldzahlungen an Studenten. Stattdessen sollen sie vollständig den Sozialämtern ausgeliefert werden, die ,,je

Jugendarbeitsschutz – seit 140 Jahren den Kapitalisten keine Schranken gesetzt

z.hev. Zwischen der ersten Debatte über die Beschäftigung von Kindern in der Industrie in Preußen auf der Sitzung des 5. Rheinischen Provinziallandtages vom 6. Juli 1837 und der Debatte im Deutschen Bundestag am 23. Januar 1976 über den Entwurf eines Jugendarbeitsschutzgesetzes liegen fast 140 Jahre. Und doch sind die Argumente der Redner verblüffend ähnlich.

Der Abgeordnete vom Baur aus Ronsdorf sagte 1837: ,,Die von Ihnen scharf verurteilten Fabrikanlagen, welche Kinder beschäftigen, rufen den von Ihnen mit so viel Härte geschilderten Jammer nicht hervor, sondern mindern den bereits vorhandenen. Eine Überbevölkerung, die der Ackerstand nicht mehr zu beschäftigen weiß, strömt den Anstalten zu, wo Arbeit, wo Brot zu erwerben ist ... Ich pflichte Ihnen, meine Herren, vollkommen bei, daß die armen Kinder, deren Kräfte ausnahmesweise mitunter zu sehr in Anspruch genommen sein mögen, *unter den Schutz milder Gesetze gestellt werden, jedoch dürfen diese keine so großen Beschränkungen erhalten*, wie hier vorgeschlagen wird – z.B. Arbeitsstunden täglich –, daß dadurch der Bestand unserer Industrieanlagen wegen der Konkurrenz des Auslandes unmöglich gemacht wird.'' Der damalige Bundesarbeitsminister Arendt 1976: ,,Besonders ernst sind die Vorschläge genommen worden, die die Erhaltung der Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen betreffen ... Gerade in der heutigen Zeit ist die Berufsausbildung ein wertvolles Startkapital für das ganze Leben. *Ich begrüße es daher, daß der Ausschuß im Interesse der Berufsausbildung eine Reihe von Beschäftigungsbeschränkungen flexibel gestaltet hat.*''

Das Ergebnis des parlamentarischen Gezänks des letzten Jahrhunderts war das preußische ,,Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken'' (1839), das die Beschäftigung von Kindern unter 9 Jahren verbot, die tägliche Arbeitszeit für Kinder unter 16 Jahren auf 10 Stunden begrenzte, und eine Aufforderung zur Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in den Fabriken, ,,daß die Wahl der Unterrichtsstunden den Betrieb derselben so wenig als möglich störe.'' Praktisch also keinerlei Verpflichtung des Kapitalisten, die Kinder für die Schule freizustellen. Die Arbeiterbewegung hat hier den Kapitalisten Stück für Stück ihrer Freiheit der Profitmacherei entrissen, Gesetze zur Ausdehnung der Schulpflicht erkämpft und auch die Freistellungspflicht des Kapitalisten, der Lehrlinge beschäftigt, erreicht. So stand es wenigstens noch im Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960. Es bedurfte einer sozialdemokratischen Regierung des westdeutschen Imperialismus, diese Pflicht zu liquidieren und dies auch noch im angeblichen Interesse ,,der Erhaltung der Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen''. Solche Glanzleistungen, in denen die Kapitalinteressen in solche der Arbeiterjugend umformuliert werden, gibt es noch viele im 76er Gesetz. Z.B. die Erlaubnis, Jugendliche in der Akkordarbeit zu mißbrauchen, ,,soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungsziels erforderlich ist'', die Verkürzung der Nachtruhe für jugendliche Schichtarbeiter über 16 Jahre auf 5.30 Uhr morgens oder 23.30 Uhr nachts und unzählige Ausnahmen ,,in besonderen Fällen'', die der Arbeitsminister durch einfache Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates erlassen kann bezüglich der Samstags-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtruhe – wiederum, ,,soweit dies zur Erreichung des Ausbildungsziels erforderlich ist.''

Die NGG (Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten) führt vom 15.9. bis 13.10. in Nordrhein-Westfalen einen Jugendmonat durch mit einer Großveranstaltung am 6.10. in Bielefeld, um auf ihre Forderung nach 5-Tage-Woche und Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes aufmerksam zu machen. Das ist gerade im Gaststättengewerbe zu unterstützen, aber klar muß sein, was da eigentlich eingehalten werden soll – die Verpflichtung zur Akkordarbeit, die Möglichkeit der Einschränkung der Nachtruhe etwa?

Sicher nicht. Die Festschreibung der Stufenausbildung? Auch nicht. Oder gar die Erlaubnis, Kinder beim Zeitungsaustragen einzusetzen? Nicht das Jammern über Verstöße der Kapitalisten selbst gegen dieses direkt für sie gemachte Gesetz bringt weiter, sondern die selbständigen Forderungen der Arbeiterbewegung. Die Regierung bereitet einen Bericht über die Erfahrungen mit dem Gesetz vor auf Grundlage von Meldungen der Länderregierungen und der Gewerbeaufsichtsämter und wird eine Riesenpropaganda für dieses Gesetz machen, das den Jugendlichen so wenig nützt, auch wenn es eingehalten wird. In Hamburg aber hat die ,,Sonderaktion Jugendarbeitsschutz 1979'' ergeben, daß 40% aller Betriebe gegen die Gesetzesbestimmungen verstoßen. Die Arbeiterbewegung hat kaum wirksame Kontrollmöglichkeiten und die Kapitalisten und Staatsorgane mit Unterstützung der Regierung haben zu viel Spielraum bei der Ausbeutung der Arbeiterjugend.



1905 fährt dieser Junge aus der oberfränkischen Korbwarenherstellung Körbe aus – heute sind es Zeitungen, Prospekte, Brötchen.

der Bestand unserer Industrieanlagen wegen der Konkurrenz des Auslandes unmöglich gemacht wird.'' Der damalige Bundesarbeitsminister Arendt 1976: ,,Besonders ernst sind die Vorschläge genommen worden, die die Erhaltung der Ausbildungsmöglichkeiten stand es wenigstens noch im Jugendarbeitsschutzgesetz von 1960. Es bedurfte einer sozialdemokratischen Regierung des westdeutschen Imperialismus, diese Pflicht zu liquidieren und dies auch noch im angeblichen Interesse ,,der Erhaltung der Ausbildungsmög-

muß sein, was da eigentlich eingehalten werden soll – die Verpflichtung zur Akkordarbeit, die Möglichkeit der Einschränkung der Nachtruhe etwa?

Sicher nicht. Die Festschreibung der Stufenausbildung? Auch nicht. Oder gar die Erlaubnis, Kinder beim Zeitungsaustragen einzusetzen? Nicht das Jammern über Verstöße der Kapitalisten selbst gegen dieses direkt für sie gemachte Gesetz bringt weiter, sondern die selbständigen Forderungen der Arbeiterbewegung. Die Regierung bereitet einen Bericht über die Erfahrungen mit dem Gesetz vor auf Grundlage von Meldungen der Länderregierungen und der Gewerbeaufsichtsämter und wird eine Riesenpropaganda für dieses Gesetz machen, das den Jugendlichen so wenig nützt, auch wenn es eingehalten wird. In Hamburg aber hat die ,,Sonderaktion Jugendarbeitsschutz 1979'' ergeben, daß 40% aller Betriebe gegen die Gesetzesbestimmungen verstoßen. Die Arbeiterbewegung hat kaum wirksame Kontrollmöglichkeiten und die Kapitalisten und Staatsorgane mit Unterstützung der Regierung haben zu viel Spielraum bei der Ausbeutung der Arbeiterjugend.



1905 fährt dieser Junge aus der oberfränkischen Korbwarenherstellung Körbe aus – heute sind es Zeitungen, Prospekte, Brötchen.

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen in Braunschweig und Clausthal
20. August 1979

Fernstudium: neue Quelle der Akademikerüberproduktion

Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15
Kommunistischer Studentenbund Südostniedersachsen
Hochschulen in Braunschweig und Clausthal
20. August 1979

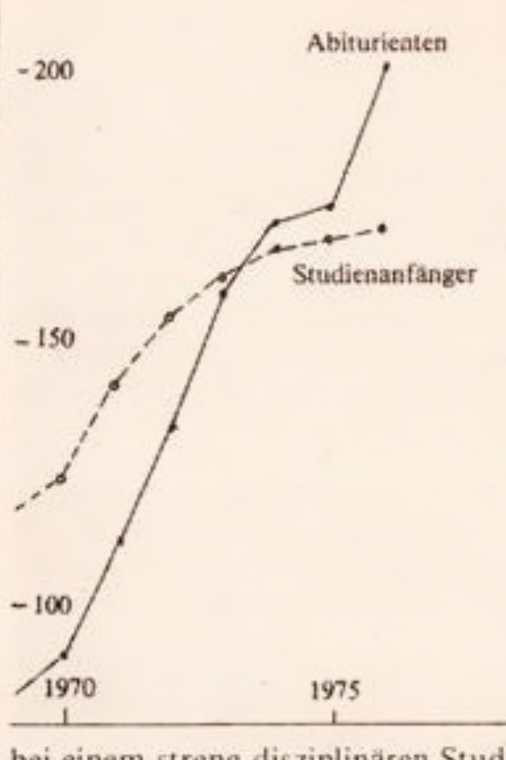
Fernstudium: neue Quelle der Akademikerüberproduktion

kls. Seit 1973 ist es der Kapitalistenklasse nicht mehr gelungen, die Über- Teilzeitstudiums''. Was die imperialistischen Bildungsplaner stört, ist, daß

kls. Seit 1973 ist es der Kapitalistenklasse nicht mehr gelungen, die Überzufuhr zum Hochschulstudium in dem geplanten Umfang zustandezubringen. Von da ab sinkt die Zahl der Studienanfänger deutlich unter die der Schulabschlüsse mit Hochschulreife. Nach dem Hochschulinformationssystem (HIS) in Hannover haben 1976 nur 44% der Abiturienten mit einem Hochschulstudium begonnen. Das ,,Problem'' der Kapitalistenklasse ist, daß sich die Kinder der besitzlosen Klassen nicht in gewünschtem Umfang als ausschüssiges Material dieser Überzufuhr zur Verfügung stellen.

Die Erfahrungen Hunderttausender mit dem Hochschulstudium und allem, was damit verbunden ist, lassen sich auch nicht durch Propaganda der Revisionisten und Reformisten nach mehr ,,Arbeiterkinder an der Uni'' auslöschen. In dieser Lage muß sich die Bourgeoisie neue Quellen der Akademikerüberproduktion erschließen, und sie macht dies durch Propagierung, Einführung und Ausbau des Fernstudiums. ,,Nach der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes leistet zwar knapp die Hälfte der Studenten (44%) neben ihrem Studium Werkarbeit, ein Viertel der Studentenschaft (25%) übernimmt solche Werkarbeit während des Semesters, doch bleibt eine systematische Verbindung von Studium und Berufstätgikeit bisher die Ausnahme'', schreibt die Arbeitsgruppe ,,Modellversuche im Hochschulbereich'' der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung in ihren ,,Empfehlungen zum Ausbau des berufsbegleitenden Teilzeitstudiums''. Was die imperialistischen Bildungsplaner stört, ist, daß die Arbeitskraft der Studenten bisher nicht systematisch vernutzt wird, sondern die Studenten gerade solange arbeiten, um über die Runden zu kommen. Die ersten Schritte, um die Ausnahme zur Regel zu machen, sind längst getan. 1975 wurde im Hochschulrahmengesetz (HRG) festgelegt:

,,Bei der Reform von Studium und Lehre und bei der Bereitstellung des Lehrangebots sollen die Möglichkeiten des Fernstudiums genutzt werden''. (§13 HRG) Zur gleichen Zeit nahm im Studienjahr 1975/76 die Fernuniversität Hagen ihren Studienbetrieb auf mit Diplom-Studiengängen in Mathematik und Wirtschaftswissenschaft und den entsprechenden Fächern für die Ausbildung zum Lehramt (Sekundarstufe II). Inzwischen gibt es etwa 17000 Studenten an dieser Universität, von denen etwa die Hälfte aus Bundesländern außerhalb Nordrhein-Westfalens kommt. 45,5% der Fernstudenten sind berufstätige Teilzeitstudenten, die keine Ausbildungsförderung bekommen. In §1 des BAFöG heißt es nämlich: ,,Auf individuelle Ausbildungsförderung besteht... ein Rechtsanspruch, wenn dem Auszubildenden die für seinen Lebensunterhalt erforderlichen Mittel anderweitig nicht zur Verfügung stehen'', und in §2, Abs. 5 heißt es: ,,Ausbildungsförderung wird nur geleistet, wenn... die Ausbildung die Arbeitskraft des Auszubildenden im allgemeinen voll in Anspruch nimmt.'' Kein Wunder, daß die Bourgeoisie von den Möglichkeiten des Teilzeitstudiums hell begeistert ist, und seinen raschen Ausbau plant. ,,Bei einer derzeitigen Studienverzichtquote von ca. 25% erscheint es nicht unrealistisch, eine Partzipationsquote von 10 bis 15% der Studienbewerber für das berufsbegleitende Teilzeitstudium ins Auge zu fassen'', schreiben die Bildungsplaner. ,,Das würde bedeuten, daß in den 80er Jahren etwa 20000 bis 25000 Studienanfänger jährlich ein Studium dieser Art aufnehmen würden'', heißt es weiter. Eingefangen werden sollen diese Studenten durch Versprechung besserer Berufsaussichten: ,,Die Anpassung des Studienangebots an den Arbeitsmarkt ist dabei eher gewährleistet als



bei einem streng disziplinären Studienangebot'', und wie zum Hohn: ,,Die Berufstätigkeit der überwiegenden Zahl der Fernstudenten schützt sie im übrigen vor Arbeitslosigkeit nach Erreichen des Studienzieles''.

Es wird Zeit, daß sich die Studentenschaften und Gewerkschaften um die Interessenvertretung der Fernstudenten kümmern. In verschiedenen Tarifverträgen ist bezahlter Urlaub für berufliche Weiterbildungsmaßnahmen vorgesehen, daran kann man ansetzen.

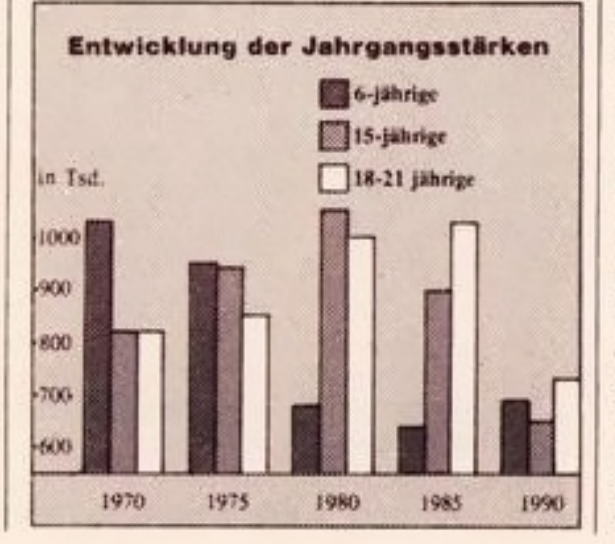
schen Ausbau plant. ,,Bei einer derzeitigen Studienverzichtquote von ca. 25% erscheint es nicht unrealistisch, eine Partzipationsquote von 10 bis 15% der Studienbewerber für das berufsbegleitende Teilzeitstudium ins Auge zu fassen'', schreiben die Bildungsplaner. ,,Das würde bedeuten, daß in den 80er Jahren etwa 20000 bis 25000 Studienanfänger jährlich ein Studium dieser Art aufnehmen würden'', heißt es weiter. Eingefangen werden sollen diese Studenten durch Versprechung besse-

Der ,,Schülerberg'' – ein Argument gegen die Forderungen der Lehrer nach Arbeitszeitverkürzung?

r.kea. Der niedersächsische Kultusminister Remmers wollte sich auf der Pressekonferenz am 29. August als hilfloses Opfer der Verhältnisse darstellen: ,,Der Lehrermarkt ist leergefegt''. ,,Bild-Hannover'' haute am letzten Freitag in dieselbe Kerbe: An den 156 Schulen der Stadt Hannover fallen jährlich 200000 Stunden aus, weil zu wenig Lehrer da sind. ,,Durch Schwangerschaftsurlaub, Krankheit und Fortbildungskurse fehlt an manchen Schulen fast ⅓ aller Lehrer.'' ,,Unsere Kinder lernen zu wenig''! – Wie verbrecherisch doch die Streikpläne der Lehrer angesichts dieser Situation sind, soll es einem in den Kopf fahren.

Zu den Argumenten: Der selbe Remmers, der die Lehrer mit dem Rückgang der Schülerzahlen vertrösten wollte, sagt jetzt, ,,daß der Beginn des Rückgangs der Schülerzahlen seit 1976 noch nicht auch zu einem Rückgang des Lehrerbedarfs führen könne, denn der Schülerberg befinde sich noch in den älteren Schülerjahrgängen, die mehr Lehrer benötigten, als die jüngeren Schülerjahrgänge.'' (Pressemitteilung des nieders. Kultusministers, 29.8.79) Das Schaubild nach Zahlen des Statistischen Bundesamts zeigt tatsächlich, daß die älteren Schülerjahrgänge noch immer stark sind. Ebenfalls zeigen die aktuellen Schülerzahlen für Niedersachsen, daß im Vergleich der Schuljahre 78/79 und 79/80 an Grund- und Hauptschulen zwar ein Rückgang von ca. 7,9% stattfindet, daß aber die Schulformen Integrierte Gesamtschule (+9%), Kooperative Gesamtschule (+8,8%), Orientierungsstufe (+8,5%) und Gymnasien (+2%) steigende Schülerzahlen aufweisen.

Aber wann haben denn die Lehrer gesagt, daß sie die 40-Stunden-Woche fordern, weil sie zu wenig Arbeit hätten? Der Normalarbeitstag muß gerade zum Schutz gegen den übermäßigen Verschleiß der Arbeitskraft auch für die Lehrer durchgesetzt werden.



Die britischen Imperialisten fordern Interventionsrecht in der Republik Irland

z.acr.London. Die britischen Imperialisten fordern von der irischen Regierung weitgehende Interventionsrechte in der Republik Irland. Die Premierministerin Thatcher trug dem irischen Premierminister Lynch die Forderungen am 5.9. vor. Sie verlangte das Recht für die Besatzertruppen in Nordirland, bei der ,,Verfolgung von IRA-Mitgliedern" die Grenze zu überschreiten, das Recht für die Kolonialpolizei Royal Ulster Constabulary (RUC), Verhöre in der Republik vorzunehmen, sowie die Auslieferung ,,Verdächtiger" an die britische Polizei. Der Anschlag auf ihren Kolonialhelden Mountbatten in Irland hätte erneut bewiesen, daß die irische Regierung nicht in der Lage oder nicht gewillt sei, mit den ,,Terroristen der IRA" fertig zu werden.

Der irische Premierminister lehnte diese Forderungen ab. Die britische Presse stellte enttäuscht fest, daß Lynch lediglich einer ,,Verbesserung" der bereits bestehenden ,,Zusammenarbeit" zustimmte. Diplomaten beider Länder sollen in den nächsten drei Wochen aushandeln, wie diese ,,Verbesserungen" aussehen sollen.

Bis 1921 war Irland britische Kolonie. Danach konnte das irische Volk einen Teil seines Landes befreien. Die britische Bourgeoisie hat das irische Volk jahrhundertelang ausgebeutet, ausgeplündert, um mehrere Millionen dezimiert und durch den Einsatz ihrer Armee und Polizei blutig unterdrückt. Und für diese Armee und Polizei verlangen die Unterdrücker des irischen Volkes jetzt Operationsrechte in dessen Land, damit sie gegen diejenigen vorgehen können, die für die Befreiung ganz Irlands kämpfen.

Die Anwesenheit britischer Truppen könnte er nie zulassen, erklärte Lynch, genausowenig Verhöre durch die RUC in Irland. Er wisse nicht, wie sich ein irischer Richter zu einem Geständnis verhalten würde, das in Gegenwart eines RUC-Polizisten gemacht wurde. Der irische Finanzminister Colley sagte es deutlicher. Er hätte Skrupel, irgendjemanden in die Hände der RUC fallen zu lassen, weil diese erwiesenermaßen die Häftlinge foltere. Die britischen Imperialisten haben für Nordirland ein Gesetz gemacht, daß vor der Polizei abgegebene Geständnisse zu einer Verurteilung ausreichen, selbst wenn sie vor Gericht widerrufen werden. Ca. 90% der politischen Gefangenen in Nordirland sind aufgrund durch Folter abgepresster Geständnisse verurteilt.

Das Treffen Thatcher – Lynch hatte die britische Bourgeoisie mit einer großangelegten chauvinistischen Hetzkampagne vorbereitet. Margaret Thatcher ließ sich am 29.8. im Kampfanzug durch Nordirland fahren. Insbesondere im ,,Banditenland" Armagh und der ,,IRA-Hauptstadt" Crossmaglen, die sonst von den britischen Besatzern nur vom Hubschrauber aus überwacht werden kann, wollte sie zeigen, wer der Herr im Haus ist. Gleichzeitig gab sie die Aufstockung der Polizeitruppen um 1000 auf 7500 Mann bekannt. Die Zeitung ,,Daily Star" hetzte, jedermann könne seinen Teil dazu beitragen, die irische Regierung unter Druck zu setzen, indem keine irischen Waren mehr gekauft würden.

Die britischen Imperialisten kontrollieren in der Republik Irland entscheidende Teile der Banken und der Industrie. Sie liefern fast 50% aller Importe, während 50% der Exporte der Republik Irland nach Britannien gehen. Der größte Teil der Industrie Irlands befindet sich im besetzten Nordirland. Das alles sind Druckmittel. Der Befreiungskampf des irischen Volkes stört die britischen Imperialisten jedoch empfindlich bei der Profitmacherei. Die umfassenden Sicherheitsmaßnahmen, zu denen sie gezwungen sind, und die Operationen der IRA stören die Produktion erheblich. Ihre in der Republik Irland angesiedelten Fabriken haben durch das Erstarken der Arbeiterbewegung dort, besonders durch den langen Postarbeiterstreik in diesem Jahr, große Verluste gemacht.

Am 11.9. werden die Außenminister der EG sich in Dublin versammeln und die irische Regierung auffordern, endlich die ,,Europäische Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus" sowie Ausführungsbestimmungen für die EG-Länder zu unterschreiben. Nach dieser Konvention ist jede Anwendung von Gewalt im Kampf gegen die Imperialisten keine ,,Straftat mit politischen Motiven". Alle ,,Terroristen", die Gewalt anwenden – wie die IRA – müssen demnach ausgeliefert werden. Bestehen unter Staaten Meinungsverschiedenheiten über die Motive, entscheidet der ,,Europäische Gerichtshof für Menschenrechte". Über dieses Mittel hoffen die anderen Imperialisten in der EG, sich in Konkurrenz zu den britischen Imperialisten ebenfalls Einmischungsrechte in Irland zu verschaffen.

Die irische Regierung hat sich bisher geweigert, diese Konvention zu unterschreiben. Premierminister Lynch erklärte, selbst wenn sie die Konvention jetzt unterschreiben müßte, würden weiterhin keine IRA-Mitglieder an die britischen Imperialisten ausgeliefert.

Zwei Manöver innerhalb eines Monats – Kampf um Dienstausgleich kommt voran

r.noc. In der 4./170 des Transportbataillon in Rheine-Bentlage hat vor einigen Wochen die Wahl der Vertrauensmänner stattgefunden. (s. KVZ Nr. 34/79). Der wesentliche Punkt bei den Auseinandersetzungen um das Programm der Vertrauensleute war die Forderung nach Dienstausgleich für alle Zusatzdienste. Die Kompanieführung startete mehrere Einschüchterungsversuche, damit das Programm und die Kandidaten nicht gewählt wurden. Damit hatte sie keinen Erfolg.

Sofort nach der Durchführung der Wahl wurde das Transportbataillon 170 für eine Woche auf Manöver nach Daaden (Westerwaldkreis) geschickt. Hier wurden Schießübungen durchgeführt, alles in Vorbereitung des drei Wochen später stattfindenden Manövers ,,Harte Faust". In diesem Manöver mußten die Soldaten Tag und Nacht in Bereitschaft sein, sie waren 125 Stunden im Einsatz. Der Schlaf betrug häufig nur 2-3 Stunden, um 4.45 Uhr war stets Dienstbeginn. Die Schleiferei war dementsprechend brutal, so mußten die Soldaten z.B. einen 20 km langen Leistungsmarsch in drei Stunden zurücklegen, manche konnten vor lauter Blutblasen kaum noch laufen. Die Soldaten bekamen dauernd zu hören, daß das ja noch nichts sei, beim Manöver ,,Harte Faust" würden noch ganz andere Seiten aufgezogen. Am Freitag war das Manöver zuende und als Samstag Uffz Kaiser den großen Mann markierte und allen androhte, wenn die Waffen nicht blitzen würden, wäre mit Wochenende nichts drin, war die Entschlossenheit der Soldaten, für einen Dienstausgleich einzutreten, noch größer. Auf das Verlangen der Mannschaft gegenüber Hauptmann Zilich, daß Dienstausgleich gewährt werden müsse, entgegnete dieser, daß schon im April ein Tag Dienstausgleich gewährt worden wäre. Da dieser Tag schon für alles mögliche herhalten mußte und das sowieso ein Hohn ist, sind die Soldaten gleich zum Oberst Eckhard marschiert und haben ihn unter Druck gesetzt, so daß dieser dann ,,großzügigerweise" 1,5 Tage Dienstausgleich gewährte. Dieses Zugeständnis mußte die Kompanieführung machen, da die Soldaten mit ihrem Vertrauensmann geschlossen hinter der Forderung nach Dienstausgleich standen. Wobei die 1,5 Tage Dienstausgleich keineswegs ausreichen, dem ungeheuren Verschleiß der Arbeitskraft entgegenzuwirken.

Inzwischen versucht die KP-Führung mit folgendem Manöver das Programm der Soldaten in der 4./170 und die Geschlossenheit, für die Verwirklichung der Forderungen zu kämpfen, kaputtzukriegen: Der Spieß erzählte dem Vertrauensmann, daß die Wahl verfrüht stattgefunden habe und Ende September eine neue Wahl durchgeführt werden müsse. Dies deshalb, weil der bisherige Stellvertreter ja nur in Urlaub sei und somit noch als Vertrauensmann fungieren würde. Dies sei halt ein bedauerlicher Formfehler.

Diese Winkelzüge der KP-Führung zu durchschauen, war leicht und wurde gleich von den Soldaten verhandelt. Selbst wenn der alte Stellvertreter formal noch in Amt sei, nutzt das den Mannschaften gar nichts, denn er ist bis einen Tag vor seiner Auskleidung in Urlaub. Im übrigen sei dieser ,,Formfehler" Sache der KP-Führung, die Wahl hat für die Soldaten ordnungsgemäß stattgefunden.

Folgendes Vorgehen haben die Soldaten hieraufhin beraten: der Vertrauensmann und die beiden Stellvertreter gehen zum Spieß und legen den Standpunkt der Mannschaften dar. Gleichzeitig wird die Einberufung einer Mannschaftsversammlung für Montag, den 10.9. gefordert, damit die Forderung ,,Dienstausgleich 1 : 1" noch vor dem Manöver ,,Harte Faust", welches am Dienstag beginnt, auf der Mannschaftsversammlung beraten und somit eine gute Grundlage für die Durchsetzung geschaffen wird.

Belgische Berufssoldaten: gegen Soldkürzung, für Angleichung an Löhne im öffentlichen Dienst

z.elb.Brüssel. ,,Keine Zulage mehr, keine Pflichten mehr, wir haben es satt", ,,Unterbezahlung ist eine Form der Ausbeutung". Unter diesen Parolen demonstrierten am letzten Freitag in Brüssel gut 15000 der knapp 56000 Zeit- und Berufssoldaten, Gefreite und Unteroffiziere, für die Angleichung ihres Soldes an die Löhne im öffentlichen Dienst und gegen die von der Regierung Martens angedrohte Kürzung bzw. Streichung einer Zulage, die bei einfachen Soldaten 27% des Soldes ausmacht. Unter den Demonstranten eine stattliche Anzahl der belgischen Besatzertruppen in Westdeutschland. Nach der Abschlußkundgebung zog ein großer Teil der 15000 vor den Sitz der Regierung, um ein ihr gestelltes Ultimatum abzurufen. Die Reichswache konnte sie daran nicht hindern. Sie ist selbst stark zersetzt: Zur gleichen Zeit demonstrierte ein Teil von ihr für höheren Lohn und gegen Überstundenschinderei.

Nach dem Verlust der Kolonie Kongo reduzierten die belgischen Imperialisten in den 60er Jahren Schritt um Schritt den Sold der Soldaten. Lag der zu Beginn der 60er Jahre noch weit über den Löhnen im öffentlichen Dienst, so wurde er bis 1978 bis zu 45% unter diese gesenkt. Die Berufs- und Zeitsoldaten, die die Armee nicht einfach verlassen konnten, weil sie sich auf Jahre hinaus verpflichtet hatten oder aufgrund hoher Arbeitslosigkeit keine Arbeit fanden, nahmen den Kampf gegen die Soldsenkungen auf. Zutiefst waren die Bourgeois über die starke Zersetzung ihrer Armee erschrocken. Nachdem die einfachen Berufssoldaten und Unteroffiziere in großen Demonstrationen Anfang 1978 (siehe Bild) eine Erhöhung der Zulage um 100% in drei Jahren erzwangen, holte die Regierung zu einem neuen Schlag aus, um diesen gemeinsamen Kampf zu schwächen und zu spalten: Zum 1. Juli 1978 kürzte sie die Zulage für einfache Soldaten und Gefreite um 50%. Derzeit verdient ein einfacher Soldat 837 DM netto pro Monat plus der Zulage von 308 DM. Am 1. Oktober soll nunmehr für alle Angehörigen der Berufsarmee die Zulage um 50% gesenkt, 1980 völlig gestrichen werden.

Mit der wachsenden gewerkschaftlichen Organisierung – in zähen Kämpfen wurde das Recht durchgesetzt – haben die Soldaten Mitte der 70er Jahre einen wichtigen Schritt getan, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Oft in Kasernen zusammengepfercht, weil der Sold für eine teure Mietwohnung nicht reicht, oder, wenn die Frau einen Ausbeuter findet, in kleineren Siedlungen zusammengefaßt, sollen die Soldaten möglichst abgetrennt von der übrigen Bevölkerung leben. Ebenso sind die Besatzertruppen in Westdeutschland in Kasernen oder Siedlungen gepreßt, die oft jahrzehntelang nicht renoviert und eher baufällig als bewohnbar sind.

Nach mehrstündiger Belagerung des Regierungsgebäudes durch die Soldaten, sah sich Martens zur Erfüllung eines Teils der Forderungen gezwungen: Die Reduzierung der Zulage im Oktober wird fallengelassen, über ihre Abschaffung werden mit den Gewerkschaften Verhandlungen aufgenommen.



20000 Berufssoldaten demonstrierten Anfang 1978 für Lohnforderungen

,,Banditenland" Armagh und der ,,IRA-Hauptstadt" Crossmaglen, die sonst von den britischen Besatzern nur vom Hubschrauber aus überwacht werden kann, wollte sie zeigen, wer der Herr im Haus ist. Gleichzeitig gab sie die Aufstockung der Polizeitruppen um 1000 auf 7500 Mann bekannt. Die Zeitung ,,Daily Star" hetzte, jedermann könne seinen Teil dazu beitragen, die irische Regierung unter Druck zu setzen, indem keine irischen Waren mehr gekauft würden.

Die britischen Imperialisten kontrollieren in der Republik Irland entscheidende Teile der Banken und der Industrie. Sie liefern fast 50% aller Importe, während 50% der Exporte der Republik Irland nach Britannien gehen. Der größte Teil der Industrie Irlands befindet sich im besetzten Nordirland. Das alles sind Druckmittel. Der Befreiungskampf des irischen Volkes stört die britischen Imperialisten jedoch empfindlich bei der Profitmacherei. Die umfassenden Sicherheitsmaßnahmen, zu denen sie gezwungen sind, und die Operationen der IRA stören die Produktion erheblich. Ihre in der Republik Irland angesiedelten Fabriken haben durch das Erstarken der Arbeiterbewegung dort, besonders durch den langen Postarbeiterstreik in diesem Jahr, große Verluste gemacht.

Am 11.9. werden die Außenminister der EG sich in Dublin versammeln und die irische Regierung auffordern, endlich die ,,Europäische Konvention zur Unterdrückung des Terrorismus" sowie Ausführungsbestimmungen für die EG-Länder zu unterschreiben. Nach dieser Konvention ist jede Anwendung von Gewalt im Kampf gegen die Imperialisten keine ,,Straftat mit politischen Motiven". Alle ,,Terroristen", die Gewalt anwenden – wie die IRA – müssen demnach ausgeliefert werden. Bestehen unter Staaten Meinungsverschiedenheiten über die Motive, entscheidet der ,,Europäische Gerichtshof für Menschenrechte". Über dieses Mittel hoffen die anderen Imperialisten in der EG, sich in Konkurrenz zu den britischen Imperialisten ebenfalls Einmischungsrechte in Irland zu verschaffen.

Die irische Regierung hat sich bisher geweigert, diese Konvention zu unterschreiben. Premierminister Lynch erklärte, selbst wenn sie die Konvention jetzt unterschreiben müßte, würden weiterhin keine IRA-Mitglieder an die britischen Imperialisten ausgeliefert.

z.elb.Brüssel. ,,Keine Zulage mehr, keine Pflichten mehr, wir haben es satt", ,,Unterbezahlung ist eine Form der Ausbeutung". Unter diesen Parolen demonstrierten am letzten Freitag in Brüssel gut 15000 der knapp 56000 Zeit- und Berufssoldaten, Gefreite und Unteroffiziere, für die Angleichung ihres Soldes an die Löhne im öffentlichen Dienst und gegen die von der Regierung Martens angedrohte Kürzung bzw. Streichung einer Zulage, die bei einfachen Soldaten 27% des Soldes ausmacht. Unter den Demonstranten eine stattliche Anzahl der belgischen Besatzertruppen in Westdeutschland. Nach der Abschlußkundgebung zog ein großer Teil der 15000 vor den Sitz der Regierung, um ein ihr gestelltes Ultimatum abzurufen. Die Reichswache konnte sie daran nicht hindern. Sie ist selbst stark zersetzt: Zur gleichen Zeit demonstrierte ein Teil von ihr für höheren Lohn und gegen Überstundenschinderei.

Nach dem Verlust der Kolonie Kongo reduzierten die belgischen Imperialisten in den 60er Jahren Schritt um Schritt den Sold der Soldaten. Lag der zu Beginn der 60er Jahre noch weit über den Löhnen im öffentlichen Dienst, so wurde er bis 1978 bis zu 45% unter diese gesenkt. Die Berufs- und Zeitsoldaten, die die Armee nicht einfach verlassen konnten, weil sie sich auf Jahre hinaus verpflichtet hatten oder aufgrund hoher Arbeitslosigkeit keine Arbeit fanden, nahmen den Kampf gegen die Soldsenkungen auf. Zutiefst waren die Bourgeois über die starke Zersetzung ihrer Armee erschrocken. Nachdem die einfachen Berufssoldaten und Unteroffiziere in großen Demonstrationen Anfang 1978 (siehe Bild) eine Erhöhung der Zulage um 100% in drei Jahren erzwangen, holte die Regierung zu einem neuen Schlag aus, um diesen gemeinsamen Kampf zu schwächen und zu spalten: Zum 1. Juli 1978 kürzte sie die Zulage für einfache Soldaten und Gefreite um 50%. Derzeit verdient ein einfacher Soldat 837 DM netto pro Monat plus der Zulage von 308 DM. Am 1. Oktober soll nunmehr für alle Angehörigen der Berufsarmee die Zulage um 50% gesenkt, 1980 völlig gestrichen werden.

Mit der wachsenden gewerkschaftlichen Organisierung – in zähen Kämpfen wurde das Recht durchgesetzt – haben die Soldaten Mitte der 70er Jahre einen wichtigen Schritt getan, sich mit der Arbeiterklasse zu verbinden. Oft in Kasernen zusammengepfercht, weil der Sold für eine teure Mietwohnung nicht reicht, oder, wenn die Frau

der übrigen Bevölkerung leben. Ebenso sind die Besatzertruppen in Westdeutschland in Kasernen oder Siedlungen gepreßt, die oft jahrzehntelang nicht renoviert und eher baufällig als bewohnbar sind.

Nach mehrstündiger Belagerung des Regierungsgebäudes durch die Soldaten, sah sich Martens zur Erfüllung eines Teils der Forderungen gezwungen: Die Reduzierung der Zulage im Oktober wird fallengelassen, über ihre Abschaffung werden mit den Gewerkschaften Verhandlungen aufgenommen.



20000 Berufssoldaten demonstrierten Anfang 1978 für Lohnforderungen

,,Herbstschmiede" 79: Übung der Vorneverteidigung im Bewegungskrieg

,,Integrierte Führung" stärkt USA / ,,Gefecht der verbundenen Waffen"

z.hev. Die im Rahmen der NATO-Übung ,,Autumn Forge" (Herbstschmiede) durchgeführten Manöver werden nicht die einzigen sein, die bis Ende des Jahres Hunderttausende von Soldaten den Krieg um Europa üben lassen. Aber sie nehmen eine zentrale Stellung ein. Es geht, wie der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Mitteleuropa, General Franz-Joseph Schulze, es formulierte, um die Erfüllung des Auftrags zur Vorneverteidigung. Und der könne nur ,,im engsten Zusammenwirken von Land- und Luftstreitkräften" erfüllt werden, ,,im ,Kampf der verbundenen Teilstreitkräfte', im gleichen engen Zusammenwirken, das wir beim Heer im ,Gefecht der verbundenen Waffen' kennen."

Am Manöver ,,*Constant Enforcer 79*" (Standhafter Vollstrecker) werden vom 5. – 21. September 31000 belgische, westdeutsche und US-Soldaten mit 10000 Rad-, 2500 Kettenfahrzeugen und 300 Hubschraubern im Raum Wetzlar – Siegen – Kassel – Bad Hersfeld unter Leitung der Armeegruppe Mitte (CENTAG) teilnehmen. Die Autobahn Kassel – Bad Hersfeld gilt als Grenze BRD – DDR, die es zu überschreiten gilt. Die Führungsstäbe sind erstmals nicht ,,multinational", sondern ,,integriert" zusammengesetzt, was eine noch schärfere Kontrolle der taktischen Führung durch die US-Supermacht bedeutet. Geübt werden soll vor allem das ,,Zusammenwirken der Logistik", also von Nachrichtenverbindungen, von Gerät und Material, und das Ziel ist eine ,,Vereinheitlichung der Führungsgrundsätze", insbesondere des III. westdeutschen Korps und des V. US-Korps.

Bei ,,*Cold Fire 79*", das vom 12. – 21.9. im Raum Treysa – Schwalmstadt in Nordhessen unter Führung der 4. Alliierten Taktischen Luftflotte (4. ATAF) mit Hauptquartier in Ramstein stattfindet, werden die Piloten von 300 Düsenflugzeugen Luft – Luft und Luft – Bodeneinsätze gegen Kampfflugzeuge, Bodenanlagen von Luftstreitkräften und Radar- und Raketenstellungen fliegen. Das Musikkorps der 3. US-Panzerdivision ist auf Anforderung bereit, der Bevölkerung die Manöverzeit ein wenig zu versüßen.

Veranstalter des Manövers ,,*Hart Faust*" vom 17. – 21.9. im Raum Emden – Bremen – Paderborn – Recklinghausen ist das I. westdeutsche Korps mit Führungsstab in Münster. 60000 niederländische, westdeutsche und US-Soldaten bestreiten dieses Kriegsspiel mit 16000 Radfahrzeugen, 2700 Panzern und 150 Hubschraubern. Derweil versuchen die Marinestreitkräfte der NATO vom 4. – 19.9. bei ,,*Botany Bay*" die Zugänge zur Ostsee zu sperren.

Wohl wissend, daß letztlich jeder Krieg durch die Besetzung des Territoriums des Gegners entschieden wird, ist der zentrale Übungszweck der Autumn Forge Manöver die Unterstützung der Landstreitkräfte durch die Luftwaffe. Panzer alleine können den Durchbruch nicht schaffen, ist die nahezu einhellige Meinung im NATO-Hauptquartier. Und die Idee einer geschlossenen Linie, an der sich die Truppen des Warschauer Paktes festbeißen sollen, wurde angesichts der historischen Erfahrungen mit solchen Linien schnell verworfen. Eine solche Linie ermöglicht auch nicht den Blitzstart in die Tiefe des gegnerischen Raumes und die schnellen Anfangserfolge, die ,,die Verläßlichkeit der Satellitenarmeen (des Warschauer Pakts) entscheidend beeinflussen" (Schulze). Das Konzept heißt deshalb Bewegungskrieg mit Täuschung des Gegners und Vermeidung von Materialschlachten, um die Truppen des Warschauer Pakts von Anfang an handlungsunfähig zu machen und ihnen die Möglichkeit zu nehmen, sich überhaupt zum Gefecht zu gliedern. Wo also sonst als eben auf dem Gebiet der DDR oder der Tschechoslowakei ließen sich solche Ziele verwirklichen?

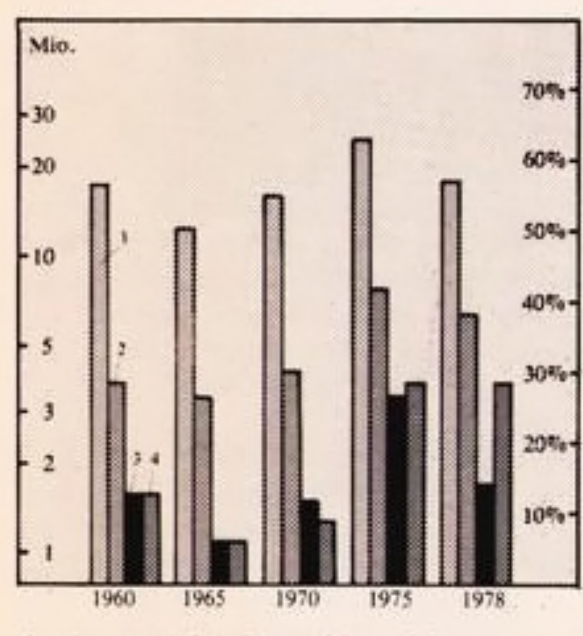
Im Manöver auf dem Gebiet der Bundesrepublik einen Bewegungskrieg zu üben, stellt die NATO-Führung und das Bonner Verteidigungsministerium vor schier unlösbare Aufgaben. ,,Die militärische Führung hat längst begriffen, daß der Bevölkerung nicht mehr so viel an Beeinträchtigung zugemutet werden kann, wie das noch vor Jahren möglich war", schreibt ,,Die Welt" am 31.8. Letztes Jahr betrugen die gemeldeten Manöverschäden über 100 Mio. Mark. Dieses Jahr schwärmten schon lange vor Manöverbeginn Abwiegler aus den Korpsstäben aus und führten Gespräche mit Bürgermeistern und Landräten. Und wieder einmal wird ,,schnelle und unbürokratische Hilfe" der Bevölkerung versprochen, die damit schon große Erfahrung hat. Eine andere und auch erfreuliche Schwierigkeit erwächst den Kommandeuren von den Soldaten selbst. Einige Kommandeure beklagen öffentlich das ,,gestiegene Anspruchsverhalten" der Soldaten, die Wohlstandsgesellschaft habe abgefärbt, Soldaten aber, so die Kommandeure, seien in aller erster Linie Diener und die 40- oder gar die 35-Stunden-Woche, Überstundenbezahlung und Dienstausgleich paßten nicht in die militärische Landschaft.



,,NATO raus aus Dänemark – Dänemark raus aus der NATO!" Demonstration zum 30. Jahrestag der Mitgliedschaft Dänemarks in der NATO am 27.8.79, veranstaltet von Parteien, Komitees und der Postarbeitergewerkschaft.

Überproduktionskrise in den USA ausgeweitet – Hungersätze in der Arbeitslosenversicherung

z.gek. Weit über 100000 Lohnabhängige haben die US-Kapitalisten allein im August außer Arbeit gesetzt. Der Schwerpunkt der Massenentlassungen liegt in der Automobilindustrie, wo die ,,großen Drei" (GM, Ford und Chrysler) bis zum 17. August über 70000 Arbeiter befristet oder unbefristet entlassen haben. Die großen und kleinen Zulieferbetriebe, dann die Reifenkonzerne sowie Teile der Stahlindustrie haben sofort nachgezogen. Aber die Überproduktionskrise beschränkt sich nicht auf diesen Sektor. Die Hersteller langlebiger Konsumgüter verzeichneten im August einen Auftragsrückgang von 5,3%. Im Bausektor ist es mit 7% fast zu einem Einbruch gekommen. An allen Ecken und Enden weist die offizielle Statistik der US-Bourgeoisie die immer eingeschränktere Konsumtion der Volksmassen als die Grundlage der ,,Überproduktion" aus.



1 Anträge Arbeitslosengeld (im Jahr)
2 Zahl der Arbeitslosen (Wochendurchschnitt)
3 Bezieher Arbeitslosengeld (Wochendurchsch.)
4 Eingestellte Zahlungen

Die Sicherheiten, die sich die Arbeiterklasse in den USA für den Fall von Arbeitslosigkeit bisher hat erkämpfen können, sind schwach. Wie das Schaubild zeigt, sind nur etwa zwei Drittel der Lohnabhängigen überhaupt in der vom Staat geführten Arbeitslosenversicherung. Obwohl die Kapitalisten (je nach Bundesstaat) 2–3% des Arbeiterlohns monatlich einzahlen, erhalten weniger als die Hälfte der Arbeitslosen tatsächlich ein Arbeitslosengeld. Gezahlt werden im Schnitt weniger als 90$ pro Woche, und das meist nur ein halbes Jahr oder weniger. Zwar haben sich die Arbeiter in einer Reihe großer Industrien Zusatzversicherungen erkämpft, wie in der Automobilindustrie, wo die Kapitalisten laut Tarifvertrag 14–24 Cts pro Arbeitsstunde einzuzahlen haben. Aber bei Massenentlassungen sind die Fonds im Nu pleite. Eben jetzt haben die Chrysler-Kapitalisten, wie schon 1975, den betrieblichen Versicherungsfonds durch Reduktion der Beitragszahlungen platzen lassen.

Kongreß der britischen Gewerkschaften: Sozialdemokratisches Oppositionsprogramm

z.rül.London. Eine Neuauflage von Sozialchauvinismus zurechtzuzimmern, deren soziale Basis die relativ höher bezahlten Facharbeiter bilden sollen, während die Arbeiter der unteren Lohngruppen weiter isoliert werden, das ganze als politische Bewegung gegen die Regierung, aber unter strikter Kontrolle der Labour-Parlamentsfraktion: Das ungefähr war das Konzept der Gewerkschaftsführer auf dem 111. Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC in der letzten Woche. 12128000 Lohnabhängige sind in den Gewerkschaften im TUC organisiert, mehr als jemals zuvor. Seit 1970 ist die Mitgliederzahl um 3,2 Mio. gestiegen. Fast die Hälfte der neuen Mitglieder sind Frauen, und Frauen in den Niedriglohngruppen des öffentlichen Dienstes waren auch die Hauptkraft in den Streiks des letzten Winters. Die Gewerkschaften seien ,,über die Grenze des praktisch Möglichen und des Erträglichen" gegangen, sei die Lehre aus diesen Streiks, erklärte TUC-Generalsekretär Len Murray. 60 Pfund Mindestlohn die Woche (ca. 1090 DM brutto im Monat) hatten die Krankenhausbeschäftigten im Winter gefordert. Der Antrag der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten COHSE für eine Kampagne für einen Mindestlohn von 80 Pfund (ca. 1450 DM im Monat) wurde gar nicht erst befaßt. Die Angriffe der Regierung auf das Streikrecht wurden verurteilt, weil, so der TGWU-Sprecher Urwin, ,,die Polizei bereits ausreichend gesetzliche Mittel für den Umgang mit Streikposten hat." Der TUC will eine große Propagandakampagne starten. Unter der Losung ,,Vorwärts in die 80er Jahre, nicht zurück in die 30er Jahre" fordert er ,,ein ausgeglichenes Wachstum des privaten und öffentlichen Sektors" und ,,nicht-inflationäre Steuerpolitik", also mehr direkte Steuern, sowie ,,planvolle Entwicklung des technologischen Wandels" bei gleichzeitiger ,,Unterstützung der sozial Schwachen". – ,,Die Zeiten billiger Energie sind vorbei... Die Zeiten billiger Bergarbeiter auch", erklärten Sprecher der Bergarbeitergewerkschaft. Der Kongreß forderte mehr Aufmerksamkeit für Energieeinsparung, striktere Kontrolle der nationalen Energiequellen, langfristige Investitionen in Kohle und Kernenergie. – Einer der wenigen nützlichen Beschlüsse: Die von den Kapitalisten geforderte und von einer Regierungskommission empfohlene Aufhebung der gesetzlichen Einschränkungen bei Nachtarbeit von Frauen wurde abgelehnt.

Sozialdemokratisches Oppositionsprogramm

z.rül.London. Eine Neuauflage von Sozialchauvinismus zurechtzuzimmern, deren soziale Basis die relativ höher bezahlten Facharbeiter bilden sollen, während die Arbeiter der unteren Lohngruppen weiter isoliert werden, das ganze als politische Bewegung gegen die Regierung, aber unter strikter Kontrolle der Labour-Parlamentsfraktion: Das ungefähr war das Konzept der Gewerkschaftsführer auf dem 111. Kongreß des britischen Gewerkschaftsbundes TUC in der letzten Woche. 12128000 Lohnabhängige sind in den Gewerkschaften im TUC organisiert, mehr als jemals zuvor. Seit 1970 ist die Mitgliederzahl um 3,2 Mio. gestiegen. Fast die Hälfte der neuen Mitglieder sind Frauen, und Frauen in den Niedriglohngruppen des öffentlichen Dienstes waren auch die Hauptkraft in den Streiks des letzten Winters. Die Gewerkschaften seien ,,über die Grenze des praktisch Möglichen und des Erträglichen" gegangen, sei die Lehre aus diesen Streiks, erklärte TUC-Generalsekretär Len Murray. 60 Pfund Mindestlohn die Woche (ca. 1090 DM brutto im Monat) hatten die Krankenhausbeschäftigten im Winter gefordert. Der Antrag der Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten COHSE für eine Kampagne für einen Mindestlohn von 80 Pfund (ca. 1450 DM im Monat) wurde gar nicht erst befaßt. Die Angriffe der Regierung auf das Streikrecht wurden verurteilt, weil, so der TGWU-Sprecher Urwin, ,,die Polizei bereits ausreichend gesetzliche Mittel für den Umgang mit Streikposten hat." Der TUC will eine große Propagandakampagne starten. Unter der Losung ,,Vorwärts in die 80er Jahre, nicht zurück in die 30er Jahre" fordert er ,,ein ausgeglichenes Wachstum des privaten und öffentlichen Sektors" und ,,nicht-inflationäre Steuerpolitik", also mehr direkte Steuern, sowie ,,planvolle Entwicklung des technologischen Wandels" bei gleichzeitiger ,,Unterstützung der sozial Schwachen". – ,,Die Zeiten billiger Energie sind vorbei... Die Zeiten billiger Bergarbeiter auch", erklärten Sprecher der Bergarbeitergewerkschaft. Der Kongreß forderte mehr Aufmerksamkeit für Energieeinsparung, striktere Kontrolle der nationalen Energiequellen, langfristige Investitionen in Kohle und Kernenergie. – Einer der wenigen nützlichen Beschlüsse: Die von den Kapitalisten geforderte und von einer Regierungskommission empfohlene Aufhebung der gesetzlichen Einschränkungen bei Nachtarbeit von Frauen wurde abgelehnt.

Streikbewegung im italienischen öffentlichen Dienst gegen die dauernden Lohnsenkungen

z.ulg.Rom. Für diesen Donnerstag haben die italienischen Gewerkschaftsbünde zu einem eintägigen Streik im gesamten öffentlichen Dienst aufgerufen. Gefordert werden die Umstellung der Inflationszuschläge auf dreimonatliche Berechnung ab 1980 und für dieses Jahr ein einmaliger Abschlag von 250000 Lire (570 DM).

Im Unterschied zu Industrie und Handel werden die Inflationszuschläge im öffentlichen Dienst bisher nur halbjährlich berechnet und ausgezahlt. In beiden Fällen wird die Punktzahl, um die ein dazu vom Statistischen Amt berechneter Lebenshaltungskostenindex gestiegen ist, für alle gleich mit dem einheitlichen Punktwert von 2389 Lire multipliziert. Von Mai bis Juli dieses Jahres z.B. ist der Index um 6 Punkte gestiegen. In Industrie und Handel gibt es daher ab August 6×2389=14334 Lire (32,40 DM) mehr. Für die öffentlich Bediensteten dagegen geht diese Preissteigerung zusammen mit der von August bis Dezember erst ab 1. Januar nächsten Jahres in den Inflationszuschlag ein.

Wir haben in dieser Zeitung nachgewiesen, daß auch für die Industriearbeiter die Inflationszuschläge nicht reichen, um die Teuerung auszugleichen. Jetzt hat die Regierung, statt auf die Forderungen einzugehen, hinausposaunt, welche *zusätzliche* Lohnsenkung sie mit dem bisherigen Verfahren im öffentlichen Dienst fertigbringt: 1750 Mrd. Lire würde die Umstellung auf dreimonatliche Berechnung 1980 kosten. Bei 3,5 Mio. Beschäftigten und 13 Monatsgehältern macht das für jeden die stattliche Summe von 38500 Lire (87,50 DM) im Monat.

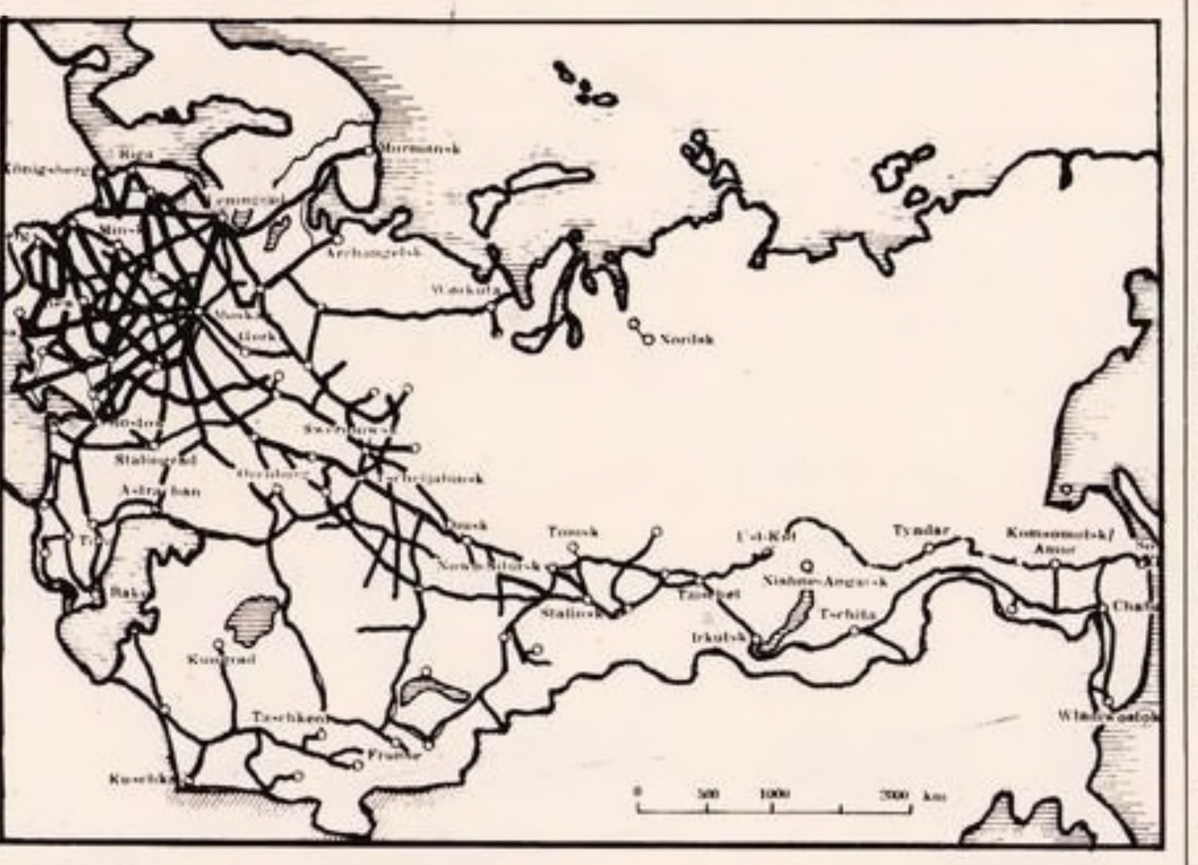
Seit Monaten haben sich die bürgerlichen Gewerkschaftsführer hinhalten lassen. Jetzt sind die Tarifverträge ausgelaufen, und die Regierung will sich jedes Zugeständnis mit Senkung des Tariflohns abhandeln lassen. Doch den Krankenhausbeschäftigten und den Angestellten der Regional- und Kommunalverwaltungen hat sie den einmaligen Abschlag bereits zugestehen müssen. Am 31.8. streikte auf Aufruf der berufsständischen ,,autonomen" Gewerkschaft ein Teil der Eisenbahner für die gleichen Forderungen. Gleich für Schuljahresbeginn haben auch die Lehrergewerkschaften einen Streik angekündigt.



RGW trägt Hauptlast des sowjetischen Eisenbahnbaus

Bis 1982: Breitspur-Bahn nach Katowicze / Empfindlicher Planrückstand in der UdSSR

z.anb. 1974 wurde zwischen der Sowjetunion und Polen vereinbart, je eine Ost-West-Verbindung in Nord- und Mittelpolen ganz auf das sowjetische Breitspursystem umzustellen. Noch in diesem Jahr soll die 395-km-lange Strecke vom Eisenhüttenkombinat Katowice im schlesischen Kohlerevier bis an die polnisch-sowjetische Grenze fertig werden. Vorerst verkehren auf der Breitspurlinie schwere Dieselzüge, wie sie die CSSR im Rahmen der RGW-Kooperation an die UdSSR liefert – auf dem Hinweg beladen mit Eisenerz aus dem sowjetischen Donezbecken, auf dem Rückweg mit Roheisen, Walzstahl, Elektrostahl aus dem Konverterwerk Katowicze.



Zwei Trassen von Osten nach Westen, im Westen ein dichtes Geflecht – das Eisenbahnnetz verrät die strategischen Interessen der Sozialimperialisten

Das sowjetische Eisenbahnsystem ist heute noch eines der modernsten und leistungsfähigsten. Die revolutionäre sowjetische Arbeiterklasse hat nach dem Sieg der proletarischen Revolution und vor allem nach dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg einen gewaltigen Vorsprung in bezug auf die Nutzung der modernen Technik und die Steigerung der Produktivkraft im Eisenbahntransport erreicht. Durch die Breitspur von 1520 mm (im Vergleich zu den in Westeuropa üblichen 1435 mm) ist es möglich, die Umschlagszeit der Gütertransporte zu verkürzen, weil die Waggons die physikalischen Gesetze von Schwerkraft und Reibung besser ausnutzen; sie können mit mehr Frachtgewicht beladen werden, ohne daß, vor allem bei hohen Geschwindigkeiten von über 100 km/h die Sicherheit und Manövrierfähigkeit des Transportzuges abnimmt.

Von der insgesamt rund 140000 km Eisenbahnstrecke in der UdSSR sind 50000 km elektrifiziert. 50% der Lokomotiven sind besonders starke Elektroloks, 30% sind Dieselloks mit 6000 PS. Auf den elektrifizierten Strecken wird etwa die Hälfte des gesamten Gütertransports abgewickelt. An zentralen Verkehrsknotenpunkten wie Moskau, Leningrad, Kiew, Swerdlowsk sind EDV-gesteuerte Rechenanlagen zur Koordinierung und Abwicklung des Güterumschlags eingeführt. Aber – die sowjetischen Imperialisten sind alles andere als zufrieden mit dem Gütertransport, der als ,,toter" Kostenbestandteil auf den aus der Ausbeutung der lebendigen Arbeit realisierbaren Profit drückt.

1978 wuchsen die sowjetischen Einfuhren aus dem RGW doppelt so schnell wie die Ausfuhren dorthin. Das dichte Netz der Eisenbahnlinien (siehe Karte) im westlichen Teil der UdSSR ist eine äußerst einseitig nützliche Angelegenheit; allein aus der CSSR holten die Sozialimperialisten 1978 um 25,5% mehr Maschinen und Chemierohstoffe heraus als das Jahr zuvor. Ohne Gegenlieferung. Und genau in der CSSR befindet sich nicht nur das militärische Zentrum der Besatzertruppen, sondern auch – in Prag – das logistische Zentrum des sogenannten RGW-Güterwagenparks. Er wurde 1963 von den sowjetischen Imperialisten ins Leben gerufen, d.h. konkret, die RGW-Staaten wurden zur Bezahlung der Frachtkosten für ihre Liefertribute in die Pflicht genommen.

Die Bilanz dieser RGW-Integration scheint der modernen Technik ein Armutszeugnis auszustellen. An den Knotenpunkten in den RGW-Ländern, wo von sowjetischer Breit- auf die Normalspur umrangiert werden muß, stauen sich leere Waggonzüge, defekte Wagen stehen Wochen und Monate herum, Ersatzteile sind nicht zu bekommen – das Ende vom Lied sind ausbleibende Lieferungen der Sowjetunion ,,mangels Waggonkapazität" und eine Strafgebühr für das RGW-Land, in dem sich "überzählige" Waggons stauen.

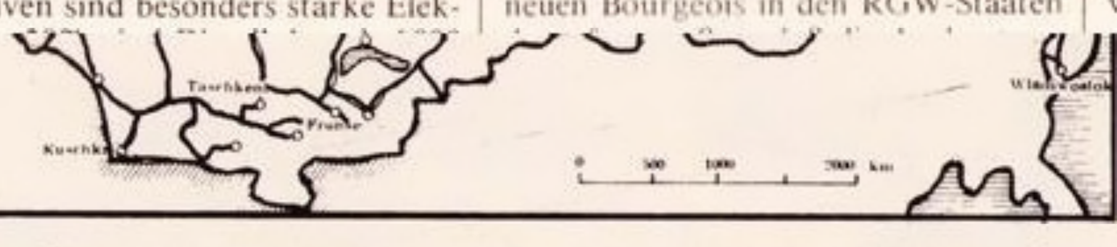
Für die sowjetischen Imperialisten ist das ein willkommener Anlaß, ihre neuen Bourgeois in den RGW-Staaten darauf zu stoßen, daß die Ausbeutung der dortigen Transportarbeiter zu wünschen übrig lasse. Sie versuchen damit, ihre eigene Niederlage in der Schlacht um die Steigerung der Schweißauspressung, vor allem der Eisenbahnarbeiter, zu vertuschen. Denn letztere sind der Grund dafür, daß der Vorteil entwickelter Technik der Eisenbahnen für die sowjetischen neuen Bourgeois nicht in Barem zu Buche schlägt.

1975 war jedes Kilogramm Fracht in der UdSSR mit rund 5 Rubel Transportkosten belastet; die durchschnittliche Weite der Eisenbahnfrachten nimmt seither weiter zu. Die Kosten der Vernutzung der Arbeitskraft sind die Hauptquelle der Verbilligung des Transports, und das Ausmaß beabsichtigter Lohnsenkung läßt sich erahnen, wenn man hört, daß eine Tonne Holz heute dreimal so weit (1700 km) wie im Jahre 1940 transportiert wird, bis sie verarbeitet wird – das kostet die strategische Zusammenballung der Produktion im Westteil.

,,Brigadeverträge" – so nennt sich der Angriff auf den Lohnstandard. Grundsätzlich haben die Eisenbahnarbeiter die oberen Lohngruppen belegt, sie haben die sozialimperialistische ,,Priorität" des Fünfjahrplanes für das Bau- und Transportwesen auf ihre Weise genutzt; wollte man nicht zahlen, haben die Arbeiter den Betrieb verlassen. Die im Fünfjahrplan vorgeschriebene Produktivitätssteigerung von 14,6% bis 1980 stellt sich jetzt als voller Reinfall heraus: im Bereich der Eisenbahntransporte liegt die Planerfüllung mit 92% am niedrigsten. Was mit den ,,Brigadeverträgen" gemeint ist, erläuterte im Januar das ZK der Gewerkschaft Bau- und Baustoffindustrie in der Gewerkschaftszeitung ,,Trud". Dort berichtet ein Kraftfahrer über die Einführung der ,,kollektiven Entlohnung":

,,So wurde ein für allemal das Problem der rentablen und unrentablen Fahrten aus der Welt geschafft. (...) Für die Brigade ist jede Tour vorteilhaft, weil der kollektive Lohnfonds von der Realisierung des geplanten *Beförderungsvolumens* abhängt." (,,Trud", 5.1.1979)

Dreierschicht rund um die Uhr, Nachtarbeit auf den Bahnhöfen, Auszahlung des *Tarif*lohns nur bei Erfüllung der akkordmäßigen Vorgaben für das Volumen. Die Bestimmungen des Arbeitsrechts geben diesem Angriff den notwendigen Flankenschutz. Darin ist für Eisenbahner weder ein arbeitsfreier Tag pro Woche garantiert, wie für die übrigen Bereiche der Industrie, noch überhaupt Feiertagsarbeit von der Normalarbeitszeit unterschieden, was nicht einmal zu Lohnzuschlägen berechtigt. ,,Wegen notwendiger Dienstleistungen für die Bevölkerung" unterliegen die Eisenbahnarbeiter Sondergesetzen, die einen beträchtlichen Druck auf die gesamte Arbeiterklasse ausüben. Dazu gehört auch die Sonderbestimmung, daß durch Einführung moderner Technik, wie EDV-Anlagen auf den Güterbahnhöfen, dem Eisenbahner die Ausübung ,,mehrerer Berufe" verordnet werden kann. Bis maximal 30% des Tarifsatzes für den wegrationalisierten Arbeitsplatz erhält er dann als ,,Vergütung". Damit diese Perfidie wirkt, muß allerdings der Lohn so weit gedrückt sein, daß der ökonomische Zwang den Klassenzusammenhalt der Arbeiter sprengt. Der Chefingenieur der Eisenbahndirektion Oktjabr rechnet damit, daß sich dies ,,über Jahre erstrecken wird". Die Zeit werden die Sozialimperialisten nicht haben.



Zwei Trassen von Osten nach Westen, im Westen ein dichtes Geflecht – das Eisenbahnnetz verrät die strategischen Interessen der Sozialimperialisten

rer über die Einführung der ,,kollektiven Entlohnung":

,,So wurde ein für allemal das Problem der rentablen und unrentablen Fahrten aus der Welt geschafft. (...) Für die Brigade ist jede Tour vorteilhaft, weil der kollektive Lohnfonds von der Realisierung des geplanten Beförderungsvolumens abhängt." (,,Trud", 5.1.1979)

Das sowjetische Eisenbahnsystem ist heute noch eines der modernsten und leistungsfähigsten. Die revolutionäre sowjetische Arbeiterklasse hat nach dem Sieg der proletarischen Revolution und vor allem nach dem Zweiten imperialistischen Weltkrieg einen gewaltigen Vorsprung in bezug auf die Nutzung der modernen Technik und die Steigerung der Produktivkraft im Eisenbahntransport erreicht. Durch die Breitspur von 1520 mm (im Vergleich zu den in Westeuropa üblichen 1435 mm) ist es möglich, die Umschlagszeit der Gütertransporte zu verkürzen, weil die Waggons die physikalischen Gesetze von Schwerkraft und Reibung besser ausnutzen; sie können mit mehr Frachtgewicht beladen werden, ohne daß, vor allem bei hohen Geschwindigkeiten von über 100 km/h die Sicherheit und Manövrierfähigkeit des Transportzuges abnimmt.

Von der insgesamt rund 140000 km Eisenbahnstrecke in der UdSSR sind 50000 km elektrifiziert. 50% der Lokomotiven sind besonders starke Elek-

Zentrum der Besatzertruppen, sondern auch – in Prag – das logistische Zentrum des sogenannten RGW-Güterwagenparks. Er wurde 1963 von den sowjetischen Imperialisten ins Leben gerufen, d.h. konkret, die RGW-Staaten wurden zur Bezahlung der Frachtkosten für ihre Liefertribute in die Pflicht genommen.

Die Bilanz dieser RGW-Integration scheint der modernen Technik ein Armutszeugnis auszustellen. An den Knotenpunkten in den RGW-Ländern, wo von sowjetischer Breit- auf die Normalspur umrangiert werden muß, stauen sich leere Waggonzüge, defekte Wagen stehen Wochen und Monate herum, Ersatzteile sind nicht zu bekommen – das Ende vom Lied sind ausbleibende Lieferungen der Sowjetunion ,,mangels Waggonkapazität" und eine Strafgebühr für das RGW-Land, in dem sich "überzählige" Waggons stauen.

Für die sowjetischen Imperialisten ist das ein willkommener Anlaß, ihre neuen Bourgeois in den RGW-Staaten

Dreierschicht rund um die Uhr, Nachtarbeit auf den Bahnhöfen, Auszahlung des Tariflohns nur bei Erfüllung der akkordmäßigen Vorgaben für das Volumen. Die Bestimmungen des Arbeitsrechts geben diesem Angriff den notwendigen Flankenschutz. Darin ist für Eisenbahner weder ein arbeitsfreier Tag pro Woche garantiert, wie für die übrigen Bereiche der Industrie, noch überhaupt Feiertagsarbeit von der Normalarbeitszeit unterschieden, was nicht einmal zu Lohnzuschlägen berechtigt. ,,Wegen notwendiger Dienstleistungen für die Bevölkerung" unterliegen die Eisenbahnarbeiter Sondergesetzen, die einen beträchtlichen Druck auf die gesamte Arbeiterklasse ausüben. Dazu gehört auch die Sonderbestimmung, daß durch Einführung moderner Technik, wie EDV-Anlagen auf den Güterbahnhöfen, dem Eisenbahner die Ausübung ,,mehrerer Berufe" verordnet werden kann. Bis maximal 30% des Tarifsatzes für den wegrationalisierten Arbeitsplatz erhält

Lockheed-Minister wegen ,,Reue" vorzeitig entlassen

z.ulg.Rom. Wegen ,,Reue" sind der italienische Ex-Minister Tanassi und der Lockheed-Berater O. Lefebvre vorletzte Woche nach sechs Monaten vorzeitig aus der Haft entlassen worden. Das Verfassungsgericht hatte am 1. März beide zu zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Die Revisionisten hatten aus diesem Anlaß im ganzen Land Reklame für die Klassenjustiz gemacht: ,,Zum ersten Mal Minister verurteilt..." Laut Urteilsbegründung hatte der Sozialdemokrat Tanassi 1970/71 als Verteidigungsminister für die Beschaffung von 14 ,,Hercules"-Transportflugzeugen umgerechnet mindestens 3,4 Mio. DM Schmiergelder von dem US-Konzern genommen, Lefebvre hatte den Deal vermittelt. Und worin besteht die Reue? Tanassi: ,,Wenn sie mich verurteilt haben, habe ich offensichtlich Fehler gemacht." Allerdings! Die ebenfalls an dem Geschäft beteiligten Christdemokraten haben sich *nicht* erwischen lassen. Für seine Ungeschicklichkeit ist der Depp freilich mit sechs Monaten hart genug bestraft. Jetzt wird in wöchentlicher Beratung ein Bewährungshelfer für ,,Resozialisierung" sorgen. Vor der Haftentlassung hat Tanassi hoch und heilig versprechen müssen, sich nicht mehr politisch zu betätigen. Stattdessen will er sich künftig historischen Studien widmen, gut gepolstert durch das in langen Ministerjahren angesammelte Vermögen. Hunderten von Häftlingen aus dem Volk wird dagegen selbst die ,,überwachte Freilassung" verweigert, weil sie kein Einkommen aus ,,ehrlicher Arbeit" nachweisen könnten.

Sowjetunion kürzt Zahlungsfristen für Erdöllieferungen

z.krk. Ab 1.9. kürzt die Sowjetunion die Zahlungsfrist für Erdöllieferungen auf 30 Tage von bisher 60 bzw. 90 Tagen. Bei der Nutzung der Vorteile der gegenwärtigen Marktlage will sie nicht hinter den westlichen Ölkonzernen zurückbleiben. Obwohl mit einer Tagesproduktion von 11,7 Barrel gegenwärtig der größte Erdölproduzent der Welt (an zweiter Stelle steht Saudi-Arabien mit 8,3 Barrel/Tag), hat sie das Einfrieren der Erdöllieferungen an die RGW-Länder auf den Stand von 1980 in der Periode 1980–1985 vorgesehen, um verstärkt auf dem westlichen Markt auftreten zu können. Auf diesen Markt zielt auch die getroffene Maßnahme, da mit den RGW-Ländern langfristige Lieferverträge bestehen. Neue Preiserhöhungen sind vorgesehen, zunächst auf dem inländischen Markt, für Kohle, Erdöl und Erdgas.

Verbot von öffentlichem Alkoholtrinken in Ungarn

z.krk. Mit Wirkung vom 31.8. hat der Budapester Stadtrat den Konsum von alkoholischen Getränken auf allen öffentlichen Plätzen, vor Getränkebuden, in Verkehrsmitteln, vor *Betrieben*, usw. verboten. Die Zuwiderhandlung wird mit einer Geldstrafe von umgerechnet 300 DM bestraft. Kann der Deliquent nicht an Ort und Stelle zahlen – was bei einem offiziellen Durchschnittslohn von 345 DM zu erwarten ist – bekommt er einen Scheck ausgehändigt. Zahlt er nicht innerhalb der angegebenen Frist, wird sein Arbeits-

El Salvador 1932, 1979: Revolutionäres Bündnis zwischen indianischen Bauern und Arbeitern

z.jon. El Salvador ist mit 21000 km², etwa der Größe Hessens, und mit 4,3 Mio. Einwohnern der kleinste, aber dichtbesiedelste der mittelamerikanischen Staaten. Die Bevölkerungsdichte hängt mit der großen Fruchtbarkeit seiner vulkanischen Hochebenen zusammen. Die folgende, für jeden Bourgeois appetitanregende Schilderung Westsalvadors stammt aus der Feder von Marcel Niedergang, der seit 1952 in „Le Monde“ Lateinamerika für die französischen Imperialisten beobachtet: „Die Hochebene liegt auf nur 800 m Höhe. In dieser Treibhausfeuchtigkeit ist der Boden wunderbar fruchtbar. Kaffeesträucher wechseln mit Bananenpflanzungen ab. Riesige Eukalyptusbäume beschatten leuchtende Bougainvilla. Abseits der Straße erstrecken sich über Dutzende von Kilometern fincas (Landgüter).“ Auch in der Beschreibung der sozialen Schönheiten von El Salvador verhält M. Niedergang in journalistischer Lyrik: „Eines der Geheimnisse der Rekordproduktivität der Kaffeepflanzungen ist einfach: Die salvadorianischen Peones sind sehr arbeitsam. Sie wohnen barfüßig und in unförmige Lumpen gekleidet in ranchos de paja (Strohhütten), essen jeden Tag zwei oder drei tortillas (Maiskuchen), eine Handvoll frijoles (schwarze Bohnen) und Gott sei Dank auch ein paar wilde, vitaminreiche Kräuter... Wenn sie arbeiten, erhalten sie unglaublich niedrige Löhne (durchschnittlich zwei Francs pro Tag), die sie dann schleunigst in Fusel umsetzen.“

Das ist 1975 geschrieben. Seitdem liest man solche idyllischen Schilderungen weniger. 1975 haben sich die beiden Organisationen dieser peones, die Union der Landarbeiter UTC und der Christliche Bauernverband von El Salvador FECCAS zunächst mit einer, dann mit insgesamt sechs Gewerkschaften und Studentenorganisationen zum Revolutionären Volksblock BPR zusammengeschlossen. 1977 begannen UTC und FECCAS, Großgrundbesitzerland zu besetzen. Gegen die Mordkommandos der Armee, der Nationalgarde und der Großgrundbesitzer-Miliz ORDEN haben sich ihnen bis heute rund 40000 Bauern vor allem in Westen des Landes angeschlossen, die sich gegen die bewaffneten Überfälle immer häufiger bewaffnet wehren. 1978 und zuletzt im Mai und Juni 1979 besetzte der BPR wiederholt Botschaften, Regierungsgebäude und Kirchen und organisierte gleichzeitig Streiks und Massendemonstrationen von Arbeitern, Bauern und Studenten in den Städten mit der Forderung nach Land, höheren Löhnen und Demokratie. Die Militärregierung hat mehrere dieser Demonstrationen buchstäblich auseinandergeschossen, hat aber zunehmend eigene Verluste. Sie mußte im Juni politische Gefangene freilassen und Lohnforderungen erfüllen. Carter und mit ihm die imperialistische Pressemeute beklagen ängstlich die Verletzung von Menschenrechten in El Salvador. Die revisionistische Partei des Landes tritt für „demokratische Erneuerung“ ein. Oberst Claramount, ein Führer der christdemokratischen Opposition gegen die Regierung des General Romero, hat zu einem Putsch „gemäßigter Offiziere“ aufgerufen. Nach dem Verlust ihrer Bastionen in Nicaragua fürchten die Imperialisten jetzt, daß sich die Arbeiter und Bauern von El Salvador befreien.

M. Niedergangs Bild vom dumpfen Arbeitstier Indio ist ein imperialistischer Wunschtraum. Es stimmt nicht, hat nie gestimmt. Die Geschichte El Salvadors ist die Geschichte des Kampfes der indianischen Bauernmassen zunächst gegen die spanischen Kolonisatoren, dann gegen die mit dem US-Imperialismus verbündete Clique („14 Familien“) von Großgrundbesitzern und Kompradoren. Mitte des 19. Jahrhunderts führen diese Großgrundbesitzer für den höheren Profit der britischen und US-amerikanischen Kapitalisten den Kaffeeanbau ein. 1881 wird das indianische Gemeindeland, 25% der Nutzfläche, enteignet. Das meiste bis dahin zur Nahrungsmittelproduktion verwandte Land wird in Plantagenland umgewandelt. Die Mehrheit der Bauern wird landlos oder auf Parzellen zusammengedrängt, die zur Lebensfristung nicht reichen. Ihre zersplitterten Aufstände unter der Führung traditioneller Führer (Caziquen) werden blutig unterdrückt. Erst nach dem Ende des 1. Weltkrieges und der Oktoberrevolution bilden sich die Faktoren heraus, unter denen der rückwärts gewandte, auf die Erhaltung überkommener Produktionsformen gerichtete Widerstand der Indianer sich in einen aussichtsreichen Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus verwandelt. Die Handwerkermassen in den Städten werden von der imperialistischen Industrie zunehmend ruiniert und selbst zu Lohnarbeitern. Die erste salvadorianische Gewerkschaft entsteht Mitte der 20er Jahre. Durch die russische Revolution wachgerüttelt, beteiligen sich salvadorianische Intellektuelle an den Revolutionen in Mexico und Nicaragua. Der Gründer der Kommunistischen Partei von El Salvador, Augustin Farabundo Marti, war ein Kampfgefährte Sandinos.

Als die KP 1930 gegründet wird, kann sie in wenigen Monaten Organisationsfreiheit und Arbeiterschutzgesetze erkämpfen. Auf dem Land treten 80000 Landarbeiter den Gewerkschaften bei. Sie fordern vor allem Land und demokratische Rechte durch Beendigung des indianischen Kastensystems. Die Kämpfe von Arbeitern und Bauern richten sich gegen die Auswirkung der Abhängigkeit El Salvadors vom imperialistischen Kaffeemarkt. Als die imperialistischen Monopole 1928 Höchstpreise erzielten, wurde die Anbaufläche für Kaffee noch einmal um die Hälfte erweitert, entsprechend wurden die Bauern enteignet. 1931 sank als Folge der Weltwirtschaftskrise der Kaffeepreis von 39 Colones (1928) auf 18 Colones pro Zentner (2,2 Colones = 1 Dollar). Die Löhne sanken um die Hälfte. 100000 waren arbeitslos. Als der General Martinez im Januar 1932 nach einem Putsch die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung vorbereitete, rief die KP zum bewaffneten Aufstand auf. Indianerhee-



sie dann schleunigst in Fusel umsetzen.“

Das ist 1975 geschrieben. Seitdem liest man solche idyllischen Schilderungen weniger. 1975 haben sich die beiden Organisationen dieser peones, die Union der Landarbeiter UTC und der Christliche Bauernverband von El Salvador FECCAS zunächst mit einer, dann mit insgesamt sechs Gewerkschaften und Studentenorganisationen zum Revolutionären Volksblock BPR zusammengeschlossen. 1977 begannen UTC und FECCAS, Großgrundbesitzerland zu besetzen. Gegen die Mordkommandos der Armee, der National-

Salvadors ist die Geschichte des Kampfes der indianischen Bauernmassen zunächst gegen die spanischen Kolonisatoren, dann gegen die mit dem US-Imperialismus verbündete Clique („14 Familien“) von Großgrundbesitzern und Kompradoren. Mitte des 19. Jahrhunderts führen diese Großgrundbesitzer für den höheren Profit der britischen und US-amerikanischen Kapitalisten den Kaffeeanbau ein. 1881 wird das indianische Gemeindeland, 25% der Nutzfläche, enteignet. Das meiste bis dahin zur Nahrungsmittelproduktion verwandte Land wird in Plantagenland umgewandelt. Die Mehrheit

vom imperialistischen Kaffeemarkt. Als die imperialistischen Monopole 1928 Höchstpreise erzielten, wurde die Anbaufläche für Kaffee noch einmal um die Hälfte erweitert, entsprechend wurden die Bauern enteignet. 1931 sank als Folge der Weltwirtschaftskrise der Kaffeepreis von 39 Colones (1928) auf 18 Colones pro Zentner (2,2 Colones = 1 Dollar). Die Löhne sanken um die Hälfte. 100000 waren arbeitslos. Als der General Martinez im Januar 1932 nach einem Putsch die gewaltsame Zerschlagung der Arbeiterbewegung vorbereitete, rief die KP zum bewaffneten Aufstand auf. Indianerhee-



10000 stellen sich am 10.5.1979 auf einen Aufruf des Revolutionären Volksblocks (BRP) unbewaffnet dem Militär entgegen, das Tage vorher in eine Demonstration hineingeschossen hatte.

re, z.T. unter Führung ihrer Caziquen, befreiten fast nur mit Macheten bewaffnet den gesamten Westen des Landes und hängten und vertrieben die Großgrundbesitzer. Der Plan aber, die Armee durch einen Soldatenaufstand zu zersetzen, scheiterte an Verrat. Streiks und Aufstände in der Hauptstadt San Salvador und im Osten wurden im Keim erstickt. Der Aufstand im Westen wurde in wenigen Tagen mit MGs und Artillerie niedergemetzelt. Insgesamt wurden rund 30000 Revolutionäre ermordet, daunter A.F. Marti.

Zum ersten Mal in Mittelamerika hatten die indianischen Bauernmassen im bewußten Bündnis mit der Arbeiterklasse versucht, ihr Land vom Imperialismus zu befreien. Die Lage der Bauern hat sich unter den seit 1932 herrschenden Militärdiktaturen nicht verbessert. 0,7% der landwirtschaftlichen Betriebe über 100 ha bedecken 39% der Nutzfläche. 80% der Bauern besitzen kein eigenes Land, die meisten können sich nur als Saisonarbeiter verdingen. Seit Anfang der 60er Jahre haben die US-Imperialisten begonnen, durch Investitionen in der Leichtindustrie die „überschüssige Arbeitskraft“ zu nutzen, um von El Salvador aus die anderen zentralamerikanischen Länder mit ihren Waren zu überschwemmen. Fast die Hälfte der Werktätigen arbeitet in der Landwirtschaft, rund 20% in der Industrie. Durch die Vergrößerung des Heeres der Industriearbeiter haben die Imperialisten nur das Heer ihrer Totengräber vergrößert.

„Die Arbeitskraft ist reichlich vorhanden, billig und außergewöhnlich produktiv“, schreibt eine französische Wirtschaftszeitung dazu. Ein britisches Blatt ergänzte aber nach den Streiks im Mai und Juni, die „organisierten Arbeiter“ hätten gezeigt, daß sie „fähig zu wirksamen Aktionen“ seien. FECCAS und UTC erklärten im September 1978 zur Begründung ihrer Mitgliedschaft im Revolutionären Volksblock: „Wir sind Organisationen, die aus Tagelöhnern und armen Bauern zusammengesetzt sind und von ihnen geführt werden. Unsere Aufgabe und das Ziel unserer Kämpfe ist kurzfristig die Befriedigung unserer dringendsten Bedürfnisse. Wir wollen damit auch Erfahrungen und Kräfte sammeln, damit wir in der weiteren Zukunft gemeinsam mit der Arbeiterklasse und den anderen ausgebeuteten und unterdrückten sozialen Schichten die Ursache von Ausbeutung und Elend, den abhängigen Kapitalismus, beseitigen können, um so unsere endgültige Befreiung zu erlangen.“

Der Zorn der revolutionären Indianer-Bauern Perus trifft den „neuen deutschen Film“

z.gek. Werner Herzog, eines der preisgekrönten Häupter des „neuen deutschen Films“, gedachte in Peru eine Fortsetzung seines Streifens „Aguiree Zorn Gottes“ zu drehen. Darin spielte Kinski einen Konquistador, einen altspanischen Kolonialräuber, wie er bei der Arbeit verroht, allerhand Seelenzweifel ihn nagen, usf. Diesmal sollten die entsprechenden Probleme eines „Kautschukbarons“ dargestellt werden. Um sich die entsprechende Landschaft als Gratisstaffage sowie die nötigen Operetten-Indianer zu besorgen, hatte Herzog eigens die „Wildlife Films Peru S.A.“ gegründet. Von der Militärregierung ließ er sich geeignete Indianerstämme und deren Gebiete zuweisen – und dabei kam er dann mit der Realität Perus in Berührung. Die Realität Perus ist ein Land in voller Agrarrevolution, mit den indianischen Bauern als den Handelnden.

Seit 1961/62 haben vor allem die Indio-Bauern des Anden-Hochlandes die Fesseln der feudalen und kolonialen Sklaverei zerschlagen, indem sie die auf ihren alten Gemeindeländereien sitzenden Großgrundbesitzer davongejagt haben. Z.B. in der Provinz Andahuaylas waren 1974 72 Haziendas mit über 60000 Hektar von einigen zehntausend Indianer-Bauern besetzt, das waren 90% des Großgrundbesitzes und damit des fruchtbaren Landes der Provinz. Es waren die alten Gemeindeländereien der Quetchua-Indianer. Auch die Landreform seit 1968, die vielfach die Grundherren gegen reiche Entschädigung „enteignete“, um die halb-leibeigenen Indianer-Bauern sogleich in Landarbeiter auf kapitalistisch betriebenen Genossenschaften zu verwandeln, hat diese Kämpfe von Hunderttausenden nicht aufhalten können, genausowenig wie die brutale Militärunterdrückung ihre Resultate rückgängig machen konnte. – In anderen Gebieten des Landes, vor allem den Gebieten



Demonstration der Bauern von Canipaco zur Gründung ihres einheitlichen Bauernverbandes, März 1979. Für den 4. November haben Bauernverbände aus dem ganzen Land zum „Kongreß der Nationalitäten“ Perus aufgerufen.

östlich der Anden, haben die weißen Kolonisatoren das Gemeindeland niemals rauben können. Ebendort, bei den Aguarunas am Oberlauf des Amazonas, erschien jetzt Herzog mit seinem Team und begann unter Militärdeckung eine 2 km lange Schneise durch den Wald zu schlagen. Daraufhin traten die Räte von 14 angrenzenden Dörfern zusammen und erklärten, ihr Land auf jeden Fall gegen die Eindringlinge zu verteidigen. Der junge Vorsitzende der Dorfräte Nugkuag berichtete peruanischen Zeitungen: „Sie wollten ein Basislager mit 30 Häusern anlegen. Dann brauchten sie 1000 Leute, ‚vorzugsweise‘ mit langen schwarzen Haaren. Für jede Anforderung boten sie uns etwas: eine Schule, eine Sanitätsstation, höhere Löhne. Wir sagten: Nein! Haut einfach ab!“ Und weiter: „Herzog kann von uns aus in Peru filmen, aber nur, wenn er das Land der eingeborenen Gemeinden in Ruhe läßt.“ (Lima Times, 24.8.) Die Filmarbeiten mußten unterbrochen werden, obwohl das Militär vier Indianer verhaftete.

Kinski einen Konquistador, einen altspanischen Kolonialräuber, wie er bei der Arbeit verroht, allerhand Seelenzweifel ihn nagen, usf. Diesmal sollten die entsprechenden Probleme eines „Kautschukbarons“ dargestellt werden. Um sich die entsprechende Landschaft als Gratisstaffage sowie die nötigen Operetten-Indianer zu besorgen, hatte Herzog eigens die „Wildlife Films Peru S.A.“ gegründet. Von der Militärregierung ließ er sich geeignete Indianerstämme und deren Gebiete zuweisen – und dabei kam er dann mit der Realität Perus in Berührung. Die Realität Perus ist ein Land in voller Agrarrevolution, mit den indianischen Bauern als den Handelnden.

Seit 1961/62 haben vor allem die Indio-Bauern des Anden-Hochlandes die Fesseln der feudalen und kolonialen Sklaverei zerschlagen, indem sie die auf ihren alten Gemeindeländereien sitzenden Großgrundbesitzer davongejagt haben. Z.B. in der Provinz Andahuaylas waren 1974 72 Haziendas mit über 60000 Hektar von einigen zehntausend Indianer-Bauern besetzt, das waren 90% des Großgrundbesitzes und damit des fruchtbaren Landes der Provinz. Es waren die alten Gemeindeländereien der Quetchua-Indianer. Auch die Landreform seit 1968, die vielfach die Grundherren gegen reiche Entschä-



Demonstration der Bauern von Canipaco zur Gründung ihres einheitlichen Bauernverbandes, März 1979. Für den 4. November haben Bauernverbände aus dem ganzen Land zum „Kongreß der Nationalitäten“ Perus aufgerufen.

östlich der Anden, haben die weißen Kolonisatoren das Gemeindeland niemals rauben können. Ebendort, bei den Aguarunas am Oberlauf des Amazonas, erschien jetzt Herzog mit seinem Team und begann unter Militärdeckung eine 2 km lange Schneise durch den Wald zu schlagen. Daraufhin traten die Räte von 14 angrenzenden Dörfern zusammen und erklärten, ihr Land auf jeden Fall gegen die Eindringlinge zu verteidigen. Der junge Vorsitzende der Dorfräte Nugkuag berichtete peruanischen Zeitungen: „Sie wollten ein Basislager mit 30 Häusern anlegen. Dann brauchten sie 1000 Leute, ‚vorzugsweise‘ mit langen schwarzen Haaren. Für jede Anforderung boten sie uns etwas: eine Schule, eine Sa-

---

platz benachrichtigt und das Geld vom Lohn abgezogen. – Auf die niederträchtigste Weise versteht es die ungarische Bourgeoisie, das Elend der Volksmassen in zusätzliche Profite umzuwandeln. Eine Nacht in der Ausnüchterungszelle kostet 25 bis 36 DM, sofort in bar zu bezahlen. Der Staat hat das Monopol für Herstellung, An- und Verkauf von alkoholischen Getränken. Bei einem reichlichen Angebot sind die Preise in den letzten Jahren mehrmals kräftig angehoben worden, natürlich, um dem Alkoholkonsum Einhalt zu gebieten. Dies soll auch der Grund für weitere Unterdrückungsmaßnahmen sein: in einem Budapester Metallbetrieb hat die Betriebsleitung die Belegschaft regelmäßig in die Tüte blasen lassen, in einem anderen erwog sie unlängst, die Kantine schließen zu lassen.

Azanische Gewerkschaft setzt Anerkennung durch

z.hef. Der US-Lebensmittelkonzern Kelloggs mußte in der letzten Woche die Gewerkschaft der Süßwaren- und Lebensmittelarbeiter für seinen südafrikanischen Zweigbetrieb offiziell anerkennen. Das heißt, die Kapitalisten verpflichteten sich, die Vertrauensleute der 210 azanischen Arbeiter als Vertreter der Belegschaft zu betrachten und den Funktionären der Gewerkschaft den Zugang zum Betrieb zu gestatten. Die 2000 Mitglieder starke Gewerkschaft der Süßwaren- und Lebensmittelarbeiter ist nicht bei der Regierung registriert, also im Grunde illegal. Es ist das zweite Mal, daß Monopole zu einem solchen Abkommen gezwungen werden konnten. Dieser Erfolg ist umso wichtiger, als die Regierung mit einer geplanten Arbeitsgesetzreform den unabhängigen Gewerkschaften ein Ende machen will. Die Registrierung soll zur Vorschrift werden, den registrierten Gewerkschaften das Recht auf Organisierung des größten Teils der azanischen Arbeiter, die nämlich als Wanderarbeiter zwischen den Reservaten und den Fabriken hin- und hergeschoben werden, nicht gegeben werden. Auf gewerkschaftliche Betätigung antworten die imperialistischen Firmen in Südafrika mit Entlassung der Aktivsten und Neueinstellungen. Mercedes ist berüchtigt dafür. Streikende Belegschaften werden oft vollständig entlassen, wie z.B. die 200 Arbeiter bei der Spedition DTB Cartage Co. nach ihrem Streik für höheren Lohn am letzten Montag. Die durchgesetzte Anerkennung bei Kelloggs ist ein direkter Schlag der azanischen Arbeiterbewegung gegen die Arbeitsgesetze.

Polizeischikanen gegen die ZANU in England

z.hef.London. Zu den Vorbereitungen der britischen Bourgeoisie auf die Rhodesien-Konferenz in London gehören zunehmende Polizeischikanen gegen die ZANU. Die Einwanderungsbehörden machen seit einigen Monaten den nach Großbritannien einreisenden Mitgliedern der ZANU immer größere Schwierigkeiten. Am 31. Oktober verhafteten Polizisten in Zivil zum ersten Mal ein Mitglied im Londoner Büro der ZANU. Die Polizei kannte nicht einmal seinen Namen, als sie ihn wegen „Körperverletzung“ festnahm – er war den Polizisten als erster begegnet, weil er die Tür aufgemacht hatte. Nach 24 Stunden ließ die Polizei ihn frei, ohne Hemd und Schuhe. Die würden als Beweisstücke gebraucht. Zwei Tage später tischte der Polizeiankläger in der Gerichtsverhandlung vor dem Magistrate (Amtsrichter) folgende Geschichte auf: Der betreffende Genosse habe nachts eine Frau ins Büro gelassen, danach gewaltsam wieder hinausgeworfen und dabei um 20 Pfund bestohlen. Die angeblich so Mißhandelte trat während der Verhandlung nicht in Erscheinung. Der Polizeiankläger forderte Vertagung, „um weitere Beweise sammeln zu können“. Der Amtsrichter vertagte den Prozeß auf den 24.9. Er ließ dem Genossen den Paß abnehmen und ordnete an, ihn nicht eher freizulassen, ehe nicht mit 200 Pfund (800 DM) für ihn gebürgt sei.

Offensive „Houari Boumedienne“ zersetzt marokkanische Armee

z.inl. „Durch den Zwang der Ereignisse haben wir niemals die Initiative: Es sind immer die Guerilleros, die kämpfen, wo sie wollen und wann sie wollen.“ „Die Polisario kann jeden Augenblick auftauchen.“ Diese Klagen marokkanischer Offiziere protokolliert ein Korrespondent der Presseagentur AFP Ende August für die französischen Imperialisten, die an der Aggression gegen das saharauische Volk beteiligt sind. Der Friedensvertrag zwischen der Demokratischen Arabischen Republik Sahara und Mauretanien hat die Bedingungen für den Kampf um vollständige nationale Unabhängigkeit verbessert. Die Anfang 1979 an der Nordfront von der FPolisario eingeleitete Offensive „Houari Boumedienne“ entfaltet sich jetzt kraftvoll. Die zwangsausgehobene Armee des marokkanischen Aggressors wird von der Saharauischen Volksbefreiungsarmee ALPS auch auf dem eigenen Territorium angegriffen und geschlagen. Fünf Angriffe hat die ALPS im August gegen Garnisonen in Südmarokko geführt. Bei der Zerstörung der Garnison Lebouirate im Süden des Wadi Draa am 24.8. wurden 562 marokkanische Soldaten getötet, 92 gefangengenommen. An Kriegsmaterialien und Waffen erbeutete die ALPS: 7 Panzer, 51 Lastwagen, 40 Landrover, 52 Funkgeräte, Kanonen, Mörser, 370 Gewehre, 114 automatische Pistolen, 105 t Munition. „Dieser neue Sieg bekräftigt, daß das saharauische Volk, wenn nötig, in der Lage ist, seine Unabhängigkeit und die vollständige Befreiung seines Landes militärisch durchzusetzen.“ (Militärkommunique vom 28.8.1979)

Iran: Die Pressehetze verstärkt sich und die Opportunisten bekommen kalte Füße

z.jük. Seitdem die iranischen Volksmassen begonnen haben, die Imperialisten aus dem Lande zu vertreiben und deren Kompradoren, geschützt durch das Schah-Regime, zu zerschmettern, führt die bürgerliche Presse in den imperialistischen Ländern eine Hetzkampagne nach der anderen gegen die iranische Revolution durch. Der Zweck ist, die Errungenschaften der Revolution, die nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu untergraben und jegliche Unterstützung des gerechten Kampfes der iranischen Arbeiter und Bauern sowie der verschiedenen Völker Irans zu diskreditieren. Gleichzeitig stellt die Presseberichterstattung ideologische Vorbereitung der Intervention und Ermutigung der Konterrevolution im Iran dar. Kaum ein Wort wird verloren über die ökonomische und politische Entwicklung in den Städten und auch auf dem Land, viel dagegen über Hinrichtungen und Verfolgung bürgerlicher Journalisten aus dem Ausland. Gegenwärtig ist die Entwicklung in den kurdischen Gebieten des Iran erneuter Ausgangspunkt einer zügellosen Hetze auch der westdeutschen Presse. Springers „Bildzeitung“ bringt derzeit als einzige Zeitung direkt wieder den Schah unter und weiß zu berichten, daß der Schah „heimlich noch einmal nach Persien zurückgekehrt ist“, um auf der Insel Kish Generäle zum Putschen zu überreden (Bild 30.8.79). Und am 5.9. berichtet „Bild“ von Gerüchten, wonach „Khomeini Soraya eine Nachricht überbringen ließ. Sie soll in Khomeinis Auftrag angeboten haben, daß der Schah von der Todesliste gestrichen wird, wenn er sein gesamtes Vermögen zurückgibt und offiziell auf den Pfauenthron verzichtet. Aber der Schah lehnte ab. Der frühere Herrscher betont in seinen Lebenserinnerungen, er erwarte, sein Sohn Reza (19) werde bald Persien regieren.“

So dümmlich diese Berichterstattung klingt, hat sie doch insgesamt den Zweck, die Bedingungen für die Konterrevolution im Iran zu erörtern und die Kräfte, die diese führen könnten. Dabei wird sich gegenwärtig keineswegs festgelegt von seiten der imperialistischen Presse. Gesetzter scheinen da z.B. die Vorstellungen des letzten, vom Schah eingesetzten Ministerpräsidenten Bachtiar, der dann von den Volksmassen vertrieben wurde und jetzt in Paris aufgetaucht ist. Die Springerpresse und die FAZ drucken Interviews mit ihm ab. „Die Islamische Republik steuert“, so Bachtiar in der FAZ, „einer Katastrophe entgegen. Schuld daran sei Khomeinis völlige Konzeptionslosigkeit ... Khomeini sei ein politischer Dummkopf, dessen einziges Konzept es gewesen sei, den Schah zu stürzen. Ein Land lasse sich jedoch nicht mit dem Ruf Islam, Islam regieren. Bachtiar, der sich als Sozialdemokrat versteht, räumte ein, daß Iran nicht zu einem sozialdemokratischen Staat nach dem Muster Schwedens werden könne. Die Bemühungen der iranischen Politiker müßten jedoch in diese Richtung gehen, sagte er.“ (FAZ, 27.8.) Bachtiar verglich dann im weitern Khomeini mit Hitler und spekulierte auf einen Aufstand in der Armee und im Volk. Der Spiegel veröffentlicht einen Artikel – passend – zum Opium und weiß zu berichten, daß „nach dem Schah-Sturz die persischen Mohnbauern ungehindert zur Sache gingen“. Der „Stern“ hat in großer Ankündigung nun auch zugeschlagen: „Der Blutrichter des Ayatollah Khomeini“ sei „nicht unähnlich jenen blassen Funktionärstypen, die den Nazis das Vernichtungsgeschäft besorgten“.

In dieser Situation bekommen gegenwärtig auch die versammelten Opportunisten kalte Füße. Haben sie zu Beginn der Revolution im Iran lauthals gejubelt und keinerlei Worte über die vorhandenen Widersprüche in dieser Revolution verloren, so folgt gegenwärtig der große Katzenjammer. „Man will nicht mehr schweigen“, heißt es, demonstriert hat man auch schon in Frankfurt, für die Kurden, gibt man vor. Ein „Diskussionsbeitrag über die Entwicklung im Iran“ in der „Tageszeitung“ vom 6.9.79 gibt Auskunft über die kalten Füße der Opportunisten. Ein gewisser Dany Diner beginnt dort mit der Überschrift: „Die ‚Islamische Republik‘: Ein despotisch zentralistischer Staat“. „Seit dem 17. August, als Ayatollah Khomeini seine autokratische Herrschaft über das iranische Volk – vorläufig noch mit Einverständnis der Mehrheit der Bevölkerung – diktatorisch offen und ungezügelt auszuüben begann, haben sich die Illusionen derjenigen endgültig zerschlagen, die in der ‚Islamischen Revolution‘ eine neue Form gegenbürgerlicher Herrschaft emanzipatorischer Provinienz zu erblicken glaubten ... Die Funktion der schiitischen Massenbewegung konnte nur der Sturz des Schahregimes sein. Eine politische und gesellschaftliche Alternative konnte sie nicht anbieten. Die Vorstellung, den Islam nur als Hebel gegen die Schah-Diktatur zu nutzen, war eine Fehleinschätzung der demokratischen und linken Kräfte. Der Hebel ist inzwischen zum Knüppel geworden, mit dem sie geprügelt werden. Das heißt aber nicht, daß eine andere Alternative offen gestanden hat, deren man sich bloß hätte bedienen können. Es gibt historische Widersprüche, die keinen idealen Fahrplan zulassen. Dies gilt es zur Kenntnis zu nehmen und auszuhalten. Die Vorstellung aber, im Iran sei alles anders, war von Anfang an Illusion. Die ‚Islamische Republik‘ Khomeinis setzt die Form des zentralistisch-despotischen Staates fort.“

Und auch der KPD werden die Zehen kalt, sie schwenkt vom einen Ayatollah auf andere über. „Es zeichnet sich ab, daß Khomeini seine ehemals hauptsächlich fortschrittliche Rolle ausgespielt hat. Die Gefahr besteht vor allem darin, daß nach Khomeini ein Machtvakuum entsteht und der Kampf um Unabhängigkeit und Demokratie in ein inneres Chaos mündet, das vor allem den Sowjets zugute

27.8.) Bachtiar verglich dann im weitern Khomeini mit Hitler und spekulierte auf einen Aufstand in der Armee und im Volk. Der Spiegel veröffentlicht einen Artikel – passend – zum Opium und weiß zu berichten, daß „nach dem Schah-Sturz die persischen Mohnbauern ungehindert zur Sache gingen“. Der „Stern“ hat in großer Ankündigung nun auch zugeschlagen: „Der Blutrichter des Ayatollah Khomeini“ sei „nicht unähnlich jenen blassen Funktionärstypen, die den Nazis das Vernichtungsgeschäft besorgten“.

In dieser Situation bekommen gegenwärtig auch die versammelten Opportunisten kalte Füße. Haben sie zu Beginn der Revolution im Iran lauthals gejubelt und keinerlei Worte über die vorhandenen Widersprüche in dieser Revolution verloren, so folgt gegenwärtig der große Katzenjammer. „Man will nicht mehr schweigen“, heißt es, demonstriert hat man auch schon in Frankfurt, für die Kurden, gibt man vor. Ein „Diskussionsbeitrag über die Entwicklung im Iran“ in der „Tageszeitung“ vom 6.9.79 gibt Auskunft über die kalten Füße der Opportunisten. Ein gewisser Dany Diner beginnt dort mit der Überschrift: „Die ‚Islamische Republik‘: Ein despotisch zentralistischer Staat“. „Seit dem 17. August, als Ayatollah Khomeini seine autokratische Herrschaft über das iranische Volk – vorläufig noch mit Einverständnis der Mehrheit der Bevölkerung – diktatorisch offen und ungezügelt auszuüben begann, haben sich die Illusionen derjenigen endgültig zerschlagen, die in der ‚Islamischen Revolution‘ eine neue Form gegenbürgerlicher Herrschaft emanzipatorischer Provinienz zu erblicken glaubten ... Die Funktion der schiitischen Massenbewegung konnte nur der Sturz des Schahregimes sein. Eine politische und gesellschaftliche Alternative konnte sie nicht anbieten. Die Vorstellung, den Islam nur als Hebel gegen die Schah-Diktatur zu nutzen, war eine Fehleinschätzung der demokratischen und linken Kräfte. Der Hebel ist inzwischen zum Knüppel geworden, mit dem sie geprügelt werden. Das heißt aber nicht, daß eine andere Alternative offen gestanden hat, deren man sich bloß hätte bedienen können. Es gibt historische Widersprüche, die keinen idealen Fahrplan zulassen. Dies gilt es zur Kenntnis zu nehmen und auszuhalten. Die Vorstellung aber, im Iran sei alles anders, war von Anfang an Illusion. Die ‚Islamische Republik‘ Khomeinis setzt die Form des zentralistisch-despotischen Staates fort.“

Und auch der KPD werden die Zehen kalt, sie schwenkt vom einen Ayatollah auf andere über. „Es zeichnet sich ab, daß Khomeini seine ehemals hauptsächlich fortschrittliche Rolle ausgespielt hat. Die Gefahr besteht vor allem darin, daß nach Khomeini ein Machtvakuum entsteht und der Kampf um Unabhängigkeit und Demokratie in ein inneres Chaos mündet, das vor allem den Sowjets zugute
kommen würde. Aber der Islam ist im iranischen Volk zu tief verwurzelt, als daß ohne die Mullahs die Revolution fortgeführt werden könnte. Eine Kursänderung könnte vor allem von der emanzipatorischen-islamischen Strömung erzwungen werden, die heute von den Ayatollahs Madari und Taleghani repräsentiert werden. Beide Ayatollahs haben sowohl gute Beziehungen zur Linken unterhalten, als auch in den Nationalitätenkonflikten eine sehr positive Rolle gespielt. Sollte Khomeini zum neuen Schah werden, wird er auch mit ihrem Widerstand rechnen müssen. WaK.“ (Rote Fahne 34/79) Das Vakuum sitzt im Gehirn des Kommentators.

Im Iran beginnen sich die Kräfte erst zu ordnen

z.ges. Mit hartnäckigen und unnachgiebigen Massenaktionen, Streiks und Aufmärschen und zuletzt durch einen bewaffneten Gegenangriff auf die kaiserlichen Söldnertruppen haben die iranischen Volksmassen das Schahregime gestürzt und damit einen großen Sieg im Kampf für Unabhängigkeit und Freiheit gegen Imperialismus und Sozialimperialismus errungen. Es ist leicht, über die jetzigen Schwierigkeiten der iranischen Revolution und über ihre bisherige Führung die Nase zu rümpfen. Es ist aber auch ziemlich einfältig. Der Sturz des Schah war auch nicht einfach, und doch haben ihn die Volksmassen schließlich zustande gebracht.

Was sind die treibenden Kräfte der Revolution? Wie gliedert sich das iranische Volk? Ungefähr 50% der 35 Mio. Bevölkerung wohnen auf dem Land, die andere Hälfte wohnt in Städten mit über 5000 Einwohnern. Der größte Teil der Landbevölkerung wohnt in Dörfern unter 250, oft unter 50 Einwohnern. Allein über 4,5 Mio. wohnen dagegen in der Hauptstadt Teheran, die auch die größte Industriekonzentration umfaßt. In diesen Zahlenverhältnissen spiegelt sich wieder, wie unter dem Schahregime die Landwirtschaft zugrundegerichtet wurde, um so die erste Bedingung für den Aufbau einer kapitalistischen Industrie zu schaffen. Hauptinstrument war die „weiße Revolution“, in der das Schahregime den feudalen Großgrundbesitz als Privateigentum der Feudalherren behandelte, ihnen einen Teil dieses Großgrundbesitzes abkaufte und entweder an die Bauern wiederverkaufte oder in der Hand des Staates behielt. Vielfach wurden die Bauern bloß formell Eigentümer des Bodens, entweder wurden sie unter bürokratischer Kontrolle des Schahregimes zu Kooperativen zusammengefaßt oder in Teilhaber landwirtschaftlicher Aktiengesellschaften verwandelt, die ebenfalls unter der bürokratischen Kontrolle des Schahregimes standen. Die Großgrundbesitzer bekamen Geld in die Hand, das sie in Staatsanleihen oder in städtischen Bodenspekulationen anlegten. Die landlosen Bauern blieben landlose Bauern und die Bauern, die Land hatten, verloren es an den feudalbürokratischen Staatsapparat, wobei sie noch dafür bezahlen mußten. Bezahlen konnten sie nur mit Hilfe von Krediten. Vom Staat waren nur kurzfristige Kredite zu haben, die die Bauern dann mit neu aufgenommenen Wucherkrediten zurückzahlen mußten. Der bäuerlichen Landwirtschaft wurden durch die weiße Revolution bloß Mittel entzogen. Die Bauern wurden dem Wucher ausgeliefert. Um die Kapitalisierung der Landwirtschaft voranzutreiben, nahm das Schahregime einige großkotzige Bewässerungsprojekte in Angriff, die soweit sie überhaupt abgeschlossen wurden, bloß den Großgrundbesitzern und der Plantagenwirtschaft zugute kamen. Das traditionelle Bewässerungssystem wurde im Zuge der weißen Revolution weitgehend vernichtet. Der Effekt war die Beschleunigung der „Landflucht“ und die Aufblähung der Städte mit landlosen Bauern als industrielle Reservearmee. Die Hälfte des bebaubaren Landes lag brach. Aus einem Land, das sich bis in die fünfziger Jahre hinein mit Nahrungsmitteln selbst versorgen konnte, wurde ein Land, das zu mehr als der Hälfte, bis zu 80%, von Nahrungsimporten abhängig wurde. Die Industrialisierung hielt mit dieser Vernichtung der Landwirtschaft nicht mit und hatte keine Basis in der Landwirtschaft, so daß die Industrialisierung die Abhängigkeit von den Imperialisten und Sozialimperialisten bloß noch verschärfte. Importe überschwemmten das Land. Die Industrialisierung des Iran war nicht auf den inneren Markt und erst recht nicht auf den ländlichen Markt ausgerichtet, der mit der Vernichtung der Landwirtschaft auch immer mehr schrumpfte.

Die völlig disproportionale Entwicklung des Landes wurde durch den Ölboom nur verdeckt, in Wirklichkeit aber gefördert. Die Anteile der einzelnen Bereiche am Bruttosozialprodukt verschoben sich zwischen 1959 und 1976 wie folgt (in Prozent):

	1959	1966	1976
Landwirtschaft	33,3	25,5	9,4
Ind. u. Bauw.	14,5	18,0	20,5
Mineralölw.	10,7	15,9	38,0
Dienstleistung	38,3	42,7	32,5

Während die Bevölkerung sich der Wohnung nach je zur Hälfte auf die Stadt und auf das Land verteilt, sind von der berufstätigen Bevölkerung nur noch 35% in der Landwirtschaft und im Bergbau tätig, während 32,3% in Industrie und Bauwirtschaft und 32,7% im Dienstleistungsbereich tätig sind. Die Bauern und landlosen Bauern, die sich als Tagelöhner verdingen müssen, sind die am meisten niedergehaltene und unterdrückte Klasse, und der einzige Ausweg aus diesem Elend blieb die Flucht in die Stadt und in die direkte Ausbeutung durch das imperialistische Kapital, das mit 510 Mio. $ einen Großteil der modernen Wirtschaft kontrollierte, während der Rest unter der Kontrolle des Schahregimes stand, so daß auch jede Entwicklung der nationalen Bourgeoisie auf enge Schranken stieß.

Die treibenden Kräfte der Revolution gegen das Schahregime, die sich 1978 einheitlich und unaufhaltsam entwickelte, waren die Bauern und die landlosen Bauern, die es in die Stadt verschlagen hatte, die Arbeiter, die Angestellten und die nationale Bourgeoisie. Den Ausschlag für den Erfolg gaben die Arbeiter der Öl- und Energiewirtschaft mit ihren hartnäckigen Streiks und bis zu einem gewissen Grad die Bankangestellten, die das Schahregime an seinem wirtschaftlichen und finanziellen Lebensnerv trafen. Repräsentiert wurden diese antiimperialistischen Klassen durch verschiedene politische Organisationen, insgesamt jedoch durch die schiitischen Geistlichen. Die schiitischen Geistlichen waren dazu in der Lage, weil sie in ihrer Organisation mit dem Staatsapparat nicht verquickt waren, sondern ihm entgegengesetzt waren. Die schiitischen Geistlichen werden nicht durch den Staat finanziert und kontrolliert, sondern durch die Gemeinschaft der Muslims. So ist es auch kein Wunder, daß sich die verschiedenen Interessen der antiimperialistischen Klassen als Widersprüche unter den Geistlichen widerspiegeln. Dabei bringt die schiitische Geistlichkeit vor allem die Interessen der Bauern, der auf dem Land dahinvegetierenden oder in die Stadt verschlagenen landlosen Bauern und der städtischen Handwerker zum Ausdruck. Das macht den illusionären Charakter ihres Programms aus. Während es in Wirklichkeit darum geht, ob die Bourgeoisie oder die Arbeiter die Bauern und die städtische Kleinbourgeoisie führen, stellt die Islamische Republik den Versuch dar, diese Frage zu umgehen und die bäuerlichen Ideale der Klassengesellschaft überzustülpen.



„weiße Revolution“, in der das Schahregime den feudalen Großgrundbesitz als Privateigentum der Feudalherren behandelte, ihnen einen Teil dieses Großgrundbesitzes abkaufte und entweder an die Bauern wiederverkaufte oder in der Hand des Staates behielt. Vielfach wurden die Bauern bloß formell Eigentümer des Bodens, entweder wurden sie unter bürokratischer Kontrolle des Schahregimes zu Kooperativen zusammengefaßt oder in Teilhaber landwirtschaftlicher Aktiengesellschaften verwandelt, die ebenfalls unter der bürokratischen Kontrolle des Schahregimes standen. Die Großgrundbesitzer bekamen Geld in die Hand, das sie in Staatsanleihen oder in städtischen Bo-

wirtschaft nicht mit und hatte keine Basis in der Landwirtschaft, so daß die Industrialisierung die Abhängigkeit von den Imperialisten und Sozialimperialisten bloß noch verschärfte. Importe überschwemmten das Land. Die Industrialisierung des Iran war nicht auf den inneren Markt und erst recht nicht auf den ländlichen Markt ausgerichtet, der mit der Vernichtung der Landwirtschaft auch immer mehr schrumpfte.

Die völlig disproportionale Entwicklung des Landes wurde durch den Ölboom nur verdeckt, in Wirklichkeit aber gefördert. Die Anteile der einzelnen Bereiche am Bruttosozialprodukt verschoben sich zwischen 1959 und 1976 wie folgt (in Prozent):

Angestellten und die nationale Bourgeoisie. Den Ausschlag für den Erfolg gaben die Arbeiter der Öl- und Energiewirtschaft mit ihren hartnäckigen Streiks und bis zu einem gewissen Grad die Bankangestellten, die das Schahregime an seinem wirtschaftlichen und finanziellen Lebensnerv trafen. Repräsentiert wurden diese antiimperialistischen Klassen durch verschiedene politische Organisationen, insgesamt jedoch durch die schiitischen Geistlichen. Die schiitischen Geistlichen waren dazu in der Lage, weil sie in ihrer Organisation mit dem Staatsapparat nicht verquickt waren, sondern ihm entgegengesetzt waren. Die schiitischen Geistlichen werden nicht durch den Staat finanziert und kontrolliert, sondern durch die Gemeinschaft der Muslims. So ist es auch kein Wunder, daß sich die verschiedenen Interessen der antiimperialistischen Klassen als Widersprüche unter den Geistlichen widerspiegeln. Dabei bringt die schiitische Geistlichkeit vor allem die Interessen der Bauern, der auf dem Land dahinvegetierenden oder in die Stadt verschlagenen landlosen Bauern und der städtischen Handwerker zum Ausdruck. Das macht den illusionären Charakter ihres Programms aus. Während es in Wirklichkeit darum geht, ob die Bourgeoisie oder die Arbeiter die Bauern und die städtische Kleinbourgeoisie führen, stellt die Islamische Republik den Versuch dar, diese Frage zu umgehen und die bäuerlichen Ideale der Klassengesellschaft überzustülpen.
Der Widerstand gegen die Islamische Republik kommt vor allem von Seiten der nationalen Bourgeoisie und den Überresten der Feudalen und Kompradoren, die sich in ihren Interessen durch die Islamische Republik beengt fühlen. Sicherlich kommt dieser Widerstand auch von Seiten der Arbeiter-



Massenkundgebung gegen den Schah vor einer Moschee in Teheran

Läuft nicht alles glatt, schreit die „Linke“ Zeter und Mordio (Presseschau)

Die Tageszeitung, 6.9.79

„Die ‚islamische Republik‘: Ein despotisch zentralistischer Staat“

„Ayatollah Khomeini hat Truppen nach Kurdistan gesandt, um diejenigen zu ‚strafen‘, die die absolute Herrschaft seiner Autorität nicht anerkennen wollen. Die Kurden sind freilich die letzten, die den Zusammenhalt des iranischen Vielvölkerstaates und seinen Bestand bedrohen könnten. Dazu wären viel eher die Araber in Khusistan geeignet, die quasi auf den Ölfeldern Irans leben. Ihre Sezession hätte freilich für den Bestand des Iran gravierende Folgen: Iran würde seinen Ölreichtum verlieren. Um die zentrale Herrschaft zu erhalten, schlägt Khomeini die Kurden, meint aber die Araber, die nicht wie die Kurden in einem Zustand völliger Isolation seinen Züchtigungsversuchen ausgesetzt wären. Eine Unterdrückung der Araber in Khusistan würde einen solchen Konflikt sofort regionalisieren. Bei den international ungeliebten Kurden, deren nationale Integrität die territoriale ‚Integrität‘ Irans, Iraks und der Türkei bedrohen würde, hat man es freilich leichter. Khomeini oder wer ihn auch so beraten mag, denkt in diesem Falle also sehr politisch. Ob er innenpolitisch auch so machiavellistisch zu handeln vermag und alles daran setzt, um seine Macht zu erhalten und zu festigen, ist zweifelhaft. So entledigt er sich mit jedem Tag ‚islamischer Republik‘ weiterer Parteigänger und es wird nicht lange dauern, bis er sich so weit um wichtige Gefolgsgruppen gebracht hat, daß seine Herrschaft stürzt. Ob der Zusammenbruch der ‚islamischen Republik‘ Khomeinis ebenso unblutig bzw. verhältnismäßig unblutig verlaufen wird wie der des Schahregimes, ist zu bezweifeln. Die Ausdifferenzierung der Opposition im Untergrund, die Wahrnehmung konkreter Interessen durch die Bevölkerung, die sich nicht noch einmal so einfach auf einen simplen Nenner homogenisieren lassen wird wie zur Zeit des Kampfes gegen das Schahregime, sprechen eher dafür, daß ein langandauernder Bürgerkrieg zu erwarten ist, der auch den Zusammenhalt des Iran als zentralen Vielvölkerstaats bedrohen kann. Khomeini war nach dem Sturz des Schahregimes bestrebt, die Armee zusammenzuhalten und sie nicht zerfallen zu lassen. Er wollte sie lähmen und übernehmen, nicht aber auflösen. Das ist ihm damals durch die Strategie der Fedayiin el-Kalk schlecht gelungen. Heute soll sich die Armee in Kurdistan profilieren. Mit Panzer gegen die Kurdenkrieger im Terrain der Berge? Wohl schwerlich: gegen Khomeini – vielleicht.“ Dany Diner.

Flugblatt Asta Uni Frankfurt, 25.8.79

„Es wird immer offensichtlicher, daß das islamische Regime unfähig ist, die tiefgreifenden gesellschaftlichen Widersprüche im Iran, die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung zu lösen. Arbeitslosigkeit, Hunger, Wohnungsnot, hohe Lebensmittelpreise als Folge der Mißwirtschaft von Großgrundbesitzern und hohen Importpreisen, Analphabetentum und andere schwere Probleme bestehen weiter ... Zur alten Oligarchie der Großgrundbesitzer gehörten auch der Clan Chomeinis und andere Mitglieder des islamischen Klerus, die, bevor Teile ihres Grundbesitzes im Zuge der sogenannten ‚weißen Revolution‘ enteignet wurden, problemlos mit dem Schah zusammengearbeitet hatten und über einflußreiche Positionen in dessen Regierung verfügten ... Nachdem die tyrannische Herrschaft des Schah endlich beseitigt ist, die neuen Führer des Iran aber auf der Grundlage einer noch vorhandenen Zustimmung breiter Teile der Bevölkerung und angesichts immer schärfer werdender sozialer Auseinandersetzungen ähnliche Machtmittel anwenden, um die Lage unter Kontrolle zu halten, setzen wir unsere Hoffnungen auf die gegenwärtig sich entwickelnde Widerstandsbewegung, die sich allen Verboten politischer Parteien, Organisationen und Publikationen entgegenstellt, den Kampf für die Autonomie der verschiedenen Nationalitäten Irans unterstützt und sich der Wiederherstellung der alten, von imperialistischen Interessen bestimmten Strukturen aktiv widersetzt.“

Roter Morgen 35 / KPD/ML

„Der immer offener reaktionäre Kurs Khomeinis und seiner ‚Partei der Islamischen Republik‘ richtet sich gegen die Werktätigen des Iran, gegen die demokratische Bewegung, gegen die nationalen Minderheiten. Er begünstigt mit seiner Politik sowohl die monarchistische Großbourgeoisie als auch die imperialistischen Kräfte vor allem der USA. Je stärker die Völker des Iran ihre Forderungen erheben, desto mehr wird der reaktionäre Kurs beschleunigt. Die antiimperialistischen Maßnahmen, die bisher von Khomeini-Leuten getroffen wurden, geschahen auf Druck der Volksmassen, die dafür ihr Blut vergossen hatten. Sowohl die Kündigung der Militärverträge mit den USA als auch die Ausweisung der US-Militärberater, die jetzt erfolgte, waren bereits Forderungen der streikenden Erdölarbeiter von Abadan gewesen, die Aufkündigung verschiedener Verträge mit den westdeutschen Monopolen wurde monatelang auf allen Massendemonstrationen erhoben, so auch auf der Mai-Demonstration der Arbeiter in Teheran. Bis heute wurden eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Massen der Bevölkerung beim Kampf gegen das faschistische Schahregime und seine amerikanischen Oberherren gefordert hatten, nicht durchgeführt, wieder rückgängig gemacht oder verhindert ... Diese Entwicklung begünstigt einen neuen faschistischen Putsch. Einzig und allein die pseudokommunistische ‚Tudeh‘-Partei und ihre Bruderparteien wie die DKP bejubeln den Kurs des Regimes der Ayatollahs, das von den sowjetischen Sozialimperialisten hofiert wird – das ist der

klasse. Da die islamische Republik jedoch die Widerspiegelung der Interessen der Bauern und Kleinbürger ist, der nächsten Verbündeten der Arbeiterklasse bei der Fortsetzung der Revolution, kann sich die Arbeiterklasse nicht mit Widerstand gegen die Islamische Republik begnügen, sondern muß ein Programm entwickeln, das die Bauern und die Kleinbourgeoisie für die Fortsetzung der Revolution gewinnt, ohne sofort in antagonistischen Gegensatz zur nationalen Bourgeoisie zu geraten. Dazu ist die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage. Bis zu einem gewissen Grad ist sie daher gezwungen, die Islamische Republik hinzunehmen, um Kräfte zu sammeln.

Was sind die wichtigsten Bestimmungen des Verfassungsentwurfes für die Islamische Republik, die durch das Referendum vom März mit übergroßer Mehrheit als Staatsform angenommen wurde? Welche Stellung nimmt diese Verfassung zu den Interessn der verschiedenen Klassen ein? Die Islamische Republik soll auf der „authentischen, schöpferischen und revolutionären Kultur des Islam“ beruhen und „besonderen Nachdruck auf den Wert und die Würde des Menschen“ legen. Sie soll „alle Formen der kulturellen, politischen und ökonomischen Diskriminierung und Herrschaft“ ausschließen. Die Regierung soll sich auf die „öffentliche Meinung“ stützen, die „Angelegenheiten des Landes sollen durch gewählte, beratende Körperschaften des Volkes“ geregelt werden.

In Artikel 9 wird festgelegt: „Werken und Arbeiten sind das Recht eines Jeden. Niemand kann einem anderen die Möglichkeit, zu werken und zu arbeiten im Namen eines offiziellen Besitztitels und der eigenen Arbeit wegnehmen. Jedermann muß mit der Möglichkeit versehen werden, zu werken und zu arbeiten, so daß niemand durch andere mißbraucht oder ausgebeutet wird.“ Die Gleichheit vor dem Gesetz, einschließlich der Gleichheit von Mann und Frau wie der Nationalitäten, wird gewährt. Die Stellung zum Privateigentum ist zwiespältig: „Privateigentum, das mit legitimen Mitteln erworben worden ist, soll innerhalb der Grenzen des Gesetzes respektiert werden“. In Artikel 41 wird Eigentum gegen Enteignung unter dem Vorwand des öffentlichen Wohls geschützt, außer wenn es im Rahmen des Gesetzes und mit gerechter Entschädigung enteignet wird. Artikel 47 legt fest, daß die nationale Volksversammlung Privateigentum in Industrie, Landwirtschaft und Handel nationalisieren wird in Fällen, wo es den öffentlichen Interessen schadet oder abträglich ist. Kultivierbares Land darf nicht unbebaut bleiben und darf nur durch Gesetz anderen als landwirtschaftlichen Interessen zugeführt werden.

Die „Islamische Verfassung“ ist vor allem eine bäuerliche Verfassung, die die Vernichtung der Landwirtschaft durch den Kapitalismus und die Spaltung der Bauern und Kleinbourgeoisie in Bourgeois und Proletarier verhin-

beiten im Namen eines offiziellen Besitztitels und der eigenen Arbeit wegnehmen. Jedermann muß mit der Möglichkeit versehen werden, zu werken und zu arbeiten, so daß niemand durch andere mißbraucht oder ausgebeutet wird.“ Die Gleichheit vor dem Gesetz, einschließlich der Gleichheit von Mann und Frau wie der Nationalitäten, wird gewährt. Die Stellung zum Privateigentum ist zwiespältig: „Privateigentum, das mit legitimen Mitteln erworben worden ist, soll innerhalb der Grenzen des Gesetzes respektiert werden“. In Artikel 41 wird Eigentum gegen Enteignung unter dem Vorwand des öffentlichen Wohls geschützt, außer wenn es im Rahmen des Gesetzes und mit gerechter Entschädigung enteignet wird. Artikel 47 legt fest, daß die nationale Volksversammlung Privateigentum in Industrie, Landwirtschaft und Handel nationalisieren wird in Fällen, wo es den öffentlichen Interessen schadet oder abträglich ist. Kultivierbares Land darf nicht unbebaut bleiben und darf nur durch Gesetz anderen als landwirtschaftlichen Interessen zugeführt werden.

Die „Islamische Verfassung“ ist vor allem eine bäuerliche Verfassung, die die Vernichtung der Landwirtschaft durch den Kapitalismus und die Spaltung der Bauern und Kleinbourgeoisie in Bourgeois und Proletarier verhin-
dern will. Das Privateigentum soll existieren, aber es soll nicht zur Ausbeutung führen. Tatsächlich hat die Regierung aber unter dem Druck des Revolutionsrates bereits einige Nationalisierungen vorgenommen. Die Ölindustrie ist sowieso verstaatlicht. Alles Eigentum des Schahs, die Banken, die Versicherungen und zuletzt einige wichtige Industriebereiche sind nationalisiert worden. Allerdings scheinen die Eigentümer darüber teilweise auch nicht unglücklich zu sein, sondern freuen sich, ihre Schulden und die Lohnforderungen der Arbeiter los zu sein. Entlassungen auch aus wirtschaftlichen Gründen hat die Regierung untersagt. Den Bauern hat die Revolution sofortige Erleichterung geschafft, indem Kapital via Subventionen und leichte Kredite in die Bauernwirtschaft geschleust wurde. Auch sind die Getreideankaufspreise etwas erhöht worden. Nach übereinstimmenden Berichten ist die Getreideernte sehr gut. Die Bauern haben sich teilweise gewaltsam Land von Großgrundbesitzern angeeignet und halten es in ihrer Hand. Bisher hat die Regierung das nicht legalisiert, aber auch nichts dagegen unternommen.

Die Islamische Republik kann nur zwangsweise aufrechterhalten werden. Zu begrüßen ist der Zwang, den sie Kompradoren, Feudalen und Imperialisten antut und antun wird. Aber sie wird auch versuchen, die Arbeiterbewegung als selbständige Kraft niederzuhalten. Gegenwärtig entfaltet sich die Arbeiterbewegung, indem die Komitees, die während der Streiks gebildet wurden, Kontrollrechte beanspruchen. Auch Lohnstreiks werden geführt. In der Verfassung wird zwar das Koalitionsrecht gewährt, das Streikrecht wird jedoch nicht ausdrücklich gewährt, eher ausgeschlossen.

Die nationale Bourgeoisie hat ihre Vertreter in der Regierung und in einem Teil der schiitischen Geistlichkeit. Sie hat auch eigene Organisationen wie die Nationale Front und die Nationale Demokratische Front. Diese sprechen sich gegen die Islamische Republik aus, weil die Islamische Republik der Entfaltung des Kapitalismus Schranken anzulegen droht. Soll sich die Arbeiterklasse mit diesen Kräften verbinden? Dann würde sie die Führung der Bauern an die Bourgeoisie abtreten und zum Nachtrab der Bourgeoisie werden. Die Arbeiterklasse muß gegenüber der Islamischen Republik ihre eigene Stellung beziehen. Die Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation müssen ausgebaut werden. Das Streikrecht und der 8-Stundentag sollte in der Verfassung verankert werden.

Die Islamische Republik ist eine volkstümlerische Utopie. Die Bauern und die Kleinbourgeoisie können die Entwicklung des Kapitalismus nicht aufhalten, sondern geben gerade den Boden für seine Entwicklung ab. Die Frage ist, in welcher Richtung sich diese Utopie auflösen wird. Wer wird schließlich die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt halten, die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse? Ein beträchtlicher Teil dieser Kommandohöhen befindet sich jetzt in der Hand des Staates. Die Frage ist also praktisch: Wird die „Islamische Republik“ abgelöst durch einen Staat der Bourgeoisie, die dann das Bündnis mit den Großgrundbesitzern und Kompradoren suchen wird, oder wird die „Islamische

Demokratische Front. Diese sprechen sich gegen die Islamische Republik aus, weil die Islamische Republik der Entfaltung des Kapitalismus Schranken anzulegen droht. Soll sich die Arbeiterklasse mit diesen Kräften verbinden? Dann würde sie die Führung der Bauern an die Bourgeoisie abtreten und zum Nachtrab der Bourgeoisie werden. Die Arbeiterklasse muß gegenüber der Islamischen Republik ihre eigene Stellung beziehen. Die Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation müssen ausgebaut werden. Das Streikrecht und der 8-Stundentag sollte in der Verfassung verankert werden.

Die Islamische Republik ist eine volkstümlerische Utopie. Die Bauern und die Kleinbourgeoisie können die Entwicklung des Kapitalismus nicht aufhalten, sondern geben gerade den Boden für seine Entwicklung ab. Die Frage ist, in welcher Richtung sich diese Utopie auflösen wird. Wer wird schließlich die Kommandohöhen der Wirtschaft besetzt halten, die Bourgeoisie oder die Arbeiterklasse? Ein beträchtlicher Teil dieser Kommandohöhen befindet sich jetzt in der Hand des Staates. Die Frage ist also praktisch: Wird die „Islamische Republik“ abgelöst durch einen Staat der Bourgeoisie, die dann das Bündnis mit den Großgrundbesitzern und Kompradoren suchen wird, oder wird die „Islamische
Republik“ durch einen Staat der neuen Demokratie abgelöst, der Unabhängigkeit und Freiheit wie Einheit der Nation und die Rechte der Minderheiten sichern kann? Diese Frage ist noch nicht entschieden. Eine rasche Entscheidung könnte, wie die Dinge liegen, nur zugunsten der Bourgeoisie ausfallen.

Von Anfang an kämpften die Völker des Iran gegen Kolonialismus und Imperialismus

z.rül. Bereits die ersten Versuche der britischen und russischen Kolonialisten, sich Ende des 19. Jahrhunderts Persien zu unterwerfen und das Land mittels Handels- und Bergwerksmonopolen, der Kontrolle der Zölle und über Anleihen auszuplündern, trafen auf den entschiedenen Widerstand der Völker des Landes. Die Völker Irans standen damals auf unterschiedlicher Entwicklungsstufe. Während in den persischen Gebieten Feudaleigentum vorherrschte, bei einer geringen Zahl von Handwerkern und Kaufleuten in den Städten, überwog z.B. bei den überwiegend viehzüchtenden Kurden noch das Stammeseigentum. Im Kampf gegen die Imperialisten schlossen sich die Völker des Iran frühzeitig zusammen, mit dem *persischen* Volk, dem größten Volk, als Hauptkraft und verhinderten die vollständige koloniale Unterwerfung des Landes.

1889 hatten britische, 1890 russische Bankiers die Gründung eigener Banken in Persien durchgesetzt, einschließlich des Rechts auf Herausgabe eigener Banknoten. Als 1890 die britischen Imperialisten den Schah zwangen, ihnen die Kontrolle über die Produktion, den Verkauf und Export des Tabak gegen eine jährliche Zahlung von 15000 Pfund Sterling und die Abtretung von ca. 25% der Profite zu übertragen, organisierten die persischen Kaufleute, Handwerker und Arbeiter der Städte mit Hilfe der islamischen Geistlichkeit und unterstützt von lokalen Aufständen der Bauern einen landesweiten Tabakboykott und setzten 1892 die Aufhebung der Konzession durch.

1905 erhoben sich die Kaufleute, Handwerker und Arbeiter der Städte erneut mit Unterstützung der Geistlichkeit. Sie forderten die Einberufung einer parlamentarischen Versammlung, konstitutionelle Monarchie und Besitzwahlrecht, Pressefreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz sowie den *Abzug der fremden Truppen aus dem Iran.* Die persischen Bauern erhoben sich ab 1907 im Norden gegen die feudalen Ausbeuter und beschlagnahmten und verteilten den Boden. Die Aufstandsbewegung blieb aber zersplittert, und 1909 gelang es britischen und russischen Truppen, den Aufstand nach der Abdankung des Schah niederzuwerfen.

Der Sieg der Oktoberrevolution förderte die revolutionäre Entwicklung in Iran. Seit 1917 bildeten persische Revolutionäre kommunistische Zellen im Land, zuerst unter Erdölarbeitern in Baku, dann in Tabriz und in Teheran. 1920 schlossen sie sich zur Kommunistischen Partei Persiens zusammen und bildeten die ersten Gewerkschaften. Zur gleichen Zeit erhoben sich im Norden des Landes, vor allem im Gebiet von Gilan und Tabriz, unter Führung von Kuchik Khan die Bauern. Sie schlossen sich in Bauernkomitees zusammen, beschlagnahmten und verteilten das Land der Großgrundbesitzer. Der Aufstand blieb aber auf den Norden des Landes beschränkt. 1921 gelang den britischen Imperialisten mit Unterstützung der Großgrundbesitzer unter Reza Khan die Niederwerfung dieser Erhebung. Die KP wurde verboten, setzte aber ihre Arbeit in der Illegalität fort.



Bewaffnete Modjahedan (Freiheitskämpfer) in Teheran 1908

Der Kampf der Kurden war ein wichtiger Beitrag zum Sturz des Schahregimes

z.bew. Nach der Türkei leben im Iran die meisten Kurden. 5,5 Mio. Kurden stellen 16% der iranischen Bevölkerung. Das iranische Kurdistan erstreckt sich im Norden von der Grenze der Sowjetunion bis im Süden etwa auf die Höhe von Bagdad, im Westen von der türkischen Grenze bis zum Urmisee im Osten und im Südosten von der irakischen Grenze etwa 250 km ostwärts. Die iranische Verwaltung hat das Gebiet in vier Provinzen aufgeteilt: das nördliche Gebiet (Westaserbeidschan) mit den Städten Mahabad und Saqqez; das mittlere mit Sanandadj, das offiziell Kurdistan heißt, im Süden Kermanshah. Das iranische Kurdistan ist reich an Bodenschätzen, die aber bis auf die Erdölfelder von Kermanshah weitgehend unerschlossen sind. Gegenüber etwa 50% im übrigen Iran leben im iranischen Kurdistan über 70% der Bevölkerung auf dem Land, wovon die Mehrzahl Pächter und Landarbeiter sind.

Das kurdische Volk lebt seit etwa 400 v.u.Z. in dem Gebiet der heutigen Osttürkei, Ostiraks und Westirans. Bis

lokalen Aufständen der Bauern einen landesweiten Tabakboykott und setz-

Agha, der 1920 zwei Jahre lang das Gebiet von Westaserbeidschan als befreites Kurdenland gegen die iranische Zentralregierung verteidigen kann, immer wieder zu Aufständen gegen die Diktatur des 1921 an die Macht gekommenen Reza Schah, der durch Umsiedlungs- und gewaltsame Unterdrückungsmaßnahmen dem Selbständigkeitsstreben der Kurden Herr zu werden versucht. 1946 wird in Mahabad von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) eine Kurdenrepublik ausgerufen, die den nördlichen Teil Irans umfaßte. Im Programm der KDP wird das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und freie Wahlen eigener Vertretungsorgane, sowie die Anerkennung der kurdischen Sprache als offizielle Amtssprache gefordert. Soziale Forderungen wie die Forderung nach einer Landreform fehlten. Die Kurdenrepublik zerfiel nach knapp einem Jahr unter dem Ansturm der iranischen Truppen. Es dauerte bis Mitte der 60er Jahre, bis die iranischen Kurden diese Niederlage überwanden und erneut den bewaffneten Kampf gegen das Schahregime aufnahmen und das kurdische Gebiet zu einem Zentrum des Kampfes gegen das Schahregime wurde. Jetzt aber unter der Losung „Sturz der Schahdiktatur“ und den Forderungen nach demokratischen Rechten, Landreform und nationaler Selbständigkeit, was erst das breite Bündnis der gesamten kurdischen Nation im Iran und gemeinsam mit den anderen iranischen Völkern möglich machte und einen wichtigen Anteil am Sturz des Schahregimes hatte.



Bewaffnete Modjahedan (Freiheitskämpfer) in Teheran 1908

Der Kampf der Kurden war ein wichtiger Beitrag zum Sturz des Schahregimes

z.bew. Nach der Türkei leben im Iran die meisten Kurden. 5,5 Mio. Kurden stellen 16% der iranischen Bevölkerung. Das iranische Kurdistan erstreckt sich im Norden von der Grenze der Sowjetunion bis im Süden etwa auf die Höhe von Bagdad, im Westen von der türkischen Grenze bis zum Urmisee im Osten und im Südosten von der irakischen Grenze etwa 250 km ostwärts. Die iranische Verwaltung hat das Gebiet in vier Provinzen aufgeteilt: das nördliche Gebiet (Westaserbeidschan) mit den Städten Mahabad und Saqqez; das mittlere mit Sanandadj, das offiziell Kurdistan heißt, im Süden Kermanshah. Das iranische Kurdistan ist reich an Bodenschätzen, die aber bis auf die Erdölfelder von Kermanshah weitgehend unerschlossen sind. Gegenüber etwa 50% im übrigen Iran leben im iranischen Kurdistan über 70% der Bevölkerung auf dem Land, wovon die Mehrzahl Pächter und Landarbeiter sind.

Das kurdische Volk lebt seit etwa 400 v.u.Z. in dem Gebiet der heutigen Osttürkei, Ostiraks und Westirans. Bis
auf die Zeit zwischen dem 12. und 15. Jahrhundert gelang es ihm nie, einen eigenständigen Staat zu bilden. Erst ab Ende des 19. Jahrhunderts kam es zu großen Aufständen in den einzelnen Ländern mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen Kurdistan, die alle scheiterten, da sie isoliert voneinander blieben. Im Iran kommt es nach dem Aufstand unter Führung von Simko

Agha, der 1920 zwei Jahre lang das Gebiet von Westaserbeidschan als befreites Kurdenland gegen die iranische Zentralregierung verteidigen kann, immer wieder zu Aufständen gegen die Diktatur des 1921 an die Macht gekommenen Reza Schah, der durch Umsiedlungs- und gewaltsame Unterdrückungsmaßnahmen dem Selbständigkeitsstreben der Kurden Herr zu werden versucht. 1946 wird in Mahabad von der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) eine Kurdenrepublik ausgerufen, die den nördlichen Teil Irans umfaßte. Im Programm der KDP wird das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes und freie Wahlen eigener Vertretungsorgane, sowie die Anerkennung der kurdischen Sprache als offizielle Amtssprache gefordert. Soziale Forderungen wie die Forderung nach einer Landreform fehlten. Die Kurdenrepublik zerfiel nach knapp einem Jahr unter dem Ansturm der iranischen Truppen. Es dauerte bis Mitte der 60er Jahre, bis die iranischen Kurden diese Niederlage überwanden und erneut den bewaffneten Kampf gegen das Schahregime aufnahmen und das kurdische Gebiet zu einem Zentrum des Kampfes gegen das Schahregime wurde. Jetzt aber unter der Losung „Sturz der Schahdiktatur“ und den Forderungen nach demokratischen Rechten, Landreform und nationaler Selbständigkeit, was erst das breite Bündnis der gesamten kurdischen Nation im Iran und gemeinsam mit den anderen iranischen Völkern möglich machte und einen wichtigen Anteil am Sturz des Schahregimes hatte.



80% des Nationaleinkommens in iranisch Kurdistan stammt aus der Landwirtschaft; 32% der Bauern haben 1 – 3ha, 52% überhaupt keinen Boden.

Weg, von dem sie sich stärkeren Einfluß auf die Entwicklung im Iran erhoffen.“

Rote Fahne KABD 17/79

Zur Unterdrückung des Kampfes der Kurden greift die Regierung zu dem schon unter dem Schah bewährten Mittel: ... Wie schon der Schah verbündet sich auch diese neue Regierung gegen das kurdische Volk mit den kurdischen Großgrundbesitzern, die eigene bewaffnete Trupps haben.

Arbeiterkampf 161, 3.9.:

„Schluß mit dem Völkermord an Kurden!“

„Inzwischen wird immer wieder von Kontakten zwischen den Kurden und der Regierung bzw. Khomeini gesprochen. Der Generalsekretär der Demokratischen Kurdischen Partei, Ghassemlou, hat dazu erklärt, daß seine Partei keine direkten Verhandlungen mit der Regierung führen würde, daß aber auf Vermittlung des iranischen Arbeitsministers Foruhar (der übrigens bei allen fortschrittlichen Menschen als Faschist gilt, u.a. hat er sich zur Terrorisierung streikender Arbeiter oder nur sich beschwerender Arbeiter eine Schwarzhemdentruppe aufgestellt!) eine Delegation des Stadtrates von Mahabad nach Teheran geschickt werde. Angeblich darf die Delegation erst verhandeln, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind: – keine neuen Hinrichtungen von Kurden – Freilassung aller kurdischen Geiseln und Gefangenen – keine Entsendung weiterer Truppen nach Kurdistan. Dies erklärte jedenfalls Ghassemlou auf einer Massenkundgebung in Mahabad. Es fragt sich nur, weshalb sich dann die kurdische Delegation schon in Teheran befindet, sich mit dem nun wirklich für seine äußerst faulen Kompromisse bekannten Ayatollah Taleghani getroffen hat und dem Kurdenschlächter Khomeini gegenüber Ergebenheitsadressen abgegeben hat. Wir hoffen angesichts der schwierigen Lage, in der sich die kurdische Bevölkerung befindet, daß die Demokratische Partei Kurdistans (die den Stadtrat Mahabads maßgeblich beeinflußt wenn nicht kontrolliert) sich nicht auf faule Kompromisse einläßt und die jetzigen Erfolge im bewaffneten Kampf allzu billig verkauft, womöglich hinter dem Rücken der ‚Vereinigten Front‘. Khomeini hat bisher keine Zweifel daran gelassen, daß er nicht verhandeln will, sondern vernichten.“

Arabische Erdölarbeiter – an führender Stelle beim Sturz des Schah-Regimes

z.gkr. Die 1,5 – 2 Mio. Araber, nach den Kurden und zusammen mit den Turkvölkern die dritte bedeutende nationale Minderheit im Iran, leben vor allem in der Provinz Khusestan. Diese Provinz, die bis Anfang dieses Jahrhunderts noch Arabistan hieß, liegt am Persischen Golf und grenzt an den Irak an. Der Reichtum dieser Provinz, etwa 90% der Bewohner sind Araber, besteht in erster Linie im Erdöl, das im Jahre 1965 95% des gesamten im Iran geförderten Erdöls ausmachte.

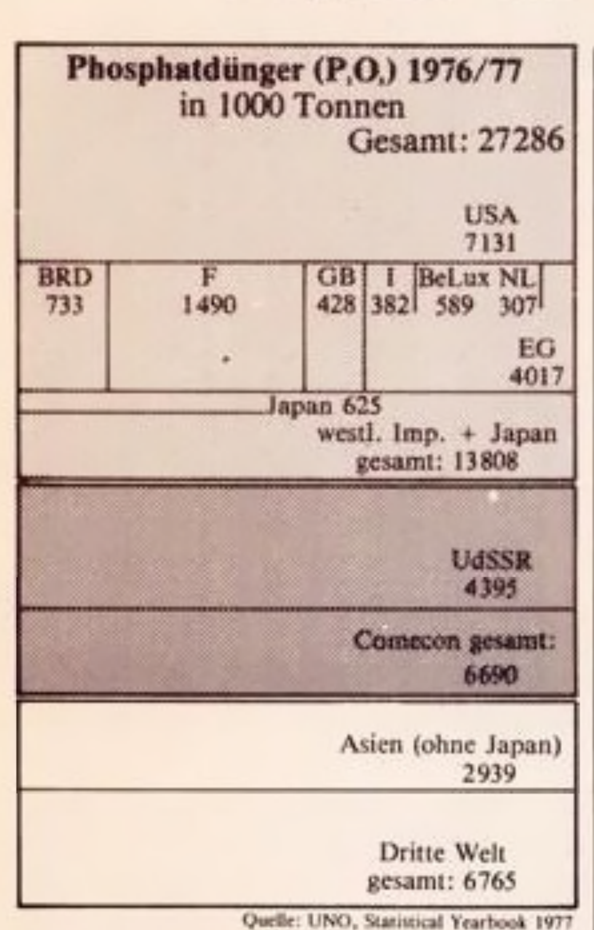
Die ersten arabischen Beduinenstämme kamen schon etwa 600 v.u.Z. in das Küstengebiet des Persischen Golfes. Etwa im 7. Jahrhundert u.Z. wanderten weitere Stämme in dieses Gebiet ein und ganz Persien wurde gleichzeitig von arabischen Herrschern erobert. Sie brachten den Islam als Religion mit. Um 1920 versuchten die britischen Imperialisten, den Widerstand der Araber gegen die Errichtung der Militärherrschaft durch Reza Khan (später Schah Reza) zur Bildung kleiner Nationalstaaten zu nutzen. In den Jahren 1927/28 waren die Aufstände der arabischen Massen der Ausgangspunkt für weitere Kämpfe im ganzen Land, die sich in erster Linie gegen eine immer drückendere Steuergesetzgebung richteten.

Vor allem die Streiks der Erdölarbeiter, nach wie vor zum überwiegenden Teil Araber, nach dem zweiten Weltkrieg waren entscheidend für die Nationalisierung der iranischen Erdölfelder und die Bildung der Regierung der Nationalen Front unter Mossadegh 1951. Und sie waren schließlich mit ausschlaggebend für den Sturz des Schah-Regimes, nachdem seit 1970 die arabischen Erdölarbeiter bei den Kämpfen der Arbeiterklasse immer an führender Stelle standen. Bei allen Autonomiebestrebungen der arabischen Minderheiten, die nach wie vor vorhanden sind, stand die Einheit der Völker des Iran im Vordergrund. „Es lebe die islamische Regierung“ ist auch jetzt, nach den Auseinandersetzungen mit der Regierung Basargan, auf den Transparenten zu lesen.



Erdölarbeiter vor dem Arbeitsamt in Abadan (Khusestan), 1950

Kunstdünger, Kunststoff, Kunstfaser. Pharmaka: Imperialistenmonopole gegen die Dritte Welt



Mit dem Düngemittelmonopol halten die Imperialisten die Landwirtschaft der Dritten Welt im Würgegriff.

z.mif. **Auf dem Gebiet der Chemie ist der Vorsprung der US-Imperialisten gegenüber den Sozialimperialisten erheblich.** Bis 1960 wurde in der Sowjetunion keinerlei Komplexdünger erzeugt (Düngemittel, die die Eigenschaften verschiedener künstlicher Dünger wie Stickstoff- und Phosphatdünger verbinden). Noch in den letzten Jahren mußten die Sozialimperialisten 10 Fabrikanlagen aus den USA einführen, die sie im Kompensationsgeschäft mit einem Teil der Produkte bezahlen. Gleichzeitig nutzen sie die so aufgebaute Produktion, um in der Dritten Welt mit dem Verkauf von Kunstdünger voranzukommen.

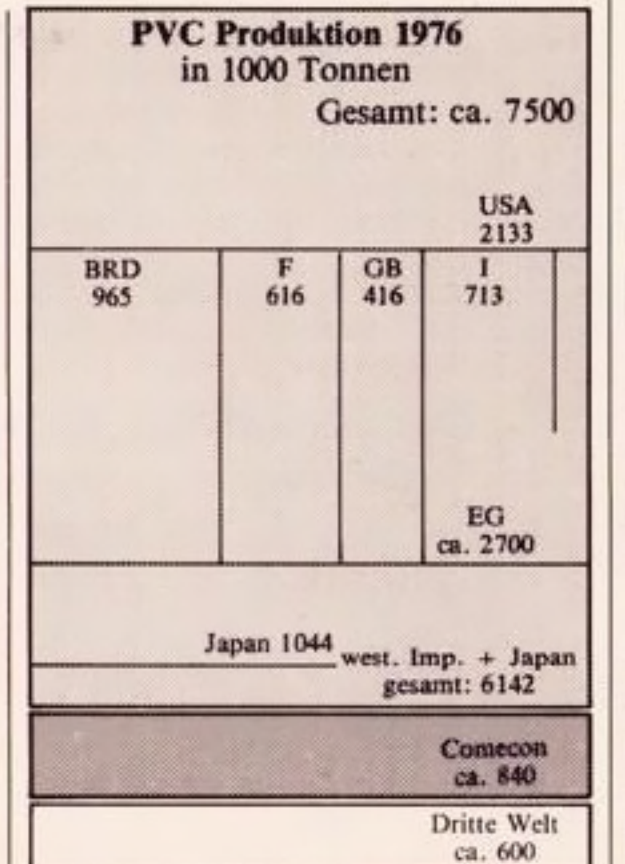
Die Gesamtzahlungen der Dritten Welt 1973/74 für importierten Kunstdünger betrugen nach Schätzung der FAO (UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft) 1,6 Mrd. Dollar, ein Jahr später durch imperialistische Preistreiberei 5,4 Mrd. Dollar.

Kunstdünger ist unerläßlich für die Entwicklung der Landwirtschaft der Dritten Welt. Eine Untersuchung der FAO über den Maisanbau in *Honduras* ergab eine Steigerung des Hektarertrages durch Verwendung von Dünger, besserem Saatgut und Insektiziden von 1740 auf 4550 kg, während die Produktionskosten pro 100 kg Mais von 3,12 auf 1,90 Dollar sanken. Die Länder der Dritten Welt müssen eigene Düngemittel erzeugen. In *Kenia* hat das US-Monopol Ken-Ren beim Bau einer Düngemittelfabrik vor mehreren Jahren den kenianischen Staat um ca. 100 Mio. Kenia-Shilling geprellt, das Gemeinschaftsunternehmen mußte Bankrott anmelden. Kenias Aufwand für Düngemitteleinfuhren betrug 1976 104,5 Mio. KSh, 1977 189,5 Mio. KSh. Kenia hat jetzt erneut mit dem Bau einer Düngemittelfabrik begonnen. – Die *ASEAN-Länder* haben zum Aufbau einer gemeinsamen Harnstoffdüngerproduktion eine Aktiengesellschaft gegründet, deren Hauptaktionär die malaysische Erdölgesellschaft ist; beteiligt sind ferner Indonesien, Thailand, die Philippinen und Singapur. Mit der Planung einer Fabrik im Wert von 230 Mio. Dollar wurde begonnen.

PVC (Polyvinylchlorid) ist wie die meisten heute verwendeten Kunststoffe ein Polymerisationskunststoff, ebenso wie z.B. Polyäthylen, Styropor, Dralon. Bei der Polymerisation entstehen Fadenmoleküle verschiedener Länge, deren Festigkeit gut zu beeinflussen ist. Kunststoffe werden hauptsächlich verwendet auf den Gebieten der Verpackung, im Bau und Transport, ferner Elektronik, Möbel, Haushaltsartikel.

In den USA geht etwa ein Viertel der Plastikproduktion in die Bauindustrie, u.a. als Isolationsmaterial. In der Kfz-Industrie wurden 1977 pro Auto ca. 75 kg Plastik verwendet; für 1980 haben sich die US-Imperialisten 150 kg pro Auto vorgenommen. 1977 produzierten die USA knapp 16 Mio. t Kunststoffe im Wert von 9 Mrd. Dollar; knapp 20 Prozent davon wurden exportiert. Beispielsweise setzten die US-Imperialisten Plastikgeschirr und -küchenartikel (1971) zum Preis von 4,8 Mio. Dollar im Ausland ab, davon für 1,7 Mio. in Kanada, für 1 Mio. in Westeuropa, für 700000 Dollar in Lateinamerika und für 352000 Dollar in Asien.

Mittels des Kapitalexports haben die Imperialisten große Teile der chemischen Produktion der Länder der Dritten Welt in der Hand. BASF betreibt in *Brasilien* allein drei Gesellschaften, die 1978 einen Gesamtumsatz von 5,2 Mrd. Cr machten, davon wurden 270,0 Mio. Cr (19,5 Mio. DM) als Profit vor Steuern ausgewiesen. – *Jugoslawien* hat vor kurzem den bisher größten petrochemischen Komplex in Pancevo in Betrieb genommen, wodurch es die Abhängigkeit der jugoslawischen petrochemischen Industrie vom Ausland erheblich verringern kann. In diesen Komplex wurden 7,4 Mrd. Din investiert; weitere große Chemieanlagen sind noch im Bau, so auf der Insel Krk eine petrochemische Anlage, die 1983 fertiggestellt sein soll. Für 1979 strebt Jugoslawien die Produktion von 100000 t PVC an, das bedeutet eine Verdoppelung gegenüber 1976. Wird dieses hochgesteckte Ziel erreicht, braucht Jugoslawien in diesem Jahr nur 10000 t PVC aus dem Ausland zu importieren.



70–80% der heute verwendeten Kunststoffe sind Polymerisationskunststoffe: Verbilligung der Bau- und Transportmittel.

Synthetische Fäden und Fasern 1976
in 1000 Tonnen
Gesamt: 8645
USA 2995
BRD 771
F 257
GB 414
I 428
EG 1898

Chemiefasern besitzen gegenüber Naturfaserstoffen eine höhere Reiß- und Scheuerfestigkeit, sie sind vielfach wasser-, licht-, wetter- und chemikalienfest sowie beständig gegen Fäulnis und Insektenfraß. In Händen der Imperialisten ist die Chemiefaser eine Waffe von vernichtender Wirkung gegen die Textilproduktion der Länder der Dritten Welt. Durch erheblich gesteigerte Produktivität in der Erzeugung und Verarbeitung der Kunstfasern erzielen die Imperialisten gewaltige Extraprofite. In den USA sind 70%

Hongkong (30,9 Mrd.), Südkorea (22,1 Mrd.), Südafrika (23,1 Mrd.) abgesetzt.

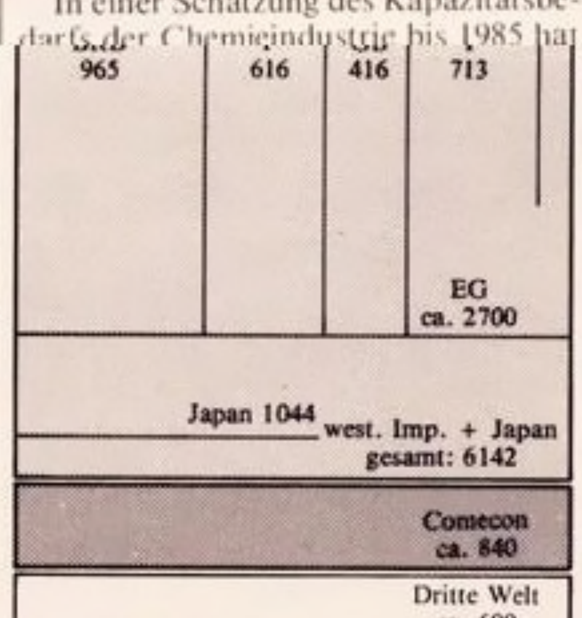
Anders als die westlichen Imperialisten, die die Hauptmasse ihrer Chemieprodukte auf den Märkten ihrer imperialistischen Konkurrenten verkaufen, haben die japanischen Imperialisten ihr Absatzgebiet vor allem in den Ländern der Dritten Welt: von ihren gesamten Chemieexporten gingen 1974 nur je 12% an die USA und nach Westeuropa.

In einer Schätzung des Kapazitätsbedarfs der Chemieindustrie bis 1985 hat

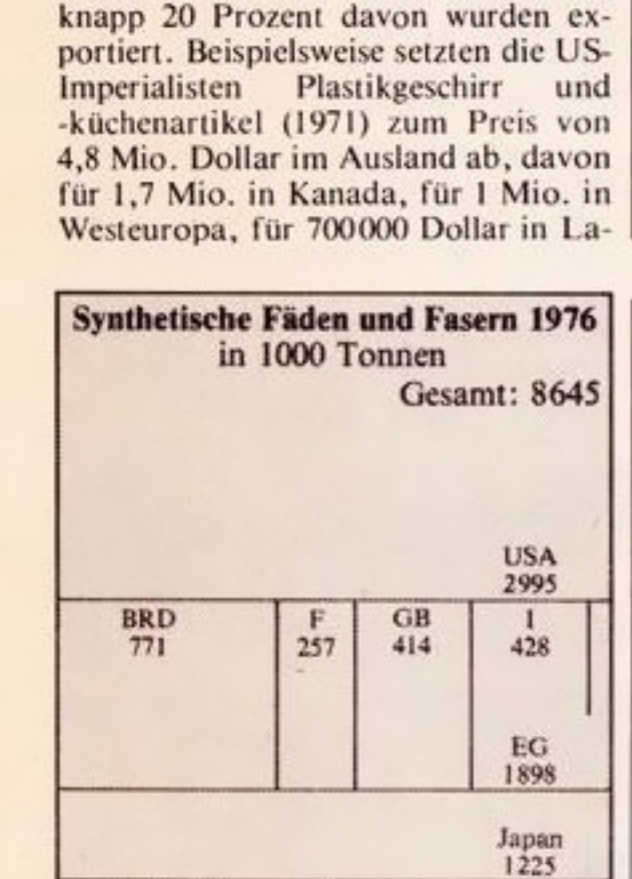
wendet auf den Gebieten der Verpackung, im Bau und Transport, ferner Elektronik, Möbel, Haushaltsartikel.

In den USA geht etwa ein Viertel der Plastikproduktion in die Bauindustrie, u.a. als Isolationsmaterial. In der Kfz-Industrie wurden 1977 pro Auto ca. 75 kg Plastik verwendet; für 1980 haben sich die US-Imperialisten 150 kg pro Auto vorgenommen. 1977 produzierten die USA knapp 16 Mio. t Kunststoffe im Wert von 9 Mrd. Dollar; knapp 20 Prozent davon wurden exportiert. Beispielsweise setzten die US-Imperialisten Plastikgeschirr und -küchenartikel (1971) zum Preis von 4,8 Mio. Dollar im Ausland ab, davon für 1,7 Mio. in Kanada, für 1 Mio. in Westeuropa, für 700000 Dollar in La-

Mrd. Cr machten, davon wurden 270,0 Mio. Cr (19,5 Mio. DM) als Profit vor Steuern ausgewiesen. – *Jugoslawien* hat vor kurzem den bisher größten petrochemischen Komplex in Pancevo in Betrieb genommen, wodurch es die Abhängigkeit der jugoslawischen petrochemischen Industrie vom Ausland erheblich verringern kann. In diesen Komplex wurden 7,4 Mrd. Din investiert; weitere große Chemieanlagen sind noch im Bau, so auf der Insel Krk eine petrochemische Anlage, die 1983 fertiggestellt sein soll. Für 1979 strebt Jugoslawien die Produktion von 100000 t PVC an, das bedeutet eine Verdoppelung gegenüber 1976. Wird dieses hochgesteckte Ziel erreicht, braucht Jugoslawien in diesem Jahr nur 10000 t PVC aus dem Ausland zu importieren.



70–80% der heute verwendeten Kunststoffe sind Polymerisationskunststoffe: Verbilligung der Bau- und Transportmittel.



Die traditionelle Textilproduktion der Länder der Dritten Welt wird mittels des imperialistischen Chemiefasermonopols ruiniert.

Chemiefasern besitzen gegenüber Naturfaserstoffen eine höhere Reiß- und Scheuerfestigkeit, sie sind vielfach wasser-, licht-, wetter- und chemikalienfest sowie beständig gegen Fäulnis und Insektenfraß. In Händen der Imperialisten ist die Chemiefaser eine Waffe von vernichtender Wirkung gegen die Textilproduktion der Länder der Dritten Welt. Durch erheblich gesteigerte Produktivität in der Erzeugung und Verarbeitung der Kunstfasern erzielen die Imperialisten gewaltige Extraprofite. In den USA sind 70% der Textilfasern Kunstfasern, 29% sind Baumwolle und das restliche 1% ist Wolle. Von den Kunstfasern sind 50% Polyester und 30% Nylon. – Die *japanischen Imperialisten* haben 1974 synthetische Textilien im Wert von 368,6 Mrd. Yen (3,1 Mrd. DM) exportiert. Ware im Wert von 31 Mrd. Yen ging in die USA, in die EG 5 Mrd., ebensoviel in die UdSSR. Vor allem aber werden die synthetischen Textilien Japans in den ASEAN-Staaten (49,2 Mrd. Yen), im Nahen Osten, in der VR China (16,2 Mrd.) sowie in den westlichen Kolonien und Halbkolonien wie Hongkong (30,9 Mrd.), Südkorea (22,1 Mrd.), Südafrika (23,1 Mrd.) abgesetzt.

Anders als die westlichen Imperialisten, die die Hauptmasse ihrer Chemieprodukte auf den Märkten ihrer imperialistischen Konkurrenten verkaufen, haben die japanischen Imperialisten ihr Absatzgebiet vor allem in den Ländern der Dritten Welt: von ihren gesamten Chemieexporten gingen 1974 nur je 12% an die USA und nach Westeuropa.

In einer Schätzung des Kapazitätsbedarfs der Chemieindustrie bis 1985 hat die OECD festgestellt, daß die gegenwärtigen Produktionskapazitäten, die aus den Jahren 1970 bis 1975 stammten, überreichlich seien und erst ab 1990 ersetzt zu werden brauchten; gleichzeitig müßten jedoch in zwei Etappen, 1980 und 1985, etwa 50% zusätzlicher Kapazität errichtet werden.

Die Imperialisten kämpfen erbittert um den Weltmarkt. Die OECD-Studie geht davon aus, daß die japanischen Imperialisten gegenüber den europäischen in den nächsten Jahren Boden gutmachen werden.

Den Weltmarkt für pharmazeutische Erzeugnisse können bisher die westlichen Imperialisten fast komplett unter sich aufteilen: die USA, die EG, Japan und die Schweiz haben 1977 76,7% des Marktes beherrscht. Hauptmacht ist der US-Imperialismus. 1975 beuteten die US-Pharmamonopole 151000 Beschäftigte aus, davon 75000 Arbeiter, die einen Neuwert von 8 Mrd. $ schufen und dafür knapp 800 Mio. $ an Lohn erhielten. Gestützt auf diese gewaltige Ausbeutung strebt der US-Imperialismus danach, ein Weltmonopol zu errichten. In alle Welt werden Pharmaprodukte verkauft, teils exportiert, teils errichten die Pharmakonzerne ihre Produktionsstätten gleich im Ausland. So treffen sie die Konkurrenten an der eigenen Basis. In der Dritten Welt verstehen sie es, die einheimische medizinische Produktion kaputt zu machen. Im Jahre 1971 setzten die US-Monopole allein Breitbandantibiotika im Wert von 34 Mio. $ im Ausland ab, über die Hälfte davon in Japan, für 6 Millionen in Europa, für 2 Millionen in Lateinamerika. – *Tansania* war 1978 gezwungen, die Einfuhr an medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen gegenüber 1977 auf 296,2 Mio. TSh zu verdoppeln. In *Chile* verkauften die Imperialisten 1978 um 19,2% mehr gegenüber dem Vorjahr, das Verkaufsvolumen der Apotheken betrug 97,3 Mio. $ (1975: 62,7 Mio. $). Zehn Monopole haben die Hälfte des Marktes unter Kontrolle, darunter Bayer und Schering aus der BRD und Ciba Geigy und Sandoz (Schweiz). Die Wirtschaftsorganisation von 25 lateinamerikanischen Staaten *SELA* hat festgestellt, daß die lateinamerikanische Industrie auf dem Gebiet der Pharmazie ganz extrem von ausländischen Grundstoffen abhängig ist. Etwa 80% der lateinamerikanischen Produktion werden von 30 internationalen Monopolen erzeugt. Gleichzeitig haben nur etwa 40% der Bevölkerung Lateinamerikas regelmäßig Zugang zu Medikamenten des Grundbedarfs. Die Wirtschaftsorganisation SELA hat Maßnahmen zum Aufbau einer selbständigen Produktion wichtiger Medikamente beschlossen.

Pharmaproduktion 1977
in Mio. DM (unvollständig)
Gesamt: 120000
USA 35600
BRD 12287
F 7000
GB 5240
I 6500
Hauptländer EG 31027
Schweiz 3100
Japan 22320
Quelle: Pharma-Jahresbericht 1978/79



Das Werksgelände der Preußag in Nordenham und ein angrenzendes Wohnviertel. Als im Frühjahr 1972 an einem der Hauptfilter der Bleihütte Korrosionsschäden auftraten, ging stundenlang unbemerkt ein Bleiregen nieder. Vor allem im kindlichen Alter greift Bleistaub das Nervensystem und Gehirn an. Noch Jahre später ergaben Untersuchungen gefährliche Bleikonzentrationen.

Beschäftigte, Löhne und Gehälter in der chemischen Industrie

z.wig. In der chemischen Industrie sind nach der Metallindustrie die meisten Arbeiter und Angestellten beschäftigt. In der gesamten Industrie beuten die Kapitalisten 7,6 Mio. Lohnabhängige aus, in der chemischen Industrie 891000, 55,2% Arbeiter und 44,8% Angestellte. Allein die drei IG Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst beschäftigen in ihren Chemiewerken in der BRD und Westberlin fast 250000 Arbeitskräfte. Sie sind auch die einzigen in der Branche, die nahezu die gesamte Produktionspalette abdecken.

Die gesamte chemische Industrie teilt sich in eine Vielzahl von Sparten, entsprechend der Masse von Produkten, die dort hergestellt werden. Die bedeutendsten Sparten sind: die mineralölverarbeitende Industrie mit 28630 Beschäftigten (14410 Arbeitern), die chemische und Chemiefaserindustrie mit 555860 Beschäftigten (306338), die kunststoffverarbeitende Industrie mit 204650 (151530) und die gummi- und asbestverarbeitende Industrie mit 102860 Beschäftigten ((77580 Arbeitern).

Untersucht man den Lohnstandard in der chemischen Industrie und vergleicht man die Löhne und Gehälter mit denen in der metallverarbeitenden Industrie, so stellt man auf den ersten Blick fest, daß die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste, die das Statistische Bundesamt erhebt, in der chemischen Industrie höher liegen als in der metallverarbeitenden. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der chemischen Industrie betrug im Januar 79 13,47 DM; erhöht um die

aus, in der chemischen Industrie 891000, 55,2% Arbeiter und 44,8% Angestellte. Allein die drei IG Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst beschäftigen in ihren Chemiewerken in der BRD und Westberlin fast 250000 Arbeitskräfte. Sie sind auch die einzigen in der Branche, die nahezu die gesamte Produktionspalette abdecken.

Die gesamte chemische Industrie teilt sich in eine Vielzahl von Sparten, entsprechend der Masse von Produkten, die dort hergestellt werden. Die bedeutendsten Sparten sind: die mineralölverarbeitende Industrie mit 28630 Beschäftigten (14410 Arbeitern), die chemische und Chemiefaserindustrie mit 555860 Beschäftigten (306338), die kunststoffverarbeitende Industrie mit 204650 (151530) und die gummi- und asbestverarbeitende Industrie mit 102860 Beschäftigten ((77580 Arbeitern).

Untersucht man den Lohnstandard in der chemischen Industrie und vergleicht man die Löhne und Gehälter mit denen in der metallverarbeitenden Industrie, so stellt man auf den ersten Blick fest, daß die durchschnittlichen Bruttostundenverdienste, die das Statistische Bundesamt erhebt, in der chemischen Industrie höher liegen als in der metallverarbeitenden. Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in der chemischen Industrie betrug im Januar 79 13,47 DM; erhöht um die
4,3% des letzten Abschlusses also 14,51 DM, während er in der metallverarbeitenden Industrie 13,30 DM beträgt (durchschnittlicher Bruttostundenverdienst in der Investitionsgüterindustrie Januar 79 plus 4,3%).

Bei genauerer Untersuchung der effektiven Löhne und Gehälter in beiden Industriezweigen bekommt man ein Bild von dem, was sich hinter diesen Durchschnitten verbirgt. In den Ländern, in denen die drei großen Chemiemonopole ihren Hauptsitz und ihre größten Produktionsstätten haben, ist die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Effektivlohn und -gehalt in den beiden Industriezweigen extrem hoch.

In Rheinland-Pfalz, wo das Hauptwerk der BASF liegt, beträgt der Effektivlohn in der chemischen Industrie 15,95 DM pro Stunde, in der Metallindustrie 12,79 DM; in Hessen, wo die Hoechst-Kapitalisten ihr Hauptwerk haben, 14,94 DM pro Stunde (Metall: 13,53 DM pro Stunde), und in NRW, wo die Hauptwerke der Bayer-Kapitalisten zu finden sind, beträgt der Bruttostundenverdienst 14,46 DM (Metall 13,24 DM). In allen anderen Bundesländern liegt der Effektivlohn der Chemiearbeiter unter dem Lohn der Metallarbeiter. 386800 Lohnabhängige beuten die Chemiekapitalisten in Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW aus und 278600 in den übrigen Ländern. 41,9% der Beschäftigten in der chemischen Industrie liegen mit ihren Effektivlöhnen also unter denen der Metallindustrie.

Der durchschnittliche höhere Effektivlohn in der chemischen Industrie ist in Wirklichkeit Ausdruck der Kampfstärke der Belegschaften der Werke der drei großen Chemiemonopole, die den Kapitalisten relativ zu den anderen Werken einen hohen Lohn abgerungen haben.

Genauso ist es bei den Angestellten, wo die Gehälter in der chemischen Industrie ebenfalls in den Ländern die Gehälter der Angestellten in der Metallindustrie übersteigen, in denen die drei Monopole ihren Sitz haben. Insgesamt liegt das durchschnittliche effektive Monatsgehalt in der chemischen Industrie um 11 DM höher als in der

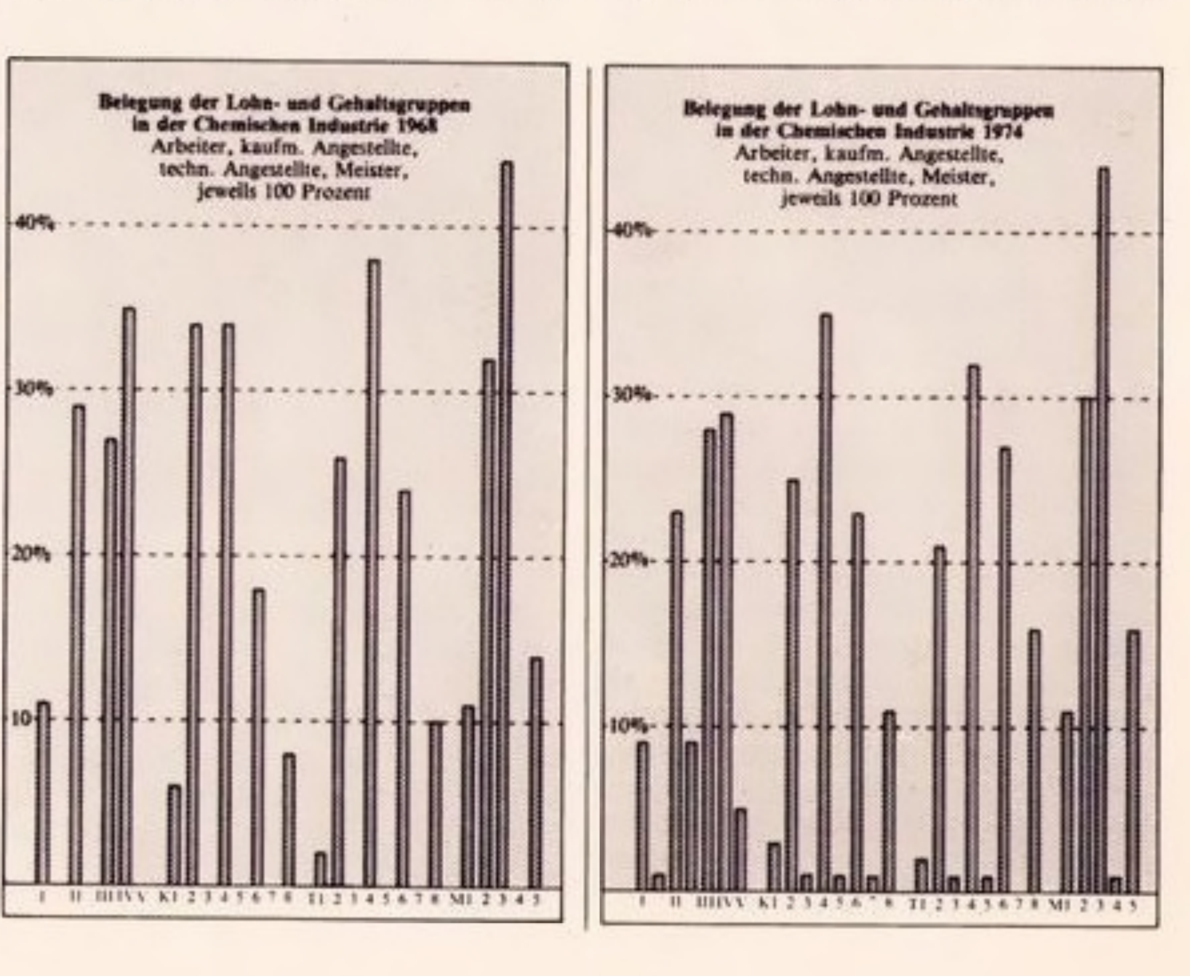
15,95 DM pro Stunde, in der Metallindustrie 12,79 DM; in Hessen, wo die Hoechst-Kapitalisten ihr Hauptwerk haben, 14,94 DM pro Stunde (Metall: 13,53 DM pro Stunde), und in NRW, wo die Hauptwerke der Bayer-Kapitalisten zu finden sind, beträgt der Bruttostundenverdienst 14,46 DM (Metall 13,24 DM). In allen anderen Bundesländern liegt der Effektivlohn der Chemiearbeiter unter dem Lohn der Metallarbeiter. 386800 Lohnabhängige beuten die Chemiekapitalisten in Rheinland-Pfalz, Hessen und NRW aus und 278600 in den übrigen Ländern. 41,9% der Beschäftigten in der chemischen Industrie liegen mit ihren Effektivlöhnen also unter denen der Metallindustrie.

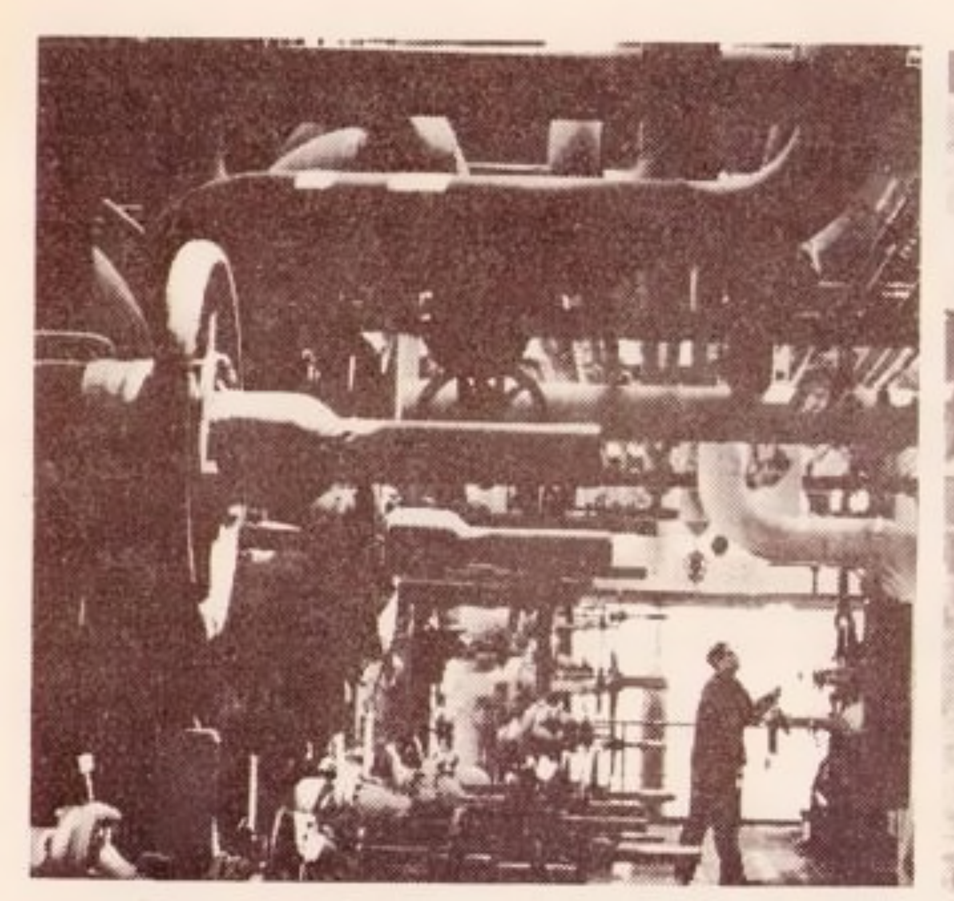
Der durchschnittliche höhere Effektivlohn in der chemischen Industrie ist in Wirklichkeit Ausdruck der Kampfstärke der Belegschaften der Werke der drei großen Chemiemonopole, die den Kapitalisten relativ zu den anderen Werken einen hohen Lohn abgerungen haben.

Genauso ist es bei den Angestellten, wo die Gehälter in der chemischen Industrie ebenfalls in den Ländern die Gehälter der Angestellten in der Metallindustrie übersteigen, in denen die drei Monopole ihren Sitz haben. Insgesamt liegt das durchschnittliche effektive Monatsgehalt in der chemischen Industrie um 11 DM höher als in der
Metallindustrie (3304 DM Chemie; 3293 DM Metall).

Die bisher untersuchten Löhne und Gehälter betreffen allesamt die chemische Industrie im engeren Sinne. In den anderen Zweigen der Branche ist es den Kapitalisten gelungen, die Löhne und Gehälter unter die der metallverarbeitenden Industrie zu drücken.

Der durchschnittliche Effektivlohn in der gummi- und asbestverarbeitenden Industrie liegt mit 12,76 DM pro Stunde um 0,54 DM unter dem der Metallindustrie (13,30 DM pro Stunde). In der kunststoffverarbeitenden Industrie betrug der durchschnittliche






Enorme Aufwendungen an fixem Kapital, um die chemischen Stoffumwandlungen in möglichst großem Maßstab mit wenigen Arbeitern zu betreiben, kontrastieren grell mit den ins untere Extrem gedrückten Kosten zur Beseitigung der giftigen Abfallstoffe. Im Bild rechts eine ,,Sondermülldeponie'' in Malsch. ,,Die kapitalistische Produktion entwickelt ... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.'' (Marx, Das Kapital I, S. 529/30)




Aufgeschwollene, aufgelöste Hände eines Arbeiters aus der PVC-Produktion von Dynamit-Nobel in Troisdorf. 84 von 104 Arbeitern und Angestellten des Betriebs wiesen Krankheitsbefunde auf. – Rechts: Für immer geschädigtes Kind aus Seveso, Opfer der Profitgier der Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten, die nach dem Entweichen des hochgiftigen TCDD tagelang weiterarbeiten ließen.

Bruttostundenverdienst im Januar 79 11,06 DM (vergleichbarer Lohn Metall 12,75). Insbesondere die Löhne der Frauen haben die Kapitalisten in der kunststoffverarbeitenden Industrie auf ein Niveau drücken können, das weit unter dem liegt, was die Kapitalisten in der metallverarbeitenden Industrie für die weibliche Arbeitskraft zahlen müssen. 10,11 DM pro Stunde mußten die Kapitalisten in der metallverarbeitenden Industrie im Januar 79 für die weibliche Arbeitskraft zahlen. Die 49550 Frauen in der kunststoffverarbeitenden Industrie erhielten dagegen nur einen durchschnittlichen Effektivlohn von 8,86 DM.

Der durchschnittlich höhere Effektivlohn in der chemischen Industrie kommt also in erster Linie durch die Lohn- und Gehaltssummen zustande, die die Belegschaften der drei großen Chemiemonopole erkämpft haben. Dabei haben wir bisher außer acht gelassen, unter welchen Bedingungen die Chemiearbeiter diesen Lohn erhalten. Die Chemiekapitalisten und insbesondere die 3 großen Monopole sind Spitzenreiter in der Kunst der Schweißauspressung. Akkord- und Prämienarbeit, Arbeit bei Tag und bei Nacht, an Sonn- und Feiertagen und Arbeit in Schichten sind in der Chemieindustrie gang und gäbe. Der Teil des Effektivlohns, den der Chemiearbeiter nur für den Preis der frühzeitigen Ruinierung seiner Arbeitskraft durch diese intensivste Ausbeuterei erhält, ist in der chemischen Industrie besonders hoch. In der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz, in der die Arbeiter die höchsten Effektivlöhne erhalten, beträgt der Anteil der Zulagen am Effektivlohn 41% (Tariflohn Januar 79: 9,43 DM pro Stunde; Effektivlohn 15,95 DM pro Stunde). In der Metallindustrie von Rheinland-Pfalz ist der Effektivlohn dagegen nur 31,6% höher als der

Kapitalisten in der metallverarbeitenden Industrie im Januar 79 für die weibliche Arbeitskraft zahlen. Die 49550 Frauen in der kunststoffverarbeitenden Industrie erhielten dagegen nur einen durchschnittlichen Effektivlohn von 8,86 DM.

Der durchschnittlich höhere Effektivlohn in der chemischen Industrie kommt also in erster Linie durch die Lohn- und Gehaltssummen zustande, die die Belegschaften der drei großen Chemiemonopole erkämpft haben. Dabei haben wir bisher außer acht gelassen, unter welchen Bedingungen die Chemiearbeiter diesen Lohn erhalten. Die Chemiekapitalisten und insbesondere die 3 großen Monopole sind Spitzenreiter in der Kunst der Schweißauspressung. Akkord- und Prämienarbeit, Arbeit bei Tag und bei Nacht, an Sonn- und Feiertagen und Arbeit in Schichten sind in der Chemieindustrie gang und gäbe. Der Teil des Effektivlohns, den der Chemiearbeiter nur für den Preis der frühzeitigen Ruinierung seiner Arbeitskraft durch diese intensivste Ausbeuterei erhält, ist in der chemischen Industrie besonders hoch. In der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz, in der die Arbeiter die höchsten Effektivlöhne erhalten, beträgt der Anteil der Zulagen am Effektivlohn 41% (Tariflohn Januar 79: 9,43 DM pro Stunde; Effektivlohn 15,95 DM pro Stunde). In der Metallindustrie von Rheinland-Pfalz ist der Effektivlohn dagegen nur 31,6% höher als der
Tariflohn.

Um immer mehr Chemiearbeiter in die mörderischen Arbeitsbedingungen zu treiben, damit die Profitquellen sprudeln, sind die Chiemiekapitalisten ständig bemüht, die Tariflöhne niedrig zu halten und innerhalb der Tariflohnklassen Verschiebungen in die untersten Lohn- und Gehaltsklassen zu erzielen. 1975 war es den Belegschaften in der chemischen Industrie unter Führung der IG Chemie gelungen, die Leichtlohngruppen abzuschaffen. Mit diesen Leichtlohngruppen war es den Chemiekapitalisten möglich, die beiden untersten Lohngruppen nochmals in vier Lohngruppen aufzuteilen. In Rheinland-Pfalz z.B. war die Lohngruppe I 1974 unterteilt in I leicht: 6,69 DM pro Stunde und I: 6,79 DM die Stunde sowie II leicht: 7,02 DM und II 7,13 DM. Die günstige Wirkung, die der erfolgreiche Kampf der Chemiearbeiter, die in der IG Chemie organisiert sind, für die Abschaffung der Leichtlohngruppen auf das Lohnniveau der unteren Lohnklassen hatte, versuchten die Chemiekapitalisten seit dieser Zeit durch die Einführung von Zwischenlohngruppen zwischen Lohngruppe II und III und durch das Auffüllen der unteren Lohnklassen wettzumachen.

Waren 1974 10% der Chemiearbeiter in die Lohngruppen I und I/II eingestuft, so gelang es den Kapitalisten 1975, gestützt auf den Druck, den die industrielle Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt ausübte, die Lohngruppen I und I/II mit 14% der Arbeiter aufzufüllen. Über 13200 Arbeiter, die die Chemiekapitalisten so zusätzlich in die untersten Lohngruppen gedrückt hatten, bildeten den Grundstock für das Bestreben der Kapitalisten, die Akkord- und Prämienarbeit, die Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit gewaltig auszudehnen und das letzte aus den Arbeitern herauszuholen. Der höhere Tariflohn, den die Arbeiter der untersten Lohngruppe nach der Abschaffung der Leichtlohngruppen erhielten, der den Zwang zu Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit milderte, konnte von den Kapitalisten nur durch Umwälzung eines Teils der Arbeiter, die bis dahin in Lohngruppe II eingestuft waren, in die Lohngruppe I oder I/II wettgemacht werden. Man muß feststellen, daß ihnen das gelungen ist.

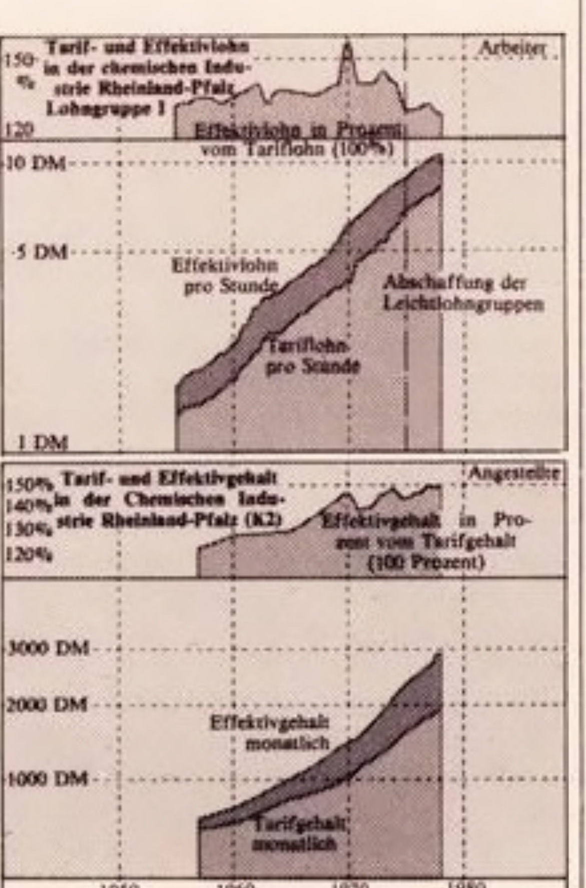
Untersucht man die prozentuale Belegung der Lohngruppen 1978, so stellt man fest, daß es den Betriebsräten in

unteren Lohnklassen hatte, versuchten die Chemiekapitalisten seit dieser Zeit durch die Einführung von Zwischenlohngruppen zwischen Lohngruppe II und III und durch das Auffüllen der unteren Lohnklassen wettzumachen.

Waren 1974 10% der Chemiearbeiter in die Lohngruppen I und I/II eingestuft, so gelang es den Kapitalisten 1975, gestützt auf den Druck, den die industrielle Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt ausübte, die Lohngruppen I und I/II mit 14% der Arbeiter aufzufüllen. Über 13200 Arbeiter, die die Chemiekapitalisten so zusätzlich in die untersten Lohngruppen gedrückt hatten, bildeten den Grundstock für das Bestreben der Kapitalisten, die Akkord- und Prämienarbeit, die Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit gewaltig auszudehnen und das letzte aus den Arbeitern herauszuholen. Der höhere Tariflohn, den die Arbeiter der untersten Lohngruppe nach der Abschaffung der Leichtlohngruppen erhielten, der den Zwang zu Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit milderte, konnte von den Kapitalisten nur durch Umwälzung eines Teils der Arbeiter, die bis dahin in Lohngruppe II eingestuft waren, in die Lohngruppe I oder I/II wettgemacht werden. Man muß feststellen, daß ihnen das gelungen ist.

Untersucht man die prozentuale Belegung der Lohngruppen 1978, so stellt man fest, daß es den Betriebsräten in
den Werken der chemischen Industrie gelungen ist, ein weiteres Auffüllen der unteren Lohngruppen zu verhindern, ja die Belegung der unteren Lohngruppen sogar zu verringern. Gelingt es aber im nächsten Tarifkampf nicht, die Tariflöhne, insbesondere in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, ein ganzes Stück anzuheben, kann schon allein wegen der rasanten Preissteigerungsrate nicht von einer Minderung des Zwangs zur Akkord-, Prämien-, Nacht- und Schichtarbeit gesprochen werden. Die ist aber dringend erforderlich, denn diese Sorte Schinderei kostet der Masse der Chemiearbeiter Lebenszeit.

Belegung der Lohn- und Gehaltsgruppen in der Chemischen Industrie 1978
Arbeiter, kaufm. Angestellte, techn. Angestellte, Meister, jeweils 100 Prozent



Ein kleiner Ausschnitt aus der Geschichte der IG Farbenindustrie AG

z.gug. Es ist nicht so, daß die Interessen der deutschen Finanzbourgeoisie an der Entfesselung und Durchführung des Zweiten Weltkrieges nicht nachgewiesen werden könnten, daß ihre Verbrechen damals und heute nicht Stück für Stück aufdeckbar wären. Zahlreiche Dokumente, Protokolle, Briefwechsel belegen, wie die deutsche Finanzbourgeoisie die Errichtung ihrer faschistischen Diktatur geplant hat, welche Gebiete sie untereinander geschachert haben, und wie sie den Einsatz der überfallenen und unterjochten Völker in ihren Fabriken und neu errichteten Fabriken, wie in denen der IG Farben in Auschwitz und Monowitz, bewerkstelligt haben. Obwohl dies alles nachweisbar ist, erfährt z.B. der Schüler im Schulunterricht davon nichts. Seine Fassungslosigkeit wird geschürt durch Aufzählung der Erscheinungen und Unterdrückung der klärenden Tatsachen. Schuld sind wir doch alle, bekommt er da gesagt, wie es Bundespräsident Carstens in in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 1. September tat: ,,Heute vor 40 Jahren begann der Zweite Weltkrieg ... Uns bedrückt der Gedanke, was Menschen ihresgleichen antun können. Deutsche haben damals schwere Schuld auf sich geladen.'' Die ganze Geschichtspropaganda der westdeutschen Bourgeoisie über den Zweiten Weltkrieg läuft auf die Unterdrückung der Lehren der Geschichte hinaus, daß nur der Sturz der Ausbeuterklasse und ihres Staates verhindert, daß sie weitere Kriege entfesseln können. ,,Wir müssen zuverlässig sein!'' appellierte Bundeskanzler Schmidt am 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges als moderne Variante von ,,Bet

Stück für Stück aufdeckbar wären. Zahlreiche Dokumente, Protokolle, Briefwechsel belegen, wie die deutsche Finanzbourgeoisie die Errichtung ihrer faschistischen Diktatur geplant hat, welche Gebiete sie untereinander geschachert haben, und wie sie den Einsatz der überfallenen und unterjochten Völker in ihren Fabriken und neu errichteten Fabriken, wie in denen der IG Farben in Auschwitz und Monowitz, bewerkstelligt haben. Obwohl dies alles nachweisbar ist, erfährt z.B. der Schüler im Schulunterricht davon nichts. Seine Fassungslosigkeit wird geschürt durch Aufzählung der Erscheinungen und Unterdrückung der klärenden Tatsachen. Schuld sind wir doch alle, bekommt er da gesagt, wie es Bundespräsident Carstens in seiner Rundfunk- und Fernsehansprache am 1. September tat: ,,Heute vor 40 Jahren begann der Zweite Weltkrieg ... Uns bedrückt der Gedanke, was Menschen ihresgleichen antun können. Deutsche haben damals schwere Schuld auf sich geladen.'' Die ganze Geschichtspropaganda der westdeutschen Bourgeoisie über den Zweiten Weltkrieg läuft auf die Unterdrückung der Lehren der Geschichte hinaus, daß nur der Sturz der Ausbeuterklasse und ihres Staates verhindert, daß sie weitere Kriege entfesseln können. ,,Wir müssen zuverlässig sein!'' appellierte Bundeskanzler Schmidt am 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges als moderne Variante von ,,Bet
und arbeit!'' an das westdeutsche Volk, was gleichzeitig als Zusicherung an die imperialistischen Bündnispartner gerichtet war, zukünftig keine Alleingänge in Kriegsabenteuern mehr zu unternehmen, nur noch im Bündnis mit ihnen. Alle Erfahrungen mit der deutschen und westdeutschen Bourgeoisie machen ihre von ihnen so oft beteuerte Friedensliebe wenig glaubhaft, und unter der Maske geheuchelter Bedrückung verbergen sie nur schlecht ihren nie versiegenden Profithunger und Expansionsdrang.

Denkschrift der IG Farbenindustrie AG für den Rüstungsbeirat des Reichswehrministeriums vom März 1935 über die Militarisierung der Wirtschaft zur Vorbereitung der Industrie auf den Krieg

... wenn man darauf ausgeht, die gesamten produktiven Kräfte auf weite Sicht vorbereitend einem einheitlichen Zweck unterzuordnen, so heißt dies – naturgemäß unter Benutzung der im Kriege gesammelten Erfahrungen – eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff der Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt, und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einem militärisch straff geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert. Die gesamte Erzeugung der Industrie, des Handwerks und Gewerbes sowie der Landwirtschaft gilt in diesem Sinne als kriegswichtig und muß daher in den Rahmen einer umfassenden Wehrwirtschaft einbezogen werden ...

Protokoll der Sitzung der Metall-Unterkommission des Technischen Ausschusses der IG Farbenindustrie AG vom 16. April 1940 über die Zusammenarbeit mit der Friedrich Krupp AG bei der Ausbeutung der norwegischen Wirtschaft

... In Norwegen werden alle in englisch-französischem Besitz befindlichen Fabriken und Grubenkonzessionen beschlagnahmt und die norwegische Wirtschaft für uns mobilisiert. Der Ausbau der norwegischen Molybdasen-Vorkommen soll sofort aufgenommen werden.

Rundschreiben von IG Farben Direktor Otto Ambros an Carl Krauch, Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau und Vorsitzender des Aufsichtsrats der IG Farbenindustrie AG, vom 28. Juni 1941

... Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 27.6. übersende ich Ihnen in

Wirtschaft

... In Norwegen werden alle in englisch-französischem Besitz befindlichen Fabriken und Grubenkonzessionen beschlagnahmt und die norwegische Wirtschaft für uns mobilisiert. Der Ausbau der norwegischen Molybdasen-Vorkommen soll sofort aufgenommen werden.

Rundschreiben von IG Farben Direktor Otto Ambros an Carl Krauch, Leiter des Reichsamtes für Wirtschaftsausbau und Vorsitzender des Aufsichtsrats der IG Farbenindustrie AG, vom 28. Juni 1941

... Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 27.6. übersende ich Ihnen in




Deportation sowjetischer Kriegsgefangener, Bauern, Arbeiter, Frauen und Kinder zur Zwangsarbeit bei den deutschen Imperialisten.

Anlage eine Aufstellung der Herren, die für einen Einsatz in Rußland zur Übernahme der dortigen Anlagen der Herstellung von synthetischem Kautschuk geeignet sind ... In einem Telefongespräch betonte Herr Dr. Eckell vor allem die Wichtigkeit der Ausnützung der russischen Anlagen für eine zusätzliche Produktion ..., also auf Buna 85 und den Weichmacher Buna 32.

Aus dem geheimen Schreiben von Carl Krauch an Otto Ambros vom 4. März 1941 über den Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des Bunawerkes IV in Auschwitz

Auf meinen Antrag und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar ds. Js. folgendes angeordnet:

1. Die Juden in Auschwitz sind raschestens auszusiedeln, ihre Wohnungen sind frei zu machen und für die Unterbringung der Bauarbeiterschaft des Bunawerkes sicherzustellen.
2. Aus der Gegend von Auschwitz dürfen keinerlei als Arbeiter oder Bauarbeiter für das Bunawerk in Frage kommende Polen ausgewiesen werden.
3. Der Inspekteur der Konzentrationslager und der Chef des V- und W-Hauptamtes ist angewiesen, an Ort und Stelle sofort mit dem Bauleiter des Bunawerkes in Verbindung zu treten und das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfange zu unterstützen.

Protokoll von Walther Dürrfeld, Direktor des Werkes Auschwitz der IG Farbenindustrie AG, über die Besprechung mit SS-Sturmbannführer Rudolf Höß, Kommandant des KZ Auschwitz, am 14. Mai 1942 über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen

Der Kommandant betont seinen Auftrag, den er von dem Reichsführer SS bekommen hat, uns unter allen Umständen Häftlinge zur Zahl von 4500 Mann zur Verfügung zu stellen ... In einer eingehenden Unterhaltung über die Qualität der Häftlinge entwickelte ich folgende Bedingungen:
1. Kräftige und arbeitsfähige Häftlinge.
2. Täglich die gleichen Häftlinge zum gleichen Arbeitsplatz.
3. Größere Freizügigkeit im Einsatz der Häftlinge.
4. Ansporn der Häftlinge zu größerer Leistung ...

Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen

Der Kommandant betont seinen Auftrag, den er von dem Reichsführer SS bekommen hat, uns unter allen Umständen Häftlinge zur Zahl von 4500 Mann zur Verfügung zu stellen ... In einer eingehenden Unterhaltung über die Qualität der Häftlinge entwickelte ich folgende Bedingungen:
1. Kräftige und arbeitsfähige Häftlinge.
2. Täglich die gleichen Häftlinge zum gleichen Arbeitsplatz.
3. Größere Freizügigkeit im Einsatz der Häftlinge.
4. Ansporn der Häftlinge zu größerer Leistung ...

Eidesstattliche Erklärung des ehemaligen KZ-Häftlings Dr. Gustav Herzog über die Lage der Häftlinge bei IG-Farben und die Vergasung physisch erschöpfter Häftlinge

Es ist die hundertprozentige Schuld der IG-Leitung, daß unzählige Tausend nicht mehr einsatzfähiger Häftlinge vergast worden sind. Ich habe viele Ansprachen mir unbekannter Ingenieure und Leiter der IG an Häftlinge gehört, bei denen ausdrücklich gesagt wurde, daß man an Menschen, die nicht voll arbeiten können oder wollen, kein Interesse habe ... 13. Von Monowitz, das später Hauptlager war, wurden unzählige Tausende von Häftlingen in die am Schluß meines Wissens 28 Nebenkonzentrationslager gebracht. Die Gesamtziffer sämtlicher Nebenlager war, soweit ich mich erinnere, ungefähr 35000 insgesamt. Buna-Monowitz selbst hatte etwa 10000 Häftlinge. In der Schreibstube von Monowitz war eine Kartei sämtlicher Häftlinge, die während der Zeit vom Oktober 1942 bis zur Auflösung des Lagers im Januar 1945 durch Monowitz oder seine Nebenlager gegangen sind. Die Kartei der Toten war ungleich größer als die der Lebenden. Ich schätze – ich wiederhole, daß ich lange Zeit Leiter der Schreibstube war –, daß dem Lebensstand von Buna (Monowitz) mit ca. 10000 Häftlingen am Schluß ein Totenstand von rd. 120000 Häftlingen gegenüberstand und der Gesamtziffer der Nebenlager von 35000 ein ungefährer Totenstand von 250000.

„Energiedebatte“ – „Energiesparkabinett“

z.chc. Kürzlich hat das Kreiswehrersatzamt Kiel einem Antragsteller auf Ersatzdienst bescheinigt, seine Bedenken gegen geplante militärische Einsätze der Bundeswehr gegen OPEC-Staaten im Rahmen der NATO seien keinesfalls stichhaltig. Eine militärische Besetzung ölproduzierender Länder sei bei „notstandsähnlichen Situationen“ vollständig rechtens und eine Verteidigungsmaßnahme. Denn wenn „Menschenleben auf dem Spiel“ ... stünden durch die Politik der OPEC Staaten, dann seien die Menschenleben in der BRD „schutzwürdiger als wirtschaftliche Einrichtungen“.

Mag ja sein, daß das Kreiswehrersatzamt Helmut Schmidts Drohungen mit Krieg zur Energiesicherung der Imperialisten im Juni dieses Jahres etwas vorschnell zur aktenkundigen Absicht der Regierung gemacht hat; denn schließlich hatte Helmut Schmidt gleich dementieren lassen und vor der SPD-Fraktion versprochen, das Gerede über Krieg zu unterlassen. Aber dafür ist das Kreiswehrersatzamt auch nur das Kreiswehrersatzamt, und der Spiegel hat den entsprechenden Bericht schon geschrieben, auf den die amtliche Versicherung kommen soll, daß es soweit nun auch nicht sei. Schmidt und seine SPD/FDP Koalition hatten sich bekanntlich gleich anschließend darauf verlegt, unter der Flagge: „den Frieden sichern durch mehr Kernenergie“ und aber auch nur „soviel Kernenergie wie nötig“ durch „Energiesparen“ – und Energiesparen überhaupt, weil der Kanzler schließlich etwas gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten an Einsparungen vorweisen müsse, weitere Zwangs- und Plünderungsmaßnahmen gegen die Volksmassen vorzubereiten und einzuleiten. In der „Energiedebatte“ hatte sich Schmidt dazu erkenntlich zurückgehalten, was die Bourgeoispresse zum wiederholten Anlaß der Bekräftigung genommen hat, daß Schmidt für die Durchsetzung des Kernenergieprogramms der Regierung gerade, aber etwas verloren in der SPD stehe. Immerhin so, daß Strauß ihm ja seine volle Unterstützung zugesagt hatte, falls er mit seiner Partei nicht klarkommt. – Jedenfalls für klärende Kanzlerworte und Abschluß der „Debatte“ hält es die westdeutsche Finanzbourgeoisie noch zu früh, wenn anders was zu holen ist.

Ganz im Unterschied zur US-Finanzbourgeoisie, die Carter über Aufrufe zur Unterstützung seines Plünderungs- und Kriegsvorbereitungsfeldzuges hat schwitzen lassen.

Dafür hatte Schmidt derweilen in der „Steuerdebatte“ gerührt. Dabei hatte sich FDP-Graf Lambsdorff schon eine eingefangen als einer, der die Segen der Steuersenkung zu lange vorenthalte. Daß er, Schmidt, für sofortige Steuersenkungen sei, wollte er aber auch nicht gemeint haben. – In der Energiedebatte wurden derweilen die verschiedenen Teile der SPD/FDP Koalition ins Feld geführt. Wie immer in solcher Lage meldet sich Willy Brandt zu Wort. Nachdem zu Wochenanfang die Presse vermeldet, Kanzler Schmidt hätte keine Lust sich auf der Bundeskonferenz der „SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“ mit unqualifizierten Meinungen herumzuschlagen, meldet sich Willy Brandt eben von dort mit kräftigen Worten gegen Lambsdorff. Der sei einer, der mit der „mächtigen Union der öligen Hände“ im Bunde sei, meint Brandt nicht weniger ölig. Jedenfalls, es soll noch so allerhand möglich sein in der SPD, und dafür steht Willy Brandt noch immer und er: „...denke gar nicht daran, sich heute (in der Frage der Kernenergie) so einfach zu ‚bekennen‘ ... Die Diskussion sei deshalb so schwierig, weil beide Seiten Gewichtiges vorzubringen hätten.“ (FR. v. 8.9.79)

Während die „Kernenergiedebatte“ noch so dahin geht, und die Vertreter der Konzerne für Kernenergieanlagen einen Aufruf loslassen, sie wollten von der Regierung endlich Entscheidungen sehen, hat „das Energiesparkabinett ... unter der Leitung von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff am Donnerstag eine Reihe weiterer Beschlüsse gefaßt“ (Handelsblatt v. 7./8.979). Da kann es Graf Lambsdorff verkraften, als Watschenmann in Sachen Kernenergie zu gelten, wenn die Bourgeoispresse melden kann: Lambsdorff habe sich „durchgesetzt“. Und zwar gegen Hauff, Bundesminister für Wissenschaft. „Volker Hauff blieb auf der Strecke“, schreibt das Handelsblatt. Beschlossen wurde unter Leitung Lambsdorffs: für 1980 werden 300 Mio. DM für den Ausbau von Fernwärme und Kohleheizkraftwerken zur Verfügung gestellt. Im Zusammenhang mit der Kraftfahrzeugsteuerreform soll eine allgemeine Entfernungspauschale eingeführt werden. Vor allem sollen die Stromtarife angehoben werden, dazu soll: „durch eine Änderung der Bundestarifordnung ... die Haushaltstarife künftig stärker vom tatsächlichen Stromverbrauch abhängig gemacht werden“. Diese Erhöhungen gelten ausdrücklich nur für die Volksmassen, die damit noch weiter den Energieverbrauch der Kapitalisten finanzieren sollen. Vorgesehen ist weiter, die Umstellung auf Einzelabrechnung für jede Wohnung. Damit diese Zwangs- und Plünderungsmaßnahmen als das Gegenteil von dem erscheinen sollen, was sie sind, war einiger Aufwand notwendig. Wochenlang wurde das Tempolimit auf der Autobahn als Gipfelpunkt der Zwangsmaßnahmen propagiert, für das Minister Hauff eintrete und immer noch eintritt, damit die Sache nicht vom Tisch ist. Graf Lambsdorff, FDP, diesmal als Vertreter von „Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger“ (Mannheimer Morgen) gegen den Dirigismus des Minister Hauff.

Für den Fall, daß die Regierung mit diesem abgewinkelten Programm der vermischten Schaumschlägerei mit Reformismus und Liberalismus nicht durchkommt, hat Stoltenberg nahezu gleichzeitig einen „Atompakt aller Bundestagsparteien“ vorgeschlagen. Man sieht gleich, wird nicht das imperialistische Energieprogramm des Finanzkapitals und seiner Regierung bekämpft, tritt man schon in eine der verschiedenen ausgelegten Fallen.

sichern durch mehr Kernenergie“ und aber auch nur „soviel Kernenergie wie nötig“ durch „Energiesparen“ – und Energiesparen überhaupt, weil der Kanzler schließlich etwas gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten an Einsparungen vorweisen müsse, weitere Zwangs- und Plünderungsmaßnahmen gegen die Volksmassen vorzubereiten und einzuleiten. In der „Energiedebatte“ hatte sich Schmidt dazu erkenntlich zurückgehalten, was die Bourgeoispresse zum wiederholten Anlaß der Bekräftigung genommen hat, daß Schmidt für die Durchsetzung des Kernenergieprogramms der Regierung gerade, aber etwas verloren in der SPD stehe. Immerhin so, daß Strauß ihm ja seine volle Unterstützung zugesagt hatte, falls er mit seiner Partei nicht klarkommt. – Jedenfalls für klärende Kanzlerworte und Abschluß der „Debatte“ hält es die westdeutsche Finanzbourgeoisie noch zu früh, wenn anders was zu holen ist.

Ganz im Unterschied zur US-Finanzbourgeoisie, die Carter über Aufrufe zur Unterstützung seines Plünderungs- und Kriegsvorbereitungsfeldzuges hat schwitzen lassen.

Dafür hatte Schmidt derweilen in der „Steuerdebatte“ gerührt. Dabei hatte sich FDP-Graf Lambsdorff schon eine eingefangen als einer, der die Segen der Steuersenkung zu lange vorenthalte. Daß er, Schmidt, für sofortige Steuersenkungen sei, wollte er aber auch nicht gemeint haben. – In der Energiedebatte wurden derweilen

Handelsblatt. Beschlossen wurde unter Leitung Lambsdorffs: für 1980 werden 300 Mio. DM für den Ausbau von Fernwärme und Kohleheizkraftwerken zur Verfügung gestellt. Im Zusammenhang mit der Kraftfahrzeugsteuerreform soll eine allgemeine Entfernungspauschale eingeführt werden. Vor allem sollen die Stromtarife angehoben werden, dazu soll: „durch eine Änderung der Bundestarifordnung ... die Haushaltstarife künftig stärker vom tatsächlichen Stromverbrauch abhängig gemacht werden“. Diese Erhöhungen gelten ausdrücklich nur für die Volksmassen, die damit noch weiter den Energieverbrauch der Kapitalisten finanzieren sollen. Vorgesehen ist weiter, die Umstellung auf Einzelabrechnung für jede Wohnung. Damit diese Zwangs- und Plünderungsmaßnahmen als das Gegenteil von dem erscheinen sollen, was sie sind, war einiger Aufwand notwendig. Wochenlang wurde das Tempolimit auf der Autobahn als Gipfelpunkt der Zwangsmaßnahmen propagiert, für das Minister Hauff eintrete und immer noch eintritt, damit die Sache nicht vom Tisch ist. Graf Lambsdorff, FDP, diesmal als Vertreter von „Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger“ (Mannheimer Morgen) gegen den Dirigismus des Minister Hauff.

Für den Fall, daß die Regierung mit diesem abgewinkelten Programm der vermischten Schaumschlägerei mit Reformismus und Liberalismus nicht durchkommt, hat Stoltenberg nahezu

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition. Die Ministerien für Arbeit, Verkehr, Post und Forschung

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Änderungen und Gesetze zur Beitragserhebung und Finanzpolitik der Rentenversicherung

1953/54 Für die Finanzierung der Rentenversicherung aus den Beiträgen der Versicherten galt das „Anwartschaftsdeckungsverfahren § 1389 Reichsversicherungsordnung.

1.1.57 Rentenreform: Abschnittsdeckungsverfahren jeweils für einen 10-Jahresabschnitt (1957 - 1966)

1966 Abschaffung des Abschnittsdeckungsverfahrens und schrittweise Erhöhung des Beitragssatzes bis 1973 von 14% auf 18%

1969 3. Rentenversicherungs-Änderungsgesetz vom1.8.69: endgültige Abkehr vom Anwartschafts- bzw. Abschnittsdeckungsverfahren. Das sog. „Umlageverfahren“ wird eingeführt. Finanzieller Verbund der Arbeiterrentenversicherung und der Angestelltenrentenversicherung durch einen Finanzausgleich. Die BfA wurde zu Ausgleichszahlungen an die ArV verpflichtet. Liquiditätsreserve neben den Betriebsmitteln wird eingeführt. Daneben sollte eine zusätzliche Liquiditätsreserve für die Ausgleichszahlungen an den Finanzverbund eingerichtet werden.

1977 Gesetz zur 20. Rentenanpassung und zur Verbesserung der Finanzgrundlage der gesetzlichen Rentenversicherung (RAG): Begrenzung der Ausgaben für die Krankenversicherung der Rentner auf 11,7% der Rentenausgaben, Aufschiebung der Rentenanpassung um ein halbes Jahr, Beitragspflicht der Bundesanstalt für Arbeit für die Arbeitslosen. Änderung der Finanzgarantie durch die Bundesregierung, statt Garantie von einer Mindestrücklage von 3 Monatsausgaben nur eine Monatsausgabe. Einfrierung der Kinderzuschüsse auf den Stand von 1977 und Zahlung des Kinderzuschusses in Höhe des Kindergeldes ab 1979. Im Zusammenhang mit der Kürzung der Zahlungen für die Krankenversicherung der Rentner das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz.
Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm 07. 02, S. 5

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie

Die Datenverarbeitungsprogramme der Bundesregierung

„Zusammenfassung

Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik kann seine Wettbewerbsfähigkeit auch künftig nur durch die Beherrschung modernster technologischer Verfahren erhalten. Daher ist das Vorhandensein einer leistungsfähigen Bauelemente-Industrie – abgesehen von dem beträchtlichen Eigengewicht des Sektors selbst – wegen der durchgreifenden Wirkungen auf die industrielle Fertigung und die Bereitstellung von Dienstleistungen von großer Bedeutung.

Eine erfolgreiche Betätigung im Bauelementebereich ist aber nur unter ungewöhnlich hohen, weit über dem industriellen Durchschnitt liegenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung möglich und zudem mit einem großen wirtschaftlichen Risiko verbunden.

Wegen des Markt- und Technologievorsprungs ausländischer Hersteller – vor allem in der Mikroelektronik – könnte ohne eine wirkungsvolle und gezielte staatliche Förderung die Industrie der Bundesrepublik aus diesem Schlüsselbereich weitgehend verdrängt werden. Die Förderungsmaßnahmen sind auch eine notwendige Reaktion auf die staatliche Hilfe und Auftragsförderung in anderen Ländern, insbesondere in den USA und Japan, die deren führende Stellung mitbegründete.“
aus: Programm elektronische Bauelemente, 1974--8, S. 7, Hrsg. BMFT, Bonn 1974

Das Bundesministerium für Verkehr

„Verkehrsreform – ausreichend?“

Zu den Erwartungen, die mit der Bildung einer großen Koalition in Bonn verknüpft wurden, gehörte ohne Zweifel auch, daß die Regierung dieser Koalition entschlossen an eine Reform des Verkehrswesens herangehen würde. Das Verkehrspolitische Programm der Bundesregierung für die Jahre 1968 bis 72 war als eine solche Initiative gedacht. Die Auseinandersetzungen, ..., ließen jedoch deutlich werden, daß der Kern des Programms – die Gesetzesvorlagen des Bundesverkehrsministers – nicht zum Erfolg führen konnte, weil Entwicklungen im Bereich des Güterverkehrs, die schlechthin Ausdruck wirtschaftlichen Wachstums sind, gedrosselt werden sollten ... Eine Neuorientierung der deutschen Verkehrspolitik steht daher nach wie vor aus. Welche Fakten nötigen zu einer solchen Neuorientierung? In erster Linie sind es folgende: – die ständige Veränderung in Gesellschaft, Wirtschaft und Technik, denen sich das Verkehrswesen anpassen sollte, – die Existenz der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. ...Das Mißverhältnis zwischen Straßenverkehr und Straßenraum ist innerhalb und außerhalb der Städte so offenkundig geworden, daß seine Beseitigung die Hauptaufgabe der Verkehrspolitik werden muß. Mit Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in gewissen Gemeinden kann es dann allerdings ebensowenig getan sein, wie mit der Aufstellung eines neuen Zwölfjahresplans für den Bundesfernstraßenbau, dessen Finanzierung unsicher bleibt. Je länger, desto dringlicher wird es notwendig, eine Straßenbaupolitik zu entwerfen, die sich vor dem Hintergrund der Verkehrsentwicklung über den langfristigen Investitionsbedarf aller Träger der Straßenbaulast schlüssig wird, die eine Koordinierung ihrer Planungen ermöglicht und die vor allem dafür sorgt, daß sich der Finanzierungsspielraum des Straßenbaus dem Verkehrsvolumen gemäß erweitert.“ (s.74-75)
aus: Jahresbericht des Dtsch. Industrie und Handelstages (DIHT) 1968, S.74-75

Quellenheft zum Revolutionären Volksbildungsprogramm 07. 02, S. 5

Das Bundesministerium für Forschung und Technologie
Die Datenverarbeitungsprogramme der Bundesregierung

„Zusammenfassung

Ein hochindustrialisiertes Land wie die Bundesrepublik kann seine Wettbewerbsfähigkeit auch künftig nur durch die Beherrschung modernster technologischer Verfahren erhalten. Daher ist das Vorhandensein einer leistungsfähigen Bauelemente-Industrie – abgesehen von dem beträchtlichen Eigengewicht des Sektors selbst – wegen der durchgreifenden Wirkungen auf die industrielle Fertigung und die Bereitstellung von Dienstleistungen von großer Bedeutung.

Eine erfolgreiche Betätigung im Bauelementebereich ist aber nur unter ungewöhnlich hohen, weit über dem industriellen Durchschnitt liegenden Aufwendungen für Forschung und Entwicklung möglich und zudem mit einem großen wirtschaftlichen Risiko verbunden.

Wegen des Markt- und Technologievorsprungs ausländischer Hersteller – vor allem in der Mikroelektronik – könnte ohne eine wirkungsvolle und gezielte staatliche Förderung die Industrie der Bundesrepublik aus diesem Schlüsselbereich weitgehend verdrängt werden. Die Förderungsmaßnahmen sind auch eine notwendige Reaktion auf die staatliche Hilfe und Auftragsförderung in anderen Ländern, insbesondere in den USA und Japan, die deren führende Stellung mitbegründete.“
aus: Programm elektronische Bauelemente, 1974--8, S. 7, Hrsg. BMFT, Bonn 1974

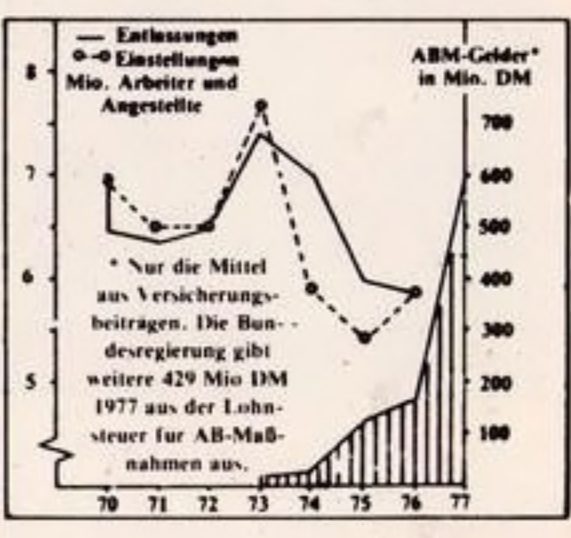
Das Bundesministerium für Verkehr
„Verkehrsreform – ausreichend?“
Zu den Erwartungen, die mit der Bildung einer großen Koalition in Bonn verknüpft wurden, gehörte ohne Zweifel auch, daß die Regierung dieser Koalition entschlossen an eine Reform des Verkehrswesens herangehen würde. Das Verkehrspolitische Programm der Bundesregierung für die Jahre 1968 bis 72 war als eine solche Initiative gedacht. Die Auseinandersetzungen, ..., ließen jedoch deutlich werden, daß der Kern des Programms – die Gesetzesvorlagen des Bundesverkehrsministers – nicht zum Erfolg führen konnte, weil Entwicklungen im

Das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen

K. Gscheidle in „Die Deutsche Bundespost“, S.7ff:

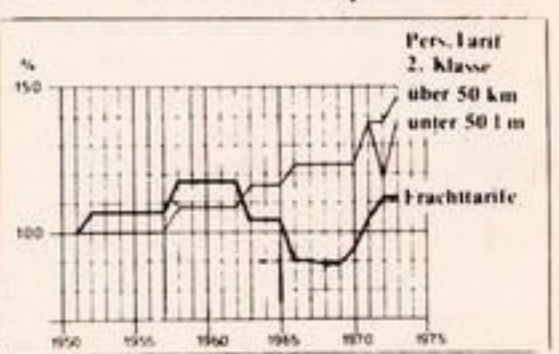
Die Vorschläge der Kommission lassen sich gegenüber den Regelungen im gegenwärtigen Postverwaltungsgesetz in drei Problemkreise gliedern: 1. die Abgrenzung von politischem Einfluß und politischer Aufsicht gegenüber Unternehmensleitung und Unternehmensaufsicht, 2. die Finanzverfassung der Deutschen Bundespost, wozu insbesondere die finanziellen Beziehungen zum Eigentümer Bund, die Grundsätze der Gebührenpolitik, sowie eine Regelung über den Ausgleich politischer Lasten gehört, 3. die Beteiligungsrechte von Willensträgern als den für die Bundespost unmittelbar verantwortlichen Organen, die z.Zt. erhebliche Einwirkungsmöglichkeiten auf das Handeln der Bundespost gewähren. (...) Die bisher auf eine Einzelperson beschränkte Führungsspitze wird zugunsten eines Kollegialsystems aufgegeben. (...) Als ein weiteres Organ der Deutschen Bundespost wird ein Aufsichtsrat vorgeschlagen, der mit festgelegten Aufsichtsrats- und Beteiligungsrechten ausgestattet werden soll. Er soll die Geschäftsführung des Vorstandes kontrollieren und bei bestimmten Geschäften von besonderer Bedeutung mitwirken. (...) Es wird vorgeschlagen, daß im Aufsichtsrat neben dem Bund als Eigentümer und dem Personal auch die *Kunden und Lieferanten* angemessen vertreten sind. (...) Nicht Vorschriftenerfüllung, sondern Erfolgswirksamkeit soll Leitmotiv für das Handeln der Führungskräfte auf allen Ebenen sein.“

Umwälzung des Arbeitskörpers



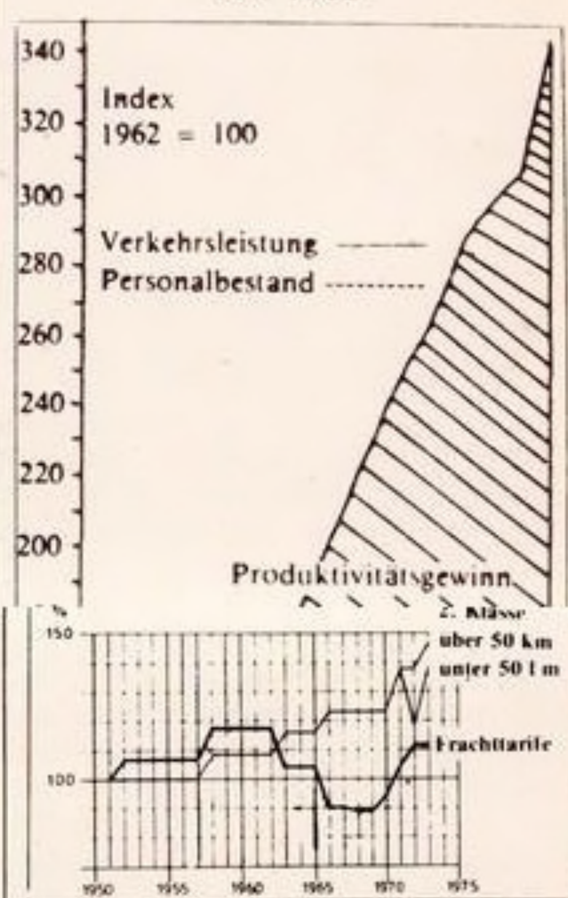
Für den Zeitraum 1970 bis 76 sind die Summe der Einstellungen und der Entlassungen dargestellt. Es zeigt sich, daß die Kapitalisten jährlich 5 bis 8 Mio der rund 20 Mio Arbeiter und Angestellten umwälzen, am meisten 1973 in der stoßweise vorangetriebenen Rationalisierung.

Entwicklung der Güterfrachtsätze und Personentransporttarife



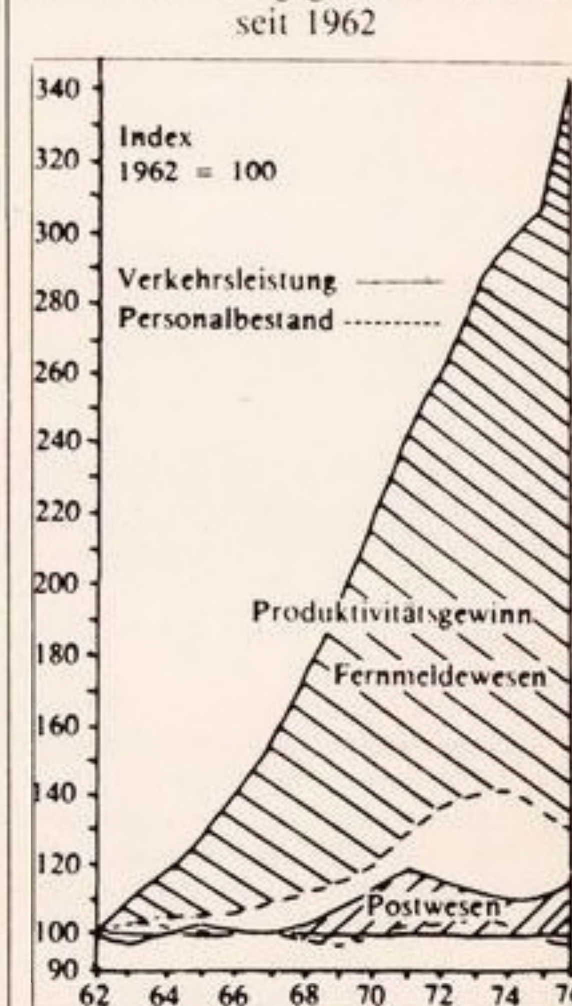
„Eine bessere Qualität des öffentlichen Reiseverkehrs auf Schiene und Straße ist auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß angemessene Fahrpreise erzielt werden können. Im Nahverkehr käme es allerdings nicht nur auf das Preisniveau, sondern auch auf die Einfachheit und Einheitlichkeit des Tarifs an.“ (Jahresbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages)

Rationalisierungsgewinne der DBP seit 1962



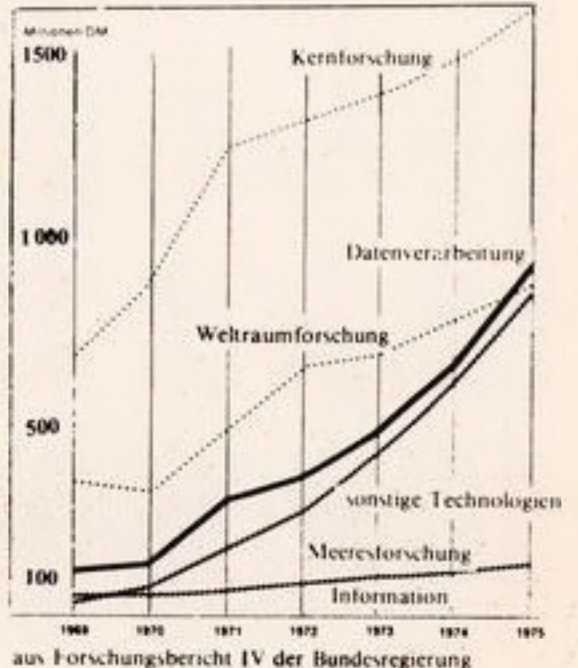
„Eine bessere Qualität des öffentlichen Reiseverkehrs auf Schiene und Straße ist auch eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß angemessene Fahrpreise erzielt werden können. Im Nahverkehr käme es allerdings nicht nur auf das Preisniveau, sondern auch auf die Einfachheit und Einheitlichkeit des Tarifs an.“ (Jahresbericht des Deutschen Industrie- und Handelstages)

Rationalisierungsgewinne der DBP seit 1962



„Gewinne konnte die DBP nur unter zwei Voraussetzungen erzielen: einem verhältnismäßig geringem Wachstum des wichtigsten Kostenträgers, nämlich den Personalaufwendungen, bei gleichzeitiger kräftiger Expansion der Erträge durch Verkehrszunahme und/oder Gebührenerhöhungen... schließlich eine Gebührenpolitik betreiben, die sich mehr als bisher am Markt und an den Kosten orientiert.“

Förderungsprogramme des Bundes



aus Forschungsbericht IV der Bundesregierung